

**Zivilgesellschaft stärken –
Bürgerschaftliches Engagement in
E&C-Gebieten fördern**

Dokumentation zur Veranstaltung
vom 3. und 4. November 2004

Stiftung SPI



Im Auftrag des:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 0 30. 457 986-0
Fax: 0 30. 457 986-50
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartnerin:
Antje Klemm

Layout:
MonteVideo Mediadesign

Redaktion:
Sabine Meyer
Antje Klemm

Inhalt:

- 5 Vorwort**
Sabine Meyer

- 6 Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital – Ressourcen für sozialräumliche Revitalisierungsprozesse?**
Thomas Olk

- 19 Peer Education**
Herbert Backes

- 25 Schüler/innen übernehmen Verantwortung durch Service Learning**
Joachim Syska

- 28 Anerkennungskultur – Qualifikation – Zertifizierung**
Thomas Kegel

- 31 Freiwilligendienste und bürgerschaftliches Engagement**
Christian Glaß

- 44 Freiwilligendienste – Konzepte zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements**
Torsten Schramm

- 46 Kinder- und Jugendpartizipation in Kommunen – Ausgangssituation und Zielsetzungen der Initiative „mitWirkung“**
Sigrid Meinhold-Henschel

- 54 Wird wirklich jede/r gebraucht? Über bürgerschaftliches Engagement und soziale Benachteiligung**
Chantal Munsch

- 59 Bürgerschaftliches Engagement von Spätaussiedlern ist der Schlüssel für Integration und Teilhabe am Gemeinwesen**
Bernhard Schulz

- 60 gEMiDe: Modellprojekt zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements von Migranten/innen und eingebürgerten Deutschen durch ehrenamtliche Tätigkeit**
Hülya Feise

- 64 Migration & Ehrenamt. Ehrenamtliche Tätigkeit am Beispiel des Mütterzentrums Tenever**
Christa Brämsmann

- 67 Fit for Quality. Ein Projekt zur Motivation für ehrenamtliche Tätigkeiten**
Thorsten Zeige

- 72 Peer Leadership. Training für Demokratische Bildung und Interkulturelle Kompetenz**
Žaklina Mamutovič
- 73 Schulhof als gewaltfreie Zone: Schülerassistenten-Ausbildung der Sportjugend Rheinland-Pfalz**
Christof Palm
- 75 Quartiersmanagement in Leipzig Neuschönefeld: Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern**
Roland Löbel
- 77 Projektvorstellung „Quartiersmanagement-Hafen“ des Planerladen e.V., in der Dortmunder Nordstadt**
Melek Dağ, Stefan P. Andres
- 85 Das Quartiersmanagement in Chemnitz**
Annett Illert
- 92 Das Chemnitzer Projekt „Zwergenclub“**
Bärbel Böhm
- 94 Managementstrategien**
Markus Runge
- 99 Die FreiwilligenAgentur Wedding**
Waltraud Seifert
- 103 Bürgerengagement, kommunale Strategien und die Bundesmodellprogramme**
Konrad Hummel
- 105 Programm**
- 107 Liste der Referenten/innen**
- 109 Liste der Teilnehmer/innen**

Vorwort

„Zivilgesellschaft stärken – Bürgerschaftliches Engagement in E&C-Gebieten fördern“, so lautete der Titel der Zielgruppenkonferenz, die am 3. und 4. November 2004 in Berlin stattfand. Hier wurde diese aktuelle Thematik auf die Bedürfnisse und Bedarfe in sozialen Brennpunkten fokussiert. Insbesondere die lokale Ebene bietet die optimalen Voraussetzungen, bürgerschaftliches Engagement in all seinen Facetten zu fördern.

Zunächst wurde der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ genauer definiert und es lässt sich festhalten, dass davon bereits eine Menge in den E&C-Gebieten vorzufinden ist, aber oftmals nicht nachhaltig in die Prozesse des Quartiers eingebunden wird. So lassen sich das Sammeln von Unterschriften für Belange des Quartiers hier ebenso finden, wie ein langfristiges Engagement in einem Vereinsvorstand. Aber auch zeitlich befristetes Engagement im Rahmen eines Freiwilligendienstes kann das soziale Kapital eines Stadtteil stärken. So weit der Rahmen für „Bürgerschaftliches Engagement“ gesteckt ist, so schillernd sind auch die Möglichkeiten und bereits in den E&C-Gebieten vorhandenen Formen.

Welche Konzepte können in die Förderung bürgerschaftlichen Engagements einfließen? Wie kann Engagement von Migranten/innen gefördert werden? Wie kann Schule Kooperationen gestalten? Wie arbeitet ein Quartiersmanagement? Wie kann „freiwillige Arbeit“ gemanagt werden? Wie können Freiwilligendienste für benachteiligte Jugendliche wirksam werden?

In den Diskussionen wurde deutlich, dass es in der praktischen Arbeit in den Stadtteilen darum geht, die Kinder, Jugendlichen und auch ihre Familien aus ihren Lebenswelten heraus zu aktivieren. Die Freude an diesen Tätigkeiten führt oft zum Bedürfnis an Beteiligungsprozessen im Stadtteil.

Diese Konferenz schaute aber auch noch weiter; denn für lokale und kommunale Prozesse ist bürgerschaftliches Engagement eine Grundbedingung – auch die repräsentativen demokratischen Gremien speisen sich aus diesem sozialen Kapital.

Damit es gelingt, dass sowohl individuelles soziales Kapital als auch das soziale Kapital des Gemeinwesens wachsen kann, bedarf es sensibler Mitarbeiter/innen, die diese Prozesse professionell unterstützen. Gerade die Menschen in den sozial benachteiligten Gebieten haben oft keine Erfahrung damit, wie Engagementprozesse ablaufen, sie haben Erwartun-

gen und Ideen, sind es aber nicht gewohnt sich in der Form zu engagieren, die üblich ist. Sie verfügen nicht über die rhetorischen Fähigkeiten, der Ablauf einer formalen Vereinssitzung ist ihnen nicht vertraut usw. Hier sind die Profis gefragt, sie können hier auf verschiedenen Ebenen fördern, passende Angebote kreieren und in koproduktiven Prozessen mit den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie anderen Institutionen im Stadtteil, Möglichkeiten schaffen, die bürgerschaftliches Engagement forcieren.

Aber es benötigt auch lokale und kommunale Strukturen, die bürgerschaftliches Engagement und die damit einhergehende Partizipation ermöglichen. Entscheidungsstrukturen müssen transparent sein, sie müssen Möglichkeiten bieten sich einzumischen. Das bedeutet auch einen Teil der Macht an die Bewohner/innen des Gebietes abzugeben und Prozesse des Aushandelns nachhaltig in kommunale Prozesse einzubinden.

Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital – Ressourcen für sozialräumliche Revitalisierungsprozesse?

1. Problemstellung

In Öffentlichkeit und Politik haben Konzepte und Leitbilder wie bürgerschaftliches Engagement, Zivil- bzw. Bürgergesellschaft und Sozialkapital in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungsaufschwung erlebt. Auch im Bereich von Stadtpolitik, Stadtplanung, Stadtteilentwicklung und Quartiersmanagement spielen bürgerschaftliches Engagement und Bürgeraktivierung eine prominente Rolle. Offenkundig werden hohe Erwartungen an die Problemlösungskapazitäten freiwilliger und unentgeltlicher Aktivitätsformen zur Bewältigung von Aufgaben und Problemen im lokalen Raum bzw. im Bereich der Stadtpolitik und Wohnumfelderneuerung gerichtet. Gerade in sozialräumlichen Kontexten, also in Stadtteilen und Wohnquartieren, werden erhebliche ungenutzte Potentiale von Sozialkapital vermutet und die Bedeutung sozialer Netzwerkbeziehungen und des freiwilligen Engagements der Anwohner für die Verbesserung von Lebensbedingungen und Lebensqualität betont. Neu an dieser Diskussion ist insbesondere, dass die produktiven Potentiale von Bürgerengagement und Sozialkapital nicht ausschließlich auf der individuellen Ebene sondern vor allem auch auf der sozialräumlichen Ebene vermutet werden: Sozialkapital und Bürgeraktivierung – so die Behauptung – seien nicht nur wichtige Ressourcen für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, sondern könnten auch eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Qualität und der Ressourcenausstattung von Stadtquartieren und Wohngebieten spielen.

Solche hoch gesteckten Hoffnungen und Erwartungen produzieren Klärungsbedarf. Worin bestehen die Leistungspotentiale von bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft und Sozialkapital und inwiefern können diese Ressourcen für sozialräumliche Revitalisierungsprozesse nutzbar gemacht werden? Mit welchen Zielen und Instrumenten wird gegenwärtig versucht, auf die „Krise der Stadt“ bzw. auf sozialräumliche Segregationsprozesse und den Abstieg ganzer Wohnquartiere zu reagieren, und welche Rolle spielt dabei das

bürgerschaftliche Engagement der Anwohnerinnen und Anwohner? Dies sind einige der Fragen, denen im Folgenden näher nachgegangen werden soll. Die Argumentation erfolgt in vier Schritten: Zunächst wird ein „anspruchsvolles“ Konzept von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement skizziert, wie es insbesondere von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ in ihrem Bericht (vgl. 2002) entwickelt worden ist (vgl. Abschnitt 2). Sodann sollen Ziele und Instrumente des zentralen politischen Programms zur sozialräumlichen Revitalisierung, nämlich des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die Soziale Stadt“ skizziert werden (vgl. Abschnitt 3). Anschließend werden einige kritische Rückfragen an die Konzepte von Sozialkapital und Zivilgesellschaft gestellt, die sich sowohl aus der kritischen sozialwissenschaftlichen Diskussion als auch den praktischen Erfahrungen mit der Anwendung solcher Konzepte ergeben haben (vgl. Abschnitt 4). Auf der Grundlage dieser kritischen Analyse des Gebrauchswerts von Kategorien wie Sozialkapital und Zivilgesellschaft für politisch-strategische Handlungsprogramme der Stadtpolitik und Wohnumfelderneuerung werden abschließend einige Perspektiven für eine reflektierte Weiterentwicklung hiermit zusammenhängender Aktivierungsstrategien diskutiert (vgl. Abschnitt 5).

2. Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement – ein „anspruchsvolles“ Konzept

Wenn sich heute politische Handlungsprogramme – wie etwa das der Sozialen Stadt – auf Konzepte und Begrifflichkeiten wie Zivil- bzw. Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement berufen, dann stehen sie vor der Schwierigkeit, dass es „den“ Begriff der Zivilgesellschaft bzw. „das“ konzeptionelle Verständnis von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement nicht gibt (vgl. etwa Olk 2001, Klein 2001, Evers 2003 sowie Enquete-Kommission 2002). Stattdessen haben wir es mit unterschiedlichen Varianten und Spielarten und mit einer z. T. äußerst kontrovers geführten Debatte zu tun. Einigkeit besteht, dass mit dem Konzept der Zivilgesellschaft Akteure und Handlungsformen angesprochen sind, die zwischen bzw. jenseits von Staat, Marktwirtschaft und der privaten Sphäre von Familienhaushalten angesiedelt sind und dessen institutioneller Kern aus einem breiten Spektrum von freiwilligen Non-Profit-Organisationen und gemeinwohlorientierten Zusammenschlüssen, Vereinigungen, Initiativen und Organisationsformen

besteht. Aber hinsichtlich der Frage, welche strategische und gesellschaftspolitische Bedeutung diesem Bereich zukommen sollte und welches Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung maßgebend sein soll, besteht Uneinigkeit. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass das Konzept der Zivilgesellschaft (das im Folgenden synonym mit dem Begriff der Bürgergesellschaft verwendet werden soll) sowohl eine deskriptiv-empirische als auch eine normative Ebene impliziert. Damit verweist der Begriff der Zivilgesellschaft auf unterschiedliche historische Ideen und Gesellschaftskonzeptionen zurück. So knüpft etwa das wirtschaftsliberale Denken an Konzepte der Trennung von Staat und Gesellschaft an und weist Staat und Politik im Hinblick auf die Interessen und Bedürfnisse der Bürger eine eher sekundäre und dienende Bedeutung zu. Im liberalen Denken soll der Staat nur den Rahmen dafür bereitstellen, dass die Einzelnen ihren privaten Zwecken und Interessen ungestört nachgehen können. Insofern ist hier die Zivilgesellschaft nichts anderes als die Gesamtheit individueller Rechtsbürger, die nicht nur die Möglichkeit sondern auch die Verpflichtung haben, als vereinzelte, mit Freiheitsrechten ausgestattete Individuen ihre eigenen Zwecke zu verfolgen und für sich selbst Sorge zu tragen. Inwiefern und unter welchen Bedingungen sie sich als interessentrational handelnde „Unternehmer in eigener Sache“ auch gemeinwohlorientiert betätigen wollen, bleibt ganz ihrer privaten Entscheidung überantwortet. In solchen „individualistischen“ Konzeptionen von Bürgergesellschaft tritt der Bürger ausschließlich als ein vereinzelt, mit Freiheitsrechten ausgestattetes Individuum auf das Plan, das über Wahlmöglichkeiten verfügt und mit individuellen Freiheitsrechten ausgestattet ist; die Frage der möglichen Übernahme gemeinschaftlicher Aufgaben und Bindungen spielt hier nur eine nachgeordnete Rolle, weil das Wohl aller durch die „unsichtbare Hand des Marktes“ zustande kommen soll.

Gegenüber diesem individualistischen Verständnis von Gesellschaft, der Rolle des Bürgers und von Staat und Politik haben sich in den letzten 10 bis 15 Jahren neue Sichtweisen und Interpretationen Aufmerksamkeit verschaffen können. In der heutigen Diskussion ist deshalb Zivilgesellschaft mehr als eine Gesellschaft von mit Rechten ausgestatteten Individuen, deren soziales und politisches Engagement lediglich ein Ausdruck ihrer individuellen Wahlhandlungen ist. Es handelt sich hierbei um Konzepte, in denen sich der einzelne Bürger auch jenseits privater Interessen und Präferenzen den Anliegen des Gemeinwesens gegenüber offen und verpflichtet fühlt. Zu diesen neuen Sichtweisen auf Zivilgesell-

schaft und Bürgerengagement haben sowohl unterschiedliche Varianten des kommunitaristischen Diskurses als auch republikanische Gesellschaftskonzepte beigetragen. Während der Kommunitarismus auf die Bedeutung von sozialen Bindungen für die soziale Verortung und Individualisierung der Bürgerinnen und Bürger verweist, und damit sowohl die Bedeutung traditioneller Gemeinschaftsformen wie Familie, Nachbarschaften etc. als auch moderner, postkonventioneller Formen von Gemeinschaft (wie freiwillige Zusammenschlüsse im beruflichen und Freizeitbereich, Selbsthilfegruppen etc.) für die Identitätsbildung der Subjekte und die Integration moderner Gesellschaften hervorhebt, knüpft das republikanische Denken im Rückgriff auf Leitvorstellungen historischer (Stadt-)Republiken an der besonderen Bedeutung des „Aktivbürgers“ für die Herstellung (politischer) Öffentlichkeit und die Selbstregierung eines demokratischen Gemeinwesens an. Die zentrale Rolle, die die Bürgerinnen, der Bürger hierbei einnehmen, formuliert der Politikwissenschaftler Herfried Münkler folgendermaßen: „Bürger – das heißt in konturrierender Distanz zu Staat und Markt hier weder Untertan noch Inhaber von Rechten, auch nicht kalkülrationaler Nutzenmaximierer oder vorausschauender Selbstunternehmer. Vielmehr beschreibt der Begriff einen Akteur, der sich des Wertes wie der Voraussetzungen eines auf politischer Partizipation und gesellschaftlicher Solidarität begründeten Zusammenlebens bewusst ist, der die Lasten der Selbstregierung kennt und sich im Wissen um die langfristig negativen Folgen der Verweigerung dieser Lasten ihnen unterzieht.“ (2002, S. 118) In ihrer Rolle als aktive Mitglieder der Bürgergesellschaft handeln also die Einzelnen auf der Basis von Freiwilligkeit und Gleichheit im öffentlichen Raum; sie sind weder ausschließlich Träger von Rechten gegen mögliche Willkürakte des Staates noch bloße Konsumenten wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, und ihre staatsbürgerliche Rolle erschöpft sich auch nicht darin, pünktlich und gewissenhaft Steuern zu bezahlen und turnusmäßig wählen zu gehen. Vielmehr erscheinen Bürgerinnen und Bürger hier als aktive Individuen, die als Mitglieder unterschiedlicher Gemeinschafts- und Assoziationsformen an den öffentlichen Angelegenheiten interessiert und gemeinsam mit Gleichgesinnten bestrebt sind, in vielfältiger Weise an der Beförderung gemeinsamer Anliegen mitzuwirken. Erst im zivilgesellschaftlichen Rahmen des politischen Gemeinwesens wird es möglich, Formen der Solidarität, Verbundenheit und des „Zusammenhandelns“ zu entwickeln, die über traditional eingelebte und nach außen relativ abgeschlossene Standes-, ethnische,

Geschlechts- oder Lokalgemeinschaften und hiermit verbundene Identitäten und Verbundenheiten hinausreichen und gerade auf diese Weise in der Lage sind, kooperatives Handeln über ökonomische, soziale, räumliche und kulturelle Differenzen hinweg zu initiieren.

Die „bescheidene“ liberalistische und die „anspruchsvolle“ Variante von Zivilgesellschaft wirken sich nun auch auf das Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement aus. In der „schwachen“ bzw. „bescheidenen“ Konzeption von Zivilgesellschaft, die als Summe eigenverantwortlicher Privatbürger verstanden wird, ist das freiwillige und unentgeltliche Engagement in erster Linie Ausdruck einer individuellen Entscheidung und insofern auch eine Frage von persönlichen Präferenzen im Hinblick auf Freizeitgestaltung und Sinnerfüllung. Da dem Staat in liberalistischen Konzeptionen der Zivilgesellschaft die Aufgabe zugewiesen wird, den Rahmen für individuelles Handeln zu garantieren und die Regelung der hiermit zusammenhängenden Entscheidungsfragen der professionellen Politik überantwortet wird, konzentriert sich das freiwillige Engagement der Bürger stärker auf den sozialen und Freizeitbereich und weniger auf das politische Engagement. Da die vorgefundene Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft angesichts des reduzierten Verständnisses von Zivilgesellschaft mehr oder weniger akzeptiert wird, bezieht sich die freiwillige und unentgeltliche Beteiligung auf Bereiche und Handlungsfelder, wo Staat, Markt und professionelle Problemlösung nicht hinreichen (Markt- und Staatsversagen).

Demgegenüber erhält bürgerschaftliches Engagement im Kontext des „anspruchsvollen“ Konzepts von Zivilgesellschaft ein ganz anderes Gewicht: Hier übernehmen die Bürgerinnen und Bürger in höherem Maße Verantwortung für die Geschicke des Gemeinwesens und mischen sich als selbstbewusste und selbstverantwortliche Bürger forlaufend in gemeinsam betreffende Fragen und Anliegen ein. In einer Gesellschaft der Selbstermächtigung und Selbstorganisation, in der die Bürgerinnen und Bürger neue Verantwortungsrollen zu übernehmen bereit sind, wäre Engagement ein Bestandteil des normalen Funktionierens politischer und sozialer Institutionen und normaler Alltagspraktiken. Unter diesen Bedingungen finden wir bürgerschaftliches Engagement nicht nur in herkömmlichen, hierfür vermeintlich prädestinierten Bereichen wie Wohlfahrtspflege, Sport und Gesundheitswesen, sondern prinzipiell in allen gesellschaftlichen Handlungsbereichen, also auch der Sicherheitspolitik, im Rahmen von Verwaltungsmodernisierung, Umweltbereich, unkonventioneller Formen

politischer Beteiligung und selbst in der Wirtschaft in Form des Corporate Citizenship bzw. der Corporate Social Responsibility. Darüber hinaus tritt bürgerschaftliches Engagement in unterschiedlichen Organisationsformen auf: Es ist sowohl das schwache und sporadische Engagement – wie etwa das Spenden von Geld, das zeitlich befristete Mitwirken an einer Aktion oder das Leisten einer Unterschrift – wie auch das langfristig verbindliche Engagement etwa in der Form der Mitarbeit in den Führungsgremien eines gemeinnützigen Vereins oder einer gemeinnützigen Organisation.¹

Wenn bürgerschaftliches Engagement also in diesem Sinne einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens zugesprochen bekommt, dann ergeben sich gegenüber dem „individualistischen“ Engagementdiskurs folgende neue Akzentsetzungen:

- Ausgehend von einer „anspruchsvollen“ Konzeption von Zivilgesellschaft ist Engagement nicht nur eine Tätigkeitsform, die in den „Nischen“ und an den „Rändern“ von Markt und staatlichen Institutionen ein bescheidenes Dasein fristet, sondern als eine Handlungsform mit „zivilgesellschaftlichem Eigensinn“ in prinzipiell allen Bereichen der Gesellschaft und in unterschiedlichen Formen (vom sozialen Engagement bis zur Zivilcourage) zum Ausdruck kommt.
- Im Hinblick auf die fortlaufend geführte Debatte um Freiwilligkeit vs. Pflicht macht das anspruchsvolle Konzept von Zivilgesellschaft und Bürgerengagement deutlich, dass aktive Bürgerinnen und Bürger jenseits individueller Beliebigkeit einerseits und der Abschiebung von Verantwortlichkeiten auf den Staat andererseits eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ zur Übernahme bestimmter Aufgaben und Verantwortungen verspüren und sich deshalb vermehrt in öffentliche Angelegenheiten einmischen und einbringen.
- Aus einer „anspruchsvollen“ Konzeption von Zivilgesellschaft ergibt sich eine Auseinandersetzung um die Neubestimmung der Aufgabenteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft in dem Sinne, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Verantwortung, aber auch mehr Einflussmöglichkeiten für sich beanspruchen und zugleich für ihre freiwilligen Aktivitäten mehr Anerkennung und Förderung erwarten. Das Gegenstück zur „anspruchsvollen“ Konzeption von Zivilgesellschaft ist insofern eine „aktivierende Sozialpolitik“, die die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür verbessert, dass Bürgerinnen und Bürger sich gemeinwohlorientiert einbringen können. Dies ist insbesondere auch deshalb von Be-

1) Es versteht sich dann von selbst, dass der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Sinne breiter angelegt ist als herkömmliche Begrifflichkeiten wie etwa Ehrenamt, Selbsthilfe etc. So lassen sich etwa unter Ehrenamt stärker formalisierte, in Regeln eingebundene und dauerhafte Formen des Engagements, wie wir sie etwa in den Führungsgremien gemeinnütziger Vereine aber auch als echte Ehrenämter in Verwaltung, Kommunalpolitik und im Rettungswesen finden, verstehen. Selbsthilfe ist eine spezifische Form des Engagements, bei der es um die wechselseitige Unterstützung und Hilfe auf der Basis von Selbst- und Gleichbetroffenheit in Gruppen geht.

deutung, weil bürgerschaftliche Formen der Aufgabenübernahme nur funktionieren können, wenn sie nicht überfordert und überlastet werden. Insofern kommt es bei der Nutzung zivilgesellschaftlicher Handlungspotentiale und Ressourcen entscheidend darauf an, institutionelle Arrangements zu entwickeln, in denen Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement mit marktwirtschaftlichen Lösungen und sozialstaatlichen Institutionen derart verknüpft werden, dass die jeweiligen Stärken gestärkt und die Schwächen ausgeglichen werden (Welfare Mix).

3. Bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital als Ressourcen zur Revitalisierung von Sozialräumen

Das skizzierte anspruchsvolle Konzept einer Zivilgesellschaft hat große Nähe zu dem Konzept von sozialem Kapital, wie es der amerikanische Politikwissenschaftler Robert D. Putnam (vgl. 1993) entwickelt hat. Für ihn ist die Zivilgesellschaft eine Gesellschaft, die über ein gewisses Ausmaß von „Sozialkapital“ verfügt. Dieses Sozialkapital hat wiederum positive Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit von Ökonomie und Politik. Das Sozialkapital besteht aus Vertrauen, sozialen Netzwerkbeziehungen und freiwilligen Assoziationen. Putnam nimmt an, dass die Beteiligung an sozialen Netzwerken und freiwilligen Assoziationsformen die Motivation und Kompetenz zur politischen Teilhabe als Bürger beiträgt. Auf diese Weise erweist sich auch bei ihm die Zivilgesellschaft als ein unentbehrlicher Nährboden für eine demokratische Beteiligungskultur und lebendige Gemeinschaftsbezüge.

Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ und seinen Vorläuferprogrammen ist eine enge politisch-strategische Verknüpfung zwischen zivilgesellschaftlichen Ressourcen und sozialräumlichen Erneuerungsstrategien hergestellt worden. Soziales Kapital und bürgerschaftliches Engagement erscheinen als Schlüssel und Problemlösungskatalysatoren für die Bewältigung von Problemen, die mit sozialräumlichen Segregations und Polarisierungsprozessen verbunden sind. In ihrer Problemdefinition folgt das Bund-Länder-Programm den Befunden der städtischen Armuts- und Segregationsforschung und der Debatte über theoretische Konzepte der Exklusion und Desintegration. Insofern geht dieses Programm davon aus, „dass Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft bestehen. Es akzeptiert, dass sie sich räumlich verfestigen können und dass diese Verfestigung ihrerseits selbstverstärken-

de Wirkungen haben kann, so dass Quartiere sowohl benachteiligt als auch benachteiligend sind.“ (Walther 2002, S. 29; vgl. auch Kronauer 2002) Die hiermit angesprochenen Prozesse der Konzentration sozialer Probleme auf bestimmte Stadtquartiere lassen sich etwa folgendermaßen skizzieren (vgl. Häußermann 2003 und 2005):

- In den großen Städten nimmt aufgrund der Verluste von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe die Einkommensungleichheit zu. Der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung in bestimmten Stadtteilen steigt an und darüber hinaus entwickeln sich die Einkommen im wachsenden Dienstleistungsbereich immer weiter auseinander. Das Ergebnis ist: Die soziale Heterogenität in den Stadtteilen nimmt zu.
- Die zweite wichtige sozialräumliche Entwicklungstendenz ist die Zunahme ethnischer Heterogenität. In Folge der Anwerbung von Gastarbeitern seit den 1960er Jahren und den inzwischen erfolgten Zuzügen von MigrantInnen und AussiedlerInnen steigt der Anteil von Stadtbewohnern mit einem nicht-deutschen kulturellen Hintergrund von Jahr zu Jahr mehr an; in einigen innerstädtischen Gebieten überschreitet er heute bereits die 50%-Marke.
- In der Stadt- und Wohnungspolitik ist (durch neue politische Prioritäten und vor dem Hintergrund öffentlicher Finanzierungsprobleme) ein Prozess der Privatisierung und Liberalisierung und Liberalisierung der Wohnungsversorgung eingetreten. Damit wird es immer schwieriger, die ohnehin ablaufenden Segregationsprozesse, also die Zuordnung von Gruppen mit vergleichbaren Wohlstandsniveaus und ethnischer Zugehörigkeit und Kultur auf jeweils abgegrenzte Stadtteile, politisch zu bekämpfen und zu modifizieren.

Im Ergebnis sind Polarisierungsprozesse zu beobachten: Während sich in einigen Wohngebieten die Bevölkerungsgruppe der gut Situierten konzentriert, entstehen auf der anderen Seite in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Großsiedlungen Wohnquartiere, die umfassende Prozesse der Verschlechterung ihrer Wohn- und Lebensqualität hinnehmen müssen. Ganze Quartiere werden einem „Fahrstuhleffekt“ ausgesetzt, fahren also in der Hierarchie der Wohlstandsniveaus kollektiv auf eine niedrigere Stufe. Zugleich werden hierdurch selektive Mobilitätseffekte ausgelöst, die dazu führen, dass die bislang vorhandenen sozialen Mischungsstrukturen zugunsten einer immer problematischeren sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung ersetzt werden. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, die die Möglichkeit dazu

haben, ziehen aus diesen Wohngebieten weg. Hinzu ziehen entweder Bevölkerungsgruppen, die in den anderen Wohnquartieren nicht mehr unterkommen oder die als MigrantInnen nicht zuletzt wegen der niedrigeren Mietpreise auf diese Quartiere angewiesen sind.

In diesen Wohnquartieren gehen die Kaufkraft sowie die wirtschaftliche Tätigkeit zurück und es verschlechtert sich die privatwirtschaftliche Infrastruktur. Darüber hinaus ist ein Imageverlust zu beobachten, der für die hier wohnenden Menschen Nachteile vielfältiger Art – z. B. bei der Arbeitsplatzsuche – entstehen lässt. Solche Quartiere verlieren auch an Sozialkapital und sozialen Kompetenzen, weil Bewohnerinnen und Bewohner, die über entsprechende Fähigkeiten, Fertigkeiten und Netzwerke verfügen, diesen Quartieren durch Umzug verloren gehen.

Mit dem materiellen und sozialen Abstieg und den hiermit verbundenen sozialstrukturellen und baulichen Veränderungen geht auch das allgemeine und gruppenspezifische Engagementpotential zurück. Dies drückt sich sowohl darin aus, dass die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Bewohnergruppen, zwischen Generationen, Ethnien und Subkulturen immer schärfer, immer unversöhnlicher ausgeprägt werden, als auch darin, dass die intermediären Strukturen von Vereinigungen, Initiativen und Projekten, die normalerweise den sozialen Zusammenhalt eines Wohnquartiers stabilisieren helfen, ebenfalls an Bedeutung verlieren. Die verbleibenden Bewohner sehen sich in einer „unfreiwilligen Nachbarschaft“ mit Bevölkerungsgruppen aus anderen Kulturen und mit für sie fremden Lebensstilen, aus der sie sich nur noch mit Rückzug, Resignation und Abschottung herausziehen können. Damit aber kann das Wohngebiet zu einer Art „Kampfzone“ werden, in der mangels integrativer Mechanismen und einer positiven Identifikation mit dem Stadtteil unerbittliche Kämpfe um symbolischen Raum sowie Hass und Resentiments überwiegen.

Auf solche sozialräumlichen Prozesse der Segregation und Polarisierung haben neuere Handlungsprogramme der Stadtpolitik und Stadtplanung reagiert, die seit den 1990er Jahren nach dem Vorbild anderer Länder zunächst in einigen Bundesländern und dann auch auf Bundesebene entwickelt worden sind.² Nach dem Politikwechsel im Jahre 1998 wurden diese Initiativen und Aktivitäten in dem neuen Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ gebündelt (vgl. die Beiträge in Walther 2002, Löhr 2001, Krummacker u. a. 2003 sowie Walther/Mensch 2004). Zentrales Ziel dieses Programms ist es, die skizzierten Abstiegsprozesse

mit ihren negativen Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner bestimmter Stadtteile zu bekämpfen und damit die Lebensbedingungen und die Lebensqualität in den entsprechenden Stadtgebieten nachhaltig zu verbessern. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist das Programm keineswegs auf den sozialen Bereich beschränkt, sondern ist daran orientiert, durch ökonomische, kulturelle, städtebauliche und ökologische Impulse komplexe Prozesse der integrierenden Stadteilerneuerung in Gang zu setzen.

Um dieses Ziel erreichen zu können, wird in dem Programm ein doppelter Ansatz verfolgt:

- Zum einen sollen mit der sozialräumlichen und Querschnittsorientierung alle für die Stadtteilentwicklung relevanten Politikressorts zusammengefasst und ein ressortübergreifendes Vorgehen entwickelt werden; im Mittelpunkt des Programms steht also die horizontale Integration unterschiedlicher Politikfelder und die Etablierung von Kooperationsbeziehungen zwischen möglichst vielen unterschiedlichen Professionen.
- Darüber hinaus geht es darum, die Bewohnerinnen und Bewohner in den Quartieren mit ihren Potentialen und Handlungsressourcen als zentrale Akteure der Stadteilerneuerung ernst zu nehmen und sie als Koproduzenten bei der Quartiersentwicklung zu unterstützen.

Die Finanzierung dieses Programms ist so angelegt, dass die für dieses Programm investierten Finanzmittel lediglich Anstoß- und Bündelungseffekte auslösen sollen, um auf diese Weise weitere Finanztöpfe und Programmtitel in den Programmbereich einbeziehen zu können. Ein Beispiel hierfür ist das vom BMFSJF getragene Ergänzungsprogramm E&C für den Bereich der Jugendpolitik (vgl. kritisch Reutlinger 2004).

Kennzeichnend für das Programm „Soziale Stadt“ ist es also, dass die sozialräumlichen Herausforderungen nicht auf Fragen der baulichen Infrastruktur und der Wirtschaftskraft beschränkt werden, sondern Probleme der sozialen Alltagsintegration und der politischen Partizipation, aber auch örtliche informelle und formelle Ressourcen in die Erneuerungsprogramme einbezogen werden. In diesem Programm werden die bislang isoliert agierenden unterschiedlichen Fachpolitiken – also z. B. Städtebauförderung, kommunale Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau, Sozial- und Jugendhilfe, Kulturpolitik etc. zusammengeführt und die unterschiedlichen Ressourcen und Kompetenzen für eine integrative Strategie gebündelt, in der öffentliche und private Ressourcen mobilisiert werden. Neu ist auch, dass im Rahmen

2) Zu nennen sind hier etwa Programme aus Hamburg sowie vor allem das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ aus Nordrhein-Westfalen.

solcher Programme ausdrücklich zur Kooperation über die eigenen Ressortgrenzen hinaus und damit zur Kooperation mit bislang ungewohnten Akteuren aufgefordert wird, was neben staatlich-administrativen Akteuren insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen und die Bürgerinnen und Bürger einschließt.

Das Bund-Länder-Programm verfolgt dabei eine doppelte Zielsetzung: Das wichtigste Ziel dieses neuen Programmansatzes ist es, die Lebenssituation der betroffenen Menschen in den benachteiligten Stadtquartieren durch eine aktive und integrativ wirkende Stadtentwicklungspolitik nachhaltig zu verbessern und Prozesse des Verfalls und des Abstiegs solcher Stadtteile aufzuhalten bzw. möglichst umzukehren. Darüber hinaus geht es in diesem Handlungsansatz immer auch darum, neue Formen der politischen und planerischen Steuerung zu entwickeln und durch die horizontale und vertikale Integration unterschiedlicher politisch-administrativer Ressorts und Akteursgruppen den Wirkungsgrad öffentlicher Maßnahmen zu erhöhen (vgl. Walther 2002, S. 34).

Ein zentraler Ansatzpunkt zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Kontext von Quartierserneuerung ist der Aufbau und die Entwicklung von sozialen Netzen der Kommunikation und Kooperation. Voraussetzung ist hierfür wechselseitige Anerkennung der unterschiedlichen Bewohnergruppen untereinander. Die Bildung solcher Netzwerke bezieht dabei den Bereich des lokalen Wirtschaftens mit ein. Dies gilt nicht nur für selbstorganisierte Ansätze (z. B. Tauschringe), sondern auch für die spezifischen wirtschaftlichen Tätigkeitsformen einzelner Ethien (z. B. türkische Läden) und des lokalen Handwerks und Kleingewerbes. Die Möglichkeit, sich durch entsprechende Kanäle zu artikulieren (Ausländerververtretungen, Handwerkskammern etc.) und in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt zu werden (z. B. durch Programme, die in Kooperation mit türkischen Arbeitgebern anerkannte Ausbildungsplätze schaffen) ist von zentraler Bedeutung.

Insgesamt zielen solche sozialräumlichen Handlungsprogramme auf folgende Ebenen ab:

- eine aktive Gemeinwesenentwicklung;
- die Schaffung quartiersbezogener Beteiligungsstrukturen;
- die Entwicklung politischer und administrativer Strukturen, die intern auf Querschnittsaufgaben vorbereiten und nach außen dialog- und kooperationsfähig sind.

Auf diese Weise soll es gelingen, vorhandene Ressourcen vor Ort zu aktivieren und zu bündeln und durch Einbeziehung möglichst vieler Träger und Akteure potentiell zusätzliche Investitionen an Geld, Zeit und Know How anzuzie-

hen. Wichtige Instrumente sind etwa quartierbezogene Budgets, Partnerschaften zwischen verschiedenen Akteuren und das erwähnte Quartiersmanagement. Entscheidend für die Wirksamkeit solcher Handlungsansätze ist, den Bewohnerinnen und Bewohnern solcher Stadtteile glaubhaft deutlich machen zu können, dass ihr Engagement tatsächlich etwas bewegen kann. Bislang ist noch nicht eindeutig bewiesen, ob die im Rahmen von Aktivierungs- und Vernetzungstrategien entstehenden Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe sich längerfristig stabilisieren und ob die hiermit entstehenden Formen der Beteiligung und Mitwirkung von den Betroffenen als hilfreich und wirksam erfahren werden. Darüber hinaus ist entscheidend, dass die beteiligten Organisationen wie Betriebe, Großunternehmen, Wohlfahrtsverbände, soziale Einrichtungen wie Schulen etc. nicht lediglich an der Verteilung ohnehin vorhandener Finanzmittel und Modellprogramm-Budgets interessiert sind, sondern tatsächlich in die Lage versetzt werden, zusätzliche Investitionen in den jeweiligen Stadtteil zu lenken, um damit bestimmte Defizite und Probleme erfolgreich bearbeiten zu können (vgl. für eine erste Evaluation des Programms IfS 2004).

4. Zur Kritik zivilgesellschaftlicher Ansätze in der Stadtpolitik und Stadtentwicklung

Für eine belastbare Einschätzung und Bewertung der tatsächlichen Wirkungen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ und ähnlicher Programme ist es sicherlich noch zu früh. Dennoch hat sich eine kritische Debatte entwickelt, die sich sowohl auf die konkreten Merkmale und Umsetzungsformen des Programms „Soziale Stadt“ als vor allem auch auf seine theoretisch-konzeptionelle Grundlegung im Konzept des Sozialkapitals bezieht. Auf die Kritikpunkte, die sich mit der „Machart“ und Finanzierung des Programms auseinandersetzt, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden (vgl. aber Walther 2002, Alisch 2002 sowie Löhr 2001, S. 110). Hier soll vielmehr zentral die Kritik an dem diesem Programm zugrunde liegenden Verständnis von Sozialkapital und Zivilgesellschaft interessieren. Wie skizziert geht Robert D. Putnam (vgl. 2000) davon aus, dass sowohl die wirtschaftliche Innovationskraft als auch die demokratische Qualität einer Region vom Ausmaß des Vorhandenseins der Ressource Sozialkapital abhängen. Sozialkapital hat also sowohl individuellen als auch kollektiven Nutzen. Nun hat Robert D. Putnam die Kategorie des Sozialkapitals bzw. des sozialen Kapitals keineswegs erfunden, sondern

konnte auf Vorläuferkonzeptionen – etwa bei Pierre Bourdieu und James Coleman – zurückgreifen. Erstaunlicherweise verwendet Putnam allerdings nicht sehr viel Sorgfalt auf die theoretische Fundierung seines Konzepts, sondern konzentriert sich auf die Entwicklung und Präsentation eines breiten Spektrums von empirischen Indikatoren, um seine Thesen zum Zusammenhang von Sozialkapital und ökonomischer Performanz und politischer Funktionsfähigkeit sowie vor allem zur Erosion des Sozialkapitals in den USA zu untermauern (vgl. etwa Putnam 1993, 1995 sowie 2000). Es kann daher nicht verwundern, dass bereits frühzeitig in der US-amerikanischen Debatte – und in der Folge auch darüber hinaus – eine Reihe von Schwächen und Defiziten des Sozialkapitalkonzepts von Putnam herausgearbeitet worden sind (vgl. etwa zusammenfassend Braun 2001 sowie Schaal 2004). Insbesondere die zirkuläre Argumentation, bei der Ursachen und Wirkungen sozialen Kapitals nicht mehr analytisch trennbar sind sowie die Idealisierung der positiven und die Ausblendung möglicher negativer Effekte sozialen Kapitals standen bislang im Mittelpunkt der Kritik. Während Putnam bestimmte positiv ausgezeichnete Zustände einer gegebenen Region – z. B. das gute Funktionieren demokratischer Institutionen – alternativlos mit Hilfe eines Spektrums von ausgewählten Indikatoren (wie Mitgliedschaften in Assoziationen, Teilnahme an Wahlen etc.) ursächlich in Verbindung bringt und hieraus auf das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein von sozialem Kapital schließt, kann er insbesondere nicht erklären, wie die Mitgliedschaft in freiwilligen Assoziationen zur Ausbildung eines generalisierten Vertrauens gegenüber anderen, anonymen Interaktionspartnern beiträgt. Empirische Studien haben jedenfalls einen solchen Zusammenhang nur für bestimmte Formen von Assoziationen (nämlich solchen, die im weitesten Sinne des Wortes in der politischen Sphäre verankert sind) bestätigen können. Auch die zugrunde liegenden Kausalitätszusammenhänge sind theoretisch umstritten, da die unterstellten positiven Zusammenhänge empirisch nicht nachgewiesen und die möglichen Effekte sowohl auf Sozialisations- als auch auf Selbstselektionsmechanismen zurückgeführt werden können. Darüber hinaus fällt das Bild, das Putnam von freiwilligen Assoziationen und Netzwerkbeziehungen zeichnet, ausgesprochen konfliktfrei und harmonisierend aus, während er das Vorhandensein sozialer Netzwerke und Beziehungen, die nicht demokratieförderlich sind, sondern vielmehr antidemokratisch und repressiv wirken (vgl. Roth 2003), in seinen Analysen ausblendet. Auch der jüngere Versuch von Putnam, auf

solche Defizite mit der begrifflichen Differenzierung in „bridging“ und „bonding“ social capital zu reagieren (vgl. 2000, S. 22), fällt wenig überzeugend aus. Während Formen von „bonding social capital“ auf exklusive Netzwerkbeziehungen abzielen, die wie Elitennetzwerke, Clans und Geheimgesellschaften bestimmten Mitgliedern vorbehalten sind, zielt der Begriff des „bridging social capital“ auf solche Solidaritätsnetzwerke und freiwillige Assoziationen, die soziale Gruppengrenzen überschreiten und damit integrativ wirken können. Gerade durch das Konzept des bridging social capital soll es möglich sein, die positiven Wirkungen sozialen Kapitals zu benennen, da es mit dieser Form des Sozialkapitals bestehende Trennungen zwischen Ethnien, Geschlechtern und sozialen Klassen überschritten werden. Empirisch denkt er hierbei insbesondere an solche Assoziationsformen, die wie etwa in Sport und bestimmten Formen der Laienmusik von breiten Schichten der Bevölkerung getragen werden. Allerdings räumt Putnam selbst ein, dass er seine eigene theoretische Differenzierung in unterschiedliche Formen von sozialem Kapital bislang nur unzureichend ausgearbeitet und empirisch fundiert hat (vgl. Putnam 2000, S. 24).

Unmittelbar mit Bezug auf die Verwendung des Putnam'schen Konzepts von Sozialkapital im Zusammenhang mit neuen Formen sozialraumorientierter Stadtpolitik und Wohnumfelderneuerung hat Margit Mayer (vgl. 2004) die folgenden drei Kritikpunkte vorgetragen: Zum einen geht sie davon aus, dass mit dem eher harmonischen und konfliktfreien Konzept freiwilliger Assoziationen und Netzwerkbeziehungen oppositionelle Bewegungen und Protestaktivitäten aus diesem Konzept von Sozialkapital ausgegrenzt werden. Von solchen Gruppen erwartet sie aber besondere demokratisierende Effekte gerade im Hinblick auf vernachlässigte und marginalisierte Themen. Dieser Aspekt weist zudem darauf hin, dass Ausbeutung, Macht und Herrschaft im Sozialkapital-Konzept von Putnam zu wenig Berücksichtigung finden, aber gerade für die Analyse der Aktivitätsformen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Wohnvierteln von Bedeutung sein müssten. Darüber hinaus merkt sie kritisch an, dass die für die Herstellung lokaler Kohäsion und die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements so wichtigen zivilgesellschaftlichen Organisationen des Dritten Sektors keineswegs statisch sind, sondern sich im Zusammenhang mit ökonomischen und politischen Veränderungen ebenfalls transformieren. Angesichts des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen und der hiermit verbundenen Einschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten für Dritte-Sektor-Organisationen ten-

dierten diese dazu, weggefallene öffentliche Dienstleistungen zu ersetzen und sich an die Vorgaben sozialstaatlicher Programme mehr oder weniger kritiklos anzupassen. Die Folge sei eine Transformation dieser Organisationen von zivilgesellschaftlichen, politisch agierenden Organisationen zu reinen Dienstleistern. Schließlich bemängelt sie, dass die im Rahmen der städtischen Polarisierungs- und Segregationsprozesse verstärkten Formen von Exklusion, Ungleichheit und Dezivilisierung in den Konzepten lokaler capacity building und Quartiers-Revitalisierung verharmlost und in ihren destruktiven Wirkungen unterschätzt würden. Sie plädiert daher dafür, sowohl die neuen Formen globalisierten Wirtschaftens als auch die neu entstehenden polit-ökonomischen Regime bei der Ausgestaltung sozialraumorientierter Revitalisierungskonzepte mit zu reflektieren, um realistisch abschätzen zu können, ob endogene Prozesse der Gemeinwesenentwicklung und der Bürgeraktivierung tatsächlich zur Stärkung von Demokratie und lokaler Kohäsion und nicht zu erneuten Ausschließungs- und Spaltungsprozessen beitragen.

Entsprechend solcher Kritiken und Gegenargumente erfreut sich das Begriffsverständnis von sozialem Kapital, wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu (vgl. z. B. 1983) entwickelt hat, gerade im Zusammenhang mit der theoretischen Debatte um Stadtpolitik und Quartiersmanagement, aber auch in einigen neueren sozialraumorientierten Aktivierungsprojekten einer steigenden Aufmerksamkeit und Unterstützung. Im Gegensatz zur Sozialkapital-Kategorie von Putnam, die als eine Qualität interpersonaler Beziehungen und damit als Strukturmerkmal von Regionen entfaltet worden ist, steht die Kategorie des sozialen Kapitals bei Bourdieu in einem engen Zusammenhang mit seiner Theorie der Ungleichheit und der unterschiedlichen Kapitalformen. Er definiert soziales Kapital als die Verfügung über ein Netz von Beziehungen, über die bestimmte Austauschleistungen mobilisiert werden können. Aber der Akzent liegt bei ihm nicht auf dem Kollektivgut-Charakter des Sozialkapitals sondern auf dem individuellen Nutzen, den die einzelnen aus der Verfügung über Sozialkapital im gesellschaftlichen Kampf um Einfluss und Positionen ziehen können; je mehr Sozialkapital, desto leichter ist es, Machtpositionen bzw. privilegierte Positionen in der Gesellschaft zu erkämpfen bzw. abzusichern. Darüber hinaus interessieren ihn insbesondere die Zusammenhänge zwischen allen Kapitalformen, also etwa die Möglichkeiten, soziales Kapital in kulturelles oder ökonomisches Kapital umzumünzen und umgekehrt. Damit verbinden beide Autoren völlig unterschiedliche theoriestrategische

Intentionen mit dem Sozialkapitalkonzept, aus denen sich wiederum unterschiedliche politisch-strategische Konsequenzen ableiten lassen. Während es Putnam darum zu tun ist, den Kollektivgut-Charakter des Sozialkapitals zu betonen, um damit die Bedeutung der Ressource Sozialkapital sowohl für umfassende gesellschaftspolitische als auch für eingegrenzte sozialräumliche Revitalisierungsstrategien hervorzuheben, verwendet Bourdieu das Konzept in ungleichheitstheoretischer Absicht, um deutlich zu machen, dass neben kulturellen und ökonomischen Ressourcen auch soziale Ressourcen hilfreich für individuelle Aufstiegs- und Machtbildungsprozesse sein können. Das Konzept des sozialen Kapitals ist sowohl in konzeptionelle Debatten um die Ausgestaltung sozialräumlicher Erneuerungsstrategien als auch in konkrete Projektzusammenhänge eingeflossen.

So bezweifelt etwa Roland Roth (vgl. 2004), dass die Bildung und Stärkung sozialen Kapitals immer zu einer Reduzierung oder gar Überwindung von sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit führen muss. Im Rückgriff auf das Sozialkapitalverständnis von Bourdieu geht er davon aus, dass soziales Kapital – wie andere Kapitalarten auch – gesellschaftlich höchst ungleich verteilt ist. Er verweist auf den positiven Zusammenhang, den Synergieeffekt, zwischen ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital und entwickelt daraus die These, dass eine politische Aktivierung „sozialen Kapitals“ quasi automatisch Gefahr läuft, bereits ressourcenstarke Akteure noch weiter zu stärken. Zwar beanspruchen sozialpolitische Strategien, die darauf ausgerichtet sind, gerade schwache Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Quartieren zu stärken, eine kompensatorische Wirkung, allerdings bleibt die grundlegende Skepsis, ob diese Ziele überhaupt erreicht werden können. Diese Skepsis adressiert Roland Roth dezidiert an Handlungsprogramme wie die erwähnten sozialräumlichen integrierten Programme für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ bzw. „Soziale Stadt“. Denn in diesen Programmen, in denen städtebauliche Maßnahmen nicht im Mittelpunkt stehen, geht es primär um die Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern durch eher bescheidene Verfügungsfonds (mit jährlichen Beträgen von 12.000 bis 25.000 Euro). Hier „droht bei massiven sozialen Problemen im Quartier die Gefahr der Kulissenpolitik. Zwischen dem sozialpädagogisch inszenierten Beteiligungsrummel und den realen Ressourcentransfers klafft eine mehr oder weniger große Lücke.“ (2004, S. 180) Darüber hinaus sieht er in solchen Programmen Gefahren einer Normalisierung und Kolonialisierung städtischer Unterschichten.

Die durch das sozialpädagogische Personal bevorzugten diskursiven Verfahren des Quartiersmanagements können zu einem Prozess beitragen, der letztlich einer Vertreibung jener Segmente der städtischen Armutsbevölkerung aus den Problemgebieten zuarbeitet, die sich nicht auf die Normen einer mittelschichtorientierten, disziplinierten und erwerbsarbeitszentrierten Lebensführung einlassen. Ähnliches gilt für ethnisch-segregierte Quartiere, deren Bewohner kulturell anders gelagerte Unterstützungsstrukturen aufgebaut haben. Ein weiteres kritisches Argument bezieht sich auf die neue Unterscheidung zwischen aktiv und passiv. Die sozial sehr ungleich verteilte Bereitschaft und Fähigkeit, sich zu aktivieren bzw. sich aktivieren zu lassen, schafft im Rahmen aktivierender Politiken neue Ungleichheiten, die ältere sozialmoralische Diskriminierungen (würdige vs. unwürdige Arme) ablöst bzw. in neuer Verpackung generiert. Im Ergebnis kommt es – so seine Befürchtung – allenfalls zur Umverteilung von Mitteln innerhalb der Armutsbevölkerung, wenn an die Stelle einer unkonditionierten Existenzsicherung und einer nicht-diskriminierenden kommunalen Infrastruktur nun Nachteile für „Inaktive“ und Prämien für „Aktive“ treten. Diese Variante der Kritik an sozialräumlichen Revitalisierungsstrategien macht auf einen wichtigen Punkt aufmerksam: Sollen Aktivierungsstrategien nicht zu bloßen Formen symbolischer Politik führen, dann bedarf es einer Kombination dieser integrierten Handlungskonzepte mit echten Ressourcentransfers und materiellen Absicherungen für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner.

In eine ähnliche Richtung argumentieren auch Aila-Leena Matthies und Kathleen Kauer (vgl. 2004) auf der Basis ihrer Erfahrungen mit der Einrichtung eines Stadtteiltreffs „Lebensmitte“ im Magdeburger Stadtteil Olvenstedt. Auch sie stellen fest, dass es speziell in einer ostdeutschen Kommune sehr schwierig war zu begründen, warum die Mobilisierung von Bewohnerinnen und Bewohnern einer professionellen und finanziellen Unterstützung durch die Kommune bedarf. Die Erwartungen von Politik und Verwaltung gingen dahin, dass die unbezahlte Arbeit der Bewohnerinnen und Bewohner ausschließlich durch bürgerschaftliches Engagement aktiviert und gefördert werden sollte. Die aktiv gewordenen Bürgerinnen und Bürger – zumeist arbeitslose allein erziehende Frauen – machten dann im Verlaufe ihrer Aktivierungsprozesse die Erfahrung, dass (1.) die politisch-administrativen Rahmenbedingungen wenig förderlich für ihr Engagement waren und dass (2.) ihr Engagement in neue Formen der Selbstaussbeutung überzugehen drohte. So wurden die Aktivisten in dem Treffpunkt mit

immer neuen Anfragen durch weitere Rat- und Hilfesuchende überschüttet. Konzeptionell hat die Autorinnen im Rückgriff auf das Konzept des Sozialkapitals von Bourdieu besonders interessiert, inwiefern die aktivierten Bewohnerinnen und Bewohner durch ihr bürgerschaftliches Engagement nur lernen konnten, besser mit ihrer Armutssituation umzugehen („getting by“) oder ob und inwiefern es ihnen gelang, ihre defizitäre und unterprivilegierte Lage zu verlassen („getting ahead“). Für sie war deshalb die Frage, ob es den aktivierten Anwohnerinnen gelingen konnte, durch die Bildung von sozialem Kapital auch ihr kulturelles und ökonomisches Kapital zu vermehren, eine Fragestellung, die in ihrem Handlungsprojekt durchaus in ersten Ansätzen positiv beantwortet werden konnte.

Die knappen Ausführungen zur Verwendung des Konzepts „soziales Kapital“ im Sinne von Bourdieu sollten deutlich machen, dass hiermit – im Vergleich zum Putnam’schen Konzept des Sozialkapitals – bestimmte relative Vor- und Nachteile verbunden sind. So lag etwa in der Magdeburg-Studie das Hauptinteresse der Forscherinnen eindeutig in der Frage danach, inwiefern die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner zu einer Verbesserung ihrer je individuellen Ausstattung mit (sozialem) Kapital beitragen konnte. Damit ging aber die Frage nach der Ausstattung des Stadtteils Olvenstedt mit Sozialkapital im Sinne von Putnam gänzlich verloren. Die Frage danach, inwiefern ein bestimmtes Ausmaß an sozialen Netzwerken und freiwilligen Assoziationsformen in einem bestimmten Stadtteil dessen endogene Entwicklungspotentiale verbessern helfen, bleibt aber – trotz aller Kritik an Putnam im Einzelnen – weiterhin eine berechtigte Frage. Auch zeigt die Verwendung der verschiedenen Versionen des Konzepts Sozialkapital, dass sich diese keineswegs wechselseitig ausschließen müssen. Wenn gezeigt werden kann, dass die Mobilisierung bestimmter Formen von Sozialkapital durch unterschiedliche Gruppen im Stadtteil zur Qualitätsverbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Bewohnerinnen und Bewohner führt, es also einen kollektiven Nutzen durch die Vermehrung von Sozialkapital gibt – dann haben Strategien der Förderung von Sozialkapital und bürgerschaftlichem Engagement trotz aller Gefahren, die hiermit auch verbunden sind, ihre Berechtigung.

5. Die Rolle von Sozialkapital, Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung im Rahmen sozialräumlicher Revitalisierungsprogramme

Die Förderung des Engagements und der Be-

teiligung von Bewohnern hat eine zentrale programmatische Bedeutung für den integrierten Ansatz der Stadtteilerneuerung. Lösungen auf Stadtteilebene sollen im Konsens mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gesucht werden, sollen „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein, Stadterneuerungsprozesse sollen Erneuerungsprozesse „von unten“ sein (vgl. Zimmer-Hegmann 2003). Der Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Auf der einen Seite sollen Bewohnerinnen und Bewohner an diesen Prozessen beteiligt werden, um ihnen frühzeitig Möglichkeiten der Mitgestaltung zu geben und damit eine erhöhte Akzeptanz von Maßnahmen unter der Bewohnerschaft zu erreichen. Auf der anderen Seite soll Bürgerbeteiligung Bewegung in Stadtteile bringen, um unter der Bewohnerschaft Selbstvertrauen zu stärken, Engagement und Verantwortungsbewusstsein zu fördern. Schließlich soll Bürgerengagement dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Stadtteil selbstbestimmt gestalten. Langfristig sollen solche Beteiligungsverfahren das Selbstbewusstsein und Image der fraglichen Stadtteile befördern helfen. Dabei werden grundsätzlich konzeptionell keine Formen des Engagements besonders hervorgehoben. Konzepte der Bürgeraktivierung und Bewohnerpartizipation sind vielmehr gegenüber allen möglichen Formen von Engagement und Beteiligung offen und versuchen, diese zu fördern und zu unterstützen. Dies gilt für formelle und informelle Formen des Engagements ebenso wie für neu entstandene Spielarten von Selbsthilfeinitiativen und Bürgervereinen wie auch für traditionelle Vereine und Gruppen.

Nimmt man die skizzierten Kritiken und Einwände gegen das harmonische Konzept des Sozialkapitals von Putnam ernst, dann sollten Handlungsprogramme der sozialräumlichen Bewohneraktivierung mit allen erdenklichen Formen der Netzwerkbildung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern rechnen. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf den bunten Strauß unterschiedlichster Organisationsformen bürgerschaftlichen Engagements, sondern dies gilt insbesondere auch für die Möglichkeit des Auftretens sowohl „ziviler“ als auch „unziviler“ Formen des Engagements. Gerade in problembelasteten Wohnquartieren, in denen es zu Koalitionsbildungen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen gegen andere kommt, können sich soziale Netzwerke – z. B. gegen Ausländer –, Jugendbanden mit erheblichem Kriminalitätspotential oder exklusive Netzwerke relativ privilegierter Gruppen herausbilden. Hier zeigt sich deutlich, dass „reale Zivilgesellschaften“ empirisch betrachtet keine heilen Welten von Harmonie

und Eintracht sind, sondern durch Macht- und Gewaltbeziehungen, Ausgrenzungs- und Abgrenzungsprozesse geprägt sind. Selbst bei sozialen Bewegungen und Aktionsgruppen, die sich für soziale Teilhaberechte bestimmter Bevölkerungsgruppen bzw. gegen spezifische Verschlechterungen ihrer Lebens- und Wohnsituation (z. B. durch technologische Großprojekte, Verkehrsvorhaben etc.) richten, können in anderer Hinsicht exklusiv wirken, weil sie z. B. bestimmte Bevölkerungsgruppen bzw. Themenanliegen ausgrenzen; Inklusion und Exklusion liegen also auch bei zivilgesellschaftlichen Netzwerken und sozialen Bewegungen in der Regel nahe beieinander (vgl. Gosewinkel/Rucht 2003). Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass in der öffentlichen Debatte über Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement zumeist bestimmte Formen dieses Engagements im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Hierbei handelt es sich um Aktivitätsformen privilegierter Bevölkerungsgruppen, die über entsprechende organisatorische Fähigkeiten und kommunikative Kompetenzen verfügen. Demgegenüber sind benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie etwa Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger oder Angehörige ethnischer Minderheiten zumeist in hohem Maße in einem ständigen Kampf um die Sicherung ihrer Existenz verwickelt, so dass sie kaum Energien für darüber hinausgehendes Engagement mobilisieren können (vgl. Blaschke 2003, Gemende 2003 sowie Stock 2003). Wenn in diesen benachteiligten sozialen Lagen bestimmte Formen der Solidarität und des Protestes entwickelt werden, werden sie nicht immer als Formen bürgerschaftlichen Engagements gesehen und anerkannt und finden damit selten die gesellschaftliche Förderung, die sie verdienen (vgl. Munsch 2003). Auch benötigt das Engagement benachteiligter Bevölkerungsgruppen potentiell andere Formen der gezielten Aktivierung und professionellen Unterstützung als das Engagement ohnehin privilegierte Bevölkerungsgruppen (vgl. Hinte 2004).

Darüber hinaus ist wichtig zu erkennen, dass in den einzelnen Stadtteilen unterschiedliche Erfolgsbedingungen für Bewohnerbeteiligung und Engagementförderung vorliegen. Während in einigen Quartieren eine Tradition der Bewohnerbeteiligung u. U. völlig fehlt und den Bewohnern von außen (z. B. durch Stadtteil- oder Planungsbüros) erst „nahe gebracht“ werden muss, sind in anderen Stadtteilen bereits Strukturen der Selbstorganisation vorhanden. Hier sind die Bewohnerinitiativen selbst treibende Kräfte zur Einführung integrierter Handlungskonzepte. Falls solche Traditionen vorhanden sind, sollten sie als wichtige Potentiale aufgegriffen und gefördert werden.

Gerade im Hinblick auf den Einbezug benachteiligter Bevölkerungsgruppen schafft der lokale Bezug stadtteilbezogener Ansätze grundsätzlich günstige Voraussetzungen für Engagementförderung und Beteiligungsbereitschaft. Die Bewohnerinnen und Bewohner, die sich sonst vielleicht weniger freiwillig und unentgeltlich engagieren, lassen sich durchaus für (kurzfristige) Ziele, die ihr unmittelbares Lebensumfeld und ihre Lebensbedingungen verbessern, mobilisieren. Zudem schaffen die Verbesserung der Beziehungen und der Zusammenarbeit lokaler Akteure (Kommunikation, Kooperation und Vernetzung) wichtige Grundlagen und Voraussetzungen für ihr Engagement. Eine positive räumliche Identifikation könnte zwar eine wichtige Voraussetzung für Engagementbereitschaft darstellen, aber gerade in den hier interessierenden sozial benachteiligten Vierteln ist diese positive Identifikation zumeist nicht von vornherein vorhanden sondern muss erst hergestellt werden.

Die Formen der Aktivierung und die Handlungsfelder, die für Engagement infrage kommen, können von Stadtteil zu Stadtteil erheblich differieren und hängen nicht zuletzt vom sozialen Status (Bildung, Einkommen etc.) der Bewohnerinnen und Bewohner ab. Die üblichen Teilnahmeverfahren wie z. B. Stadtteilkonferenzen sind zumeist mittelschichtorientiert und von den Angehörigen der privilegierten Bevölkerungsgruppen dominiert. Gerade benachteiligte und artikulatio- nsschwache Bevölkerungsgruppen sind in diesen Formen der Beteiligung schwierig zu aktivieren. Dies geht nur über niederschwellige und in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld präsen- te Angebote und sie bedürfen der Unterstützung und Aktivierung durch Professionelle. Dabei kommt den Organisationsformen und Exper- ten der Gemeinwesenarbeit eine wichtige Ak- tivierungsfunktion zu. Häufig geht es in einem ersten Schritt zunächst darum, die individuelle Lebenssituation der Betroffenen zu stabilisie- ren. Die Unterstützung der Gründungsprozesse von Selbsthilfegruppen, aber auch die Schaf- ung von Begegnungsmöglichkeiten und so- zialen Netzwerken kann ein erster Schritt und eine wichtige Grundlage für die Steigerung der Beteiligungsbereitschaft und des Engagements sein.

Angesichts der Unterschiedlichkeit der Vor- aussetzungen in den einzelnen Stadtteilen und in den Sichtweisen, Bedürfnissen und Kom- petenzen der verschiedenen Bevölkerungs- gruppen gibt es nicht „die“ Methode der Ak- tivierung. Immer müssen die angemessenen Teil- nahme- und Aktivierungsverfahren für die einzelnen Stadtteile erst entwickelt wer- den. Aus den entsprechenden Erfahrungen

mit Quartiersmanagementprozessen lassen sich die Formen und Verfahren der Beteiligung im Hinblick auf die Ebenen und Ziele grob ka- tegorisieren (vgl. Zimmer-Hegmann 2003). Sie können drei verschiedenen Bezugsebenen zugeordnet werden. Beteiligung erfolgt dann zumeist:

- projekt- oder themenspezifisch (z. B. Mietergärten oder Spielplatzumbau);
- zielgruppenspezifisch, um u. U. marginalisierte Gruppen (Kinder, Frauen, Migranten) stärker in den Beteiligungsprozess einzu- binden;
- stadtteil- oder quartiersbezogen (z. B. in Stadtteilkonferenzen).

6. Schlussbemerkung

Die Kritiken und Einwände, die gegen die the- oretische Fundierung sozialräumlicher Revi- talisierungsprogramme durch das Konzept des sozialen Kapitals vorgetragen worden sind, legitimieren keineswegs die Schlussfolge- rung, dass diese Programme keinen positiven Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedin- gungen und zur Abbremsung sozialer Polari- sierungsprozesse in der sozialen Stadt leisten könnten. Allerdings verweisen sie auf durch- aus gegebene Schwächen und Blindflecke. Wenn politische Handlungsprogramme einer sozialräumlich orientierten Stadtpolitik und Wohnumfelderneuerung nicht zu blaiming the victims-Strategien verkommen sollen, wird es sehr genau darauf ankommen, die Rahmen- bedingungen und die Wirkungsmöglichkeiten solcher Programme realistisch abzuschätzen. Unbestritten bleibt, dass endogene Prozesse des community buildings und der Bürgerakti- vierung prinzipiell zur Revitalisierung benach- teiligter Stadtteile beitragen können. Aber die Aktivierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen und Akteure ist dringend auf die Bereitstellung entsprechender Rahmenbedingungen ange- wiesen. Ohne eine ausreichende finanzielle Absicherung und organisatorische wie pro- fessionelle Ausgestaltung dieser Programme sind positive Entwicklungsprozesse kaum zu erwarten. Gerade die Aktivierung von Bewoh- nergruppen in sozial benachteiligten Wohn- quartieren erfordert die Entwicklung und Er- probung kontextsensibler Vorgehensweisen und Strategien und benötigt einen langen Atem. Wer diese Projekte unter kurzfristigen Erfolgsdruck setzt, erhöht die Wahr- scheinlichkeit des Scheiterns. Darüber hinaus gilt auch hier, was in anderen Zusammenhängen nur all- zu bekannt ist: Von Nichts kommt Nichts! Ohne den Zufluss von Ressourcen unterschiedlicher Art und ohne die Investition in professionelles Personal und organisatorische Strukturen sind

in diesem komplexen Handlungsfeld allenfalls „Notprojekte“ zu erwarten, in denen sich benachteiligte Bewohnerinnen und Bewohner nach dem Prinzip Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen sollen. Auch werden die erfolgreichsten sozialraumorientierten Programme der Bewohneraktivierung und Gemeinwesenentwicklung nichts an der Tatsache ändern können, dass Strategien der begrenzten Quartierserneuerung ohne eine integrative Stadtpolitik wenig bewirken und dass dies alles etwas mit der Umverteilung von Macht und finanziellen Ressourcen zu tun hat.

Literaturverzeichnis

Alisch, M. (2002): Soziale Stadtentwicklung – Politik mit neuer Qualität? In: Walther, U.-J. (Hg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen, S. 57-69

Blaschke, R. (2003): Arm, arbeitslos und aktiv. Bürgerschaftliches und politisches Engagement armer und arbeitsloser Bürger in eigener Sache. In: Munsch, C. (Hg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München, S. 45-78

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 der Sozialen Welt. Göttingen, S. 183-198

Braun, S. (2001): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. Der rhetorische Kurswert einer sozialwissenschaftlichen Kategorie. In: Leviathan, 29. Jg., H. 3, S. 337-354

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen

Evers, A. (2003): Zivilgesellschaft – Realität oder Postulat? In: Rauschenbach, Th./Düx, W./Sass, E. (Hg.): Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Gesellschaftliche Entwicklungen und fachliche Herausforderungen. Weinheim/München, S. 85-98

Gemende, M. (2003): Das Engagement von MigrantInnen als Lebensbewältigung in der Aufnahmegesellschaft und als Handeln in Zwischenwelten. In: Munsch, C. (Hg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München, S. 149-170

Gosewinkel, D./Rucht, D. (2003): „History meets Sociology“: Zivilgesellschaft als Prozess. In: Gosewinkel, D./Rucht, D./Daele, Wolfgang van den/Kocka, J. (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. Berlin, S. 29-60

Grimm, G./Hinte, W./Litges, G. (2004): Quartiersmanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete. Berlin

Häußermann, H. (2003): Wachsende soziale und ethnische Heterogenität und Segregation in den Städten. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat. Opladen, S. 345-354

Häußermann, H. (2005): Umbauen und Integrieren – Stadtpolitik heute. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 3, S. 3-9

Hinte, W. (2004): Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie? Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat. Bonn

Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – sie Soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit. Hrsg. v. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnwesen. Berlin

Klein, A. (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen

Kronauer, M. (2002): Die neue soziale Frage: Armut und Ausgrenzung in der Großstadt heute. In: Walther, U.-J. (Hg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen, S. 45-55

Krummacker, M./Kulbach, R./Waltz, V./Wohlfahrt, N. (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Opladen

Löhr, R.-P. (2001): Wider die sozialräumliche Spaltung. Das Programm „Soziale Stadt“ und seine Bedeutung für die Soziale Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 5+6, S. 109-112

Matthies, A.-L./Kauer, K. (2004): Soziales Kapital und zivilgesellschaftliche Ansätze in der Sozialen Arbeit und Stadtentwicklung: Rhetorik und Operationalisierung. In: Matthies, A.-L./Kauer, K. (Hg.): Wiege des sozialen Kapitals. Bürger-Engagement und lokale Ökonomie in einem ostdeutschen Stadtteil. Bielefeld, S. 87-104

Mayer, M. (2004): Vom Versprechen lokaler Kohäsion. Blindstellen in der internationalen Debatte. In: Kessler, F./Otto, H.-U. (Hg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden, S. 63-78

- Münkler, H. (2002): Die Bürgergesellschaft – Kampfbegriff oder Friedensformel? In: Vorgänge, 41. Jg., Heft 2, S. 115-125
- Münkler, H. (2003): Bürgergesellschaft und Sozialstaat. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat. Opladen, S. 15-26
- Munsch, C. (2003): Lokales Engagement und soziale Benachteiligung. In: Munsch, C. (Hg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München, S. 7-28
- Olk, Th. (2001): Sozialstaat und Bürgergesellschaft. In: Heinze, R. G./Olk, Th. (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen, S. 29-68
- Pollack, D. (2003): Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, Heft 2, S. 46-58
- Putnam, R. D. (mit Leonardi, R./Nanetti, R.) (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton/New Jersey
- Putnam, R. D. (1995): Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Vol. 6, S. 65-78
- Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York u. a.
- Reutlinger, Chr. (2004): Sozialraumorientierte Vernetzung in „sozialen Brennpunkten“: der territoriale Aspekt im Bundesprogramm E&C. In: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hd.): Soziale Arbeit und soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden, S. 251-268
- Roth, R. (2003): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, Heft 2, S. 59-73
- Roth, R. (2004): Engagement als Ressource. Möglichkeiten und Grenzen der Selbstorganisation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. In: Matthies, A.-L./Kauer, K. (Hg.): Wiege des sozialen Kapitals. Bürger-Engagement und lokale Ökonomie in einem ostdeutschen Stadtteil. Bielefeld, S. 175-188
- Schaal, G. S. (2004): Weniger Staat, mehr bürgerschaftliches Kapital? Anmerkungen zum sozialwissenschaftlichen Social-Capital-Ansatz. In: Vorgänge, 43. Jg., Heft 2, S. 82-90
- Stock, L. (2003): Milieuspezifische Ressourcen und Formen von Engagement von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Orientierungspunkte für die Gemeinwesenarbeit. In: Munsch, C. (Hg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München, S. 229-238
- Walther, U.-J. (2002): Ambitionen und Ambivalenzen eines Programms. Die Soziale Stadt zwischen neuen Herausforderungen und alten Lösungen. In: Walther, U.-J. (Hg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen, S. 23-43
- Walther, U.-J./Mensch, K. (Hg.) (2004): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt
- Zimmer-Hegmann, R. (2003): Stadtentwicklung, Soziale Stadt und bürgerschaftliches Engagement: Erfahrungen am Beispiel des integrierten Handlungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Handlungsbedarf“ in Nordrhein-Westfalen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat. Opladen, S. 331-344

Peer Education

Peers („Gleiche“, „Gleichaltrige“) werden in Programmen der Prävention und der Gesundheitsförderung für junge Menschen auf vielfältige Weise als Träger personalkommunikativer Botschaften einbezogen. Peers sind Laienmultiplikatoren/innen, die ihrer Zielgruppe angehören. Entsprechende Programme werden unter dem Begriff „Peer Involvement“ zusammengefasst. Peer Involvement bezeichnet den Einsatz von Jugendlichen für Jugendliche zur Aufklärung, Beratung oder Projektgestaltung.

Peer Education im Gesundheitsbereich meint das Lehren oder Teilen von Informationen, Werten und Verhaltensweisen zur Gesundheit durch Mitglieder gleicher Alters- oder Statusgruppen. Peer Education-Programme werden unabhängig vom Alter der Beteiligten auch im Erwachsenenalter eingesetzt. Die meisten Erfahrungen und Einsatzbereiche beziehen sich allerdings auf Jugendliche. Peer Education-Programme können z. B. die Durchführung von Informationsveranstaltungen einer oder mehrerer Multiplikatoren/innen für andere Jugendliche beinhalten. Dabei wird nicht nur Wissen vermittelt. Auch Einstellungen, Werte und soziale Normen werden reflektiert. Experten/innen gehen davon aus, auf diese Weise auch die Einstellungen und das Verhalten der Zielgruppe beeinflussen zu können.

Eine Unterscheidung zwischen Peer Counseling, Peer Education und Peer-Projekten erfolgt

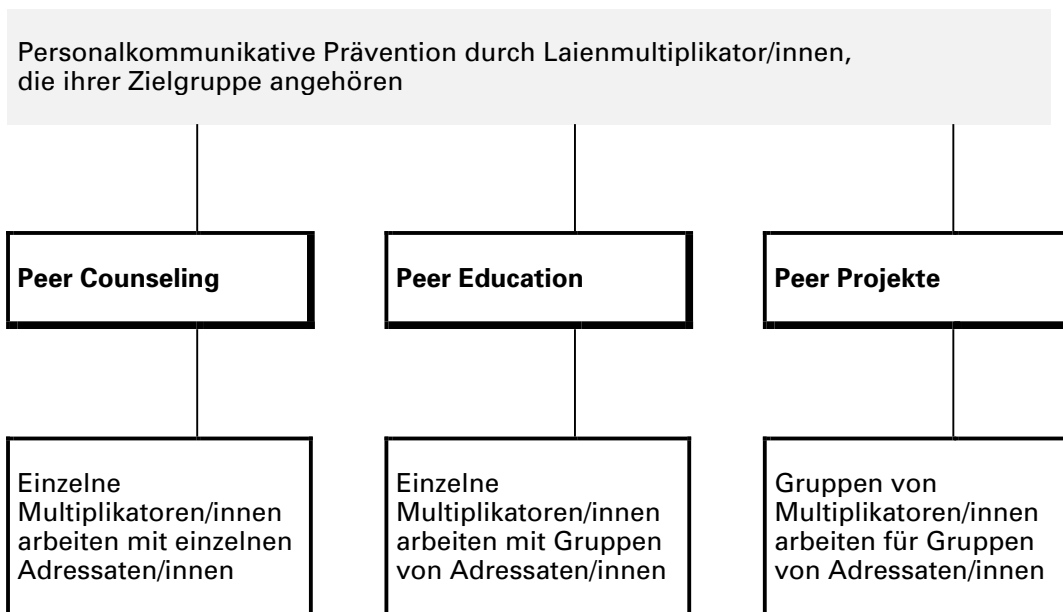
je nach Form und Anzahl beteiligter Interaktionspartner/innen :

- Peer Counseling-Programme sind im Allgemeinen charakterisiert durch die Beratung zu speziellen Themen von Mensch zu Mensch. Peer Counselors stehen Ratsuchenden in sozialen Notlagen beratend zur Seite, z.B. bei vermuteter oder tatsächlicher Schwangerschaft, bei Drogenproblemen etc.;
- Peer Education meint den Einsatz eigens trainierter Jugendlicher um eine Gruppe zu einem Thema zu informieren und deren Einstellungen und Verhaltensweisen zu beeinflussen;
- Peer-Projekte werden für bestimmte konkrete Aktionen ins Leben gerufen und sind stark aktionsorientiert. Die Inhalte der Projekte orientieren sich an den Bedürfnissen von Jugendlichen. Die Formen sind vielfältig und reichen von der Aufführung eines Theaterstücks bis zur Einrichtung und Organisation eines Aufklärungsstands an einer Schule.

Aus folgenden Bereichen liegen Erfahrungen mit Peer Involvement-Ansätzen vor:

- Vermittlung von Schul- und Lernstoffen jeder Art (Bsp. Schüler helfen Schülern);
- Bewältigung von Stress, „Stress-Impfung“ und „Stress-Immunsierung“, Stärkung individueller Widerstandskompetenzen gegen negativen sozialen Druck;
- Primärprävention von Rauchen und Risikominimierung von Alkoholkonsum/-missbrauch;
- Primärprävention von Drogenkonsum;

Peer involvement – Ansätze



Systematik von Peer Involvement-Ansätzen (aus: Backes/Schönbach et al. 2001, S. 7)

- Tertiärprävention / Schadensminimierung bei Drogenmissbrauch;
- HIV-/Aidsprävention;
- Verhütung ungewollter Schwangerschaften, Sexuaufklärung, Verhütung und Familienplanung),
- Prävention sexuell übertragbarer Erkrankungen;
- Prophylaxe von Infektionskrankheiten wie z.B. Grippe;
- Ernährungsberatung und Prävention von Essstörungen;
- Bekämpfung von Wohnungslosigkeit
- Prävention von Gewalt.

In den USA ist der Peer Education-Ansatz Teil vieler schulischer Curricula und weit verbreitet. Im europäischen Sprachraum waren Peer Education-Programme bis vor wenigen Jahren, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nur in Großbritannien bekannt. Europaweit gewinnen sie aber seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend an Bedeutung. Auf europäischer Ebene findet eine Vernetzung der Aktivitäten statt. Eine Vernetzung europäischer Peer Education-Projekte ist in den letzten Jahren mit Hilfe des EUROPEER-Projekts gelungen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin sind als Vertreter Deutschlands an der Entwicklung des Netzwerks aktiv beteiligt.

Die im Rahmen des Projekts entstandene Website (www.europeer.lu.se) beinhaltet aktuelle Darstellungen der unterschiedlichsten Projekte aus vielen Ländern Europas, eine ständig aktualisierte Literaturliste, Rahmenrichtlinien für die Peer Education-Arbeit im Zusammenhang mit HIV/Aids und vieles mehr. Die Website dokumentiert die große Bandbreite des Einsatzes von Peer Education. Viele Projekte zielen auf die kognitive Ebene der Wissensvermittlung ab, bei anderen stehen Kommunikations- und Persönlichkeitsförderung im Vordergrund, wiederum andere nutzen den Ansatz, um einen sozialen Wandel voranzutreiben. Diese Entwicklung könnte der Beginn einer europaweiten Peer Education-„Bewegung“ sein.

Theoretisch stützt sich der Peer Education-Ansatz im Wesentlichen auf entwicklungs- und sozialpsychologische Erklärungsmodelle zur Bedeutung Gleichaltriger sowie auf sozial- und gesundheitspsychologische Einstellungs- und Handlungstheorien. Gleichaltrigen wird in entwicklungspsychologischer Sicht eine wichtige Bedeutung bei der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben und Entwicklungsproblemen zugewiesen. Insbesondere Jugendlichen, die sich in einem Prozess der Ablösung vom Elternhaus befinden und auf der Suche nach eigenen Werten sind, hilft die Orientierungs-

und Stabilisierungsfunktion Gleichaltriger. Da die Interaktionsformen des Sozialsystems der Gleichaltrigen durch Kooperation und Egalität gekennzeichnet sind, bieten sich auch neue und eigene Entwicklungsmöglichkeiten. Frühe Peer Education-Ansätze verfolgten daher die Stärkung der Widerstandskräfte gegenüber dem (in diesem Zusammenhang / seinerzeit vorwiegend als negativ bzw. risikoverstärkend angesehenen) sozialen Einfluss Gleichaltriger. Als konzeptionelle Handlungsanleitungen dienten die soziale Lerntheorie, die Theorie der Handlungsveranlassung und die Diffusionstheorie in Verbindung mit der „Theorie sozialer Impfung“ von Meichenbaum und der differentiellen Assoziationstheorie. In der Literatur für den Bereich sexueller Gesundheit werden jedoch die theoretischen Grundlagen einer fundierten praktischen Arbeit mit dem Peer Education-Ansatz als noch nicht ausreichend bewertet.

Der Peer Education-Ansatz setzt auch die theoretischen Grundlagen der Gesundheitsförderung eindrucksvoll um: Peer Education-Ansätze zielen auf Netzwerkförderung, auf die Bildung von Freiwilligengruppen, die an subjektiv bedeutsamen Themen arbeiten. Peer Education erfordert die Unterstützung von Selbstorganisation und autonomen Lebensformen sowie die Förderung von „Empowerment“ bei Jugendlichen. Partizipation der Jugendlichen findet Eingang in alle Ebenen der Programmrealisierung (Zielsetzung, Programmentwicklung, Programmdurchführung und -evaluation) und ist damit ein weiteres Schlüsselement sonnvoller Peer Education-Ansätze.

Wie für alle Entwicklungsprogramme für Jugendliche gilt, dass deren Implementation und die Erzielung positiver Wirkungen sehr einfach und simpel wäre, wenn menschliches Verhalten und Umwelteinflüsse einfach kontrolliert, manipuliert und gemessen werden könnten. Forschende sind zum jetzigen Zeitpunkt gefordert, Studien zur Wirksamkeit von Peer Education-Ansätzen stärker als bisher theoretisch zu fundieren und insbesondere diejenigen Aspekte genauer zu berücksichtigen, die sich unmittelbar in die Praxis umsetzen lassen. Weil menschliches Verhalten nicht in Kategorien gezwängt werden kann und die Bandbreite der Lerneffekte nicht ohne weiteres messbar ist, muss wissenschaftlichen Begründungen für Peer Education-Programme zum jetzigen Zeitpunkt der Status von Arbeitshypothesen gegeben werden. Diejenigen, die mit dem Peer Education-Ansatz praktisch arbeiten, sehen durch die erzielten Ergebnisse der täglichen Arbeit den Erfolg des Ansatzes.

Gesundheitsförderungsprogramme werden dann gut angenommen, wenn diejenigen, die die Botschaften vermitteln, von der Zielgruppe

akzeptiert werden. Für Kinder und Jugendliche zeigt sich, dass der Einsatz Gleichaltriger von besonderer Bedeutung für die Akzeptanz ist. Gesundheitsförderung, so wird von vielen Wissenschaftler/innen gefordert, sollte ein Bestandteil der Persönlichkeitsförderung sowohl in kognitiver, wie auch in sozialer und emotionaler Hinsicht sein.

Gerade im Jugendalter prägen Gleichaltrige stark die allgemeine Lebensweise und sowohl riskante als auch gesundheitsförderliche Verhaltensweisen. Untersuchungen zeigen, dass Jugendliche am liebsten mit anderen Jugendlichen über Sexualität und Schwangerschaftsverhütung diskutieren und dementsprechend auch ihr Wissen darüber häufig durch andere Jugendliche erhalten. Bereits Anfang der 1990er wurde Jahre nachgewiesen, dass das Kommunizieren-Können zu Fragen der Sexualität und Verhütung, eine wesentliche Vorbedingung für die spätere regelmäßige Anwendung von Verhütungsmitteln darstellt. Die Ergebnisse der Jugendsexualitätsstudie 1998 der BZgA belegen, dass heute der/die Partner/in, die/der beste Freund/in oder auch „andere“ Mädchen und Jungen zur Vermittlung sexueller Kenntnisse in steigendem Maße beitragen.

Peer Groups tragen zur Herausbildung der Identität bei, vermitteln Identifikationsmöglichkeiten, helfen beim Kennenlernen von Lebensstilen und ermöglichen das Einüben von Selbstpräsentation. Die entwicklungspsychologischen Erkenntnisse legen nahe, die besondere Funktion, die den Gleichaltrigen in der Adoleszenz zukommt, dahin gehend zu nutzen, die Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen durch andere ausgebildete Jugendliche positiv für die Anliegen der Gesundheitsförderung zu beeinflussen.

Die Hauptforderungen an präventive Strategien, wie Gesundheitswissenschaftler/innen sie erheben, werden von Peer Involvement-Ansätzen erfüllt:

- Prävention sollte möglichst frühzeitig einsetzen;
- sind Verhaltensgewohnheiten erst habitualisiert und zu komplexen Lebensstilen geprägt worden, ist es sehr viel aufwendiger, diese Verhaltensweisen noch einmal zu verändern;
- Gleich(ähnlich)altrige und gleich (ähnlich) gesinnte junge Menschen beraten ihresgleichen, unterstützen und informieren zu jugendspezifischen Fragen und Problemen, werden als Multiplikatoren/innen für ihresgleichen tätig;
- Wer, wenn nicht die Jugendlichen selbst, spricht deren Sprache, kennt deren Werte und Normen und kann sie ihnen vermitteln?

Unterschiedlichste Evaluationsstudien weisen nach, dass durch Peer Education das Ziel der Aneignung von Wissen bei der Zielgruppe tatsächlich erreicht wird. Einstellungs- und Verhaltensänderungen sind aber, wie bei anderen Ansätzen, weitaus schwieriger zu erzielen und nachzuweisen. Peer Education-Projekte im Bereich der Aidsprävention lassen hinsichtlich dieses Anspruchs innerhalb der Zielgruppe positive Ergebnisse erkennen. Darüber hinaus werden positive Effekte aber auch für die Peer Educators erwartet, für jene Jugendlichen also, die ausgebildet wurden, um anderen Jugendlichen Veranstaltungen, Beratungen etc. anzubieten. Diese Multiplikationstätigkeit wird als förderlich für die persönliche Entwicklung von Jugendlichen bewertet.

Als allgemeines und strukturell bedingtes Problem soll hier aber auch darauf verwiesen werden, dass die Herstellung von Kontinuität innerhalb solcher Projekte nur schwer herstellbar ist. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass der Ansatz immer dann zum Einsatz kommt, wenn Professionelle nicht mehr so recht weiter wissen.

Das Modellprojekt InTeam

Das Modellprojekt InTeam, eine Kooperation zwischen dem Programm ‚Gesundheitsförderung für junge Menschen‘ des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Berlin (s. hierzu: Backes /Hemme 1998) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung nahm seine Arbeit im Frühjahr 1995 auf. Ziel der ersten Projektphase (bis 12/97) war es Peer Education als methodischen Ansatz für die Inhaltsbereiche Liebe, Sexualität und Schwangerschaftsverhütung auf seine Wirksamkeit, Stärken und Schwächen etc. zu überprüfen.

Sowohl im schulischen, wie im außerschulischen Bereich wurde der Peer Education-Ansatz exemplarisch erprobt. Gruppen Jugendlicher wurden durch Mitarbeiter/innen des Modellprojekts zu den oben genannten Themen fortgebildet und befähigt hierzu Aktionen für andere Jugendliche anzubieten. Diese Projektphase richtete sich als Zielgruppe an alle Jugendlichen, die die aufgesuchten Einrichtungen besuchten.

Die Arbeit mit den Gruppen lässt sich grob in folgende Schritte unterteilen:

- der Werbephase, in der zahlreichen Jugendlichen in kurzen Veranstaltungen sowohl die Ziele wie auch das methodische Vorgehen des Trainings dargestellt wurden. Diese Phase setzte sich aus Kurzveranstaltungen, z. B. für alle Jugendlichen eines Jahrgangs und einer Schnupperversammlung für alle am Projekt Interessierten zusammen;

- darauf folgte das Kennenlernen der Gruppenteilnehmer/innen untereinander und die Bildung eines Gruppengefühls;
- erst daran anschließend konnte die Auseinandersetzung mit inhaltlichen Themenfeldern beginnen;
- die Vorbereitung der durch die Jugendlichen selbst bestimmten Aktionen sollte den letzten Baustein bilden;
- im schulischen Bereich sollten konzeptgemäß Lehrer/innen die Begleitung der Jugendlichen bei ihren Aktionen vor Ort gewährleisten. Die Jugendlichen lehnten Lehrer/innen in dieser Funktion aus den unterschiedlichsten Gründen heraus ab, so dass die Mitarbeiter/innen des Modellprojekts die Begleitung übernahmen.

Diese erste Projektphase wurde wissenschaftlich begleitet durch das Institut für Prävention und psychosoziale Gesundheitsforschung der Freien Universität Berlin.

Erste vorläufige Ergebnisse aus Sicht der Begleitforschung sind:

- (1) Bei einem Vergleich von Trainingsaussteigern mit Trainingsabsolventen („Dabeibleiber“) zeigte sich, dass Selektionsmechanismen wirksam sind: Trainingsaussteiger sind jünger, sind häufiger Jungen, wissen weniger, haben eine geringere Akzeptanz gegenüber Kondomen und sind tendenziell dem Leben gegenüber weniger positiv eingestellt als Trainingsabsolventen. Würde man diese Jugendlichen von vornherein aus dem Programm ausschließen, um die Trainingsabschlussquoten zu erhöhen, dann hätte dies die Konsequenz, die Zugangsmöglichkeiten für bestimmte „Gruppen“ die über weniger Ressourcen verfügen, von vornherein zu beschränken. Möglicherweise wären dadurch gerade solche Zielgruppen betroffen, die über besonderen Bedarf für Gesundheitsförderungsmaßnahmen verfügen. Das Alter schien hier ein ganz wesentlicher Einflussfaktor zu sein, was auch aus entwicklungspsychologischer Sicht plausibel ist. Jüngere Jugendliche verfügen möglicherweise auch aufgrund mangelnder eigener Erfahrungen über weniger Reife und Verantwortungsbewusstsein, um der Rolle eines Peer Educator gerecht werden zu können. Um die Zahl der Aussteiger zu verringern, wird daher empfohlen, dass Jugendliche erst ab 15 Jahren, in Ausnahmefällen ab 14 Jahren mit der Peerausbildung beginnen.
- (2) Jugendliche, die an einem Peer Education-Training teilnehmen, verfügen über mehr themenbezogenes Wissen, schätzen ihre Kommunikationskompetenzen höher ein, zeigen ein gesteigertes Selbstwertgefühl

und auch im sexuellen Bereich mehr Selbstbewusstsein, als vor dem Training.

- (3) Die Jugendlichen profitierten von ihrer Tätigkeit als Peer Educator. Auch noch ein drei-viertel Jahr nach Abschluss des Trainings bleiben die dargestellten „Trainingseffekte“ (siehe 2) bestehen oder verbessern sich noch weiter. Jedoch können natürlich ablaufende Entwicklungsprozesse als Einflussfaktoren hierbei nicht ausgeschlossen werden.
- (4) Die Teilnehmer der Peer Educator-Veranstaltungen bewerteten die Veranstaltung selbst und Kommunikationskompetenzen der Peer Educators überwiegend positiv. Die wahrgenommene Ähnlichkeit mit den Peer Educators als wichtige Einflussgröße des Modelllernens war allerdings eher gering.
- (5) Abhängig vom Schultyp zeigten sich bei den Teilnehmern unterschiedliche Wirkungen des Peer Education-Programms. Während Teilnehmer aus Gesamtschulen eher ihre Überzeugungen zum Kondomgebrauch änderten, profitierten die Teilnehmer aus Gymnasien in ihrem Gesprächsverhalten und ihrer Gesprächsbereitschaft bezüglich Sexualität und Verhütung. Der Nachweis einer Multiplikatorenwirkung scheint hier also gelungen, allerdings nur im Rahmen von „kleineren“ Gruppen, wie zum Beispiel Schulklassen. Eine Theateraufführung vor einer größeren Gruppe Jugendlicher konnte keine langfristigen Veränderungen in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Teilnehmer bewirken.“ (Appel /Kleiber 1998)

Auffällig war, dass in diesen Gruppen nur äußerst selten Jugendliche ausländischer Herkunft waren. Bei der Reflektion des nach drei Jahren Erreichten wurde deutlich, dass der interkulturelle Aspekt aus zeitlichen Gründen nicht angemessen durch die Mitarbeiter/innen des Modellprojekts berücksichtigt worden war, dass der Peer Education-Ansatz aber hervorragende Möglichkeiten bietet, sich mit Sexualpädagogik in einem interkulturellen Zusammenhang, auseinanderzusetzen.

Es soll hier aber auch nicht versäumt werden die weiteren Gründe aufzuzeigen, warum so wenige Jugendliche ausländischer Herkunft das Angebot gemeinsam in Peer Education-Gruppen etwas aufzubauen, wahrgenommen haben:

- in der Werbephase sollten allen Jugendlichen gleiche Chancen eingeräumt werden an dem Projekt teilzunehmen. Das Interesse deutscher wie ausländischer Jugendlicher war sichtbar und konnte geweckt werden. Zu vereinbarten Schnupperversammlungen

sind keine bis vereinzelte ausländische Jugendliche angekommen und die Wenigen haben nach mehreren Sitzungen die Gruppen verlassen. Keiner der ausländischen Jugendlichen hat die Aktionen mit geplant und veranstaltet. Ein Grund dieser Entwicklung ist das Angebot gemeinsamer Reisen mit den Jugendlichen. Mit diesem Angebot wurden Jugendliche ausländischer Herkunft ein großes Hindernis beschert: wie sollten sie ihren Eltern verständlich machen wozu diese Reise/n gut ist/sind, wie sollten sie den Eltern klarmachen was Sexualpädagogik ist, ohne sie zu verprellen. Hier wäre eine spezielle Unterstützung der ausländischen Jugendlichen notwendig gewesen.

- auch wurde bei den Jugendlichen ausländischer Herkunft sehr schnell deutlich, dass sie relativ viel Verantwortung für die Herkunftsfamilie tragen, dass sie öfters aus unvollständigen Familien kommen und den Müttern zur Seite stehen möchten. Dieses hindert sie, die Nachmittage und Wochenenden für sich und ihr Vergnügen in Anspruch zu nehmen.
- ausländische Jungen verbreiten gerne das Image in der Liebe Experten zu sein, die Entscheidung sich an der Arbeit im Projekt zu beteiligen, kann dieses Image ankratzen.
- Arbeitstempo und methodisches Vorgehen in den Gruppen wurde so gewählt, dass sich die Mehrzahl der Jugendlichen wiederfinden konnte, Randgruppen wurden dadurch vernachlässigt. Allerdings gab es auch (deutsche) Abbrecher/innen des Trainings, die als Grund angaben, dass alles viel zu langsam vorwärts ginge.

Jugendliche deutscher Herkunft haben zu verstehen gegeben, dass ihnen die Jugendlichen ausländischer Herkunft sehr fremd sind, dass das Zueinanderkommen gegenseitig von Vorurteilen gesteuert und verhindert wird. Zu ausländischen Mädchen wurde gesagt, dass sie sich für die Liebe nicht interessieren. Die ausländischen Jungen wurden als Machos und Gewalttäter dargestellt. Gegenseitige Fremdheit und damit verbundene Faszination und Sehnsüchte wurden als Aufruf gewertet sich mit Hilfe des Ansatzes auch mit dem Problem interkultureller Gruppen auseinander zusetzen, endlich zu erfahren was die Jugendlichen ausländischer Herkunft unter eigener Kultur verstehen, wie sie die Vielfalt an hier vorherrschenden Kulturen innerlich vereinbaren oder ablehnen.

Die zweite Projektphase

Ziel der zweiten Projektphase (Juni 1998 bis Mai 2000) soll es nun sein, mit Hilfe des Peer

Education-Ansatzes die Rahmenbedingungen auszuloten unter denen die interkulturelle Begegnung zu diesem sensiblen Thema Sexualität möglich ist, Antworten zu finden auf die Frage nach speziellen Zugängen zu und Angeboten für diese Arbeit. Die gemeinsame Arbeit mit ausländischen jungen Menschen soll uns helfen beim Verständnis ihrer Normen und Werte, helfen den Informationsbedarf abzuschätzen.

Es wird soviel phantasiert, soviel behauptet zu den Ausländern/innen, Stereotype und Vorurteile häufen sich, die eurozentristische Denkweise macht sich breit. Ängste vor Fremden und Fremdem werden abgewehrt, weil Angst nicht diskussionsfähig ist.

Die interkulturelle Sexualpädagogik zu nutzen, um Brücken zwischen den Kulturen herzustellen, den Jugendlichen behilflich zu sein, in der interkulturellen Verwirrung zurecht zu kommen, handlungsfähig zu werden unter anderem in der Welt der Verhütungsmethoden – diese Ziele stellt sich das Modellprojekt.

Diese Phase des Projekts setzte sich schwerpunktmäßig mit den folgenden Aufgaben auseinander:

- der Erarbeitung von Leitlinien für die interkulturelle Sexualpädagogik als Ergebnis der Diskussion mit Fachleuten;
- der Durchführung von Multiplikatorenschulungen zum Peer Education-Ansatz.
- der Durchführung von Peer-Education-Gruppen Jugendlicher zu den oben genannten Themen. Die Gruppen waren wenigstens zu 50% mit Jugendlichen ausländischer Herkunft besetzt.

In Literatur und Praxis zum Peer Education-Ansatz wird immer wieder die Frage gestellt inwieweit der Ansatz wirklich diejenigen Jugendlichen erreicht, die unter sozialkompensatorischer Prämisse zu erreichen wären: Migranten/innen, Jugendliche mit Drogenerfahrung etc. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass bisher in den meisten Peer-Projekten überwiegend Mittelschichtangehörige und Mädchen als Multiplikatoren/innen rekrutiert wurden. Dies könnte auf lange Sicht dazu führen, dass sich Mittelschichtsangehörige, die bessere motivationale Voraussetzungen und vermutlich auch bessere psychosoziale Ressourcen mitbringen, zusätzlich gestärkt werden, während die wirklich Hilfebedürftigen sozial und materiell Benachteiligten gar nicht erreicht und somit von Unterstützungsressourcen abgekoppelt werden. Innerhalb eines von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung geförderten Modellprojekts (s. hierzu das von der BZgA herausgegebene Handbuch) konnte die Praxistauglichkeit des Peer Education-An-

satzes für den Bereich der Sexualaufklärung und Aidsprävention bei Jugendlichen Migranten/innen nachgewiesen werden.

Literatur:

Amann, G. /Wipplinger, R. (Hg.): Gesundheitsförderung: ein multiprofessionelles Arbeitsfeld, Tübingen, DGVT-Verlag

Backes, H. / Wronska, L. (1999): Peer Education – Ein Weg in der interkulturellen Sexualpädagogik, in: BZgA (Hg.): FORUM Sexualaufklärung und Familienplanung, Informationsdienst der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Heft 2/99, S.22-26,

Backes, H. /Hemme, A. (1998). Gesundheitsförderung für junge Menschen, in: Backes, H., Schönbach, K. / Büscher, I. (1995): A Youth-for-Youth Project in Germany,

Backes, H./Schönbach, K. et al (2001), Peer Education - ein Handbuch für die Praxis, Köln (BZgA)

Europeer, Europäischer Leitfaden zu Aids-Peer Education für Jugendliche (1998) in: Istituto Superiore di Sanita, European seminar on health education and HIV/Aids

Kleiber, D. (1999) Empowerment und Partizipation – Chancen von Peer Education in der Präventionsarbeit. In: pro Jugend 4/1999

Kleiber, D. / Appel, E. (1998), Peer Education in der Präventionsarbeit, Berlin (Institut für Prävention und psychosoziale Gesundheitsforschung an der FU Berlin) Köln

Milburn, K. A. (1995), Critical review of peer education with young people with special reference to sexual health. In: Health Education Research, 10, 407-420

Phelps, F. A. et al (1994), Sex education - The effect of a Peer program on pupils (aged 13-14 years) and their Peer leaders. In: Health Education Journal, 53, 127-139 prevention in schools, Rome, Nov. 3.-5.1994

Schönbach, K. (2002), Gesundheitsförderung und peer involvement bei Jugendlichen, Berlin (Senatsverwaltung für Gesundheit).

Herbert Backes, Dipl. Psych., Arbeitsfeld: Entwicklung, Planung und Durchführung von Projekten zur Gesundheitsförderung und Aidsprävention für junge Menschen, Projekte: Peer Education, Interkulturelle Sexualpädagogik, Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienst in Berlin, Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Berlin.

Joachim Syska, Riesengebirgs-Oberschule,
Berlin

Schüler/innen übernehmen Verantwortung durch Service Learning

Die Riesengebirgs-Oberschule in Berlin Schöneberg versucht in einem sozialen Brennpunktgebiet die Schüler/innen durch gemeinnützige Arbeit an verantwortliches Handeln heranzuführen, welches gleichzeitig den Übergang von der Schule in eine Erwerbstätigkeit erleichtern soll. Die Aktivitäten der Schüler/innen finden zusätzlich zum normalen Unterricht statt.

Die Riesengebirgs-Oberschule ist eine Hauptschule in einem problembeladenen Berliner Innenstadtbezirk. In unserem Teil von Berlin-Schöneberg ist ein hoher Anteil der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit und den damit zusammenhängenden Folgen betroffen. Es findet eine stetige Entmischung des Bezirks statt, indem viele deutsche und situierte Migrantenfamilien dieses Quartier verlassen. Zurück bleiben in der Regel diejenigen, die es sich nicht mehr leisten können, in angesehene Stadtteile zu ziehen. Zurück bleiben damit auch viele Probleme im interkulturellen, sozialen und häuslichen Bereich, deren Auswirkungen sich in einer mangelnden Schulkultur unserer Schüler/innen widerspiegeln. Das schlägt sich konkret in einer geringen Bereitschaft nieder, Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen, sich an Regeln zu halten, sich zivilisiert und gewaltfrei zu begegnen und Schule als Lernort zu akzeptieren. In einem besonders großen Problemfeld befinden sich die Migrantenkinder, die täglich einen Kulturkonflikt zwischen ihrer eigenen Welt und der Schulwelt auszutragen haben und deren Deutschkenntnisse zudem im Durchschnitt große Mängel aufweisen. Diese Entwicklung kennen wir als einen fortschreitenden Prozess seit Jahren. Schule allgemein wird von der Gesellschaft in Deutschland mit der Bewältigung dieser gigantischen Probleme allein gelassen. In Berlin haben sich zum Beispiel die personellen und materiellen Bedingungen in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Dennoch versuchen wir als Schule auf die veränderten Umfeldbedingungen durch eine Weiterentwicklung unserer methodisch-didaktischen Ansätze in der pädagogischen Arbeit und durch Veränderungen unserer organisatorischen Rahmenbedingungen zu reagieren. Gute Erfahrungen haben wir mit der Einbeziehung unserer Schüler/innen in die Gestaltung und Problemlösung unserer täglichen Arbeit gemacht. Konfliktlotsen, die aus Schülerperspektive und untereinander Kon-

flikte regulieren helfen oder die Pausenteams, die über die Einhaltung von Regeln während der Pausen wachen, sind zwei Beispiele. Hinzu kommt seit 2002 das Projekt Service Learning. Die Schüler/innen des jeweils 7. Jahrganges unserer Schule beteiligen sich an dem Projekt. Zur Zeit haben 50 Schüler/innen aus den 7. Klassen und 10 Schüler/innen aus den 8. Klassen unserer Schule Service Learning Stellen.

Das Projekt wird didaktisch getragen von der Idee der Selbsttätigkeit durch Schüler/innen und methodisch von einem projektorientierten Ansatz. Inspiriert durch nordamerikanische Erkenntnisse zum Service Learning und mit Hilfe eigener gestaltpädagogischer Erfahrungen haben Lehrer/innen unserer Schule ein evaluierbares Konzept entwickelt.

Danach findet individuell unterschiedlich an einem Nachmittag das Service Learning freiwillig für ein bis zwei Stunden statt. Jeder Schüler, jede Schülerin hat eine „Stelle“ und arbeitet ehrenamtlich bei einem in der Regel gemeinnützigen Träger mit. Diese Stellen sind meistens in der Nähe unserer Schule, z.B. bei der Arbeiterwohlfahrt in der Goltzstraße im Seniorenentreef oder in der bezirklichen Kita, dem Seniorenheim in der Albestraße oder dem Verein Lesewelt e.V. in der Thomas-Dehler Bibliothek, dem Heimatmuseum in Schöneberg, der Stadtteil-VHS Crellestraße oder der Stadtteilbibliothek Schöneberg und in Einzelfällen auch z.B. bei bedürftigen Privatpersonen angesiedelt.

Die Arbeiten, die unsere Schüler/innen übernehmen, nützen allen Seiten. Zum Beispiel den älteren Herrschaften, die sich über Jugendliche freuen, von denen sie beim Einkaufen Unterstützung erhalten und mit denen sie auch noch einen Plausch machen können. Die Jugendlichen, die vielleicht zum ersten Mal intensiver mit älteren Menschen zusammen sind und somit den in der Regel abgerissenen Kommunikationsfaden zwischen den Generationen wieder neu knüpfen. Die Kinder in den hauptsächlich von Frauen betreuten Einrichtungen freuen sich besonders über die männlichen jugendlichen Helfer, die wie große Geschwister auftreten und gerade bei den Einzelkindern gerne gesehen sind.

Die Schüler/innen sind im Durchschnitt 13 Jahre alt und gewinnen mit diesen Erfahrungen erste eigene Einblicke in die Berufswelt. Sie lernen also nicht nur, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, sondern erwerben wichtige Schlüsselqualifikationen, wie zum Beispiel sich verlässlich und verantwortungsvoll der Erfüllung der übertragenen Aufgaben zu widmen. Das trifft besonders auf die Bereiche zu, in denen Menschen – seien es Kinder, Alte oder Behinderte – von ihnen abhängig sind. Hiermit

lässt sich eine zentrale schulische Aufgabe erfüllen, nämlich die des konkreten Demokratie Lernens. Empathie, Solidarität und soziales Engagement sind zentrale Voraussetzungen für demokratisches Handeln. Der Aspekt von politischer Bildung ist für uns von großer Bedeutung.

Natürlich klappt nicht immer alles reibungslos und die betreuenden Lehrer/innen müssen hier und dort helfend eingreifen, um Probleme zu klären oder auch mal die Motivation wieder neu aufbauen. Aber insgesamt gesehen funktioniert das Projekt bis jetzt gut.

In der Schule werden einmal in der Woche in zwei Schulstunden die in der vergangenen Woche gemachten Erfahrungen ausgewertet. Die Schüler/innen sprechen über die wöchentlich erfolgten Eintragungen ins Lerntagebuch, tauschen sich über Erlebnisse aus, die nicht selten emotional berührend sind und aufgearbeitet werden müssen.

Die schriftlichen Eintragungen werden auch im Deutschunterricht wieder aufgegriffen, indem an diesen Texten weiter gearbeitet wird.

Die Erfahrungen, die Schüler/innen machen, strahlen auch auf andere Schul- und Lebensbereiche aus: Sie erleben sich als ernst genommene Mitglieder der Organisation, in der sie tätig sind und schöpfen daraus Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl.

Ende Mai jeden Jahres wird eine Veranstaltung organisiert, bei der die Schüler/innen Zertifikate für das Service Learning erhalten, die sie später bei ihren Bewerbungen als zusätzliche Qualifikation mit aufführen können. Die Zertifikate werden im Berufswahlpass gesammelt und helfen, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern

In Service Learning – Stellen, bei denen zum Beispiel ältere Menschen oder Kinder betreut werden sollen, können die Schüler/innen Ausdauer und Zuverlässigkeit trainieren. Die Alten und Kranken reagieren menschlich enttäuscht, wenn die Schüler/innen unregelmäßig erscheinen würden. Es gilt also Verlässlichkeit zu entwickeln oder auszubauen. Für uns ergab sich zum ersten Mal die Möglichkeit, den Berufswahlpass inhaltlich auszugestalten und damit sinnvoll einzusetzen, indem wir ihn mit Service Learning verknüpften. Unter anderem mit Hilfe des Berufswahlpasses soll eine Flexibilisierung der Übergangsphase von der Schule zum Beruf erprobt werden und den Schülern/innen soll schon ab dem 7. Jahrgang die Bedeutung der späteren Berufsarbeit deutlich werden.

Mit der Verbindung von Service Learning und der Erhöhung späterer Berufschancen wird für die Jugendlichen und deren Eltern der Gebrauchswert ehrenamtlicher und zusätzlicher Tätigkeit nachvollziehbar.

Seit 2003 gibt es ein Folgeprojekt, die Online-Beratungsagentur: Hier geben einige unserer Schüler/innen via Internet die gewonnenen Erfahrungen weiter. Zum Beispiel an andere interessierte Schüler/innen. Außerdem werden sie versuchen, neue Stellen zu akquirieren. Diese Konstruktion ist eine Weiterentwicklung, die sich gleichsam naturwüchsig für die Schüler/innen aus dem Projekt ergeben hat: Wir Schüler/innen haben die Erfahrungen, die andere noch nicht haben und wir haben im Sinne der Gemeinschaft auch ein Interesse daran, dass sich Service Learning verbreitert.

Die Lehrer/innen führen eine begleitende Evaluation des Projektes durch, um Verbesserungen und zukünftige Projekte zu planen und anderen Kollegen/innen unsere Erkenntnisse und Ergebnisse zur Verfügung stellen zu können. Inzwischen ist das Projekt Service Learning als ein Profilelement unserer Schule in das Schulprogramm aufgenommen worden und damit dauerhaft verankert.

Für die Lehrer/innen bahnt sich ein Paradigmenwechsel immer deutlicher an: Die Lehrer/innen müssen – wie in diesem Projekt – in Zukunft mehr supervisorisch tätig sein, indem sie das Ziel zeigen, den Weg aber den Schülern/innen überlassen aber zur Hilfestellung bereit stehen. Dazu gehört Vertrauen. Der Lehrer muss Vertrauen in die Kräfte der Schüler/innen entwickeln, ohne sie dabei allein zu lassen. Ebenso müssen die Schüler/innen den Lehrern/innen einen Vertrauensvorschuss geben, indem sie bereit sind, auch ungewohnte neue Projekte durchzuführen. So entwickelt sich ein von beiden Seiten getragener pädagogischer Bezug, der auf dem gegenseitigen Vertrauen basiert. Im Laufe des Projektes an der ROS ist zwischen einzelnen Schülern/innen und Lehrern/innen dieser pädagogische Bezug – ein Begriff des leider in Vergessenheit geratenen Erziehungswissenschaftlers Herman Nohl – entstanden oder hat sich auch weiter herausgebildet, es ist also ein positives pädagogisches Verhältnis gewachsen, das sich auf die anderen schulischen Bereiche ausgeweitet hat.

Als Bilanz lässt sich feststellen, dass die Verbindung von Berufsvorbereitung (Berufswahlpass) und Demokratie lernen durch eigenes Engagement mit Hilfe von Service Learning gelungen ist. Schüler/innen, Lehrer/innen und beteiligte Einrichtungen haben einen spannenden, neuen Weg beschritten, den es lohnt weiter zu gehen.

Literatur:

Adloff, Frank: Community Service und Service Learning: Eine sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme zum freiwilligen Engagement an amerikanischen Schulen und Universitäten, Script 2001

Adloff, Frank, Heurs, Sabine: Der Lohn der Freiwilligen, Süddeutsche Zeitung 30.7.1992

Sliwka, Anne: Demokratie Lernen und Leben, Bd. II Das anglo-amerikanische Beispiel Weinheim 2001

Sliwka, Anne; Petry, Christian; Kalb, Peter (Hrsg.): Durch Verantwortung lernen Service Learning: Etwas für andere tun. Weinheim 2004

Sliwka, Anne; Frank, Susanne: Service Learning – Verantwortung in Schule und Gemeinde, Weinheim 2004

Syska, Joachim: Verantwortung übernehmen durch gemeinnützige Arbeit in: PÄDAGOGIK H. 5 Mai 2004 S. 14 – 17

Joachim Syska, Gestaltpädagoge, arbeitet als Hauptschullehrer in Berlin-Schöneberg, Riesengebirgs-Oberschule
Belziger Str. 43-51
10823 Berlin
riesengos.cids@t-online.de

Thomas Kegel,
Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland

Anerkennungskultur – Qualifikationen – Zertifizierung

In vielen Quartieren, Kiezen oder Stadtvierteln engagieren sich Bürgerinnen und Bürger. Dieses Engagement muss von der Sozialarbeit oder dem Quartiersmanagement aufgenommen werden. Dadurch entwickelt sich echte Gemeinwesenarbeit, Partizipation und Teilhabe. Aber egal, ob die Sozialarbeit vor Ort dieses Engagement ernstnimmt und sich an dessen Seite stellt: das bürgerschaftliche Engagement ist aus sich selbst heraus aktiv. Um es deutlich zu sagen: die bürgerschaftlich Engagierten warten nicht auf das Quartiersmanagement und die Sozialarbeit!

Soziale Arbeit muss hier umdenken und sich in seiner Managementfunktion begreifen: es geht darum, nachhaltige gute Rahmenbedingungen für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Und zwar unter Beteiligung der Engagierten. Dies wäre dann auch der erste Schritt zur Anerkennung.

Leider sind die Sozialpädagog/innen i.d.R. nicht im Freiwilligen-Management, ausgebildet. Deshalb dazu einige kurze Anmerkungen.

Was ist Freiwilligen-Management?

Freiwilligenmanagement ist die Planung, Organisation, Koordination und Evaluation von freiwilligem Engagement.

In der Regel findet dieses Engagement in organisierter Form statt – hier eben im Kiez, in einem Rahmen, den entweder das Quartiersmanagement vorgegeben hat, oder den eine Kiezeinrichtung bildet oder den die Anwohner/innen selbst organisiert haben.

Freiwilligen-Management zielt darauf ab, freiwilliges Engagement zu wecken und zu fördern. Es eröffnet Bürger/innen Möglichkeiten aktiv zu werden, sich einzumischen und mitzugestalten, sei es auf einem Abenteuerspielplatz, in einem Jugendclub oder in anderen Aufgabenfeldern.

Ehrenamtlich Engagierte können wirksam mitarbeiten, ihre vielfältigen Fertigkeiten, Erfahrungen, Kompetenzen in die Entwicklung eines Kiezes einbringen. Darüber hinaus bietet es ehrenamtlich Engagierten die Chance ihren Eigeninteressen nachzugehen- z.B. sich weiter zu qualifizieren, Nachbarn kennen zu lernen, Spaß und Sinn im Engagement finden...

Im Quartier ansässige Organisationen können durch die Mitarbeit von ehrenamtlich En-

gagierten nicht nur umfangreiche Leistungen anbieten, sondern auch auf Qualität setzen.

Freiwilligenmanagement unterstützt die dort tätigen Hauptberuflichen und fördert ehrenamtlich Engagierte in einer Organisation. Es kann helfen, Spannungen zwischen diesen beiden Gruppen zu vermeiden und abzubauen.

Zentrale Ausgangspunkte des Freiwilligenmanagements sind:

- Freiwilliges Engagement wird als gesellschaftlich wertvolle Arbeit anerkannt.
- Freiwilliges Engagement gibt es weder umsonst – noch kostenlos!
- Die Projekt- oder Organisationsleitung befürwortet freiwilliges Engagement und erkennt es als einzigartigen, wertvollen Beitrag für die Organisation an. Ehrenamtlich Engagierte sind willkommen. Dies muss auch ein zentraler Bestandteil der Leitziele des Quartiersmanagements und der Philosophie der ansässigen Organisationen sein.
- Die wirkungsvolle Mitarbeit von ehrenamtlich Engagierten erfordert professionelle Unterstützung, d.h. Freiwilligenmanagement ist ein eigenständiger Aufgaben- und Verantwortungsbereich für hauptberufliche oder auch für andere freiwillige Mitarbeiter/innen, im Idealfall von Freiwilligenkoordinator/innen.
- Hauptberufliche- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, Vorstandsmitglieder, Geschäftsführung und auch Nutzer/innen sind in das Management-/Unterstützungssystem einbezogen und tragen aktiv zum Gelingen bei.

Das Freiwilligenmanagement ist als ein Prozess zu verstehen und nicht als ein starres System. Zum Freiwilligenmanagement gehören folgende Aufgaben:

1) Die eigenen Ziele deutlich machen

Wenn Freiwillige aktiv mitmachen sollen, müssen die Ziele, die verfolgt werden, klar sein. Kommunizierbare Leitbilder des Kiez und der ansässigen Organisationen sollten Aussagen zur Bedeutung des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements enthalten.

2) Geeignete Engagementmöglichkeiten finden

Dem Engagement sollten Entfaltungsmöglichkeiten angeboten werden. Organisationen müssen wissen, welches Aufgabenprofil für die Engagements sie anbieten können. Selbst gewähltes Bürgerengagement sollte eventuell weitere Engagierte inkludieren können – also nicht exklusiv sein.

3) **Umfassende Informationen anbieten**

Den Engagierten und Interessierten müssen umfassende Informationen über die Kiezprojekte oder Engagementmöglichkeiten in Organisationen gegeben werden. Auch über die Rahmenbedingungen des Engagements sollte informiert werden – z.B. über Versicherungen oder Auslagererstattung.

4) **Verlässliche Organisation der Freiwilligenarbeit**

Hier geht es um die professionelle Regelung von Versicherungen, Klärung von rechtlichen Fragen, Organisationsstrukturen, Vorhalt von Infrastrukturen...

5) **Fachliche Begleitung und Unterstützung bereitstellen**

Wenn Engagierte Rat und Tat oder gar Anleitung benötigen, sollten entsprechen qualifizierte Ansprechpartner/innen leicht erreichbar sein und sich die dafür nötige Zeit nehmen können.

6) **Bildung und Begegnung ermöglichen**

Im bürgerschaftlichen Engagement ist die Verbindung von Arbeiten und Lernen angelegt und sollte gefördert werden. Darüber hinaus sollten Bildungsangebote die sozialen Kompetenzen und praktische Qualifikationen vermitteln.

7) **Bürgerschaftliches Engagement anerkennen**

Das Engagement der Bürger/innen braucht Anerkennung. Diese wird erfahren durch Wertschätzung und Unterstützung im Kiez und in den Organisationen. Darüber hinaus müssen Formen der politischen und kulturellen Beteiligung entwickelt und eingefordert werden. Dies ist eine hohe Form der Anerkennung – als Bürger/in mitbestimmen können. Außerdem soll das Engagement der Freiwilligen dokumentiert werden und beurkundet werden.

8) **Bürgerschaftliches Engagement evaluieren**

Wie viele Bürger/innen leisten wie viel Freiwilligenarbeit? Kann dies in Geldwert umgerechnet werden? Entwickelt sich Sozialkapital? Funktioniert die Bürgerbeteiligung und das Freiwilligen-Management? Werden die angestrebten Ziele von den Beteiligten erreicht, wo gibt es Änderungs- und Entwicklungsbedarf?

Diese Aufgaben des Freiwilligen-Managements werden so oder so ähnlich bundesweit von allen Trägern des bürgerschaftlichen Engagements geteilt. Ein so verstandenes Freiwilligen-Management stärkt die Zivilgesellschaft im Quartier und entwickelt eine Strahlkraft, die Engagementinteressierte ins Engagement zu integrieren vermag.

Bürgerschaftliches Engagement bietet den

Engagierten ein umfassendes Handlungs- und Lernfeld:

- Für die persönliche Entwicklung
- Für den Erwerb von Fachkompetenz
- Für die Einübung in öffentliches Engagement

(Knoll 2003, S. 7)

Erfahrungsgemäß werden im Engagement Querschnittskompetenzen und Schlüsselqualifikationen erworben

- „im personalen Bereich des Handelns (z.B. wahrnehmungsfähig sein für eigenes Verhalten als Vereinsvorstandsmitglied),
- in dessen sozial-interaktiver Dimension (z.B. mit Vereinsmitgliedern partnerschaftlich umgehen können),
- unter gesellschaftsbezogenen Aspekten (z.B. die öffentliche Dimension von Vereinstätigkeit verstehen und gestalten können) und
- bezogen auf die pragmatische Dimension der Tätigkeit (z.B. Projekt managen können)“ (Ebenda, S. 8)

Wir wissen, dass die freiwillig Engagierten diese Lerndimensionen selbst reflektieren können. Dafür müssen spezifische Gelegenheiten etabliert werden. Das Quartiersmanagement bzw. das Freiwilligen-Management sollte dafür sorgen, dass es regelmäßige Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch gibt – in allen Bereichen des sich entwickelnden Kiezes. Auch angebotene Qualifizierungsmaßnahmen müssen Erfahrungsaustausch ermöglichen. Es geht darum, bereits gemachte Erfahrungen zu reflektieren und dazu zu lernen – dies ist nicht möglich, wenn „Schulungen“ durchgeführt werden. Sogenannte „Hebammen“-Methoden und ähnliche Didaktiken müssen angewandt werden.

Qualifizierungsangebote können bereits eine Form der Anerkennung sein. Insbesondere wenn diese mit Teilnahmebestätigungen oder Zertifikaten gewürdigt werden. Wir plädieren dafür, qualifizierte Nachweise auszustellen, diese können dann gegebenenfalls auch für berufliches Fortkommen genutzt werden.

Eine Bescheinigung oder Urkunde über das geleistete Engagement oder andere Formen der Anerkennung machen die Engagierten stolz und wirken motivierend. Es ist wichtig, hier aus der Vielzahl der Anerkennungsformen die für die jeweils gemeinten Engagierten auszuwählen. Anerkennung nach dem Gieskannenprinzip wird nicht funktionieren.

Neben Zertifikaten ist aber das Gemeinschaftserlebnis, die Erfahrung tatsächlich etwas bewegen zu können sowie die Freude an sinnhaftem Engagement die wohl wichtigere Form der Anerkennung für die Engagierten.

Literatur:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2004): Bürgerengagement vor Ort: Wege zu einer lebendigen Kommune. Was bringt bürgerschaftliches Engagement für das Gemeinwesen? Berlin

Burmeister, J.(1999): Qualifizierung für Ehrenamt und Freiwilligkeit. Stuttgart

Kegel, T.: Freiwilligen-Manager/in – ein Beruf, der in die Zeit passt. Internet-Magazin www.freiwilligen-kultur.de , Ausgabe 03, Berlin, September 2001

Kegel, T.: Gute Organisation vorausgesetzt – Aufgaben für das Management von Volunteers. In: Rosenkranz/Weber (2002), S. 89 ff.

Knoll, J. (2003): Etwas bewegen wollen – Lernunterstützung für ehrenamtliche Vereinsarbeit. Berlin

Rosenkranz, D./Weber, A. (Hrsg.): Freiwilligenarbeit – Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit. Weinheim/München 2002

Thomas Kegel, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (fjs e.V.), Comeniushof,
Gubener Str. 47, 10243 Berlin
Tel. 030. 275 49 38
E-Mail: akademie@ehrenamt.de,
www.ehrenamt.de
www.freiwilligen-kultur.de

Freiwilligendienste und bürger- schaftliches Engagement

I Zum allgemeinen Verhältnis von Zi- vilgesellschaft – bürgerschaftlichem Engagement – Freiwilligendienste

Im wesentlichen beziehe ich mich im folgen-
den auf einige Ausführungen in meiner Stu-
die „Freiwilligendienste in ihrer Bedeutung
für die Jugendberufshilfe – ein systematisie-
render Überblick ...“ (2003), im Internet unter
www.bagjaw.de („Aktuelles“/ „Top Themen“)
zu finden. Die Studie selbst ist wesentlich um-
fangreicher angelegt und bezieht sich sowohl
auf Fragen zur Kompetenzentwicklung benach-
teiligter Jugendlicher, die Vorbereitung auf ein
selbständiges Leben in Arbeit als auch For-
schungsdesiderate etc.

1. Freiwilligendienste haben sowohl Tradition,
sie genießen derzeit aber auch wieder verstärk-
tes Interesse, was sich nicht zuletzt an einer re-
gen aktuellen Diskussion zeigt. Ursprünglich
und bislang vor allem als Angebot für Jugen-
liche geschaffen, gehandhabt und im Hinblick
darauf auch weiter entwickelt, wurden sie im
Rahmen der Jugendhilfe als Bildungsjahre
ausgestattet. Vor allem das Freiwillige Sozia-
le Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische
Jahr (FÖJ) belegen als adressatenspezifische
Bildungsangebote seit geraumer Zeit ihren
nicht mehr wegzudenkenden jugendpolitischen
Stellenwert. Ihre immer mehr auch in das Zen-
trum eines breiten gesellschaftspolitischen
Diskurses rückende Bedeutung speist sich zu-
nehmend aus ihren mittlerweile vielfältiger ge-
wordenen Zielsetzungen und Wirkungen.

Das verstärkte Interesse an Freiwilligen-
diensten gerade in den letzten Jahren rührt von
verschiedenen gesellschaftspolitischen Verän-
derungen her, die allesamt im öffentlichen Be-
wusstsein vorhanden sind, aufmerksam beob-
achtet und durchaus nicht einheitlich diskutiert
werden. Vorrangig handelt es sich hierbei um
Themen wie

- die zu etablierende Bürgergesellschaft,
insbesondere die Ausweitung der Möglich-
keiten eines jeden einzelnen zum bürger-
schaftlichen Engagement;
- die z.T. unterschiedlichen, ja gegensätzli-
chen Bestrebungen zum Umbau des So-
zialstaates, der ihn gleichsam erhalten
soll, wenn auch mit anderen Definitionen,

Schwerpunktsetzungen und Konturen;

- den Wandel (und Bedeutungsverlust?) tra-
ditioneller Erziehungs- und Bildungsinstan-
zen (Familie, Schule) besonders im Hinblick
auf die Vermittlung wichtiger Kompetenzen
für privates und öffentliches, auch wirt-
schaftliches Denken und Handeln.
- Damit stellt sich im Grunde auch die Frage
nach Lösungen für strukturelle Verände-
rungen im äußerst umstrittenen Bildungswesen
und einer den aktuellen wie den in
Zukunft zu erwartenden Anforderungen
gerecht werdenden Bildungsreform.

Thema sind des Weiteren

- die vorausschaubar erscheinenden demo-
graphischen Entwicklungen, insbesonde-
re der spürbare Rückgang der Zahl junger
Menschen, der Erwerbstätigen insgesamt
und der steigende Anteil Älterer/Nichter-
erwerbstätiger samt deren Versorgung mit
sozialen Dienstleistungen;
- die anhaltende Ungewissheit über Be-
stand oder Abschaffung der Wehrpflicht
einschließlich des Zivildienstes¹ und deren
Ersetzung durch andere Dienste, z.B. Frei-
willigendienste;
- Auch mit der Einführung der sogenannten
Ein-Euro-Jobs stehen den Freiwilligen-
diensten evtl. sogar gravierende Beeinflus-
sungen in's Haus, die längst noch nicht alle
erkannt und ausreichend erörtert worden
sind, geschweige denn, jetzt in Ansätzen er-
kennbar und verträglich gesteuert werden
können.
- das Größerwerden Europas und ein damit
verbunden denkbarer Bedeutungszugewinn
für Freiwilligendienste auch in supranatio-
nalen Rahmen;
- die Umsetzung global als überlebensnot-
wendig erkannter Prinzipien, die spätestens
mit der „Agenda 21“ benannt worden sind
(etwa „Nachhaltigkeit“, „Global denken, lo-
kal handeln“).

Zu all diesen Themen, Entwicklungen und Pro-
blemen lassen sich mehr oder weniger direkt
Verbindungen zu Freiwilligendiensten auffin-
den und Bestrebungen für eine Weiterentwick-
lung und ertragreiche Handhabung derselben
denken. Dass hierbei unterschiedliche Inter-
essenlagen unterschiedliche Strategien und
Zielsetzungen bedingen, kann evtl. verwirren,
ist aber in einer pluralistischen Gesellschaft
unabdingbar.

2. Grundsätzlich sind Freiwilligendienste –
jedenfalls als spezifisches Betätigungsfeld bür-
gerschaftlichen Engagements (vgl. JAKOB
20021, 20022; darauf komme ich gleich noch

1) Auf die evtl. Aus-
wirkungen einer Ab-
schaffung der Wehr-
pflicht (und damit
des herkömmlichen
Zivildienstes) auf die
gesellschaftlichen
Rahmenbedingun-
gen jugendlichen
Heranwachsenden im
allgemeinen und im
Zusammenhang mit
Freiwilligendien-
sten im besonderen
wird im folgenden
nicht eingegangen.
Die maßgeblichen
politischen (!)
Entscheidungen
über Beibehaltung
oder Abschaffung
von Kriegsdienst/
Wehrpflicht stehen
noch aus, damit aber
auch eine konkrete
„Konversion des
Zivildienstes“, deren
mögliche Einflüsse
auf die Freiwilligen-
dienste usw. In der
Literatur lebt die
Debatte darüber
schon (siehe etwa
FINIS-SIEGLER 2000,
ARBEITSGRUPPE
2000, JAKOB 20021,
26f.).

genauer zu sprechen) – als sinnvolle Aktivitätsfelder und Lernorte geeignet und anzusehen (siehe BAG JAW 2002). Für Erwachsene, bei denen soziale, berufliche und charakterliche Entwicklungen der Persönlichkeit in der Regel als weitgehend abgeschlossen anzunehmen sind, wohl vorrangig als Betätigungsfelder. Für Jugendliche beiderlei Geschlechts stellen sie seit ihrer Einführung bereits jetzt bewährte Lernorte dar zum Erwerb praktischer Erfahrungen (ggf. mit berufsorientierendem Einschlag), zur Persönlichkeitsentwicklung und zum Einüben sozialer Basisqualifikationen. Insofern vermögen sie auf fruchtbare Weise auch an der konkreten Lebensplanung junger Menschen mitzuwirken. Allerdings gilt das in der Praxis der Freiwilligendienste bisher überwiegend für Abiturienten/innen und Realschüler/innen. Auch darauf gehe ich gleich noch genauer ein.

Eine gesteigerte Orientierung von Freiwilligendiensten an den konkreten Bedürfnissen und Voraussetzungen anderer jüngerer, behinderter, benachteiligter Zielgruppen öffnet auch weitere Möglichkeiten für Lernprozesse unter zusätzlichen Zielsetzungen. Soziales Lernen z.B. kann bewusst durch den Einbezug und das Miteinander unterschiedlicher Gruppen von Jugendlichen gefördert werden (Grundmuster "Jugend hilft Jugend"); interkulturelles Lernen lässt sich sowohl über Auslandserfahrungen deutscher Jugendlicher als auch durch die planmäßig anzustrebende Mitwirkung junger Migrantinnen/innen, Spätaussiedler/innen und ausländische/r Jugendliche/r anstreben und Schritt für Schritt realisieren. Unterschiedliche soziale und gesellschaftliche Anliegen und Ansprüche (aufgrund unterschiedlicher „sozialer Lage“) können sichtbar gemacht und in produktiven Dialog gebracht werden. Es kann Eigeninitiative eingeübt und für eigene Projekte gelernt werden, die sich z.B. einer verträglicheren Gestaltung der unmittelbaren Lebenswelt (Sozialraumbezug, Netzwerkeinbettung) annehmen. Auf diese Weise kann auch Partizipation angestrebt und praktiziert werden (s. hierzu noch einmal am Schluss des Beitrages).

3. Also: Ausweitung des Kreises potentieller Adressaten für Freiwilligendienste?

Ja! – aber warum auch oder gar besonders für benachteiligte Jugendliche?

Ein erster Grund ist: Gerade weil es sich um junge Menschen handelt, die im Finden und Ringen um objektiv zumutbare und subjektiv befriedigende Bedingungen für Lebensplanung und Lebensgestaltung stehen, können genau diese nicht beim Ausbau hierfür geeigneter Angebote übersehen oder gar ausgeschlossen werden. Hierzu sind Politik und Gesellschaft verpflichtet, Jüngeren gegenüber besonders.

Des Weiteren: Die in den Freiwilligendiensten schlummernden Potentiale bei schöpferischer Handhabung durch den einzelnen zum Dienste auch des Gemeinwesens sind längst nicht ausgeschöpft, auch nicht, was die Zielgruppen betrifft. Darüber herrscht weitgehendes Einverständnis. Die drängend zu lösenden umfassenden Aufgaben und Probleme in so gut wie allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen verlangen zwingend eine spürbare Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements auf breiterer Ebene. Freiwilligendienste sind Teil dieses Engagements und Benachteiligte können und sollen hierbei ihren „doppelten Beitrag“ leisten – für sich und die Gemeinschaft. Obwohl diese Einsicht durchaus noch nicht zum selbstverständlichen Bestandteil der aktuellen Debatte über Freiwilligendienste gehört (vgl. JAKOB 2002, 62), muss an ihrer Begründung und Verbreitung zielstrebig gearbeitet werden, sowohl durch praktische Belege als auch durch die Forschung hierüber (das ist ein eigenes Kapitel, auch in meiner Studie, Kapitel 5).

Drittens, aber nicht zuletzt, gibt sich „die Gesellschaft als Ganzes“ über eine maß- und planvolle Förderung zahlloser ihrer Mitglieder – unter demographischem Blickwinkel ist dabei besonders wichtig, dass es sich um junge Menschen handelt – selber etwas zum Wohle aller zurück, worauf sie bei klarem Verstande absolut nicht verzichten sollte, ja könnte.

Was den tatsächlichen Gewinn des Einzelnen in einem solchen Austausch zwischen Individuen und Gemeinwesen/Gesellschaft betrifft, kann man sich bei sorgfältiger Konzeptionierung und verantwortungsvoller Handhabung der Dienste für Benachteiligte getrost mit Hoffnung wappnen, auch wenn Freiwilligendienste natürlich nicht „zur Massenbewegung“ gemacht werden können (siehe KORTMANN 2002,5); die Jugendarbeitslosigkeit beseitigen und die Gründe für das Nachwachsen von Benachteiligung in dieser Gesellschaft durch sie aus der Welt geschaffen. (Auch hierzu mehr vor allem in den Kapiteln 3 und 4 der Studie.)

4. Freiwilligendienste als Lernort: „Freiwilligendienste“ – so wird behauptet (vgl. auch v. ROSENBLADT 1999/ 2000, PICOT 2000) „stellen darüber hinaus (neben der symbolischen Bedeutung für eine „neue Kultur des Sozialen“ in der Zivilgesellschaft und des Zusammenwachsens Europas, der unbedingt zu fördernden Anlagen ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements und der latenten Ersatz- oder Alternativfunktion für den Zivildienst, C.G.) ein wichtiges, alternatives Sozialisationsprojekt dar, einen Ort des sozialen Lernens und des Erwerbs von Schlüsselqualifikationen für junge Menschen, eine Möglichkeit der sozialen Bil-

dung und Alphabetisierung in modernen Zeiten“ (RAUSCHENBACH/ LIEBIG 2002, 16); und weiter: „Aufgrund dieses Zusammenspiels von Freiwilligkeit, gesellschaftlicher Teilhabe, Gemeinwohlorientierung und sozialer Gesinnung auf der einen Seite sowie einer klaren Struktur, einschließlich gesetzlicher und finanzieller Regelungen, nebst einer zeitintensiven Form der Mitarbeit auf der anderen Seite werden Freiwilligendienste ungewollt, aber fast unausweichlich zu einer idealen Ausdrucksform eines zivilgesellschaftlichen Engagements unter den heutigen Bedingungen einer gleichermaßen individualisierten wie globalisierten Gesellschaft“ (vgl. schon BOCK 1983, EBERHARD 1999, MADER 2000; hier nach RAUSCHENBACH/ LIEBIG, 24; Hervorhebung von mir, C.G.).

Diese Einordnung ist vor allem deshalb unverzichtbar, weil sie neben der allgemeinen sachlichen Stimmigkeit auch erlaubt, ganz praktische Fehler zu vermeiden, nicht zuletzt die Freiwilligendienste hinsichtlich ihrer Potenziale für all die behaupteten Sozialisations-, Qualifikations- und Bildungsmöglichkeiten richtig einzuschätzen, vor allem nicht überzubewerten. In den Kontext von Freiwilligendiensten gestellte Bildungsziele z.B. dürften sich schon aus der Logik der den Diensten zgedachten, weitreichend zivilgesellschaftlich begründeten Eigenschaften wegen eben nicht (nur) etwa aus den Vorgaben des Arbeitsmarkts herleiten. (Hierzu weiter unten mehr beim Freiwilligen Jahr im Unternehmen (FJU)). Diese greifen denen gegenüber notwendig zu kurz, sind systematisch zu stark auf unmittelbare Effizienz (Gewinn/ Lohn/ Profit) für alle Beteiligten ausgerichtet. In Bildungszielen, die mit Freiwilligendiensten definiert und angestrebt werden sollten, sollten weitgreifende Bestandteile enthalten sein, die über die unmittelbare/ materielle und psychische, „einfache und erweiterte Reproduktion“ des einzelnen und der Gesellschaft hinausgehen, auf „das gesamte Leben“ abzielen und für eine souveräne Lebensgestaltung der Individuen wie der Gemeinwesen ausstatten. Fähigkeiten zur Selbstorganisation in sozialen Mikrowelten sind in einer zunehmend sich individualisierenden Gesellschaft schon deshalb verstärkt erforderlich, weil Biografien ihren Ausgangs- und Fluchtpunkt immer weniger in klar definierter und gesicherter Berufsarbeit sich suchen und finden können. Das meint auch Sennett, wenn er davon spricht, dass es in der Arbeitswelt immer weniger Stabiles, „Langfristiges“ gibt für den „flexiblen Menschen“, ganz gleich ob dieser zu den Gewinnern/innen oder den Verlierern/innen des „neuen Kapitalismus“ zählt (1998).

Das sinnvolle, allen Beteiligten zuträgliche

Verknüpfen von Bruchstücken, Teilen, Fragmenten der Lebenswelten und die Fähigkeit dazu, wird für die persönliche Arbeit an sich selbst (Identitätsarbeit) genauso wie für tragfähige Modelle des Umgangs aufeinander angewiesener Menschen (Interaktionsmodelle) greifbar bedeutsamer. Die hierfür notwendigen Kompetenzen (fürs Leben) brauchen gerade Jugendliche und junge Erwachsene in größerem Maße als ältere Generationen. „Sie müssen in der Lage sein, ein Berufsleben ohne Zukunftsgarantien zu managen, ihren individuellen Lebenssinn ohne die Vorgaben von Meta-Erzählungen (frei übersetzt als „Zusatzinformationen“, durch Ältere etwa; C.G.) zu entwickeln und eine Komplexität von Weltverhältnissen auszuhalten“ (KEUPP 2002, 9).

Der realistische Blick aber (auch der Jugendberufshilfe) etwa auf Bedingungen und Subjekte muss sich allerdings bewusst sein, dass – durchaus hinderlich – Realität und Selbstkonzept von Jugendlichen auseinander klaffen (können), besonders im Zusammenhang mit berufsorientierten Lebensentwürfen (vgl. SCHERR/ SCHERR 1998). Auch wenn nämlich Massenarbeitslosigkeit anhält oder sogar zunimmt, stellen Jugendliche mehr denn je und unbeirrt „Beruf“ und „Arbeit“ an die Spitze ihrer Liste zur Verwirklichung von Lebenszielen. Darin drücken sich – neben imponierend ungebrochenem Optimismus – auch mangelnde Reflexionsfähigkeit und unausgewogenes Selbsteinschätzungsvermögen aus. Im Verein mit den schon aus Gründen des jugendlichen Alters notwendig noch fehlenden bzw. unentwickelten spezifischen Schlüsselqualifikationen (siehe schon MERTENS 1972; in der Studie, Kap. 4) ergibt sich für die gesamte Gesellschaft ein zwingendes Nach- und Umdenken. Immer weniger werden nämlich die erforderlichen (Lebens-) Kompetenzen – aus den oben ange deuteten strukturellen Gründen – wie selbstverständlich bewahrt, kulturell überliefert, zwischen den Generationen auf naturwüchsige, selbstverständliche Weise weitergegeben. Das trifft – über den Bereich der Arbeitswelt und den darin (ehedem) möglichen Verortungen und Selbstverwirklichungen hinaus – auf die Bereiche der sozialen und politischen Bildung zu, aber auch des sozialen Lernens oder der sozialen Kompetenz (-aneignung). Nachgedacht werden muss also, notfalls völlig neu gedacht, gewissermaßen „gegen den Strich“, wie, wo und in welcher Form soziale, zivilgesellschaftliche Bildungsprozesse mit Hilfe welcher Angebote vermittelt werden könnten. Freiwilligendienste könnten hierauf eine wichtige, weil wegweisende und geregelte Antwort sein. „Sie können dazu beitragen, dass Prozesse der Persönlichkeitsbildung, der Verselbständi-

gung, der beruflichen Orientierung, des sozialen Lernens in Gruppen sowie von Beteiligung und Mitbestimmung initiiert und in Ansätzen reflektiert werden.“ (RAUSCHENBACH/ LIEBIG 2002, 71) Die oben angesprochenen alterstypischen Verfahren etwa der Selbstüberschätzung bei Jugendlichen können „in dafür günstigen Strukturen“ (ebd.) sich überprüfen, ausprobieren und auf realistische, individuell stimmige Ausmaße zurückgeführt werden. Dabei kann es auf Seiten der professionellen Begleiter/innen solcher Selbsterfahrungsprozesse nicht darum gehen, zu anspruchsvolle Lebensentwürfe – besonders bei Ausgegrenzten – „abzukühlen“ oder „realitätsgerecht“ zu korrigieren. Der sozialpädagogischen Arbeit muss es in diesem Zusammenhang generell darum gehen, mit Jugendlichen Antworten auf die Frage zu finden, ob und wie Selbstverwirklichung und Selbstkonzepte/ selbstbestimmte Lebensführung innerhalb von Freiwilligendiensten konkret herstellbar sind und nicht mehr nur durch gutgemeinte Angebote ergänzt oder gar ersetzt werden. Letzteres ist, wie gesagt, für immer mehr junge Menschen immer weniger möglich. Für benachteiligte Jugendliche gilt das in besonderem Maße und sollte möglich sein, auch wenn es „nicht einfach“ ist. Freiwilligendienste müssen für eine sozialpädagogische Arbeit geeignet sein oder als geeignet gemacht werden, die sich umfassend und gezielt als Beitrag zu Lebensgestaltung und Lebensbewältigung versteht. Hierzu ist noch sehr viel offene Debatte in Fachkreisen und ebenso viel Experimentieren in der Praxis vonnöten (siehe JAKOB 2002: 62; MADER 2000). Bestandteile eines so gemeinten Beitrags zu gelingender Alltagsgestaltung können z.B. Strukturierung der Zeit sein, Möglichkeiten produktiver, produkt- und gebrauchswertorientierter Tätigkeit und Zusammenarbeit, die Erfahrung eigener Fähigkeiten und anderes mehr. Freiwilligendienste halten solches und mehr bereit, mit Sicherheit auch in klassischen Arbeitsfeldern und Bereichen der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik (Gemeinwesenzentren, Jugendhäuser, Selbsthilfe- und Eigenarbeitsprojekte/ Renovierung von Wohnraum, jugendkulturelle Initiativen/ Theater- und Musikprojekte), wenn man sie nur kreativ zu betreten versteht, auch mit ausgegrenzten, arbeitslosen, benachteiligten Jugendlichen.

II Skizzierung einiger Dienste, die alle auf irgendeine Weise als exemplarisch gelten können

Angeregt durch die grundlegende Initiative eines „Manifestes für Freiwilligendienste in Deutschland und Europa“ der Robert-Bosch-Stiftung (1998) hat sich die Diskussion um die

Ausweitung der Freiwilligendienste auf neue Handlungsfelder und um veränderte fachliche Konzepte der Durchführung ergiebig entwickelt (vgl. GUGGENBERGER 2000; SIEVEKING 2000).

Die Hoffnungen auf die Tauglichkeit von Freiwilligendiensten für wichtige Hilfen bei Orientierung und Begleitung Jugendlicher in einer biografischen Phase, die von jugendspezifischen Anforderungen des Übergangs von der Jugendphase in den Erwachsenenstatus bestimmt ist, leiten sich sowohl beim Manifest als auch in der mittlerweile breiten öffentlichen Debatte (vgl. BECKERS/ SIEVEKING 2000) von den relativ guten Erfahrungen her, die mit bereits etablierten Formen von Freiwilligendiensten gemacht worden sind. Stellvertretend seien hiervon vorerst die zwei wichtigsten genannt (vgl. unter anderem RAUSCHENBACH/ LIEBIG 2002, besonders 19ff.).

1. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)

Das FSJ gehört (mit dem Freiwilligen Ökologischen Jahr/FÖJ) zu den am frühesten eingeführten Diensten. Es entstand 1954 auf der Grundlage beispielhafter Bemühungen und Projekte der evangelischen und katholischen Kirchen in Deutschland bzw. ihrer Wohlfahrts-Organisationen. Zu dieser Zeit bestand überall großer Bedarf an pflegerischem und sozial tätigem Personal. Nichtkirchliche Verbände begannen dann im Verein mit Verbänden der freien Wohlfahrtspflege Anfang der 60er Jahre, mittels Freiwilligendiensten ähnlich gelagerte Angebote zu entwickeln und anzubieten. Mittlerweile gibt das „Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres“ (letzte Fassung 1993; die Bundesregierung plant eine Novellierung zusammen mit dem FÖJ) für alle Anbieter und Nutzer/innen eine weitgehend einheitliche Struktur für diesen Dienst vor. Es regelt die Einsatzmöglichkeiten und die pädagogische Begleitung, bestimmt die Träger und deren Zulassung, legt Altersgruppen fest und schreibt die materielle und soziale Absicherung der darin Tätigen vor (vgl. RAHRBACH/ WÜSTENDÖRFER/ ARNOLD 1998). Seit 2000 ist das Spektrum der Bereiche, in denen ein Soziales Jahr absolviert werden kann, um den kulturellen und sportlichen erweitert worden. Ich will sie hier nur benennen:

- das „Freiwillige Soziale Jahr“ im Sport,
- das „Freiwillige Soziale Jahr“ im kulturellen Bereich,
- die „Lokalen Freiwilligendienste“ (LFD) in Baden-Württemberg,
- die „Neuen Freiwilligendienste“ des Diakonischen Werkes in Württemberg,
- der „Europäische Freiwilligendienst“ (EFD) sowie

■ der Auslandsdienst jenseits des EFD. Auch auf diesen gesellschaftlichen Feldern ist es also nunmehr für Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren möglich, in freiwilliger Selbstverpflichtung einmal für ein Jahr (oder kürzer/mindestens 6 Monate) in einer gemeinnützigen Einrichtung bei freier Kost und Logis für ein Taschengeld als Vollzeitkraft tätig zu sein. Der Charakter dieser Mitarbeit ist primär der eines sozial orientierten und öffentlich wirksamen Engagements, für das keinerlei berufliche oder fachliche Qualifikationen zwingend vorausgesetzt werden (wenn auch erwünscht), und auf dem sich auch kein Ausbildungsverhältnis (als gezielte und systematische Qualifizierung) oder ein Arbeitnehmerstatus (mit tariflich geregelter Entlohnung gegen Arbeitskräfteeinsatz) gründet. Von ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements unterscheidet sich die Mitarbeit aber ebenso; es handelt sich nicht um ein Wahlamt, sondern um organisierten Dienst, der von vornherein zeitlich begrenzt ist, der in Vollzeittätigkeit mit geregelter direkter und indirekter Vergütung stattfindet.

Die Tätigkeiten beziehen sich inhaltlich auf soziale, insbesondere pflegerische, erzieherische und hauswirtschaftliche Mitwirkung. Hierbei sind also auch Zulerngewinne möglich, allgemeine und auf die konkreten Praxisfelder bezogene spezielle (beim FÖJ auch im ökologischen Bereich). Von einer geregelten, absichtlichen, geplanten und geordneten Qualifizierung kann jedoch bislang nicht die Rede sein, obwohl die Anbieter (Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gebietskörperschaften) qualifizierte Betreuung und Anleitung zu stellen bemüht sind sowie Seminare (25 Tage pro Jahr) als obligatorischen Bestandteil des begleitenden Bildungsprogramms durchführen.

Es stimmt wohl, dass das klassische FSJ (in Pflege- oder pädagogischem Bereich) erst einmal doch wenig berufliche Chancen zum Beispiel für Hauptschüler/innen bietet (vgl. WERNER 2002, 28); neue Einsatzformen sind jedoch gerade für diese Jugendlichen zu entwickeln, drängen sie doch besonders in Rollen für berufliche Orientierung. Solche sollten „auf allen gemeinnützigen Arbeitsfeldern, die Jugendlichen offen stehen“ (ebd.), angeboten werden. Allerdings sollte darauf geachtet werden, dass die Distanz zwischen sozialen Defiziten der Jugendlichen und sozialem Einsatzbereich nicht zu groß ist. Hierüber, also über die Sinnfälligkeit eines jeweiligen „Einzelfalles“, sollte der erforderlichen Rahmenbedingungen wegen (31) in „enger Zusammenarbeit mit anderen Institutionen“ entschieden werden, z. B. wie eine „zusätzliche Einzelbetreuung“ stattfinden kann (28). Das trifft auch auf die „interkulturelle Öffnung von Freiwilligendiensten in sozialen

Brennpunkten“ zu (vgl. SCHRAMM 2002, 28 f., Beschreibung eines Modellprojekts).

2. Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ)

Wie schon bei den soeben angesprochenen (möglichen/eher zufälligen) Zulerngewinnen der Teilnehmer an freiwilligen Diensten im Rahmen des FSJ bietet das FÖJ Vergleichbares. Als Förderungsgesetz 1993 parallel zur ersten Novellierung des FSJ-Gesetzes eingeführt, lehnt es sich stark an die Strukturprinzipien dieses Programms an. Seit 1996 bundesweit im Angebot (nach einer Modellphase in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein), bietet es ebenfalls für 16 – 27jährige junge Menschen einjährige Mitarbeit in ökologischen Tätigkeitsbereichen an. Ihnen soll ermöglicht werden, im Rahmen überwiegend praktischer (Hilfs-) Tätigkeiten zur Erhaltung und Pflege von Natur und Umwelt sowie ihr Umweltbewusstsein als auch ihre gesamte Persönlichkeit zu entwickeln. Angesiedelt sind solche Angebote bei Landratsämtern, ökologisch ausgerichteten Bildungsstätten, Umweltbehörden, National-/Naturparks oder Umweltschutzorganisationen regionalen oder überregionalen Bezugs (vgl. SAGAWA 1996; RAUSCHENBACH 2000). Auch hier sind gezielt qualifizierende Potentiale und Absichten weder gewollt noch gegeben. Dennoch ermöglicht auch dieser Dienst grundsätzlich den Erwerb neuen Wissens, eröffnet Zugänge zum Kennenlernen fremder Lebenswelten und für die Erschließung neuer persönlichkeitsprägender Sinnhorizonte. Wie andere Dienste auch, hat das FÖJ eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung für berufliche Orientierung und die Klärung von Berufszielen. Im Gegensatz nämlich zum Leben in Familie und Schule stellen Freiwilligendienste Anforderungen mit Ernstcharakter. Ihre Mischung aus Moratorium und ernsthafter Anforderung machen sowohl ihren Erfolg (in den Tätigkeitsbereichen) als auch ihre Akzeptanz bei allen aktiv und begleitend damit Beschäftigten aus.

In den vergangenen Jahrzehnten belegten dies vor allem Frauen (ebenfalls auffallend viele mit guter schulischer Ausbildung), die Freiwilligendienste leisteten. Im FSJ lag der Frauenanteil bei über 90 %, in anderen Freiwilligendiensten bei über 80 % – vgl. RAHRBACH/WÜSTENDÖRFER/ARNOLD 1998). Die Frage ist, warum das auf männliche Jugendliche und auch weniger qualifizierte Jugendliche nicht übertragbar sein soll?

In der Rückschau gestattet die Wahrnehmung der Freiwilligendienste durch Interessenten/innen sogar die begründete Annahme eines Zusammenhangs zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation – ein Faktum, das für die anhaltend schlechte Lage (nicht nur für

benachteiligte) der Jugendlichen Signalwirkung haben könnte. Insbesondere in Phasen, in denen die Ausbildungssituation schwierig war, stiegen die Zahlen bei den Freiwilligendiensten (vgl. SCHMIDT-STRAUCH/ BECKER/ STURMFELS 1991, 30).

3. Das „Freiwillige Soziale Trainingsjahr“ - (FSTJ)

Offensichtlich tragfähige Bemühungen um eine Weiterentwicklung der Freiwilligendienste wurden seit einiger Zeit (Herbst 1999) vom BMFSFJ in Form des „Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr“ (FSTJ) betrieben, und zwar gezielt für benachteiligte Jugendliche. Analog zu FÖJ und FSJ und auf deren gesetzlicher Grundlage, also auch pädagogisch begleitet, wurde für Jugendliche in „schwierigen“ oder „benachteiligten“ Stadt- oder Ortsteilen (deshalb Verknüpfung mit der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“/ Programmplattform E&C des BMFSFJ) der Übergang von der Schule in den Beruf durch den Erwerb von Schlüsselqualifikationen zu erleichtern versucht, gegebenenfalls sogar zu ermöglichen (vgl. RAUSCHENBACH/ LIEBIG 2002, 49 ff.). Da diese so bezeichneten Jugendlichen von vorhandenen Qualifizierungs- und Berufsbildungsangeboten offensichtlich nicht erreicht oder überfordert werden, sollten ihnen in ausgewählten Bereichen (Stadtteilsanierung, Krankenhäuser, Heime, Freizeit- und Kinderbetreuungseinrichtungen, Sozialstationen, Sportvereine, soziokulturelle Initiativen oder sonstige gemeinnützige Einrichtungen) kombinierte Hilfen aus zertifizierbaren Bausteinen und sozialer Betreuung durch Erfahrungen in Arbeit vermittelt werden, die neue Perspektiven eröffnen und ganz allgemein auch positiv zur Persönlichkeitsbildung beitragen. Also auch hier ging es nicht zuletzt um die Entwicklung sozialer Kompetenz durch dosierte Übernahme von Verantwortung und Zuteilwerdenlassen von sozialer Anerkennung. Der Gesamtanspruch dieses im großen und ganzen äußerst stimmig konzipierten Angebots verlangt nicht weniger, als den Jugendlichen den Zugang zum Erwerbsleben zu ermöglichen; wo sich das versagt – also nicht der jugendliche Adressat versagt! –, soll dieser zumindest „andere Hilfen beruflicher Integration in Anspruch (zu) nehmen“ gelernt haben (FIALKA 2001, 275).

Das alles muss deshalb in der Vergangenheitsform geschrieben werden, weil das FSTJ als Modellprojekt im Herbst vergangenen Jahres ausgelaufen ist. Großräumige, querlaufende Einrichtungen (Hartz-Reformen, SGB-III-Veränderungen) ließen eine Etablierung als Regelangebot nicht zu.

Gesicherte Ergebnisse liegen bislang zu kei-

nem der Ansprüche des FSTJ vor. Wenn auch von einem „erfolgreichen Programm“ gesprochen werden kann (siehe z. B. ECKERT 2002, 42f.), werden im gleichen Atemzug erhebliche Bedenken aus der Praxis geäußert, was die generelle Übertragbarkeit des FSTJ auf Freiwilligendienste betrifft. Sie machen sich an Grundsätzlichem fest: Freiwilligendienste sind nicht mit Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe (als solches müsste man das FSTJ bezeichnen) gleichzusetzen, sie sollten sich auch nicht als Maßnahmen derselben entwickeln (vgl. auch JAKOB 2002, 61). Die Bedenken entzündeten sich aber auch an Details, die sich um den hohen sozialpädagogischen Sach- und Personalaufwand gruppieren, das FSTJ erfolgreich durchzuführen. Der Aufwand setzt sich im wesentlichen zusammen aus der individuellen Betreuung bei Planung von Lebens- und Berufsperspektive; klaren Definitionen der zu fördernden Qualifikationen einschließlich der dafür geeigneten, passgenauen Arbeitsplätze; Anschlussangebote samt intensiver Nachbetreuung. Die dafür zu schaffenden Voraussetzungen, gerade „individuell benachteiligte und sozial beeinträchtigte Jugendliche“ zu integrieren, macht sie notwendig zu solchen „sozialpädagogischen Maßnahmen mit eindeutigem Förderungscharakter“ (43) und verändert ihren Charakter als Freiwilligendienst völlig; allenfalls der Gedanke der Motivationsstiftung über freiwillige Betätigungen, die sich die Jugendlichen selbst suchen konnten (Mitarbeit in einer Autowerkstatt z.B.) erinnert an eine „echte Anleihe“ beim Freiwilligen-Gedanken. Es wäre hier jedoch jeweils von Projekt zu Projekt zu entscheiden, ob die puristische Einhaltung von definitorischen Vorgaben für Programme und Dienste höher einzustufen ist als die konkrete individuelle Hilfe für „bedürftige“ junge Menschen, wenn sie denn machbar ist.

4. Das „Freiwillige Jahr im Denkmalschutz“ (FJD)

Das FJD ist ebenfalls ein Beispiel neuer Formen und Teilnehmergruppen: Betrachtet man die Bestrebungen, in bestimmten Bereichen bzw. für bestimmte Zielgruppen geeignete Angebote von Freiwilligendiensten anzubieten, unter dem Gesichtspunkt der Qualifizierung der Teilnehmer/innen „im weitesten Sinne“, also gewissermaßen auch mit den Augen der Jugendberufshilfe, lässt sich zum FJD feststellen, dass in ihm (seit September 1999 z. B. in einem Pilotvorhaben in Quedlinburg) tatsächlich gezielt Kontakte mit einem beruflichen Alltag angestrebt werden können, die bei der Beschäftigung mit praktischen und theoretischen Fragen der Denkmalpflege möglich sind. In Jugendbauhütten werden über konkrete Lehr- und

Praxisangebote Kenntnisse und Fertigkeiten aus der Denkmalpflege vermittelt, die sowohl Einblick in die betriebliche Arbeit gestatten als auch den Umgang mit Menschen (auch aus anderen Ländern: Europa-Gedanke) im beruflichen Alltagsvollzug einüben lassen. In einem Pilotprojekt der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (in Sachsen-Anhalt) und der ijgd e.V. (Internationale Jugendgemeinschaftsdienste) als Träger wird an handwerkliche Tätigkeitsfelder herangeführt (z.B. Restaurierung von Möbeln, Lehm- und Glasbearbeitung, Tischlerei- und Steinmetzarbeiten), die neben Kenntnissen und Fertigkeiten auch Verantwortung in gesellschaftlichen Belangen (hier der Denkmalpflege und deren Erhaltung) vermitteln und erfahrbar machen sollen (vgl. DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ, hier nach RAUSCHENBACH/LIEBIG 2002, 54). Persönlichkeitsbildung und berufliche Orientierung gehen hier also Hand in Hand, interkulturelles Lernen ist möglich wie die Kenntnisnahme ganz spezieller an der Denkmal- und Traditionspflege beteiligter Gewerke (Maurern, Tischlern, Malern, Dachdecken), Einrichtungen, Büros (von Architekten/innen) und Behörden. Begleitet wird alles von Bildungsangeboten, die auf andere Träger der Jugendhilfe übertragbar gestaltet sein sollen (vgl. auch DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ 1999).

Aus der Praxis kommen aber auch Stimmen, die vor einer Überschätzung des FJD und seiner Möglichkeiten warnen. Grundsätzlich sei es „nicht darauf angelegt, die Jugendlichen in Ausbildung zu vermitteln“, was selbst durch positive Gegenbeispiele derzeit nicht widerlegt werden könne; und: die Betreuung „berufsreifer Jugendlicher“ ist ebenfalls derzeit im Rahmen des FJD nicht gewährleistet. Sie sollten weiterhin in klassischen BBE-Lehrgängen unterrichtet werden (siehe DAHN 2002, 44f.).

5. Das Freiwillige Jahr im Unternehmen (FJU)

Ein letztes Beispiel, diesmal für strukturelle Unverträglichkeit: das Freiwillige Jahr im Unternehmen (FJU): Das BMFSF selbst stellte 1998 einen Modellversuch vor, der – vorerst auf drei Jahre begrenzt – ein „Freiwilliges Jahr im Unternehmen“ (FJU) als wirtschaftliche Jugendbildung ausloten und vorantreiben sollte, sozusagen die sozialen und ökologischen Ausrichtungen auf privat-betrieblicher Ebene vervollständigend (siehe BMFSFJ 1998). Mitte 1999 wurde seine ministerielle Förderung wieder eingestellt. Bemühungen um die Vermittlung von Basisqualifikationen, wie sie bei anderen Formen von Freiwilligendiensten bewusst unternommen werden und erkennbar sind, waren diesem Projekt des Ministeriums von vorneherein nicht eigen. Zielgruppen und

Zielsetzung lagen deshalb auch weitab von den sonstigen im Zusammenhang mit Freiwilligendiensten, besonders was Benachteiligung betrifft.

Im FJU stand die Vermittlung des Bemühens um (wirtschaftliche) Selbständigkeit junger Menschen im Zentrum, denen dieses aufgrund ihrer eigenen Voraussetzungen und Wünsche erstrebenswert und weitestgehend möglich ist. Zum Zwecke dieser Zielsetzung sollten ihnen Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge vermittelt werden, unternehmerisches Handeln hinsichtlich ihrer fachlichen und persönlichen Anforderungen verständlich gemacht werden (zur Einübung und Nachahmung). Der Auftrag zur engen Verzahnung des Modellversuchs mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) war deshalb nur logisch, von Qualifizierung im hier gemeinten Sinne konnte jedoch nicht die Rede sein (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 1999).

Das FJU war gewissermaßen eine Totgeburt. Die geringe Resonanz (siehe FIALKA 2001, 276) entsprach in keiner Weise den Erwartungen aller Beteiligten: Ministerium, Wirtschaft und infrage kommende jugendliche Zielgruppen. Während die beiden Erstgenannten schon angesichts der quantitativen Dimensionen bereits 1999 die Arbeit und finanzielle Förderung an dem Projekt einstellten, stießen Zielrichtung und Rahmenbedingungen des FJU bei möglichen Teilnehmern/innen und anderen Freiwilligendiensten auf vielschichtige Vorbehalte, die ein Gedeihen desselben gar nicht vermuten lassen konnten. Das FJU wurde – bei objektiver Betrachtung zurecht – als den traditionellen Gestaltungsgründen und Entwicklungsmaximen von Freiwilligendiensten fremd empfunden und vor allem dem grundsätzlichen (Selbst-) Verständnis von Freiwilligendiensten und Freiwilligendienstlern/innen zuwiderlaufend. Es stellte zulasten der Ausrichtung auf das Gemeinwohl zu stark gesellschaftliche Teilinteressen in den Vordergrund.

Der Kerngedanke freiwilligen Engagements besteht darin, sich anderen Menschen selbstlos und ohne Profitabsicht zuzuwenden, ohne Kostenerwägungen Zeit für sie zu haben, in der Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl, dessen uneigennützigkeits Stärkung und den verantwortlichen Umgang damit. Er steht jedoch in krassem Gegensatz zu den Maximen, nach denen (betriebs-) wirtschaftliches Denken und Handeln in einer globalisierten Welt sich richten.

III Vorläufige Bilanzierung

Zieht man unter Berücksichtigung aller bisher bekannten Freiwilligendienste, sowohl seit längerer Zeit vorhandener als auch der seit kurzem

angebotenen Formen, sowohl rechtlich verankerter, öffentlich geförderter als auch nicht öffentlich geförderter (Modellprojekte) eine Bilanz, lassen sich derzeit vor allem drei hervorstechende Entwicklungsmerkmale feststellen: „Ausweitung, Diversifikation und Internationalisierung“ (vgl. RAUSCHENBACH/ LIEBIG 2002, 56 f.). Sie befinden sich damit im übrigen „in guter Analogie zu den gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern des Ehrenamtes bzw. des bürgerschaftlichen Engagements“ (ebd.). Das wird auch von Experten/innen nicht bestritten, die eine allzu starke Identifikation/Gleichsetzung von Freiwilligendiensten und „ihre Bedeutung für die Hervorbringung von Gemeinwohlorientierung und bürgerschaftlichem Engagement“ für nicht richtig, ja unzulässig halten (etwa JAKOB 2002, 61f.). Über alle differenzierenden Sichtweisen und evtl. Unvereinbarkeiten hinweg, bleibt die zentrale Erkenntnis, dass trotz fehlender Deckungsgleichheit („Freiwilligendienste sind keine Maßnahme der Jugendsozialarbeit!“ (64)) Erfahrungen der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe in die Freiwilligendienste und deren Weiterentwicklung übernommen und nutzbar gemacht werden können. (Das gilt dann in ähnlicher Weise auch in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement.) Damit aber z.B. „die Bewältigung des Problems jugendlicher Arbeitslosigkeit“ betreiben zu können und die ständig wiedererstellenden Problemlagen bei der sozialen Integration benachteiligter Jugendlicher lösen zu wollen, wird von diesen kritischen Experten/innen entschieden und zurecht bestritten (ebd.). Dennoch ist auf positive Effekte hinzuweisen. So bedeutet z.B. die Tendenz zur Erweiterung des Spektrums der Bereiche auch eine Zunahme möglicher Kooperationspartner, auch außerhalb bekannter und bewährter Träger. Hiermit einher geht eine begrüßenswerte Aufächerung der angesprochenen und letztlich für die Mitarbeit zu gewinnenden Zielgruppen. Es wirken mehr männliche Teilnehmer mit, im Schnitt sind alle jünger (als früher) und qualifikatorisch auch unterhalb der „Abitursschwelle“ angesiedelt. Das klassische Image besonders der herkömmlichen Teilnehmer/innen (besonders in FÖJ und FSJ): junge Frauen mit Abitur, die eine sinnvolle Selbstfindung oder Überbrückung (zu Studium oder Beruf) suchen, scheint sich damit langsam aufzulösen. Nicht nur hierbei spielt mit großer Wahrscheinlichkeit die zusätzliche internationale Ausrichtung der Freiwilligendienste eine positive Rolle.

Abschließend noch einige Bemerkungen zu den wichtigsten Aspekten einer Bilanzierung im Detail.

1. Fokussierung auf Benachteiligung/Benachteiligte

Die gezielte Orientierung auf Benachteiligte greift nicht überall. Das ist jedoch weder zu erwarten noch in jeder der (alten und neuen) Formen möglich. Wie schon angedeutet, waren es vor allem „Jugend erneuert Gemeinschaft“, FSTJ und der Möglichkeit nach das FJD, innerhalb derer die systematische Ansprache benachteiligter Jugendlicher und junger Menschen vorgesehen ist und sich in konkreten Projekten niederschlägt. So steht z.B. in von der Robert-Bosch-Stiftung geförderten Projekten in Baden-Württemberg die „Integration von Aussiedlern“ beispielhaft im Zentrum der Arbeit (vgl. GUGGENBERGER 2000). Nonprofit-Organisationen tun das – mit öffentlichen Mitteln bezuschusst – z.B. durch Freizeitarbeit oder Hausaufgabenbetreuung, in Sprachkursen oder beim gemeinsamen Umgang mit modernen Medien, in kulturellen und sportlichen Bereichen.

2. Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten/Qualifikation der Qualifikateure

Was die Ausweitung der Einsatzbereiche betrifft, so sind ernsthafte Recherchen gefordert, alle Felder der sozialen Arbeit auf ihre Tauglichkeit für Freiwilligendienste zu überprüfen, nicht nur im Rahmen bereits eingespielter Dienste in sozialer und ökologischer Form. Verstärkt zu öffnen sind die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe; Schule und Bildung; Ausbildung und Arbeit; Freizeit und Sport; Kultur, Geschichte und Denkmalpflege; Politik/ Sozialpolitik. Eigentlich alle Tätigkeitsfelder und Projekte, die ein gemeinwohlorientiertes Ziel verfolgen, sollten als Einsatzstellen für Freiwilligendienste getestet und bei Eignung einbezogen werden.

Weiterhin muss das Augenmerk generell auf Jugendliche gerichtet sein, die nicht über höhere Bildungsabschlüsse verfügen (z.B. Abitur); sozial benachteiligte Jugendliche und junge Menschen müssen mit gezielten Angeboten angesprochen werden, in denen der Erwerb von Kompetenzen und Qualifikationen – sozialen wie fachlichen – möglich ist und nicht Voraussetzung für die Mitwirkung.

Die Angebotsstruktur muss zudem differenziert ausgebildet werden. Zugänge und Ausstattung müssen nach den gegebenen und bekannten Interessen und Fähigkeiten der zur Mitarbeit bereiten jungen Menschen gestaltet werden. Dazu bedarf es stimmiger und passgenauer Tätigkeitsprofile auch für benachteiligte Jugendliche aus verschiedenen sozialen Herkunftsbereichen. Die Profile müssen die subjektive Tauglichkeitsprüfung durch die Jugendlichen bestehen. Oberste Maxime für die damit anzustrebende Kompetenzförderung

– persönlich, sozial und berufsbezogen i.w.S. (siehe JAKOB 2002, 60; MADER 2000 und hier weiter unten in Kapitel 4) – ist, dass Handlungsräume zugänglich und für die teilnehmenden jungen Menschen aufschließbar sein müssen, die Eigenmacherfahrungen ermöglichen und eigene Wirksamkeit erfahren lassen. Von pädagogischer Bedeutsamkeit ist hierbei, dass zur Förderung von kompetentem Bewältigungshandeln das Herstellen von Anforderungssituationen bedeutsam ist.

Der Qualifikation der fachlichen Anleitung und sozialpädagogischen Betreuung ist ebenfalls gesteigerte Aufmerksamkeit geschuldet. Sie sind qualitativ generell anzuheben und den Kompetenzen der jugendlichen Mitarbeitenden ernsthaft anzupassen. (Vgl. hierzu ausführlich BOJANOWSKI (2002, 65ff.), der Anforderungen an das pädagogische Fachpersonal in Freiwilligendiensten und der Jugendsozialarbeit überhaupt formuliert, und zwar im Hinblick auf Qualifikation/Qualifizierung, Weiterbildung, Entwicklung der Professionalität gerade in Freiwilligendiensten Tätiger. Er stellt auch ein Kerncurriculum vor.)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich Jugendliche auf dergestalt neue, fortentwickelte Angebote auf Freiwilligendienste auch verstärkt einlassen werden, nicht nur aus Mangel an anderen Möglichkeiten, den schwierigen Übergang vom jugendlichen in das Erwachsenenalter zu schaffen (Ausbildungs- und Arbeitsmarkt), sondern der erkennbaren Gewinne für eine profilierte, selbstbezogene Persönlichkeitsentwicklung wegen, die sich eben auch als aufs Gemeinwohl bezogen darstellt. Der Kerngedanke bürgerlichen Engagements, freiwillig eingegangene Pflichten zu schultern, kommt hiermit konkret und individuell zum Tragen. Für alle Beteiligten produktiv kann sich die Spannung zwischen den gezwungenermaßen unterschiedlichen Interessen von Einrichtungen, „empfangenden“ und „gebenden“ Menschen auswirken.

3. Die Zukunft der Freiwilligendienste

wird also bestimmt werden durch Ausweitung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Zielgruppen, der Einsatzbereiche, der Umsetzung mit dem (europäischen) Ausland, der kreativen Erweiterung von Zielsetzungen einschließlich der denkbaren Lernorte, sowie deren Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit in Bezug auf Dauer und Verknüpfung (dazu gleich noch etwas mehr). Das kann natürlich nur schrittweise und nur dann gelingen, wenn in den Freiwilligendiensten endgültig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen wird und danach auch auf gesetzgeberischer Ebene gehandelt. (Auf rechtliche Aspekte wird in diesem Bei-

trag nicht eingegangen. Es sei nur auf FESEL (2002, 56ff.) verwiesen, die sehr plausibel und letztlich optimistisch die „Rechtlichen Grundlagen zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendiensten“ darlegt.)

IV Drei weitere zentrale Aspekte der Weiterentwicklung von Freiwilligendiensten sind:

Veränderung aktueller Strukturmerkmale von Freiwilligendiensten: Für die Zukunft beibehalten werden sollten (vgl. RAUSCHENBACH/LIEBIG 2002, 69f.) solche bereits jetzt gültigen Bedingungen, die sich unstrittig als unverzichtbar und richtig erwiesen haben (ebd.):

- der Umfang als verbindlich geltender Seminarartage;
- die „Arbeitsplatzneutralität“ in Verbund mit den auch künftig immer wieder klärungsbedürftigen Kriterien für die einmalige (!) öffentliche Förderung;
- die obere Altersgrenze für die Teilnahme (27 Jahre) samt deren Absicherung durch öffentlich geleistete Sozialversicherung;
- die gesetzliche Regelung auf Bundesebene inklusive garantierter Betreuung und Anleitung im jetzigen Umfang.
- Zusätzlich könnte über das vorhandene Spektrum der zugelassenen Träger hinaus neuen Trägern der Zugang zu Freiwilligendienste-Angeboten ermöglicht werden, wenn sie denn ähnlich den anderen die Bedingungen dafür erfüllen.

Mit Einhaltung dieser Strukturbedingungen wären dann die Freiwilligendienste auch in Zukunft „stabil und flexibel zugleich“, wie Rauschenbach und Liebig betonen: „stabil mit Blick auf die äußere Grenzziehung zu anderen Formen gesellschaftlicher Tätigkeit und sozialen Engagements, flexibel mit Blick auf die Variationsmöglichkeiten nach innen“ (ebd.).

In Zukunft sollten Freiwilligendienste strukturell derart angereichert werden, dass sie

- „sowohl jungen Frauen als auch jungen Männern in gleicher Weise Engagementmöglichkeiten bieten;
- für junge Menschen in unterschiedlichen Lebensabschnitten und Lebenslagen sowie mit unterschiedlichen formalen Bildungsabschlüssen Angebote bereithalten;
- Einsatzmöglichkeiten für junge Menschen mit unterschiedlicher Nationalität schaffen;
- mehr Optionen im europäischen Ausland bereit stellen, die auch gezielt Völkerverständigung, interkulturelles Lernen und Spracherwerb fördern;
- durch ihre Strukturprinzipien eine breite

Palette von jugendlichen Interessen und Bedürfnissen befriedigen können;

- als Programme für besondere Zielgruppen (z.B. auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbare Jugendliche) nutzbar gemacht werden können.“ (vgl. auch ARBEITERWOHLFAHRT 2000, BMFSFJ 2002; FIALKA 2001; SLÜTER 2001; BAG JAW 2002, bes.80)

Wandel des Passungsverhältnisses zwischen subjektiven und politisch-gesellschaftlichen Arrangements/Paradigmenwechsel – Voraussetzungen für Bereitschaft zum freiwilligen Engagement bei Jugendlichen: In dieser Frage ist auf Seiten der Politik ein Paradigmenwechsel vonnöten, der dem freiwilligen Engagement grundsätzlich eine aktive Rolle bei der Gestaltung seiner Bedingungen und der Abläufe zugesteht. Die zunehmend schwindende, mittlerweile deutlich fehlende Passung muss u.a. auf diese Weise wiederhergestellt werden, also neu ausgemessen (vgl. KEUPP 2002). „Individualismus und Engagement müssen sich für Jugendliche verknüpfen lassen“ (19), dann sind diese auch zum Engagement bereit.

Schließlich muss ernsthaft gefragt werden – und die Jugendlichen tun das in mehr oder weniger ausgeprägter Weise selbstverständlich –, warum sich junge Menschen freiwillig engagieren sollen, „wenn ihnen das nichts erkennbar bringt und sie in der gleichen Zeit das nötige Kleingeld für die nur monetär zu befriedigenden (Konsum-) Bedürfnisse verdienen können?“ – eine Frage, die für ältere Menschen natürlich auch gilt (vgl. RAUSCHENBACH 2002, 64). Keupp benennt einige Voraussetzungen für die Bereitschaft zum Engagement bei Jugendlichen (21 f.):

- „Engagement muss sich lohnen“, für den Betreffenden selbst und die Organisation. Den jugendlichen Subjekten ist die Bedeutung des „Lernens fürs Leben“ durchaus bewusst, wenn sie im Rahmen sozialer oder politischer Projekte auch fürs Berufsleben relevante Eigenschaften einüben können, etwa „Durchsetzungs- und Argumentationsfähigkeit, Teamgeist“, Kooperationsvermögen usw.
- Das alles muss aber auch „Spaß machen“, nicht im platten Sinne von Gaudi oder Ulk, sondern in Bezug auf das jedem Menschen innewohnende Bedürfnis nach Spiel und Vergnügen im Tun, das ihm allzu oft und nicht selten unwiederbringlich viel zu früh unter Hinweis auf den „Ernst des Lebens“ ausgetrieben wird, z.B. beim Eintritt in neue Lebensabschnitte wie Schule, Ausbildung, Beruf/ Erwerbsleben. Hier ist also die Freude an spielerischem Tun und Lernen gemeint, die zur Lebensfreude beiträgt und locker zu

bleiben gestattet, auch dann, wenn der einzelne zwecks Vollzugs seines Engagements in verbindliche soziale Bezüge eingebunden wird, wenn diese Vertrauen stiften, stabilisieren und beflügeln.

- Ist das gegeben, stellt sich auch eine weitere wichtige Voraussetzung für freiwillige Teilnahme her, die Pflege des Ich's, der Zuwachs an Selbstvertrauen, der sich einstellt mit dem Gefühl, an wichtiger Stelle gebraucht zu werden, anerkannt zu werden, Nützliches mittun und mitreden (siehe ausführlicher in der Studie des Autors, Kapitel 1, 2.7.6) zu können.

All das muss persönlich fühlbar sein und für andere deutlich, sichtbar. Selbstinszenierung ist in unserer Gesellschaft im allgemeinen nicht verwerflich, für Jugendliche in spezifischer Weise schon gar nicht und keineswegs fremd. Nützlichkeit des Mitwirkens und persönlicher Selbstgewinn in „spielerischer Form“ können so in Freiwilligendiensten zusammengeführt und erfahren werden – und nebenbei eventuell sogar noch berufsorientierend wirken.

Die elementare Bedeutung der Partizipation: Jeder Mensch ist in je seinem sozialen Umfeld letztlich überall dort und dann zur verantwortungsvollen Mitarbeit bereit, wenn ihm die Chance selbstbestimmter Mitgestaltung geboten wird, allerdings tatsächlich und nicht nur symbolisch. Das gilt für Kinder und Jugendliche gleichermaßen. Für die Freiwilligendienste ist diese Ernsthaftigkeit auf beiden Seiten im übrigen auch die einzige Chance, ihr Nischendasein zu überwinden. Die gesamte Öffentlichkeit, besonders „die Politik“, aber auch „das Elternhaus“, dürfen freiwillige Dienste eben nicht als willkommene Spielwiesen mit Übungscharakter für noch nicht ganz orientierungssichere Jugendliche betrachten. Die Angebote müssen als wichtige Lernzeiten definiert werden und angelegt sein, die von den Adressaten/innen als attraktiv gerade in ihrer Lebenslage erkannt und genützt werden können. Genützt nicht nur – wie viel zu lange – als strategischer Vorteil im Kampf um Arbeits- und Studienplätze, sondern als Gewinn und Erweiterung individueller Kompetenzen und Horizonte, die soziale Bildung und soziales Kapital anzureichern gestatten. Eine solche Ausrichtung der Freiwilligendienste schließt ihre Einengung auf beschäftigungstherapeutisch angelegte Modelle für als am Arbeitsmarkt als problematisch geltende Jugendliche (und andere Bevölkerungsgruppen) natürlich strikt aus. Zusätzlich bedarf es der bewussten Berücksichtigung sogenannter „sozial schwacher Zielgruppen“, wenn es um gezielte Ausgestaltung und Entwicklung neuer Lernorte

in Freiwilligendiensten gerade für benachteiligte Jugendliche geht. Sie bedürfen spezifischer Ansprache, anderer Begleitung und sicherlich auch ausgesuchter Einsatzfelder; die Konzepte hierfür müssen noch gezielter modularisiert werden, die (sozial-) pädagogischen Hilfen noch genauer auf den einzelnen bezogen sein. Trägerübergreifende Zusammenarbeit kann dabei mit Sicherheit viel zur inhaltlich differenzierten Bereicherung beitragen, und die Kosten müssen dadurch auch nicht steigen.

Literatur

ARBEITSGRUPPE (2000) „Zukunft des Zivildienstes, Empfehlungen für die Ausgestaltung des Zivildienstes, Manuskript o. O. (hier nach Jakob 20021)

AWO (2000) (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.), Zur Zukunft der Freiwilligen Dienste, Bonn

BAG JAW (2002) (Hg.), Dokumentation der Kooperationstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendienste (12./13.11.2002, Kassel), Bonn

BOJANOWSKI, A. (2002), Anforderungen an das pädagogische Fachpersonal in den Freiwilligendiensten und der Jugendsozialarbeit – Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung, in: BAG JAW (Hg.), Dokumentation der Kooperationstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendienste (12./13.11.2002, Kassel), Bonn, 65-75

BMFSFJ (1998), Das FSU – ein berufliches Orientierungsjahr, Bonn

BMFSFJ (Hg.) (2002), Zur Zukunft der Freiwilligendienste. Dokumentation der Fachtagung am 26. und 27. Juni 2001 in Berlin, Berlin

BOCK, T. (1983), Eine Idee wird verwirklicht. Zur Vorgeschichte und Entwicklung sozialer Dienste, in: Jugendwohl. Zeitschrift für Kinder- und Jugendhilfe, H. 2, 43 – 47

DAHN, O. (2002), Erfahrungsbericht zur Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen im FJD, in: BAG JAW (Hg.), Dokumentation der Kooperationstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendienste (12./13.11.2002, Kassel), Bonn, 44-45

DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ (o.J.) (Hg.), Jugend bewahrt. Eine Dokumentation, Bonn

DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ (1999), Jugendaufbauhütten der DSD – Freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege (hier nach FIALKA 2001)

DEUTSCHER BUNDESTAG (1999), Konzeption und Finanzierung des Modellprojekts FJU – Antwort auf die kleine Anfrage der PDS, Bundestags-Drucksache 14/1051 (nach FIALKA 2001)

EBERHARD, A. (1999), Hilfe für andere und für sich selbst. Das Freiwillige Soziale Jahr – Lernarrangements für bürgerschaftliches Engagement, in: Sozialmagazin, H.3, 37 – 41

ECKERT, D. (2002), Bericht der Arbeitsgruppe „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ)“, in:

BAG JAW (Hg.), Dokumentation der Kooperationsstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendienste (12./13.11.2002, Kassel), Bonn, 42-43

FIALKA, P. (2001), Weiterentwicklung von Freiwilligendiensten – Möglichkeiten, Chancen, Grenzen und Rahmenbedingungen, in: Jugend Beruf Gesellschaft, H. 3, 146 – 151

FIALKA, P./FÜLBIER, P. (2002), Ergebnisse der Tagung – Berichte aus den Arbeitsgruppen und Diskussion im Podium, in: Dokumentation der Kooperationsstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendienste (12./13.11.2002, Kassel), Bonn, 80-81

FINIS-SIEGLER, B. (2000), Konversion des Zivildienstes. Sozialpolitische Betrachtungen zum Thema „Konversion“, in: Guggenberger, B. (Hg.), Jugend erneuert Gemeinschaft. Freiwilligendienste in Deutschland und Europa. Eine Synopse, Baden-Baden.

GLAß, CH. (2003), Freiwilligendienste in ihrer Bedeutung für die Jugendberufshilfe – Ein systematisierender Überblick unter besonderer Berücksichtigung der Frage nach bereits vorhandenen und weiteren möglichen Beiträgen zur Kompetenzentwicklung und Vorbereitung auf ein selbständiges Leben in Arbeit für benachteiligte Jugendliche, <http://BAGJAW.de> („Veröffentlichungen“)

GUGGENBERGER, B. (Hg.) (2000), Jugend erneuert Gemeinschaft. Freiwilligendienste in Deutschland und Europa. Eine Synopse, Baden-Baden

JAKOB, G. (2002), Freiwilligendienste in der Bürgergesellschaft. Aktuelle Diskussion und politischer Handlungsbedarf, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, H. 9, 22 – 29

JAKOB, G. (2002), Der Beitrag von Freiwilligendiensten zum Kompetenzerwerb und „zum Lernen“ von Engagement, in: BAG JAW (Hg.), Dokumentation der Kooperationsstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendienste (11/12.11.2002, Kassel), Bonn, 60-64

KEUPP, H. (2002), Gesellschaft der Ichlinge? Oder wie engagiert sind eigentlich Jugendliche?; Vortrag auf der Fachtagung „Innovative Ansätze des freiwilligen Engagements“ am 29.08.2002 in Bremen (Ms.)

KORTMANN, K. (2002), Vorwort zu Rauschenbach, Th./ Liebig, R., Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und zur Zukunft der Freiwilligendienste, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), 3 – 5

KRAFELD, F. J. (1998), Ungewisse Wege ins Berufsleben bewältigen. Ein vernachlässigtes Aufgabenfeld der Jugendarbeit, in: dj (deutsche Jugend), 46. Jg., H. 10, 419 – 426

MADER, W. (2000), Institutionalisierte Freiwilligkeit? Jugendgemeinschaftsdienste in zivilen Gesellschaften, in: SIEVEKING, K. (Hg.), Europäische Freiwilligendienste für Jugendliche. Statusfragen und rechtspolitische Probleme, Neuwied – Kriftel, 23 – 38

PICOT, S. (2000), Jugend und freiwilliges Engagement, in: BMFSFJ (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart, 111 – 207

RAHRBACH, W./ WÜSTENDÖRFER, W./ ARNOLD, T. (1998), Untersuchungen zum Freiwilligen Sozialen Jahr, in: BMFSFJ (Hg.), Schriftenreihe, Bd. 157

RAUSCHENBACH, Th. (2002), Die Bürgergesellschaft – auch ein Forschungsprogramm?, in: Diskurs 1/2002, 59 – 67

RAUSCHENBACH, Th./ LIEBIG, R. (2002), Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste, Friedrich-Ebert-Stiftung/ Stabsabteilung (Hg.), Bonn

RAUSCHENBACH, Th. /SACHSE, Ch./ OLK, Th. (Hg.) (1995), Von der Wertegemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Wohlfahrts- und Jugendverbände im Umbruch, Frankfurt/Main

v. ROSENBLADT, B. (1999), Der Freiwilligen-Survey 1999: Konzeption der Untersuchung, in: BMFSFJ (Hg.), Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Bd. 1, Berlin 2000

SAGAWE, H. (1996), Ökologisch orientierte Jugend, eine „post-ökologische“ Bewegung? Eine Untersuchung über das Freiwillige Ökologische Jahr, in: Neue Praxis, H. 4, 313 – 326

SCHERR, A./ SCHERR, J. (1998), Mission impossible? Perspektiven sozialpädagogischer Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen, in: dji (deutsche jugend), 46. Jg., H. 10, 427 – 436

SCHMIDT-STRAUCH, Ch./BECKER, C./ STURMFELS, T. (1991), 25 Jahre Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) – kein Grund zum Jubeln, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 42, 1

SCHRAMM, T. (2002), Modell Freiwilligendienste in Sozialen Brennpunkten (SB) in Berlin mit Teilnehmer/innen im Freiwilligen Sozialen Jahr und im Europäischen Freiwilligendienst, in: BAG JAW (Hg.), Dokumentation der Kooperationsstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen im Freiwilligendienst (12./13.11.2002, Kassel), Bonn, 28/29

SENNETT, R. (1998), Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin

SIEVEKING, K. (Hg.) (2000), Europäischer Freiwilligendienst für Jugendliche. Statusfragen und rechtspolitische Probleme, Neuwied – Kriftel

SLÜTER, U. (2001), Kritische Anmerkungen zum neuen Gesetzentwurf, in: Jugendhilfereport, H.4

WERNER, M. (2002), Möglichkeiten und Grenzen des verstärkten Einbezugs von benachteiligten Jugendlichen ins Freiwillige Soziale Jahr, in: BAG JAW (Hg.), Dokumentation der Kooperationstagung BAG JAW/DPWV: Der Beitrag der Jugendsozialarbeit zum verstärkten Einbezug von benachteiligten Jugendlichen in Freiwilligendienste (12./13.11.2002, Kassel), Bonn, 26-28; (siehe auch Zusammenfassung der AG von HELD/SCHMIDLE, 30 f)

Torsten Schramm, Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd), Berlin

Freiwilligendienste – Konzepte zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Die beispielhaft dargestellten Freiwilligendienste (FWD)

- Freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege (FJD) in Brandenburg-Berlin
- Freiwilligendienste in sozialen Brennpunkten in Berlin

stellen praktische Ansätze von bürgerschaftlichem Engagement dar. Beide Freiwilligendienste nehmen auch sozial Benachteiligte auf. In der Arbeit der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) steht der integrative Ansatz im Vordergrund. Benachteiligte und nicht-benachteiligte Jugendliche können an den Diensten teilnehmen. Dadurch wird ein gegenseitiges Lernen und Unterstützen ermöglicht. Die positiven Möglichkeiten liegen in diesem integrativen Ansatz, weil so die Gefahr der Stigmatisierung geringer ist. „Klassische“ Freiwilligendienste nur für benachteiligte junge Menschen anzubieten wäre nicht sehr hilfreich, weil die pädagogische Begleitung und die Begleitung in den Einsatzstellen viel umfangreicher sein müsste. Im Kontext des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres (FSTJ) z.B. war/ist diese intensivere Begleitung gewährleistet.

Die Freiwilligendienste sind ein wichtiger Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement, verbunden mit der Förderung persönlicher Entwicklung und der Erlangung von Schlüsselkompetenzen. FWD bieten Potentiale für Jugendliche und auch für sozial benachteiligte Jugendliche.

Nachhaltiges bürgerschaftliches Engagement geht immer mit der persönlichen Entwicklung einher. Deshalb sollte die Förderung oder Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements immer in einem kontextualen Zusammenhang stehen (Bürgerschaftliches Engagement setzt Kompetenzförderung und Entwicklung voraus).

Die Lernprozesse laufen auf vielfältigen Ebenen, u.a. durch die Struktur der Begleitung und die Bildungsanteile, durch die Auseinandersetzung und die aktive Reflektion der Praxis, durch die praktischen Tätigkeiten in den Einsatzstellen und auch auf der Peer Ebene mit den anderen Jugendlichen.

FWD als ein Teilbereich der Jugendhilfe bieten durch ihr handlungs- und anwendungsorientiertes Lernen eine besondere Chance für benachteiligte Jugendliche zum Abbau der Benachteiligungen. FWD halten Angebote und

Möglichkeiten des non-formalen und informellen Lernens vor, sie unterstützen den Erwerb von persönlichen, praktischen, gesellschaftlichen, interkulturellen Schlüsselqualifikationen und berufsbezogenen Kompetenzen. Bildung wird wesentlich als ein Angebot zur Unterstützung von Selbstbildungsprozessen verstanden.

FWD ermöglichen Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen, oft erstmalige Beteiligungen von Jugendlichen an Arbeitsabläufen, Übernahme von Verantwortung und Förderung von Kompetenzen.

FWD haben einen relativ verpflichtenden Rahmen von Engagement und sind deshalb zumindest teilweise nachhaltiger als im weiteren Sinne Freiwilligenarbeit ohne verpflichtenden Rahmen.

Alle oben genannten Aspekte gelten für beide Freiwilligendienste. Es folgen noch einige Anmerkungen, die sich nur auf den spezifischen Freiwilligendienst beziehen.

FWD in sozialen Brennpunkten

Dieser Freiwilligendienst verbindet Jugendliche aus dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) mit europäischen Jugendlichen, die über den Europäischen Freiwilligendienst (EVS) kommen. Meistens engagieren sie sich in kleinen, innovativen Einrichtungen/ Initiativen. In einigen Einsatzstellen haben sich Tandems gebildet, das heißt Freiwillige aus dem FSJ und dem EVS arbeiten zusammen.

Jugendliche werden auch direkt aus den Sozialräumen für den FWD gewonnen, auch Migrantinnen und Migranten nehmen teil.

Die FWD in sozialen Brennpunkten fördern die regionale Verankerung und Anbindung und können das sozialräumliche Kapital stärken. Der Sozialraum wird bewußt einbezogen und wird zu einem direkten Lernort für die Jugendlichen. Gleichzeitig ist dies ein Beitrag zur Integrationsförderung und ein interkulturelles Lernfeld für die Jugendlichen, die Projekte und den Sozialraum.

In den begleitenden Angeboten werden Themen aus den sozialen Brennpunkten aufgegriffen, sie werden zusammen mit den Freiwilligen, den Einsatzstellen und Partnern aus der Region entwickelt.

Das freiwillige Jahr in der Denkmalpflege (FJD)

Im FJD können sich zahlreiche zusätzliche Potentiale entfalten. Neben der fachlichen und inhaltlichen Arbeit in den Einsatzstellen aus dem großen Bereich der Denkmalpflege und des Handwerks, verbunden mit einer Berufsorientierung, soll die gesellschafts-, kulturpolitische und historische Dimension von Denkmälern

bewußt werden.

Die Jugendlichen erfahren in ihren praktischen Tätigkeiten etwas über Handwerkstechniken, traditionelle Bauweisen, ökologisches Bauen und erhalten in den begleitenden Bildungsanteilen eine zusätzliche theoretische Fundierung.

Auch hier ist der integrative Ansatz, die Öffnung für alle Zielgruppen, sehr hilfreich, weil bei den vielfältigen handwerklichen Tätigkeiten keine sozialen und bildungsabhängigen Fähigkeiten und Kompetenzen vorausgesetzt werden.

Überraschend groß ist trotz handwerklichen Inhalten die Anzahl der weiblichen Jugendlichen. Hier bietet sich gleichsam eine Chance, mehr Zugänge zum Handwerk für Frauen zu erschließen.

Torsten Schramm
Internationale Jugendgemeinschaftsdienste,
Landesverbände Berlin, Brandenburg,
Sachsen e.V., Geschäftsführer

**Sigrid Meinhold-Henschel,
Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh**

Kinder- und Jugendpartizipation in Kommunen – Ausgangssituation und Zielsetzungen der Initiative „mitWirkung!“

Zusammenfassung

Das Leitbild der Bürgergesellschaft ist in den letzten Jahren zum neuen Paradigma der gesellschaftspolitischen Reformdiskussion geworden. Im Zuge dieser Entwicklung hat auch die Frage der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einen höheren Stellenwert bekommen. Ist sie den einen Erfordernis der weiteren Demokratisierung unserer Gesellschaft, so sehen andere in ihr eine Strategie gegen Individualisierung, Politikverdrossenheit oder auch gegen Krisenphänomene wie Gewalt und Rechtsradikalismus. In vielen Städten und Gemeinden sind in den letzten Jahren Initiativen und Projekte zur Stärkung der Kinder- und Jugendpartizipation entstanden. Dabei scheint diese Entwicklung allerdings nicht ohne Brüche zu verlaufen. Nicht nur der Druck der Finanzkrise könnte hierfür Ursache sein, sondern zum Teil auch die Ernüchterung der Beteiligten über die erzielten Ergebnisse und divergierende Erwartungen. Der nachfolgende Beitrag nimmt eine Einordnung der Kinder- und Jugendpartizipation in die gesellschaftspolitische Reformdebatte vor, gibt einen Überblick über den Entwicklungsstand von Partizipationsprojekten im kommunalen Raum und stellt die Initiative „mitWirkung!“ – ein neues Vorhaben der Bertelsmann Stiftung zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung – vor. Dieses Projekt zielt darauf ab, das empirische Wissen über die Partizipation junger Menschen zu erweitern und ein ganzheitliches Beteiligungsmodell in Kommunen zu erproben.

Die Bürgergesellschaft als neues Paradigma der gesellschaftspolitischen Reform

Politik und Leben, so die Kritik an der Inszenierung des politischen Handelns und Nichthandelns, fallen zunehmend auseinander. In der Konfrontation mit einem nur noch begrenzt als leistungsfähig erlebten Staates wird die Rückgewinnung des Bürgers als Mitgestalter des Gemeinwesens zum Ansatzpunkt gesellschaftspolitischer Reform. Dieser Prozess lässt sich für viele westliche Länder beobachten und wird aus unterschiedlichen Quellen gespeist

(Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, 2002, 95 ff). Wichtige Faktoren sind:

- Die Überlastung des Staates durch die Übernahme immer neuer Aufgaben im Zuge des Ausbaus des Sozialstaats wird dynamisiert durch die bereits Mitte der 70er Jahre einsetzende Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Die Steuerungsfähigkeit des demokratischen Systems wird eingeschränkt durch Globalisierungsprozesse. Die Handlungsspielräume nationaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden immer stärker reduziert.
- Die Bildungsexpansion seit Ende der 60er Jahre steigert das Partizipationsbedürfnis der Menschen. Beteiligung gilt als zukunftsweisendes Prinzip der postindustriellen liberalen Demokratie. Die aktive Teilhabe des Bürgers kann in dieser Sicht nicht auf das Wahlrecht beschränkt werden, sondern das demokratische Gemeinwesen verwirklicht sich erst in einer möglichst umfassenden Mitwirkung des einzelnen an Entscheidungen. Demokratie wird nicht mehr vorrangig als Staatsform angesehen sondern als Lebensform (Schmidt, 2000, 252 ff).

Vor dem skizzierten Hintergrund gewinnt das Leitbild der Bürgergesellschaft an politischer Überzeugungskraft: Der Einzelne übernimmt für die Belange des Gemeinwesens einerseits größere Verantwortung und bekommt andererseits erweiterte Teilhabemöglichkeiten. „Bürgergesellschaft heißt, sich von der Vorstellung der Allzuständigkeit des Staates zu verabschieden, zuzulassen und zu fordern, dass Bürgerinnen und Bürger in größerem Maße für die Geschicke des Gemeinwesens Sorge tragen. Bürgergesellschaft ist eine Gesellschaft selbstbewusster und selbstverantwortlicher Bürger, eine Gesellschaft der Selbstermächtigung und Selbstorganisation.“ (Enquete-Kommission, 2002, 76)

Kinder und Jugendliche als Mitgestalter der Bürgergesellschaft

Aus der Zielsetzung einer weiteren Demokratisierung unserer Gesellschaft folgt unmittelbar, dass auch Kinder und Jugendliche größere Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden sollten. Doch die normative Forderung „Auch Kinder haben Rechte!“ ist nicht der einzige Begründungszusammenhang. In der öffentlichen Diskussion wird für eine Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung mit weiteren Argumenten geworben:

- Die Diskussionen um die Individualisierung von Lebensläufen, die Pluralisierung von Lebensformen und die Internationalisierung der Bevölkerung bedingen die Frage, wie die Vermittlung gesellschaftlicher Werte und der Aufbau sozialen Kapitals zukünftig gelingen kann. Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden vor diesem Hintergrund pädagogisch begründet. Sie sind Handlungsansatz der Erziehung und der Wertevermittlung. In dieser Perspektive werden Partizipationsprojekte auch zum Hebel, um defizitäre gesellschaftliche Entwicklungen, wie z.B. Gewalt und Rechtsextremismus, zu bekämpfen.
 - Zunehmend in den Mittelpunkt rückt der demografische Begründungszusammenhang. Kinder werden als Humanressource, als zukünftiges Kapital für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft wahrgenommen. Der nachwachsenden Generation wird einerseits die Aufgabe zugeordnet, gesellschaftliche Innovationen anzustoßen, andererseits geht es um Fragen der Systemstabilisierung, z.B. der Finanzierung der Sozialversicherungen. Funktional und nicht vom Kind als Subjekt ausgehend wird die Notwendigkeit der Kinder- und Jugendpartizipation mit einem Kompetenzaufbau für künftige Aufgaben begründet – in dieser Dominanz des „Mittels zum Zweck“ zieht diese Argumentationslinie berechnete Kritik auf sich.
 - Ebenfalls durch den demografischen Wandel hat der Aspekt der Generationengerechtigkeit an Gewicht gewonnen. Da die nachwachsende Generation erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte vor der Situation steht, dass sie mit weniger Ressourcen auskommen muss, statt von einem ungebremsen Wachstum profitieren zu können, stellt sich die Frage des Interessenausgleichs zwischen alt und jung neu. Die Forderung, Kinder und Jugendliche stärker zu beteiligen, wird angesichts des anstehenden Problemdrucks mit der Notwendigkeit begründet, der Tendenz demokratischer Systeme zu begegnen, Probleme in die Zukunft zu verschieben und ihre Lösung der nächsten Generationen zu überantworten.
 - Im Hinblick auf Planungsprozesse, z.B. in der Stadtentwicklung, hat sich in den letzten Jahren ein kommunikativer Ansatz durchgesetzt, der die betroffenen Menschen von Anfang an einbezieht und damit nicht nur hofft, Planungsfehler zu vermeiden, sondern auch darauf abzielt, Umsetzungswiderstände zu minimieren. Dialogorientierte Verfahren sollen dazu beitragen, Städte lebenswerter zu machen – und diese im zunehmenden Standortwettbewerb auch als kinder- und familienfreundlich zu profilieren. Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Planungsprozessen entspricht den Qualitätsanforderungen dieses neuen Planungsverständnisses. Sie werden als Experten in ihren eigenen Angelegenheiten angesprochen; ihnen wird die Möglichkeit gegeben, ihre Anliegen und Bedürfnisse einzubringen, da Planer diese nur in Teilen antizipieren können.
- Die skizzierten gesellschaftspolitischen Entwicklungslinien haben dazu beigetragen, dass in den letzten 20 Jahren ein grundlegender Umdeklarungsprozess im Bereich der Kinderrechte stattgefunden hat. Wichtige Meilensteine sind (Sünker, 2001, 69):
- das internationale Jahr des Kindes (1979)
 - der rechtliche Paradigmenwechsel von elterlicher Gewalt zu elterlicher Sorge (1980)
 - die Einrichtung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags (1988)
 - die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention für die Rechte des Kindes (1989) und ihre Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland (1992)
 - die Ablösung des Jugendwohlfahrtsgesetzes durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (1990) und eine damit einhergehende Stärkung der Partizipationsrechte junger Menschen in allen sie betreffenden Angelegenheiten
 - die Kindschaftsrechtsreform mit der Verankerung des gemeinsamen Sorgerechts von Eltern auch im Falle einer Scheidung (1997)
 - der 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mit dem Postulat einer „Kultur des Aufwachsens“ (1998)
 - das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung (2001)
 - eine Stärkung der Rechtsposition von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Landesverfassungen und Gemeindeordnungen.
- Insbesondere die UN-Kinderrechtskonvention, die die drei Kernbereiche „Protection, Provision, Participation“ umfasst, hat das Thema der Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland befördert.
- Aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist, hat damit die Partizipation junger Menschen in den letzten 20 Jahren in Wissenschaft und Praxis eine deutliche Aufwertung erfahren. Die Ziele, die damit verfolgt werden, sind dementsprechend vielfältig. Nachhaltige Demokratieentwicklung, Schaffung individueller

ler Bildungschancen, Qualifizierung von Planungsprozessen und Strategie der sozialen Integration sind gewichtige Argumente für die Beteiligung junger Menschen.

Eine ganz besondere Bedeutung kommt dabei der allen Punkten gemeinsamen Frage zu, wie durch Partizipation zur Fortentwicklung einer solidarischen und freiheitlichen Gesellschaft beigetragen werden kann. Dieser Punkt hat angesichts der Rasanzen des gesellschaftlichen Wandels zentrale Bedeutung gewonnen. Denn die gegenwärtige Entwicklung ist in hohem Maße von Vereinzelungstendenzen, Intensivierung von Konkurrenzverhältnissen, Verunsicherungsgefühlen und Abnahme institutioneller Bindungen geprägt. Sie entspricht damit den Merkmalen des von Émile Durkheim Ende des 19. Jahrhunderts in die Soziologie eingeführten Konzeptes der Anomie. Im Mittelpunkt dieses Konzeptes steht die Feststellung, dass soziale Integration und kollektive Orientierungen nicht durch Veränderungen objektiver Lebenslagen an sich gefährdet werden, sondern durch die Geschwindigkeit der Veränderungsprozesse. Hierdurch verliert die kollektive Ordnung ihr Gleichgewicht (Bohle, u.a., 1997, 33). Übertragen auf die heutige Situation ist zu fragen, wie durch Strategien der Beteiligung verhindert werden kann, dass schleichend (weitere) Schritte auf den Weg in die gesplante Bürgergesellschaft eingeschlagen werden.

Empirische Befunde zu den Einstellungen Jugendlicher

Kinder und Jugendliche sind der Teil der Bevölkerung, so hat es einmal Oskar Negt formuliert, der der Gesellschaft das Bild ihrer eigenen Zukunft zeigt. Untersuchungen zur Situation von Kindern und Jugendlichen haben in Deutschland vielleicht auch deshalb eine lange Tradition: Die Shell-Jugendstudien, der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts oder auch die regelmäßigen Kinder- und Jugendberichte der deutschen Bundesregierung sind wichtige Informationsquellen, wenn es um die Situation junger Menschen in Deutschland geht.

Diese Quellen zeigen ein Bild der Jugend, das im Hinblick auf politisches und soziales Engagement ambivalent ist. Während sich seit Mitte der 1990er Jahre eine zunehmende Entfremdung der Jugend vom etablierten politischen System – genauer den handelnden Akteuren – abzeichnet, ist die Bereitschaft zum Engagement in unkonventionellen Bereichen ungebrochen. Dazu einige wenige Daten:

- Im Verlauf der letzten zehn Jahre ist das Interesse von Jugendlichen an politischen Fragen rapide gesunken, von 57 Prozent im Jahr 1991 auf nur noch 34 Prozent im Jahr

2002 (Shell-Studie, 2002, 21 ff)

- Das nachlassende politische Interesse jüngerer Menschen drückt sich in einer sinkenden Wahlbeteiligung der Erstwähler aus. Bei den Wahlen der zurückliegenden Jahre fiel die Wahlbeteiligung der Jungwähler zwischen 18 und 24 Jahren um ein Viertel niedriger aus als die der Gesamtbevölkerung (Shell-Studie, 2002, 23).
- Dem Bundestag als Kerninstitution unserer repräsentativen Demokratie bringen nur 47 Prozent (West) bzw. 48 Prozent (Ost) der 18- bis 23jährigen Vertrauen entgegen (Pickel, 2002, 131).

In diesen Zahlen spiegelt sich wider, dass junge Menschen politisches Engagement nicht mehr als Erfolgsversprechende Handlungsstrategie ansehen, um ihre Anliegen zur Geltung zu bringen und Einfluss zu nehmen. Konsequenterweise nimmt der Rückzug ins Private zu, wie schon die Autoren der Shell-Jugendstudie 1997 feststellen. Als Ursache dafür benennen Jugendliche, dass ihre Interessen durch die Politik nicht vertreten werden: „Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik wird hier zum Thema.“ (Shell-Studie, 1997, 17)

Die offensichtliche Entfremdung zur Politik geht aber nicht einher mit einem generellen Desinteresse an gesellschaftspolitischen Fragen oder einer Verweigerung von Verantwortungsübernahme. Verschiedene Befragungen belegen vielmehr die Bereitschaft gerade junger Menschen, sich freiwillig zu engagieren. Jugendliche sind sogar stärker als jede andere Altersgruppe in Vereinen, Gruppierungen und Projekten repräsentiert; mit 37% sind sie außerdem im Bereich des ehrenamtlichen Engagements sehr stark vertreten: Der Freiwilligensurvey von 1999 zieht das Fazit: „Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren sind eine besonders aktive Altersgruppe der Gesellschaft.“ (von Rosenblatt, 2000, 149) Als weiteres Ergebnis des Freiwilligensurveys ist hervorzuheben, das Engagement in frühen Jahren offensichtlich für den gesamten Lebensverlauf prägend ist: Die Hälfte aller freiwillig Aktiven hat den Zugang zum Engagement in jungen Jahren gefunden. Wer sich in jungen Jahren engagiert, so die empirisch untermauerte Schlussfolgerung, wird dies in großer Wahrscheinlichkeit auch später tun (von Rosenblatt, 2000, 151). Dies ist ein gewichtiger Befund und macht die Notwendigkeit von Aktivierungsstrategien deutlich, denn offensichtlich hat frühes praktisches Handeln prägenden Einfluss auf die Entwicklung individueller Verhaltensmuster. Die Vertreter der politischen Bildung sind sich darüber einig, das

es nicht ausreichend ist, im Rahmen von meist schulischen Bildungsprozessen den Wert des Engagements rein kognitiv zu vermitteln, sondern es bedarf konkreter Gelegenheiten zum Handeln, um Beteiligung und Engagement als Verhaltensmuster zu erwerben.

Kinder- und Jugendpartizipation in der gegenwärtigen kommunalen Praxis

„Die Zukunft gehört der Jugend – sobald diese alt ist“, so karikiert ein Aphorismus eine Haltung, die in vielen politischen Reden, Programmen und insbesondere praktischem Handeln deutlich erkennbar ist. In welchem Umfang die Kinder- und Jugendpolitik in deutschen Städten noch von einer solchen Sichtweise geprägt ist oder ob, angestoßen durch die oben skizzierte Debatte, andere Denkmuster Einzug gehalten haben, ist eine Frage, auf die eine empirisch hinreichend abgesicherte Antwort zurzeit nicht gegeben werden kann. Zwar gibt es in Deutschland eine vergleichsweise gute Jugendforschung (Fatke/Niklowitz, 2003, 4), anders sieht es jedoch mit der Analyse politischen Handelns aus. Dies gilt für alle Politikbereiche, so auch für die Kinder- und Jugendpolitik. Deshalb verstehen sich die nachführenden Ausführungen als cursorischer Blick auf Entwicklungstrends im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation.

Mit Beginn der 90er Jahre lässt sich eine deutliche Zunahme der Bemühungen beobachten, Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen strukturell zu verankern. Die davor liegenden Entwicklungen sind sehr überschaubar. Zu nennen sind zum Beispiel Düsseldorf, wo bereits 1979 eine anwaltschaftliche Interessenvertretung unter dem Namen „Till Eulenspiegel“ eingesetzt wurde oder Herten mit der Einrichtung der Geschäftsstelle der Kinderfreunde 1978. Das erste Kinder- und Jugendparlament in Deutschland wurde 1985 im baden-württembergischen Weingarten geschaffen. Mit Beginn der 1990er Jahre erlebt das Thema eine enorme Aufwertung. Die Benennung von Kinderbeauftragten und Einrichtung von Kinderbüros, die Gründung von Kinder- und Jugendparlamenten, die Arbeit mit offenen Foren und auch die Beteiligung an Stadtplanungsprozessen erfolgt zunehmend mehr (Schröder, 1995, 55ff). Hinsichtlich Formen und Vorgehensweisen zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung lassen sich ganz unterschiedliche Vorgehensweisen beobachten. Differenziert werden kann zwischen kinderpolitischen Modellen, in denen Erwachsene die Interessen von Kindern und Jugendliche anwaltschaftlich vertreten, z.B. durch Kinderbeauftragte, Kinderkommissi-

onen, Kinderbüros oder Kinderanwälte und Modellen, in denen Kinder unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten haben. Die unmittelbaren Beteiligungsformen lassen sich wiederum strukturieren nach repräsentativen, offenen und projektorientierten Modellen. Während in repräsentativen Modellen Kinder und/oder Jugendliche stellvertretend die Interessen ihrer Altersgruppe wahrnehmen, eröffnen Kinder- und Jugendforen spontane und personell nicht eingegrenzte Teilnahmemöglichkeiten. Projektorientierte Formen sind schließlich durch einen thematischen Fokus und zeitliche Begrenzung der Mitarbeit gekennzeichnet.

Oft sind anwaltschaftliche Formen mit unmittelbaren Beteiligungsmöglichkeiten verknüpft. Hinsichtlich der unmittelbaren Beteiligung besteht in der Fachdiskussion Konsens darüber, dass jede der Beteiligungsformen mit Vor- und Nachteilen behaftet ist. Die repräsentativen Formen erreichen nicht alle Kinder und Jugendliche und begünstigen strukturell ältere, männliche und gut gebildete Jugendliche (Herrmann, 1998, 315 ff). Offenen und projektorientierten Formen mangelt es hingegen oft an Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit. Festzustellen ist, dass bislang noch nicht in ausreichendem Maße nach Wegen gesucht wird, die unterschiedlichen Ansätze miteinander zu verbinden und dadurch eine neue Qualität im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation zu erreichen.

Eine Mischung der verschiedenen Beteiligungsverfahren bietet die Chance, junge Menschen dort abzuholen, wo sie stehen und ihren je spezifischen Interessen gerecht zu werden. Eine ganzheitliche Bearbeitung des Themas eröffnet so verschiedene Zugangskanäle und kann auch einen Beitrag zu einer nachhaltigen Verankerung von Beteiligungsaktivitäten im kommunalen Raum schaffen. (Herrmann, 1998, 333 / Möller, 1999, 86) Wie offene, repräsentative und projektorientierte Formen sinnvoll aufeinander bezogen werden können, ist eine Fragestellung, die in dem von der Bertelsmann Stiftung geplanten Projektvorhaben aufgegriffen werden soll.

Wie steht es nun um die Umsetzung der Partizipationsmodelle in deutschen Städten und Gemeinden? Eine Recherche der Bertelsmann Stiftung liefert ein gemischtes Bild. Einerseits ist festzustellen, dass es eine reiche Partizipationslandschaft gibt, die durch eine Vielzahl von Initiativen mit ganz unterschiedlichen Vorgehensweisen gekennzeichnet ist. Wichtige Akteure, wie z.B. das BMFSFJ, UNICEF und das Deutsche Kinderhilfswerk machen sich für das Thema der Kinderrechte stark und leisten Unterstützung durch die Schaffung von Informationsplattformen, durch Kampagnen,

Wettbewerbe, Fortbildungsprogramme und Förderung von Modellvorhaben. Trotz dieser Unterstützungslinien scheinen viele Projekte vom Engagement einzelner Personen zu leben und sind dementsprechend zum Teil von kurzer Dauer. Eine nachhaltige und strategische Verankerung im Rahmen von Stadtentwicklungsprozessen scheint noch ganz am Anfang zu stehen. Im Netzwerk „Kommunen der Zukunft“, das von der Bertelsmann Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der KGSt initiiert wurde, haben von 2000 bis 2002 die Städte Essen, Dresden, Freiburg, Herten, Leipzig und Wiesbaden unter der Überschrift „Junge Kommune“ ein Konzept zur strategischen Verankerung der Kinder- und Jugendpolitik in der Kommune erarbeitet und mit der Implementierung begonnen. Die beteiligten Städte gehören sowohl hinsichtlich der Dauer ihrer Aktivitäten als auch der Intensität ihrer Arbeit zum Kreis der Kommunen, in denen Kinder- und Jugendpartizipation einen vergleichsweise hohen Stellenwert hat. Aber auch diese Städte sehen noch großen Entwicklungsbedarf für die Zukunft (Netzwerk Kommunen der Zukunft, 2002).

Eine besonders hervorstechende Lücke besteht im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland insbesondere bei der Verzahnung von Projekten zur Demokratieerziehung im schulischen Bereich mit Partizipationsvorhaben im kommunalen Raum.

In nicht wenigen Kommunen scheint das Thema der Kinder- und Jugendpartizipation nach dem Aufwärtstrend der 1990er Jahre zu stagnieren. Stellen von Kinderbeauftragten werden bei Personalfuktuation nicht wieder besetzt und die Finanzmittel für diesen Bereich unter dem allgemeinen Kostendruck reduziert. Die schwierige finanzielle Situation ist eine Ursache für diesen Prozess, jedoch nicht die Einzige. In manchen Kommunen ist nach der Anfangseuphorie Ernüchterung eingetreten, da Beteiligungsprozesse nicht immer als Erfolg bewertet werden: Wenig nachhaltige Resonanz bei Kindern und Jugendlichen, Politiker, die sich der Anstrengung von Aushandlungsprozessen nicht unterwerfen wollen, Verwaltungsmitarbeiter, die Partizipationsprozesse als Störung von administrativen Abläufen erleben, sind Phänomene, die beschrieben werden, die allerdings nicht verallgemeinerungsfähig sind.

Denn die Frage der flächigen Verankerung von Beteiligungsprozessen in Kommunen sowie der von Beteiligungsprojekten ausgehenden Wirkungen sind bislang nicht hinreichend erforscht. Als Pionierarbeit auf diesem Gebiet gilt eine vom Deutschen Jugendinstitut im Auftrag des BMFSFJ durchgeführte Untersuchung

zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum (Bruner/Winkelhofer/Zinser, 1999). Nachfolgend einige ausgewählte Ergebnisse dieser Untersuchung aus dem Jahr 1999:

- In 38% der deutschen Städte und Gemeinden werden zum Erhebungszeitpunkt kommunale Beteiligungsangebote durchgeführt. Während in Großstädten (über 100.000 Einwohner) ein solches Angebot zu 93% vorhanden ist und Mittelstädte (20.000 bis 100.000 Einwohner) dies zu 79% zurückmelden, sinkt der Anteil in Kleinstädten (5.000 bis 20.000 Einwohner) auf 48% und in Landstädten (weniger als 5.000 Einwohner) auf 17%. Vor allem die Größe der Kommune beeinflusst so offensichtlich das Vorhandensein von Partizipationsangeboten (Ebd. 19 ff)
- Mit 70% sind projektorientierte Angebote offensichtlich die häufigste Beteiligungsform, während nur 30% der Kommunen repräsentative Formen einsetzen (Ebd. 30).
- Hinsichtlich der Verbreitung von Beteiligungsangeboten gibt es zwischen den Bundesländern große Unterschiede. Während 89% der Kommunen in Nordrhein-Westfalen zurückmelden, entsprechende Angebote zu machen, sinkt dieser Anteil in Hessen auf 32%. Neben unterschiedlichen Beteiligungskulturen dürfte ein maßgeblicher Grund in der Stadtgröße liegen, da – wie oben dargestellt – größere Städte aktiver sind als kleinere Städte und Gemeinden. Hinsichtlich dieses Strukturmerkmals unterscheiden sich die Bundesländer stark (Ebd. 21).
- Ein positives Fazit ihrer Beteiligungsaktivitäten ziehen nahezu alle Kommunen.
- 68% melden zurück, Vorschläge umgesetzt zu haben, 21% haben entsprechende Vorschläge zum Zeitpunkt der Erhebung in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht (Ebd. 73)
- Auffallend ist, dass 19% der sich an dieser Untersuchung beteiligenden Kommunen keine Angaben dazu machen können, in welchem Umfang Kinder und Jugendliche von dem Angebot erreicht worden sind (Ebd. 37)

Festzustellen ist, dass das Wissen über Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum insgesamt noch sehr gering ist. Dies wird besonders deutlich, wenn man einen Perspektivwechsel vornimmt und nicht die Angebotsseite untersucht, sondern fragt, ob das vorhandene Angebot Kinder und Jugendliche erreicht. Der 10. Kinder- und Jugendbericht stellt fest: „Empirische Studien, die die verschiedenen Beteiligungsmodelle untersuchen

im Hinblick auf Teilnahmechancen, die Erfahrungen der Kinder, Effekte im Hinblick auf soziales Verhalten, Lernen und politische Sozialisation, ...liegen bisher kaum vor.“ (BMFSFJ, 1998, 157)

Wir wissen z.B. nicht einmal wie viele junge Menschen in Deutschland Partizipationserfahrungen im öffentlichen Raum machen. Ergebnisse der Schweizer Untersuchung „Den Kindern eine Stimme geben“ zeigen, dass dies in unserem Nachbarland mit lediglich 7% sehr wenige junge Menschen sind (Fatke/Niklowitz, 2003, 65). Dieser Befund könnte für Deutschland ähnlich aussehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation viele empirische und praktische Fragen offen sind:

- Wie wirken sich unterschiedliche Rahmenbedingungen (z.B. durch die Landesgesetzgebung oder die strukturelle Absicherungen der Partizipationsinitiative auf kommunaler Ebene) auf das Engagement junger Menschen aus?
- Wie beeinflussen sich die Bereitschaft zur Partizipation junger Menschen und das vorhandene Angebot gegenseitig?
- Was sind die wesentlichen Faktoren, die ein Engagement befördern oder es behindern?
- Welche Rolle spielt der Aufbau vernetzter Strukturen in einer Kommune unter Einbeziehung von Schulen für die Aktivierung junger Menschen?
- Welche Wirkungen gehen langfristig von der Teilnahme an Partizipationsprojekten bezogen auf individuelle und gesellschaftspolitische Entwicklungsprozesse aus?

Antworten auf diese Fragen werden sich nur finden lassen, wenn die Blickrichtung der Kinder- und Jugendforschung erweitert wird. Die Ergänzung von Querschnittsuntersuchungen durch Längsschnittstudien sowie generationenübergreifende Vergleiche anstelle der Betrachtung jugendlicher Einstellungen im Zeitvergleich, könnten hier wesentliche Beiträge liefern. Ein weiterer wichtiger Zugang im Kontext des bürgergesellschaftlichen Diskurses ist darüber hinaus, Erhebungen zur individuellen Partizipationsbereitschaft mit den in Staat und Gesellschaft strukturell gegebenen Beteiligungsmöglichkeiten abzugleichen. Dies ist einer der Punkte, den die Bertelsmann Stiftung im Rahmen des Projektvorhabens „mitWirkung!“ aufgreifen wird.

Bezogen auf die praktische Arbeit in der Kinder- und Jugendpartizipation ist positiv festzustellen, dass in den letzten 20 Jahre vieles in

Bewegung gekommen ist. Andererseits besteht aber auch hier weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere die nachhaltige Implementierung von Partizipationsprojekten ist hier zu benennen. Dass sich – trotz vieler positiver Entwicklungen – Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland noch in der Aufbauphase befindet, ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Einerseits ist das Thema der Bürgerbeteiligung insgesamt noch nicht ausreichend in der Kommunalpolitik verankert. Zum anderen ist es bislang nicht hinreichend gelungen, das umfangreiche Methoden- und Prozesswissen zu Beteiligungsprozessen in die Praxis zu transferieren. Viele Beteiligungsprojekte scheitern, weil sie nicht richtig angelegt werden. Eine weitere Lücke besteht darin, dass die Wirksamkeit der Vorhaben oft nicht evaluiert wird. In diesem Bereich bestehen sowohl Methoden als auch Anwendungsprobleme. Gerade angesichts der desaströsen Finanzlage der Kommunen wird es zukünftig entscheidend darauf ankommen, den Mehrwert von Beteiligungsprojekten aufzeigen zu können.

Die Bertelsmann Stiftung wird im Rahmen ihres neuen Projektes „mitWirkung!“ verschiedene Punkte aufgreifen, die noch nicht hinreichend bearbeitet sind. Insbesondere gilt dies für folgende Bereiche:

- Erweiterung des empirischen Wissens zu Partizipationsprojekten im kommunalen Raum;
- Systematische best-practice-Recherche auf der Grundlage transparenter und überprüfbarer Qualitätskriterien für Partizipationsprojekte;
- Entwicklung und Implementierung eines ganzheitlichen Partizipationsmodells, das repräsentative, offene und projektorientierte Angebote sinnvoll aufeinander bezieht;
- Erarbeitung von Evaluationsinstrumenten für Handlungsprogramme und Einzelmaßnahmen;
- Systematische Verzahnung von Beteiligungsprozessen mit Qualifizierungsprogrammen für alle Akteure;
- Entwicklung generationenübergreifender Handlungsansätze.

Ziele und Umsetzungsschritte in der Initiative „mitWirkung!“

Das Projekt verfolgt vor dem Hintergrund der oben dargestellten Analyse folgende Zielsetzungen:

- Ist-Analyse zur gegenwärtigen Partizipationsituation junger Menschen im kommunalen Raum und Herstellung von Transparenz über die Ergebnisse
- Identifizierung und Veröffentlichung von

- guten Beispielen für Beteiligungsprozesse;
- Erprobung von Strategien zur Aktivierung junger Menschen in Modellkommunen;
- Bündelung der Erfahrungen zu konkreten Handlungsempfehlungen und Weitergabe an Entscheidungsträger in Kommunen, Ländern und Bund sowie Vereinen und Verbänden.

Diese Zielsetzungen werden in einem modularen Projektaufbau aufgegriffen. Das Projekt wurde mit Beginn des Jahres 2004 gestartet und hat eine Laufzeit von vier Jahren. Im nachfolgenden werden kurz die Module des Projektes skizziert.

Schritt 1: Analyse der gegenwärtigen Partizipationssituation für Kinder und Jugendliche

Mit einer vergleichenden Untersuchung zwischen ca. 40 deutschen Städten soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die Transparenz über die gegenwärtige Partizipationssituation von jungen Menschen zu verbessern. Die Untersuchung beleuchtet als Erfahrungsräume junger Menschen insbesondere die Familie, den schulischen und öffentlichen Raum sowie den Freizeitbereich. Konzeptionell umfasst die Untersuchung eine schriftliche Befragung von Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren, eine Analyse der gegenwärtig vorhandenen kommunalen Partizipationsstrukturen sowie eine Zusammenstellung von Best-practice-Beispielen. Die Verzahnung dieser Instrumente bietet die Chance, erfolgreiche Konzepte zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung empirisch zu untermauern.

Schritt 2: Praxisprojekt in drei ausgewählten Modellkommunen

Mit einem umfassend angelegten Beteiligungsprojekt in drei deutschen Städten wird an der Entwicklung und Umsetzung eines ganzheitlichen Partizipationskonzepts gearbeitet, für dessen nachhaltige Implementierung die Unterstützung der Kommunalpolitik unerlässlich ist. Das Praxisprojekt erprobt Strategien für eine Aktivierung junger Menschen im Dialog der Akteure und arbeitet generationsübergreifend. Es verzahnt repräsentative, offene und projektorientierte Beteiligungsansätze und sichert Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen strukturell ab. Damit wird eine neue Qualität der Beteiligung angestrebt. Wesentliche Elemente der inhaltlichen Ausgestaltung wird die Entwicklung und Umsetzung von Qualifizierungsbausteinen sein. Diese richten sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an wichtige Akteure aus Verwaltung, Politik, Schulen und Jugendhilfe. Von zentraler Bedeutung ist es, die Einrichtungen der schulischen und

außerschulischen Bildung einzubeziehen. Denn neue Formen der Demokratieerziehung erfordern zwingend das Zusammenwirken der kommunalen Akteure. Hierzu gehört insbesondere auch eine Verbesserung der Kooperation zwischen Schulen und Jugendhilfesystem.

Schritt 3: Weitergabe der Projektergebnisse

Die Projektergebnisse werden systematisch gebündelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Qualitätsempfehlungen für die Durchführung von Beteiligungsprozessen, Evaluationsinstrumente für konkrete Projekte und Vorschläge für notwendige rechtliche Reformen sollen die Arbeit von Entscheidungsträgern in Bund, Ländern und Kommunen sowie in Vereinen und Verbänden unterstützen. Angestrebt wird die regelmäßige Fortschreibung der Befragungen in den Kommunen, um das Thema nachhaltig in der politischen Diskussion zu verankern.

Projektpartner

Die Bertelsmann Stiftung arbeitet gemeinsam mit UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk an der Umsetzung des Projektvorhabens.

Die fundierte Umsetzung des Vorhabens wird unterstützt durch die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern mehrerer Hochschulen und Fachexperten aus der kommunalen Praxis. Das Konzept für die vergleichende Bestandsaufnahme wird gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut der Universität Zürich entwickelt, dass auch die Durchführung und Auswertung der Untersuchung übernimmt

Ausblick

Im Mittelpunkt der Initiative „mitWirkung!“ steht die systematische Verzahnung von Ist-Analyse, Entwicklung von Handlungskonzepten und kontinuierlicher Evaluation. Hierin liegt die Chance und Herausforderung des Projektes. Der Erfolg des Vorhabens wird sich maßgeblich daran entscheiden, ob es gelingt, die unterschiedlichen Akteure für eine Mitgestaltung zu gewinnen. Denn das Projekt handelt nicht auf einer Metaebene über Partizipation, sondern ist selbst ein Beteiligungsprojekt. In allen drei Phasen sind deshalb intensive Austauschprozesse mit Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Jugendarbeit und Schulen vorgesehen. Insbesondere müssen Wege gefunden werden, die Stimme von Kinder und Jugendlichen wirksam werden zu lassen.

Literaturverzeichnis:

Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. (2002). Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Leske und Budrich. Opladen

Netzwerk: Kommunen der Zukunft. Eine Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und der KGSt. (2002). Junge Kommune – Strategien für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft. Eigenverlag. Leipzig (zu beziehen bei der Stadt Essen. Kinderbüro. Rathaus. Porscheplatz 1. 45121 Essen)

Bohle, Hans Hartwig/Heitmeyer, Wilhelm/Kühnel, Wolfgang/Sander, Uwe (1997). Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main.

Bruner, Claudia Franziska/Winkelhofer, Ursula/Zinser, Claudia. (1999) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1998) Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Bonn (download)

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.). (1997): Jugend 1997. Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement. Politische Orientierung. Leske und Budrich Opladen

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.). (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischen Idealismus und robustem Materialismus. Fischer-Taschenbuch-Verlag. Frankfurt am Main

Fatke, Reinhard/Niklowitz, Matthias (2003): "Den Kindern eine Stimme geben". Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz. Zürich (download)

Hermann, Michael.C. (1998). Institutionalisierte Jugendparlamente: Über Beteiligungsmotiviation kommunaler Akteure – Formen, Chancen und Risiken. in: Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Luchterhand. Neuwied. Kriftel. Berlin

Möller, Kurt (1999): Die Stuttgarter Jugendräte-Studie. Möglichkeiten zur politischen Beteiligung Jugendlicher an gesamtstädtischen Belangen in einer Großstadt. Esslingen (download)

Pickel, Gert (2002). Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung. Leske und Budrich. Opladen

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Leske und Budrich Opladen 2000

Schröder, Richard (1995). Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und –gestaltung. Beltz. Weinheim/Basel

Sünker, Heinz (2001): Kindheit heute – die Zukunft von Kinderpolitik, in: Güthoff, Friedhelm/Sünker, Heinz (Hg.): Handbuch Kinderrechte. Partizipation, Kinderpolitik, Kinderkultur. Votum. Münster 2001

Wird wirklich jede/r gebraucht? Über bürgerschaftliches Engagement und soziale Benachteiligung

Ich werde mich in meinem Vortrag dem Thema des bürgerschaftlichen Engagements aus sozialpädagogischer Sicht nähern, d.h. ich werde fragen, was bürgerschaftliches Engagement eigentlich für Menschen bedeutet, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Das ist eine Frage, die im allgemeinen Diskurs, um dieses Thema leider nicht im Vordergrund steht – sozial Benachteiligte kommen zwar als Zielgruppe von Engagement vor, selten jedoch als Engagierte.

Da die meisten von Ihnen sich nicht im engeren Sinne als Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen definieren, möchte ich kurz erläutern, wieso ich diese sozialpädagogische Perspektive für Menschen, die im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements tätig sind, für wichtig erachte. Sozialpädagogik bedeutet nicht, wie es im Alltag zuweilen gemeint wird, „Armen zu helfen“. Sozialpädagogik beschäftigt sich vielmehr mit dem Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Strukturen und den einzelnen Menschen, die ihr Leben in diesen Strukturen mehr oder weniger gut bewältigen können. Sie alle sind nun als Quartiersmanager und -managerinnen, in Vereinen, Schulen und Stadtteilhäusern maßgeblich an der Mitgestaltung solcher Strukturen beteiligt. Ich möchte Sie deswegen einladen, sich auf eine sozialpädagogische Perspektive auf diese Strukturen einzulassen.

Herr Olk hat den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements in seinem Vortrag gestern schon definiert – ich möchte nun noch kurz auf

denjenigen der sozialen Benachteiligung eingehen, da er eine Grundlage meiner weiteren Ausführungen bildet. Es ist mir wichtig, soziale Benachteiligung als ein gesellschaftliches und nicht als individuelles Phänomen zu begreifen. D.h. ich verstehe soziale Benachteiligung als ein Ergebnis sozialer Ungleichheit, in dem Sinne, dass insbesondere bestimmte Minderheiten und soziale Randgruppen, z.B. Arbeitslose, Migranten/innen, Arme, Alleinerziehende oder Menschen die in bestimmten Regionen wohnen – dass diesen Menschen den Zugang zu bestimmten Gütern und gesellschaftlichen Positionen verwehrt oder sehr erschwert ist. Natürlich wird soziale Benachteiligung immer als individuelles Schicksal erlebt – und viele Institutionen gehen individualisierend damit um – aber wenn wir nach dem Zusammenhang von Engagement und sozialer Benachteiligung fragen, dann ist es sehr wichtig, sich stets zu vergegenwärtigen, dass soziale Benachteiligung gesellschaftlich hergestellt wird.

Zurück zur Fragestellung. Wenn ich nach dem Engagement von sozial benachteiligten Menschen frage, dann stehen dabei 3 Fragen im Vordergrund:

- Trägt bürgerschaftliches Engagement zur besseren Integration von sozial benachteiligten Menschen bei?
- Eröffnet bürgerschaftliches Engagement ihnen bessere Partizipationschancen – in ihrem Stadtteil aber auch darüber hinaus?
- Hilft ihnen bürgerschaftliches Engagement bei ihrer alltäglichen Lebensbewältigung?

Diese Fragestellung betrachtet das bürgerschaftliche Engagement eher aus der Perspektive der einzelnen Menschen, der Betroffenen. Das heißt aber nicht, dass sie für das Gemeinwesen irrelevant wäre. Denn es trägt wesentlich zum Sozialkapital einer Stadt, einer Gemeinde oder eines Stadtteils bei, wenn die einzelnen Menschen, insbesondere die von

	Engagierte		Engagementbereite		Nichtengagementbereite			
	W	O	W	O	W	O		
Berufsabschluss								
keinen	15	8	24	18	22	17	54	65
Lehre	55	54	37	27	31	35	32	38
Fachschule	13	17	45	50	35	30	20	20
Fachhochschule	7	7	46	56	35	29	20	15
Hochschule/Universität	10	14	57	49	32	37	11	14
Selbsteinstufung								
Unterschicht	4	8	14	17	27	20	59	63
untere Mittelschicht	19	37	33	34	30	30	37	36
mittlere Mittelschicht	63	52	40	39	34	37	26	24
Oberschicht/obere Mittelschicht	14	3	56	53	29	26	15	21

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent, W=West, O=Ost (Gensicke 2001, 293)

sozialer Benachteiligung betroffenen, besser integriert sind, besser partizipieren und ihr Leben besser bewältigen können. Betrachtet man bürgerschaftliches Engagement unter diesen Fragestellungen, dann fällt die Bewertung zumindest zwiespältig aus.

Eine wichtige Grundlage meiner Überlegungen bildet der Zusammenhang zwischen Bildung, Erwerbsarbeit und Schichtzugehörigkeit einerseits und bürgerschaftlichem Engagement andererseits. Es gibt mehrere empirische Studien, die belegen, dass Menschen mit höherem Bildungsabschluss, Einkommen und Schichtzugehörigkeit, sich signifikant häufiger bürgerschaftlich engagieren.

Eindrücklich sind bei dieser Statistik nicht nur die Zahlen, sondern auch auf die Bezeichnung „Nicht-engagementbereit“. Was sagen uns solchen Statistiken und Begriffe? Dass Arbeitslose oder Menschen mit geringer Bildung sich faul in der vielzitierten sozialen Hängematte ausruhen? Ich möchte mich im Folgenden von solchen individualisierenden Erklärungen distanzieren, und versuchen, das angeblich mangelnde bürgerschaftliche Engagement von sozial benachteiligten Menschen in einem größeren, gesellschaftlichen Zusammenhang zu erklären. Leider reproduziert die Forderung nach einer verbesserten Aktivierung, wie sie insbesondere in Bezug auf sozial benachteiligte Menschen immer wieder geäußert wird, genau diese individualisierende Sicht. Sie sucht sozusagen die Schuld für das fehlende Engagement bei den einzelnen Menschen und suggeriert zuweilen, dass es nur gelingen muss, diese „richtig“ zu aktivieren und zu motivieren, um die Probleme (welche eigentlich?) zu lösen.

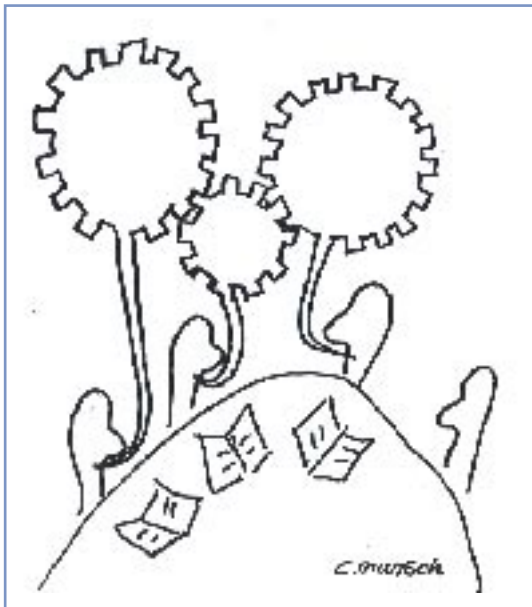
Zunächst möchte ich hervorheben, dass ich in meiner Forschung einer sehr hohen Motivation von langzeitarbeitslosen Menschen begegnet bin, sich zu engagieren. Vielen war es sehr wichtig, sich zu beteiligen, etwas sinnvolles zu tun, dazuzugehören. Aber gleichzeitig hatten sie in ihrem Leben immer wieder erfahren müssen, dass sie nicht gebraucht werden, dass sie nichts erreichen, sich nicht durchsetzen können, wenn sie sich engagieren wollen – in der Schule, auf dem Amt, im Stadtteil, im Beruf. Diese Erfahrungen demotivieren. Wenn wir diese Menschen motivieren wollen, sich wieder zu engagieren, dann müssen wir diese Erfahrungen ernst nehmen, und wir müssen darauf achten, keine neue Frustrationen zu reproduzieren. Mit Versprechungen wie: „Hier wird jeder gebraucht“ oder „hier kann sich jeder einbringen“ muss vorsichtig umgegangen werden und es müssen Bedingungen geschaffen werden, damit sich wirklich jeder einbringen kann – darauf werde ich später noch zurückkommen.

Im Folgenden möchte ich den Blick den Vereinen, Initiativen und Organisationen zuwenden, welche gemeinhin mit bürgerschaftlichem Engagement in Verbindung gebracht werden. Sie bilden, zumindest nach gängigem Verständnis, die Struktur, in der bürgerschaftliches Engagement stattfindet. In der Literatur der letzten Jahre wird ein geradezu romantisierendes Bild dieser verschiedenen Vereinigungen beschworen und es wird suggeriert, je mehr Sportverbände und freiwillige Feuerwehren ein Gebiet aufzuweisen hätte, desto besser stünde es um die Integration und Beteiligung der BewohnerInnen, die dort wohnen. Nun streite ich den Nutzen von Vereinen, Verbänden und Initiativen keineswegs ab – sie sind für unsere Gesellschaft sehr wichtig – nur möchte ich aus einem sozialpädagogischen Blickwinkel auf soziale Benachteiligung dieses romantische Bild etwas dekonstruieren.

Menschen engagieren sich zusammen, weil sie ein gemeinsames Ziel haben, und gemeinsame Vorstellungen, wie sie dieses Ziel erreichen wollen. Sie tun sich – wie man so schön sagt – mit Gleichgesinnten zusammen. Das ist absolut legitim und gut so, denn wenn sie sich erst lange verständigen müssten, was sie eigentlich wollten, und alle ganz verschiedene Vorstellungen davon hätten, wie sie vorgehen wollten, dann wären sie mit ihrem Engagement wahrscheinlich nicht besonders effektiv. Deswegen sind die meisten Vereine und andere Organisationen eher milieuhomogen.

Ich möchte dies mit einem kurzen Beispiel aus meiner Forschung illustrieren: In einem Stadtteilhaus habe ich zusammen mit GemeinwesenarbeiterInnen eine aktivierende Befragung organisiert. Als wir auf der ersten Wohnerversammlung die Ergebnisse vorstellten – um daraus konkrete Pläne zu entwickeln – war das Publikum bunt gemischt. Sowohl Arbeitslose als auch Erwerbstätige mit unterschiedlichen Hintergründen waren gekommen. Geredet, geplant und geschimpft wurde in dieser Versammlung sehr viel – jedoch fast nur von Erwerbstätigen. Aus dieser ersten Versammlung kristallisierte sich eine Gruppe, die ein Stadtteilstück vorbereiten wollte. Und in dieser Gruppe blieben sehr schnell nur noch Menschen, die im Stadtteil wichtige Positionen bekleideten: der Schmied, der Vereinsvorsitzende, die Geschäftsinhaberin, der Lehrer. Und sie luden weitere Leute ein, welche eine ähnliche Stellung im Stadtteil hatten und von denen sie annahmen, dass sie ihnen bei der Planung des Festes behilflich sein würden. Sie hatten in ihren Sitzungen von Anfang an einen ganz bestimmten Stil, das Fest zu planen. Fast reibungslos ergaben sich aus ersten Vorschlägen konkrete Ideen – Bedenken und ergänzen-

de Ideen ergaben immer einen Sinn. Nie fragte ich mich in diesen Sitzungen: Warum sagt er das jetzt? Weil wir als Gemeinwesenarbeiter/innen ja eigentlich das Ziel hatten, dass sich Bewohner/innen aus unterschiedlichen Milieus zusammen engagieren sollten, luden wir immer wieder auch Arbeitslose, die wir kannten, zu dieser Gruppe oder zu anderen Treffen ein. Aber immer war es so, dass sie „nichts sagen konnten“ – wie es eine Frau einmal ausdrückte. Eine arbeitslose Bewohnerin hielt es dennoch über längere Zeit in der Stadtteilstoff-Gruppe aus und bemühte sich, ihre Ideen einzubringen – aber oft war sie gefrustet, weil sie sich nicht beteiligen konnte. Während die anderen Redebeiträge wie Zahnräder ineinander griffen, fragte ich mich bei ihr oft, wieso sie das jetzt sage. Es wurde nie offen ausgesprochen, und doch wurden ihre Beiträge als störend im sonst so effektiven Planungsprozess empfunden. Auf sehr subtile Weise wurde dies mitgeteilt, bis diese Bürgerin nicht mehr an den Treffen teilnahm.



Anhand vieler ähnlicher Beispiele kann man analysieren, wie Engagement eben nicht nur integriert, sondern auch solche Menschen ausschließt, die als störend empfunden werden, weil sie sich auf eine andere Weise engagieren.

Als ich diese Forschung neulich auf einer Tagung etwas ausführlicher vorstellte bemerkte eine ZuhörerIn, sie höre diese Ausführungen mit zwei Ohren. Als Sozialpädagogin sei ihr bewusst, dass es wichtig sei, sozial benachteiligte Menschen zu integrieren – als engagierte BürgerIn erlebe sie dies jedoch als ziemliche Belastung. Sie hat recht – und ich will auch keineswegs fordern, dass alle Vereine, Verbände und Initiativen möglichst unterschiedliche Menschen integrieren müssen – das würde sie

in der Tat überfordern. Ich möchte nur deutlich machen, dass es sozusagen zum Wesen vieler solcher Organisationen bürgerschaftlichen Engagements gehört, dass sie ausschließen. Und diese Ausschlussprozesse sind überwiegend gegen solche Menschen gerichtet, die auch in vielen anderen Bezügen am Rande der Gesellschaft stehen und wenig Teilnahmechancen haben. Insofern reproduziert bürgerschaftliches Engagement gesellschaftliche Hierarchien und gesellschaftlichen Ausschluss.

Ein zweiter Erklärungsansatz für die zu Beginn gezeigte statistische Unterrepräsentanz sozial benachteiligter Menschen bei bürgerschaftlichem Engagement besteht darin, dass ihr Engagement nicht gesehen wird. Sie engagieren sich wohl, aber ihr Engagement bleibt unsichtbar. Die Diskussion um bürgerschaftliches Engagement wird leider von einem sehr eindimensionalen Blick auf Engagement dominiert, der sich auf Formen von Engagement konzentriert, die vor allem in der Mittelschicht verbreitet sind. Dies betrifft vor allem die Organisation des Engagements in Vereinen, Verbänden oder Initiativen. In den meisten Definitionen wird entweder eine solche organisationelle Vereinigung gefordert, oder es wird allgemein gesagt, dass bürgerschaftliches Engagement öffentlich organisiert sein muss. Demgegenüber finden wir in sogenannten benachteiligten Stadtteilen oft eine sehr hohe Solidarität, in der Familie, in der Nachbarschaft, unter Freunden und Bekannten. Diese Ressourcen sind für Fremde nicht so offensichtlich wie z.B. Vereine. Stadtteilarbeiter, die sie in ihre Arbeit einbinden wollen, brauchen Zeit, um den Stadtteil und die Menschen, die dort wohnen, ihre Lebensbedingungen kennen zu lernen und zu ihnen Vertrauen zu finden. Sie müssen viel vor Ort und zugänglich sein. Diese vielfältigen Unterstützungsleistungen, die sie dann entdecken werden, werden jedoch nicht als bürgerschaftliches Engagement anerkannt, weil sie nicht für Dritte öffentlich sind. Demgegenüber möchte ich provozierend fragen: Wo denn liegt der Unterschied, zwischen einer Mutter, die sich mit gleichgesinnten Müttern in einem Kinderladen engagiert, weil sie sonst keine Betreuungsmöglichkeit für ihren Sohn findet – und jener anderen Mutter, welche mittags die Kinder ihrer arbeitenden Freundinnen verköstigt? Liegt der Unterschied nicht einfach in einer kulturellen Höherbewertung öffentlichorganisierter Formen von Engagement, insbesondere wenn sie mit Ämtern und Verantwortung einhergehen? Und geht sie nicht einher mit einem Zerfall an verlässlichen Beziehungen in der Familie oder der Nachbarschaft? Und ist der Kinderladen wirklich offen für alle? Oder die freiwillige Feuerwehr, die Pfadfindergruppe

pe? Oder gehen doch nur bestimmte Eltern, Kinder und Jugendliche dort hin? Sind die Zugänge nicht doch – wenn auch auf sehr subtile Weise – auf Menschen aus bestimmten Milieus begrenzt?

Die implizite Höherbewertung von öffentlich-organisiertem Engagement steht in engem Zusammenhang mit unserer individualisierten Gesellschaft und bekommt eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit Migranten und Migrantinnen aus anderen Kulturen, in denen Solidarität vor allem in Nachbarschaft und Familie gelebt wird. Es gibt interessante Studien über Black Volunteering in England, in denen Befragte aus ethnischen Minderheiten u.a. betonen, dass das Engagement in englischen Organisationen „wie Arbeit“ sei – während es in ihrer eigen-ethnischen Organisation sei „wie in einer großen Familie“ viel herzlicher, informeller und mit weniger langweiligen Versammlungen (vgl. Bhasin 1997) .

Man kann diese Unterschiede erklären, wenn man bürgerschaftliches Engagement als biografisch erlerntes Bewältigungsverhalten versteht. Während die Einen schon in ihrer Kindheit und Jugend über ihre Eltern mit öffentlich-organisiertem Engagement in Berührung kamen und dann vielleicht als Schulsprecher/in oder in einer Jugendorganisation positive Erfahrungen sammeln konnten, lernten sie, dass diese Art von bürgerschaftlichem Engagement eine gute Möglichkeit ist, mit Problemen umzugehen. Währenddessen haben Andere eher positive Erfahrungen mit informeller Solidarität gesammelt.

Obwohl öffentlich-organisiertes Engagement einerseits gesellschaftlichen Ausschluss tendenziell reproduziert, hat es andererseits jedoch auf jeden Fall viele positive Aspekte, gerade auf den Hintergrund von Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit verringert den Bewegungsradius und die sozialen Kontakte erheblich – das drückt sich treffend aus, wenn Menschen sagen, sie „sind zu Hause“ oder „sitzen zu Hause“. Demgegenüber bietet Engagement die Möglichkeit „unter die Leute zu kommen“, wie es engagierte arbeitslose Bürger und Bürgerinnen beschreiben. Sie können „etwas sinnvolles tun“, „werden gebraucht“. Sie können sich „mit anderen zusammentun, um gemeinsam etwas zu erreichen“. An den Stadtteilstunden, an welchen ich mich im Rahmen meiner Forschung beteiligte, nahmen auch langzeitarbeitslose Menschen teil. Und es war beeindruckend zu erleben, wie verantwortungsbewusst und engagiert sie z.B. Stände betreuten. Und wie wichtig es für sie war, nachher darüber reden zu können, was man alles geschafft hat – das was für Erwerbstätige selbstverständlich ist, wenn sie abends nach Hause kommen.

Gleichzeitig jedoch beinhaltet dieses öffentlich-organisierte Engagement durch die oft implizite Art und Weise, wie es organisiert ist, ein großes Risiko, sich nicht beteiligen zu können oder mit seinem Engagement als störend erlebt zu werden, unerwünscht zu sein.

Wenn also in Stadtteilen Orte geschaffen werden sollen, an denen sich Menschen unterschiedlicher Milieus gemeinsam engagieren, dann müssen diese Risiken und Ausschlussmechanismen mitbedacht werden.

Es muss ein Klima geschaffen werden, an dem sich alle verschiedenen Menschen wohl und willkommen fühlen, so wie sie sind, mit ihrer Art zu reden, mit ihrer Art, sich zu engagieren.

Moderationsformen können eine sinnvolle Methode sein, Wortbeiträge zu strukturieren und eine Art der Kommunikation zu schaffen, die für alle neu oder ungewohnt ist.

Wichtig sind auch Räume, in denen Menschen mit einem bestimmten Hintergrund, z.B. Frauen, Migranten/innen oder Langzeitarbeitslose, sich unter sich engagieren können, in denen somit die mit einem gemischten Engagement verbundenen Konflikte nicht im Vordergrund stehen. Gleichzeitig müssen diese verschiedenen Gruppen jedoch immer wieder auch zusammengeführt werden, müssen ihre Ergebnisse eingebunden werden in den größeren Zusammenhang einer Aktion.

Wenn sich Menschen unterschiedlicher Milieus zusammen engagieren, gibt es Konflikte. Diese Konflikte gehören dazu. Sie werden in unserer Gesellschaft oft vermieden, indem Menschen aus unterschiedlichen Milieus sich in ihrer Freizeit nur selten begegnen. Diese Konflikte müssen thematisiert und bearbeitet werden. Dazu gehört z.B. den Frust zuzulassen, wenn Bewohner/innen das Gefühl haben, nicht mitreden zu können. Gerade wenn sich sozial benachteiligte Menschen in gemischten Gruppen engagieren, muss es Gelegenheiten geben, in denen sie sich vorbereiten können und in denen die Erfahrungen nachbereitet werden. Stadtteilarbeiter/innen müssen dabei jedoch sehr sensibel mit der schwierigen Balance zwischen Unterstützung und Überbetreuung umgehen. Sehr leicht kann man in die Situation geraten, Bewohner/innen durch eine Sonderbehandlung in ihrer Rolle als diejenigen, die Unterstützung brauchen, festzuschreiben.

Schließlich ist es wichtig, vorsichtig mit Versprechungen umzugehen, „jeder werde gebraucht und könne sich engagieren“. Wenn Menschen aktiviert werden, die in ihrem Leben negative Erfahrungen mit Engagement gesammelt haben, muss auf die Rahmenbedingungen geachtet werden, damit Erfahrungen des Überflüssig-Seins nicht reproduziert werden.

Alle Überlegungen, die ich angeführt habe, treffen nicht nur auf Erwachsene zu. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass sie positive Erfahrungen mit Engagement sammeln können. Forschungen über Kinder- und Jugendparlamente und andere ähnlich institutionalisierte Formen von Partizipation zeigen, dass Jungen und Kinder aus dem Gymnasium deutlich überrepräsentiert sind. Mädchen, Kinder aus der Hauptschule und mit Migrationshintergrund beteiligen sich an solchen Parlamenten weniger. In diesem Zusammenhang verweist die Literatur zur Partizipation von Mädchen darauf, wie wichtig es ist, dass Mädchen Zeit haben, in kreativen Formen ihre Wünsche überhaupt erst mal entdecken und formulieren zu können (vgl. Bitzan 2001). Auch hier sind besondere Räume wichtig, aber auch die Erfahrung, die dort vorbereiteten Ideen und Forderungen gemeinsam mit anderen in einem gemeinsamen Zusammenhang umsetzen zu können.

Wenn wir uns mit bürgerschaftlichem Engagement und sozialer Benachteiligung auseinandersetzen, können wir uns jedoch nicht nur auf die Formen von Engagement beschränken. Auch die Themen von Engagement müssen im Kontext der jeweiligen Lebenslage gesehen werden. Wenn wir uns jedoch ernsthaft für die mit sozialer Benachteiligung zusammenhängenden Probleme engagieren wollen, dann kommen wir um Themen wie Armut und Arbeitslosigkeit nicht drum rum. Dann müssen auch gesellschaftliche Verteilungskonflikte thematisiert werden – und bürgerschaftliches Engagement ist plötzlich nicht mehr so unpolitisch und harmonisch wie es in manchen Publikationen und Diskursen zuweilen dargestellt wird. Leider jedoch stehen viele Stadtteilprojekte vor dem Druck, ihren Financiers schnelle Erfolge zu präsentieren, um zu zeigen, dass sie sich rentieren und weiter gefördert werden sollen. Ein solcher Druck nach schnellen Erfolgen führt zu einer Effektivitätsfalle, welche nicht nur Menschen ausgrenzt, die sich nicht in der geforderten effektiven Art und Weise engagieren bzw. die die Effektivität stören, sondern dieser Druck nach schnellen Erfolgen grenzt auch solche grundlegenden Probleme aus, welche sich nicht schnell lösen lassen.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass bürgerschaftliches Engagement keinesfalls „an sich“ zur besseren Integration und Beteiligung von Menschen beiträgt, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind. Schon gar nicht verringert es „an sich“ soziale Benachteiligung. Die Quantität von Vereinen und Initiativen an einem bestimmten Ort sagt somit nichts über die Integrations- und Beteiligungschancen sozial ausgegrenzter Menschen dort aus.

Aber wenn bürgerschaftliches Engagement langfristig sozialpädagogisch, oder zumindest aus einem sozialpädagogischen Blickwinkel heraus, begleitet wird und die mit ihm verbundenen Ausgrenzungsmechanismen reflektiert werden, wenn Räume geschaffen werden, an denen sich verschiedene Menschen zusammen engagieren können und die damit verbundenen Konflikte bearbeitet werden, wenn die Lebensbedingungen und Lebenserfahrungen von verschiedenen Menschen ihren Platz in diesem Engagement finden – dann kann bürgerschaftliches Engagement zu mehr Integration und Beteiligung führen – auch wenn das keinesfalls eine leichte und schon gar keine kostengünstige Aufgabe ist.

Ich habe zu Beginn von den vielfältigen Formen von Solidarität gesprochen, die zu finden sind, wenn man aufmerksam und mit genügend Zeit in einem Stadtteil arbeitet. Es ist sicher sinnvoll, diese Ressourcen wertzuschätzen, auch besser zu nutzen. Aber ich möchte eindrücklich darauf hinweisen, dass es auch Sinn macht, sie in dieser informellen Form zu belassen. Ein öffentlich-organisierter Rahmen – wie er in der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement vorausgesetzt wird – ist nicht für alle Menschen in allen Umständen und für alle Engagementformen förderlich und gut.

Literatur:

Bhasin, S. (1997): *My Time, My Community, Myself: Experiences of volunteering within the black community*. London: The National Centre for Volunteering.

Bitzan, M. (2001): *Aufdeckende Beteiligung – eine politische Handlungskompetenz (nicht nur) der Mädchenarbeit*. In: *Forum Erziehungshilfen* 1/2001, S. 14 – 22.

Gensicke T. (2001): *Das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen – Image, Intensität und Bereiche*. In: Heinze, R., G./Olk, T. (Hrsg.): *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven*. Opladen, Leske und Budrich S. 283 – 304.

Möller, K. (2000): *Kommunalpolitische Partizipation von Jugendlichen – Entwicklungsstand und Qualitätskriterien*. In: *neue praxis* 4/2000, S. 379 – 396.

Munsch, C.: *Die Effektivitätsfalle. Bürger-schaftliches Engagement und Gemeinwesen-arbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung*. Hohengehren, Schneider Verlag (erscheint Ende 2004/Anfang 2005)

Munsch, C. (2003) (Hrsg.): *Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit*. Weinheim und München, Juventa

Bernhard Schulz,
Stiftung Bürger für Bürger, Berlin

Migration & Ehrenamt. Bürgerschaftliches Engagement von Spätaussiedlern ist der Schlüssel für Integration und Teilhabe am Gemeinwesen

Informations- und Bildungsveranstaltungen der Stiftung Bürger für Bürger leisten wichtigen Beitrag für „Hilfe zur Selbsthilfe“

Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentraler Baustein für die Integration von Spätaussiedlern/innen. Das betrifft zum einen Projekte, bei denen sich Einheimische z.B. für die Sprachförderung der Russlanddeutschen einsetzen und damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration leisten. Sie brauchen Unterstützung bei ihren wichtigen Aufgaben.

Ein bislang noch nicht voll ausgeschöpftes Potenzial besteht aber auch darin, Spätaussiedler/innen selbst für ein Engagement zu gewinnen. Die beste Integration ist, wenn Einheimische und Aussiedler/innen gemeinsam in einem Verein oder an einem Projekt zusammenarbeiten.

Auf diese Weise lassen sich Sprachprobleme überwinden, ein besseres Verständnis für die neue Lebensumgebung gewinnen, neue Freundschaften schließen, gemeinsame Ziele erreichen und das Zurechtfinden in Deutschland erleichtern. Möglicherweise erweist sich das Engagement sogar als Türöffner für eine neue, bezahlte Arbeit: Denn die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten wie soziale Kompetenz lassen sich häufig auch bei hauptamtlicher Arbeit nutzen.

Ob im Sportverein, Rettungsdienst, Kultur- oder Umweltprojekt oder in der Kinder- und Jugendarbeit – die rund 22 Millionen Engagierten in Deutschland übernehmen Verantwortung, setzen sich für andere und damit für das Gemeinwohl ein. Gleichwohl helfen sie oft nicht nur anderen, sondern auch sich selbst: Sie sammeln neue Erfahrungen, bauen ihr persönliches Kontakt-Netzwerk aus, gewinnen neues Selbstbewußtsein und erwerben soziale und berufliche Kompetenzen.

Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern (Stadt- und Kreisverwaltungen, Volkshochschulen, Freiwilligenagenturen, Wohlfahrtsverbände, bereits aktive Projekte etc.) führt die Stiftung Bürger für Bürger Veranstaltungen, Workshops oder Seminare zum zentralen Themenfeld „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bei Spätaussiedlern“ durch. Zielgruppe sind sowohl Aussiedler, als auch Einheimische, die in Projekten für

Aussiedler/innen mitarbeiten.

Ziel dieser regionalen Aktionstage ist, Spätaussiedler/innen für ein Engagement zu motivieren, sie zu mobilisieren und ihnen Wege für ihren Einsatz aufzuzeigen. Dadurch soll eine Initialzündung entstehen, die Chance zur Gestaltung der Zukunft durch bürgerschaftliches Engagement in Angriff zu nehmen.

Seit 2002 gab es bundesweit bereits mehr als 60 Informations- und Bildungsveranstaltungen. So wurde in Norderstedt (Schleswig-Holstein) mit Unterstützung der Stiftung ein Verein für Integration mit 75 Aussiedlern/innen und 20 Einheimischen als Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. In Berlin gab und gibt es in Zusammenarbeit mit der Akademie für Ehrenamtlichkeit jährlich zwei Wochenseminare „Freiwilligen-Management für die Arbeit von und mit Aussiedlern“ für Multiplikatoren/innen. In Worms (Rheinland-Pfalz) wurde ein „Runder Tisch“ zur Vernetzung und besseren Zusammenarbeit der vorhandenen Initiativen organisiert.

Flankiert werden können die Veranstaltungen durch die Präsentation der Fotowanderausstellung „Lust aufs Ehrenamt“, einem Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten im bürgerschaftlichen Engagement.

Begleitend zu den Aktionstagen vor Ort besteht die Möglichkeit, Informationen und Beratung zum Engagement von und für Aussiedler/innen zentral bei der Stiftung Bürger für Bürger abzufragen. Im Rahmen des Projektes stehen in begrenztem Umfang Fördermittel für die Organisation der Veranstaltungen zur Verfügung. Für Infomaterial, Referenten/innen und Fahrtkosten können nach Einzelnachweis bis zu 1.000 Euro übernommen werden.

**Formlose Angebote zur Zusammenarbeit mit einer kurzen Projektskizze bitte an die Stiftung Bürger für Bürger
Singerstraße 109, 10179 Berlin
E-Mail: info@buerger-fuer-buerger.de
Internet: www.buerger-fuer-buerger.de
Tel. 030 / 24 31 49-0, Fax 030 / 24 31 49-49
Ansprechpartner ist Projektleiter Bernhard Schulz.**

Bernhard Schulz
1985-87 Ausbildung zum Industriekaufmann,
1988-1989 Zivildienst beim Caritas-Verband für den Kreis Soest in der Blindenbetreuung,
1990-1994 Studium der Medien-Planung und Beratung in Siegen, Abschluß Diplom-Medienwirt,
1995-1997 Journalist Berliner Morgenpost,
1998-1999 Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Stiftung Bürger für Bürger,
seit August 1999 Geschäftsführer der Stiftung Bürger für Bürger

Hülya Feise, Bund türkisch-europäischer Unternehmer (BTEU), Hannover

gEMiDe: Modellprojekt zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements von Migranten/innen und eingebürgerten Deutschen durch ehrenamtliche Tätigkeit

gEMiDe ist die Abkürzung von Modellprojekt zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements von MigrantInnen und eingebürgerten Deutschen durch ehrenamtliche Tätigkeit.

Auf einen kurzen Nenner gebracht bedeutet dieses, interessierte Migranten/innen mittels freiwilliger unentgeltlicher Leistung in eine Kommunikations-Situation mit anderen in Deutschland lebenden Menschen zu befördern/vermitteln.

„Die Bezeichnung als Ausländer steht in offenem Widerspruch zur gesellschaftlichen Situation der Inländer ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Diesem Widerspruch wird oft durch die beschönigende Rede vom „ausländischen Mitbürger“ ausgewichen, nachdem die früher übliche Bezeichnung „Gastarbeiter“ ganz offenbar falsch geworden ist. Aber auch die Bezeichnung „ausländischer Mitbürger“ ist falsch, darüber hinaus irreführend und illusorisch. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ob Inländer oder Ausländer, sind nicht Mitbürger, da ihnen die Bürgerrechte fehlen und sie darüber hinaus unter ausländerrechtlichen Sondernormen stehen, die sie gegenüber den Staatsangehörigen abgrenzen und diskriminieren.“ (Beck 2002, S. IX)

Unter anderem aus diesem Grunde benutzen Mitarbeiter/innen von gEMiDe die Bezeichnung Migranten/innen und meinen damit alle in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, gleich ob sie einen deutschen Pass besitzen oder nicht.

Obwohl Migranten/innen Arbeiter/innen und Steuerzahler/innen sind, fühlen sich viele sozial und kulturell nicht oder nur teilweise der Gesellschaft zugehörig. Eine dadurch möglicherweise entstehende Unzufriedenheit aufzufangen und positiv umzuwandeln ist eine der Aufgaben des Modellprojekts gEMiDe. Mit der Projektarbeit werden Migranten/innen in die Gelegenheit gebracht, als vollwertige Mitglieder am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland teilzuhaben.

In der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover leben fast 510 000 Menschen. Davon haben etwas über 75 500 Menschen eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche. 162

Nationalitäten (einschließlich der deutschen) sind in Hannover vertreten. Einheimische und Zugewanderte respektieren sich zwar gegenseitig, Berührungspunkte bleiben aber weitgehend auf Musik- oder ähnliche Kulturereignisse beschränkt. Die Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Migrantengruppen sind in ihren jeweiligen Zugehörigkeiten gut organisiert, was bei den größeren Gruppen auch öffentlich gut sichtbar ist.

Die Kommunikation im täglichen Leben findet zwischen Einheimischen und Migranten/innen jedoch eher nur auf geschäftlicher Ebene statt, d.h.: privat bleibt frau/man lieber unter sich.

„Integration bezieht sich auf die Abnahme von Unterschieden in den Lebenslagen der beiden Gruppen sowie auf die Art und Weise, wie die neuen Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System sozio-ökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft werden. Sie kann als erfolgreich betrachtet werden, wenn Zuwanderer und ihre Nachkommen gleichrangig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Integration richtet sich nicht nur an die verschiedenen Zuwanderergruppen, sondern an die Gesamtbevölkerung und hängt wesentlich von der Offenheit der Aufnahmegesellschaft für diese Gruppen ab.“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 20.Jg., 28. September 2004)

Das Modellprojekt entwickelte sich aus einer Fraueninitiative („Lachendes Gesicht“), die im Jahre 1999 durchgeführt wurde. Mit Unterstützung des bei der Stadt Hannover angesiedelten „Referats für interkulturelle Angelegenheiten“ wurde gEMiDe systematisch und ehrenamtlich aufgebaut.

Es ist ihr vordergründiges Interesse, die Bürgerbeteiligung von Migranten/innen zu fördern und damit den integrativen Ansatz zu verfolgen.

Bürgerbeteiligung (eigentlich: Einwohnerbeteiligung, da auch Menschen beteiligt werden, die noch nicht eingebürgert sind) umfasst nach den Erfahrungen in der Arbeit des Modellprojekts gEMiDe folgende Punkte:

- Gegenseitiges Interesse der Menschen an ihrer Gesellschaft, die sie mitgestalten und an deren sich stets wechselnder Gestalt sie teilhaben. (Bürgerschaftliches Engagement)
- Intaktes Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein der Menschen, die sich aktiv beteiligen wollen. (Sozial-kulturelle Stabilität)
- Offenheit und Entgegenkommen etablierter Strukturen und Institutionen, um aktive Beteiligung zu fördern. (Demokratische Teilhabe)

- Politische Impulse, die in Aussicht stellen, dass Bürgerbeteiligung zukunftsfähig wird und bleibt. (Nachhaltigkeit)

Ehrenamtliche Tätigkeit ist ein hervorragend geeignetes Vehikel für die Integration von Migranten/innen. Da durch die Ehrenamtlichkeit naturgemäß das „geschäftsmäßige“ einer Beziehung wegfällt, haben Migranten/innen und Einheimische die Möglichkeit, sich vorurteilsfrei, gleichberechtigt und auf einer Augenhöhe zu begegnen.

Das Modellprojekt gEMiDe bildet eine Schnittstelle zwischen an ehrenamtlicher Tätigkeit interessierten Migranten/innen und bedürftigen, einsamen oder einfach interessierten Einheimischen. Einige der Mitarbeiter/innen erleben bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zum ersten Mal, dass z.B. ein deutscher Haushalt nicht so sehr viel anders aussieht als der ihrige. Sie genießen es, nicht mehr in erster Linie als „Ausländer/in“, sondern vielmehr als Mensch, der etwas tut beurteilt zu werden.

„Seit ich in Deutschland bin, werde ich immer nur als Türkin gesehen. Ich werde gefragt, wie es in meinem Land ist. Seit ich als freiwillige Lehrerin arbeite, stellt man mir andere Fragen; Meine Person und der Inhalt meiner Arbeit stehen plötzlich im Vordergrund: Wie ist es, mit Analphabeten zu arbeiten? Oder: Wieso sind sie Märchenerzählerin?“
(Naciye K., Mitarbeiterin gEMiDe)

Grundsätzliches Ziel ist die Förderung der gegenseitigen Integrationsbereitschaft, der individuellen Fähigkeiten sowie der gegenseitigen Anerkennung von Deutschen und Migranten/innen. Die Arbeiten, die Mitarbeiter/innen von gEMiDe verrichten, haben einen doppelt positiven Effekt: Sie sind nützlich für die Gesellschaft und sie helfen ihnen selbst, mit der Gesellschaft, in der sie ihr Leben verbringen, in Kontakt zu treten. Sie können untereinander und mit deutschen Familien oder Einzelpersonen auf einer Ebene – auf derselben Augenhöhe – kommunizieren.

Ein weiteres Ziel ist es, bei den Mitarbeiter/innen die Selbsthilfepotentiale zu fördern und die Qualifizierung zur Lösung sozialer Probleme, die Aufrechterhaltung oder Neuorganisation sozialer Kontakte zu schaffen, sie zu befähigen und zu unterstützen, ihre mitgebrachte Lebensgeschichte in Interaktion mit der neuen Umgebung zu erweitern.

Um Migranten/innen zu befähigen, ihren persönlichen Integrationswunsch zu entwickeln, bieten das Modellprojekt gEMiDe ihnen Arbeit an, die freiwillig geleistet und nicht bezahlt wird. Migranten/innen zu motivieren, jenen

Schritt zu tun, bedeutet, ihr/sein Selbstbewusstsein aufzubauen, verschiedene Möglichkeiten ehrenamtlicher Tätigkeit aufzuzeigen, ihnen selbst die Auswahl einer Arbeit zuzutrauen.

Das Modellprojekt gEMiDe zählt derzeit 97 Mitarbeiter/innen, vorwiegend aus dem mittleren Osten stammend, die meisten aus der Türkei bzw. ihren direkt angrenzenden Nachbarländern Irak, Iran, Aserbeidjan, Turkmenistan und Georgien.

Zum ersten Mal im Auftrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend wurde im Frühjahr 2004 eine bundesweite standardisierte Befragung unter 1.500 aus der Türkei stammenden Migranten/innen durchgeführt.

Ausgeführt wurde diese Befragung vom Zentrum für Türkeistudien (ZfT) in Frankfurt/M. „... (64%) der türkeistämmigen Migranten und Migrantinnen beteiligen sich aktiv in Vereinen, Verbänden, Gruppen oder Initiativen. Dies entspricht in etwa der Größenordnung des Engagementverhaltens in der deutschen Bevölkerung (70%). Insgesamt engagieren sich aber nur zehn Prozent der Befragten über die bloße Beteiligung z.B. in Vereinen oder Verbänden hinaus bei ehrenamtlichen oder freiwilligen Aufgaben. In der deutschen Bevölkerung beträgt dieser Anteil zwar über ein Drittel (), allerdings besteht ein Potential von weiteren 50% der befragten Migranten und Migrantinnen, die ein Interesse an (weitergehendem) Engagement haben.“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 01.10.2004)

Mit Multiplikatoren/innen in den hannoverschen Stadtteilen und bei schon vorhandenen Gruppen zeigt die Projektleiterin spezifische Grundlagen, Fragestellungen, Methoden und Erkenntnisse auf und vermittelt durch gezieltes Training den Erwerb neuer Fähigkeiten und Erfahrungen, die im Zusammenhang mit freiwilliger Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement möglich sind. Die Multiplikatoren/innen sollen dadurch auch in die Lage versetzt werden, eigene Initiativen/Vereine zu gründen bzw. vorhandene Gruppen zu stärken.

Das integrativ Neue an dieser Projektarbeit ist der Umgang zwischen Projektleitung und Migranten/innen. Sie werden aus der – scheinbar angestammten – „Klientenrolle“ (aus sozialarbeiterischer Sicht) herausgenommen und in eine neue Situation als aktiv Handelnde und damit am gesellschaftlichen Leben der Mehrheitsgesellschaft Teilnehmende gebracht.

Das Projekt ist mit einer hauptamtlichen Teilzeitkraft (Projektleitung) ausgestattet, das Modellprojekt gEMiDe muss seit 2002 jedes Jahr die Verlängerung der Förderung einer dreiviertel Stelle bei der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover beantragen. Pro-

jektträger ist der Bund Türkischer Europäischer Unternehmer/-Innen; BTEU e.V.

Kooperationspartner sind u.a. Kulturbüro Linden-Süd, Allerweg, Volkshochschule Hannover, Jugendtreff Linden-Nord, Informations- und Koordinationsstelle für ehrenamtliche Mitarbeit (IKEM), Kommunalen Sozialdienst (KSD), Diakonischer Betreuungsverein, Jugendamt Hannover, Evangelische Fachhochschule Hannover

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Freiwillig in Hannover – Netzwerk Bürgerbeteiligung, Beteiligung von Migranten/innen – Arbeitskreis aus Vertreter/innen städtischer Fachbereiche und VertreterInnen von Migrantenorganisationen, Haus kirchlicher Dienste der ev.-luth. Landeskirche Hannovers – Arbeitsstelle Islam und Migration, Region Hannover – Mahn- und Gedenkstätte Ahlem, Migrantenselbstorganisationen und Wohlfahrtsverbände, über die wir unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen vermitteln.

Seit Januar 2003 wird in pädagogischer Verantwortung der Volkshochschule Hannover ein auf die Bedürfnisse der Ehrenamtlichen zugeschnittener Deutschkurs durchgeführt, zwei Mal in der Woche für jeweils drei Stunden.

Seit April 2004 führen drei Studentinnen der Evangelischen Fachhochschule Hannover bei gEMiDe ihre Projektarbeit durch. Diese Projektarbeit ist fester Bestandteil des Hauptstudiums im Studiengang Sozialwesen und dauert ein Jahr.

Als erstes haben betreute Einzelpersonen, Familien, Behinderte usw. einen individuellen Nutzen aus den Besuchen und dem Engagement der Ehrenamtlichen. Durch die – nicht bezahlte – Vorarbeit wurde das Projekt in den Jahren 2000 und 2001 aufgebaut. Seit dem 1. Juli 2001 arbeitet gEMiDe mit Honorarmitteln. Innerhalb weniger Wochen konnte ein von allen Seiten gelobtes Modellprojekt aufgebaut werden. (u.a. Anerkennungsurkunde des Bundespräsidenten Johannes Rau beim WETTBEWERB ZUR INTEGRATION VON ZUWANDE- RERN, am 22. 08. 2002).

gEMiDe wurde im Rahmen eines transnationalen Austauschprogramms in sechs europäischen Ländern als beispielhaftes Projekt ausgewählt. Das transnationale Austauschprogramm MEM-VOL wurde gefördert durch die Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten und das deutsche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Projektleitung lag bei INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main.

Eine „typische“ Mitarbeiterin erzählt:

„Mein Name ist Rahime Tamtürk. Ich bin seit fünfzehn Jahren in Deutschland. Ich bin 30 Jahre alt und ich habe drei Töchter und einen Sohn. Durch meine Heirat bin ich nach Deutschland gekommen. Früher hatte ich nicht genug Selbstvertrauen, um deutsch zu sprechen. Ich konnte keine Sätze aufbauen. Bevor ich deutsch konnte, war ich taub, blind und stumm!

Ich war immer traurig, weil ich sehr wenig Kontakt zu anderen Menschen hatte. Mein Traum war, dass ich die Kulturen der anderen Menschen kennen lerne und den anderen Menschen meine Kultur erklären kann. Ich habe durch eine Frau, die durch das Modellprojekt gEMiDe Hilfe bekommen hat, davon gehört. Dann bin ich zu einem Gruppentreffen gekommen. Beim Gruppentreffen sah ich nur Frauen ohne Kopftuch. Ich brauchte etwas Zeit um mich daran zu gewöhnen.

Die anderen brauchten auch Zeit, um sich an mich zu gewöhnen.

Ich brauchte Hilfe beim Formularen ausfüllen und auch für die Schule meiner Kinder. Die anderen Frauen haben mich viel unterstützt und sie haben mir gesagt, dass ich vieles allein schaffen kann. Zu Anfang war das schwierig. Dann habe ich angefangen, deutsch zu lernen. Als ich gut genug deutsch konnte, habe ich viele Menschen kennen gelernt.

Jetzt wird mein Traum wahr!

Seit ich gut deutsch spreche, habe ich auch guten Kontakt zu meinen Nachbarn.

Eine Nachbarin, Frau Hoppe, ist eine richtige Freundin geworden. Wir besuchen uns gegenseitig, wenn wir Zeit haben. Eine andere Nachbarin kommt aus Spanien. Wir haben so guten Kontakt, dass mein kleiner Sohn zu ihr und ihrem Mann Oma und Opa sagt.

Jetzt gehe ich zu anderen Menschen, um meine Hilfe anzubieten. Ich helfe den Leuten, die sich nicht um ihre Kinder kümmern können, weil sie arbeiten müssen. Momentan arbeite ich nur für zwei Stunden.

Eine deutsche Familie bringt mir ihre kleine Tochter, auf die ich zusammen mit meiner grossen Tochter aufpasse. Hülya hat das vermittelt. Wenn sie ihr Kind abholen, unterhalten wir uns immer. Wir bauen langsam eine Freundschaft auf. Die Familie ruft uns bei Bedarf an. Wir sehen uns sowieso immer auf dem Spielplatz.

Seitdem ich bei gEMiDe mitarbeite, fühle ich mich als Mitglied dieser Gesellschaft. Ich fühle mich anerkannt und habe viele Freunde.

Ich bin nicht mehr taub, blind und stumm!“

Literatur

Beck-Texte im dtv: (2002; Einleitung von Dr. jur. Helmut Rittstieg, S. IX): Deutsches Ausländerrecht. Nördlingen

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2004): Integration in Deutschland 3/, 20.Jg., 28. September 2004, Hans-Jürgen Schmidt. <http://www.isoplan.de/aid/> gelesen am 15.10.2004

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004):Pressemeldung, 01.10.2004 Kurzzusammenfassung Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland

Kontakt: Hülya Feise gEMiDe
Postadresse: Wilhelm-Bluhm-Str.20
30451 Hannover
Tel: 0 511 213 53 63
Fax: 0 511 213 35 29
huelyafeise@hotmail.com
info@gemide.org und gemide@bteu.de
www.bteu.de (Link gEMiDe)

Christa Brämsmann, Mütterzentrum Tenever, Bremen

Migration & Ehrenamt. Ehrenamtliche Tätigkeit am Beispiel des Mütterzentrums Tenever

*Perfektion ist als Norm zu betrachten
Wir als Individuum – sind einzigartig
Unverwechselbar
Und unvergesslich*

Tenever – ein besonderer Bremer Stadtteil. Tenever ist eine typische Großwohnanlage entstanden in den 60er/70er Jahren am Stadtrand von Bremen. Tenever ist gekennzeichnet durch eine hochverdichtete Bauweise (5-22 geschos- sig). Hier leben ca. 7000 Menschen in Sozial- wohnungen.

Das Leben in diesem Ortsteil ist geprägt vom Kinderreichtum („Reichtum der Arm macht“) und von der kulturellen Vielfalt seiner Bewo- hner/innen. Tenever ist international. Hier leben Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammen. 40% der Bewohner sind Auslän- der/innen, 30 % sind Aussiedler/innen. Viele Bewohner/innen leben von Sozialhilfe oder müssen mit geringem Einkommen an der Exis- tenzgrenze zurecht kommen und sind finanziell arm. Ein Indikator für die Armut ist, dass ca. 35% der Bewohner/innen, also in erster Linie alleinerziehende Frauen, Migranten/innen, Aussiedler/innen, kinderreiche Familien, Ju- gendliche, z. Zt. noch auf Sozialhilfe (bis 2004) angewiesen sind.

Die Fluktuation im Stadtteil ist hoch und liegt bei 20%. Viele, die einen sozialen Aufstieg ge- schafft haben, ziehen weg. Wer in Tenever wohnt, hat allein aufgrund dieser Tatsache mit Vorurteilen zu kämpfen. Menschen die hier Leben haben es zum Teil schwerer, einen Ar- beits- bzw. einen Ausbildungsplatz zu finden, da viele Arbeitgeber/innen durch Tenevers Image negativ beeinflusst werden. Die über- wiegende Mehrheit der Nutzer/innen des Müt- terzentrums leben ebenfalls von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, bzw. Arbeitslosenhilfe oder müssen mit geringem Einkommen auskom- men. In den Lebensgeschichten vieler Frauen spiegeln sich finanzielle Nöte, Motivations- und Selbstwertverlust sowie berufliche Orien- tierungslosigkeit wieder. Einige Frauen fühlen sich sozial ausgegrenzt, vereinsamt, isoliert und ausgeschlossen um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Kurzdarstellung zum Stand Mütter- zentrum

Mütterzentrum Tenever

Standort:

Neuwieder Straße, Stadtteil Osterholz,
Bezirk Bremen-Ost

Zielgruppen:

- arbeitslose Frauen und Männer
- Sozialhilfebezieher/innen
- Mütter und Väter
- Alleinerziehende
- Multiplikatoren/innen
- Zuwanderer/innen, Migranten/innen und Aussiedler/innen

Das Mütterzentrum Tenever ist als eingetragener Verein im gleichnamigen Stadtteil u.a. als Initiative, Beratungs-, Weiterbildungs-, Qualifi- zierungs- und Beschäftigungsprojekt auf dem zweiten Arbeitsmarkt in Kooperation mit dem Bremer Beschäftigungsträger BRAS e.V. für Frauen und Männer, insbesondere für Mütter und Zuwanderinnen, tätig. Der Stadtteil Osterholz-Tenever ist ein sozialer Brennpunkt in Bre- men, wo arbeitsmarkt- und familienorientierte Beratung besonders vonnöten ist. Der Verein bietet ehrenamtliche Tätigkeiten und Weiterbil- dungen an, damit die Teilnehmer/innen ihre ei- genen Kompetenzen und Fähigkeiten erkennen und ausbauen.

Der innovative Projektansatz des Mütterzent- rums Osterholz – Tenever ist auf die Lebenssitua- tion der Frauen, insbesondere der Migranten/ innen abgestimmt und bezieht interkulturelle Kommunikation, Verständigung und ehrenamt- liche Tätigkeit als wesentliche Projektbestand- teile mit ein. Während vieler Veranstaltungen, Beratungs- und Qualifizierungsangebote wird eine Kinderbetreuung angeboten, so dass Müt- ter ungestört an Aktivitäten und an Veranstal- tungen teilnehmen können. In Arbeitsgruppen oder in Seminaren wird am Thema, u.a. ehren- amtliche Tätigkeit und bezahlte Arbeit, Fami- lienbildung sowie Gestaltung einer Zukunfts- werkstatt im Mütterzentrum gearbeitet.

Das Mütterzentrum ist am Gender Mainstre- aming Ansatz orientiert, d.h. (Ehe-) Partner, al- leinerziehende Väter sowie Familienangehörige werden in soziale Aktivitäten des Projektes mit einbezogen. Das Mütterzentrum Tenever unter- hält weiterhin mehrere Dienstleistungsprojek- te, in denen Frauen und Männer sozialversiche- rungspflichtig beschäftigt sind, darunter eine Näh- und Schneiderwerkstatt, einen Internati- onalen Mittagstisch, ein Cafe als offener Treff- punkt, eine Secondhand-Tauschbörse, eine Kinderbetreuungseinrichtung für Kinder unter 3 Jahren, ein Büro und ein Internet-Café. Das Internet-Café ist ein weiterer Treffpunkt

für die Stadtteilbewohner/innen, um sich auszutauschen. Durch Bildungsangebote sollen „bildungsferne“ Menschen erreicht und Frauen insbesondere Migrantinnen auf den PC und dem Internetzugang orientiert werden.

Ein weiteres Mikroprojekt, um speziell Zuwanderinnen den Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, ist das EQUAL – Projekt (Träger Mütterzentrum): Berufliche Vorqualifizierung für Zuwanderinnen über 25 Jahre in der Großwohnanlage Bremen Osterholz – Teener in Kooperation mit Capito (Bremer Lernforum) und der VHS (Bremer Volkshochschule) entwickelt worden.

Personalstand:

Im Mütterzentrum sind ca. 50 Personen beschäftigt. 3 Personen in der Geschäftsleitung und ca. 47 Beschäftigte sind verantwortlich in den einzelnen Bereichen tätig. Die Beschäftigung bezieht sich auf ehrenamtliche Tätigkeit (Aufwandsentschädigung), Honorartätigkeit sowie sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Etwa die Hälfte aller im Mütterzentrum beschäftigten Frauen sind Zuwanderinnen. Gerade diese Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt oft wenig Chancen. In der ehrenamtlichen Vorstandsarbeit des Mütterzentrums sind ausländische Frauen aktiv tätig. In der Vorstandsarbeit, der Zukunftswerkstatt, beim Bremer Mütterzentrums- und beim Bundesverbandstreffen der Mütterzentren, Feste, interkulturelle Veranstaltungen, Basare, Kreativ- und Kulturangebote, Kinderbetreuung, Gesprächskreise etc. engagieren sich (zusätzlich) hauptberuflichen Mitarbeiter/innen aller Nationalitäten ehrenamtlich.

Projektbeschreibung: Interkulturelle Arbeit Zugang zur Zielgruppe durch interkulturelle Aktivitäten

Das Mütterzentrum als multikultureller Treffpunkt und Kommunikationsstätte. Hier können soziale Kontakte mit anderen Frauen aufgebaut und Berührungspunkte zwischen deutschen und Migrantinnen gefestigt werden. In einem geschützten Raum werden Lebenssituationen bearbeitet und Berührungspunkte bewältigt. Durch die Möglichkeit sich in andere kulturgemischte Kreise zu begeben, werden Sprachhemmungen abgebaut und Sprachkenntnisse erweitert.

Zum Konzept gehört, das Zusammenleben von deutschen und Migrantinnen zu fördern. Interessierte Frauen, Männer und Kinder unterschiedlichen Alters und Nationalitäten sollen mit den verschiedenen u.a. kulturellen Aktivitäten angesprochen werden. Dabei ist das Ziel Zuwanderer/innen als ehrenamtlich Tätige, Kursleiter/in, Arbeitnehmer/in, An-

sprechpartnerin im Mütterzentrum zu gewinnen. Ein weiteres Ziel ist neben dem Einstieg über Ehrenamt, die Frauen zu ermutigen sich als Honorarfrau auszuprobieren, um ihre finanzielle Lage zu verbessern und um ihr „erstes Geld“ selbst zu verdienen. Durch begleitende Beratung sowie Beschäftigungen in frauenspezifischen Berufen und Qualifizierung unterstützen wir die Migrantinnen, um evt. einen Sprung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu wagen.

Die Arbeit des Vereins wird besonders geprägt und bereichert durch die interkulturelle Zusammenarbeit.

Durch unterschiedliche internationale Aktivitäten s.u. (Freizeit, Gesprächskreise, Nachbarschaftstreff etc.) und Angebote (Kurse, Beratung, Deutschkurse, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen) im Mütterzentrum wird das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen gefördert, Unsicherheiten werden abgebaut. In der täglichen Arbeit zeigt sich, dass die integrative Arbeit mit Migrantinnen und deren Familien meist nur dann gelingt, wenn die Ansprechpartnerin – „die selbe Sprache spricht“. Orientierungshilfe und Unterstützung wird erleichtert, wenn die beratende Frau selbst Zuwanderin ist und sich in die Lebenssituation jener Frau und Familie versetzen kann.

Einerseits wird die interkulturelle Arbeit durch das Engagement der Zuwanderer/innen erleichtert oder erst möglich und andererseits beteiligen sich Migrantinnen auch ehrenamtlich gezielt an unseren Aktivitäten z. B. Koch- und Nähkurse, Kinderbetreuung, Frauengesprächskreise, Sprachkurse, internationale Eltern- und Kindernachmittage und multikulturelle Feste.

Viele Zuwanderinnen erreichen das Mütterzentrum durch den Besuch ihrer tätigen Freundin oder durch den Besuch der „internationalen Abende“. Meist durch die persönliche Ansprache und durch die freundliche Aufnahme trauen sich deutsche sowie ausländische Frauen nach einer Tätigkeit, Hilfestellung auf ehrenamtlicher Basis anzufragen. Wir bieten in dem Rahmen der interkulturellen Arbeit verschiedene spezielle Kursangebote an, um integrativ die Zuwanderer/innen ins Mütterzentrum einzubinden.

So wurde ausgehend von den oben genannten Ansatz eine multikulturelle Frauengruppe gegründet, deren Teilnehmerinnen (deutsche und ausländische Frauen) einerseits die eigene Kultur bewusst leben und gleichzeitig von der anderen Kultur lernen wollen, um gemeinsam Barrieren zwischen Kulturen und Nationalitäten abzubauen. Einmal im Jahr wird gemeinsam der Frauentag: 8.März mit einem internationa-

len Kulturprogramm gestaltet und gefeiert.

Weiterhin wird im Mütterzentrum ein internationaler Mittagstisch angeboten. Frauen kochen Gerichte aus ihren Herkunftsländern. Mitessen kann jede/r, die Preise sind bewusst niedrig gehalten, so dass auch Erwerbslose oder Menschen mit geringem Einkommen sich ein Essen leisten können. An den internationalen Abenden wird neben einem köstlichen Büffet auch ein umfangreiches Kulturprogramm angeboten. Schwerpunkt ist dabei ein bestimmtes Land, eine Region oder auch bestimmte Rituale und Feste aus unterschiedlichen Kulturen.

Weiterhin planen wir 2x im Jahr spezielle Ausflüge für Migrantinnen, Aussiedlerinnen und Deutsche, an denen jeweils eine Mitarbeiterin des Mütterzentrums als Dolmetscherin mitfährt.

Im Mütterzentrum finden Gesprächskreise und Veranstaltungen zum Thema: Integrationsfeld Erziehung, Familie, Schule, Arbeit und Beruf (Kooperation: MiboP/Migra) statt. Das Mütterzentrum bietet familienfreundliche Kinderbetreuung an. Einige Frauen sind durch ihr ehrenamtliches Engagement in den Selbsthilfespielkreisen in diese Arbeit mit Kinder eingewachsen. Fünf ausländische Frauen aus Polen, Russland, Iran und eine deutsche Frau haben eine berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin erfolgreich abgeschlossen.

Frauen, die noch nicht besonders gut Deutsch sprechen, können an Deutschkursen teilnehmen. Als Unterstützungsprojekt, um die deutsche Sprache noch intensiver zu lernen, (Theorie und Praxis im Berufsleben) haben wir ein Vorqualifizierungsprojekt EQUAL mit begleitender Kinderbetreuung auf Anregung einer interkulturellen Frauengruppe entwickelt: „Wir wollen mehr als Kaffee trinken.....“

Berufliche Vorqualifizierung für Zuwanderinnen über 25 Jahre in der Großwohnanlage Bremen Osterholz – Tenever. Wichtig war und ist für uns ein umfassendes Verständnis von Integrationsarbeit mit den daraus resultierenden verschiedenen Angeboten wie Einzel-, Gruppen- und Elternberatung, Orientierungs- und Bildungskurse, Informationsveranstaltungen sowie die Tätigkeiten: Ehrenamt, Honorar-Dozententätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Das Mütterzentrum als Mitbegründerin eines Arbeitskreises zur interkulturellen Zusammenarbeit für den Bremer Osten, organisiert mit anderen Einrichtungen themenorientierte Informationsveranstaltungen. Durch die jahrelange interkulturelle Arbeit im Mütterzentrum haben sich verschiedene Kooperationen sowie Kontakte zu Migrantinnenorganisationen (MiBoP/Migra) entwickelt.

Fazit:

Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stellt ein immanentes Ziel im Aufgabenbereich des Mütterzentrums Osterholz Tenever dar und dokumentiert sich in zahlreichen Aktivitäten. Der interkulturelle Ansatz spiegelt sich insbesondere im Aufbau der Organisation wieder. Frauen aus verschiedenen Nationen (iranische, libanesische, türkische, kurdische, polnische, russische, afrikanische, tamilische, indische, afghanische) sind als ehrenamtlich Tätige, als Kursleiterinnen und als Arbeitnehmerinnen eingebunden. Das Empowerment der teilnehmenden Migrantinnen steht im Mittelpunkt. Das Mütterzentrum Osterholz – Tenever finanziert Bildungsurlaube, Seminare, Ausreisen, Familienfreizeiten, Feste, Blumensträuße etc. zur Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit. Der Verein wird unterstützt von vielen ehrenamtlich engagierten Menschen aus dem Bremer Osten.

Mütterzentrum Osterholz-Tenever e.V.
Neuwieder Str. 17
28325 Bremen
www.tenever.de
Muetterzentrum-tenever@gmx.de

**Christa – M. Brämsmann, Geschäftsführung/
Projektleiterin Mütterzentrum
Osterholz-Tenever e.V
Diplom – Sozialpädagogin/- Sozialarbeiterin**

**Thorsten Zeige,
Landkreis Hersfeld-Rotenburg**

Fit for Quality. Ein Projekt zur Motivation für ehrenamtliche Tätigkeiten

Ausgangslage:

Seit geraumer Zeit wird in unserer Gesellschaft eine abnehmende Bereitschaft festgestellt, sich für gemeinnützige Ziele zu engagieren und ehrenamtliche Tätigkeiten auszuüben. Gerade jungen Menschen wird unterstellt, nur auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein und ihren Fokus nur auf das eigene Fortkommen und nicht auf die Notlagen und Bedürfnisse Anderer auszurichten.

Diese Entwicklung hat nicht zuletzt ihren Ursprung in dem immer härter umkämpften Arbeitsmarkt und den erhöhten schulischen Ansprüchen, die das „zuerst an mich denken“ als Tugend und Notwendigkeit erscheinen lässt. Durch die Befürchtung, selbst keinen (materiell) gesicherten Platz in unserer Gesellschaft zu erhalten, erscheint es notwendig, zuerst einmal die eigene Existenz zu sichern. Als Ausgleich für diese Anstrengungen wird die freie Zeit vornehmlich für Aktivitäten genutzt, die in erster Linie Spaß bereiten. So hat sich sogar der Begriff der „Spaßgesellschaft“ bereits in unserem Wortschatz etabliert.

Da auch bei Erwachsenen, also auch den Eltern der heutigen Jugendlichen immer weniger ehrenamtliches Engagement vorhanden ist, haben junge Menschen wenig Möglichkeiten, Vorbilder zu finden, die ihnen ehrenamtliche Tätigkeitsfelder näher bringen. Die Erfahrung zu machen, dass ehrenamtliches Engagement neben der gesellschaftlichen Notwendigkeit zum einen für die eigene Sozialisation wichtig ist und neue Impulse geben kann, zum anderen aber auch dem Bedürfnis nach „Spaß“ Rechnung trägt, wird ihnen so genommen. Dieser Tatsache soll das Projekt „Fit for Quality“ entgegenwirken.

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist ein nordhessischer Flächenlandkreis mit ca. 130.000 Einwohnern/innen. Er besteht aus 20 Städten und Gemeinden, von denen die Kreisstadt Bad Hersfeld mit ca. 30.000 Einwohnern/innen die größte ist und das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum bildet.

Der Landkreis ist Träger von insgesamt 48 Schulen. Von diesen Schulen sind die 9 Gesamtschulen in den verschiedenen Städten und Gemeinden sowie die Modellschule Obersberg aufgrund der Alterstruktur der Schüler/innen

für das Projekt relevant.

Qualitative Projektziele:

Jugendlichen wird das Angebot gemacht, Praxisfelder für ehrenamtliche Tätigkeiten kennen zu lernen und anhand von ehrenamtlichen Praktika zu erleben, was es bedeutet, ehrenamtlich tätig zu sein, um den ideellen „Wert“ gemeinschaftlichen Engagements für ihre eigene Sozialisation zu erfahren. Um qualifiziert in verschiedenen Praxisfeldern tätig sein zu können, sollen sie einen umfassenden, fachlichen Input über diverse Themenkomplexe, die die ehrenamtliche Arbeit berühren, erhalten, um somit „Fit für ein qualitatives ehrenamtliches Arbeiten“ gemacht zu werden.

Quantitative Projektziele

Das Projekt „Fit for Quality“ startete im August 2001 nach den Hessischen Sommerferien. Als erste Schule beteiligte sich die Brüder-Grimm-Gesamtschule Bebra mit 26 Schülern/innen an dem Projekt. Das Projekt wurde im ersten Jahr vom Jugendamt exemplarisch angeleitet und inhaltlich durchgeführt mit dem Ziel, dass die Schule es in den darauffolgenden Jahren eigenverantwortlich weiterführt und in den Schulalltag implementiert.

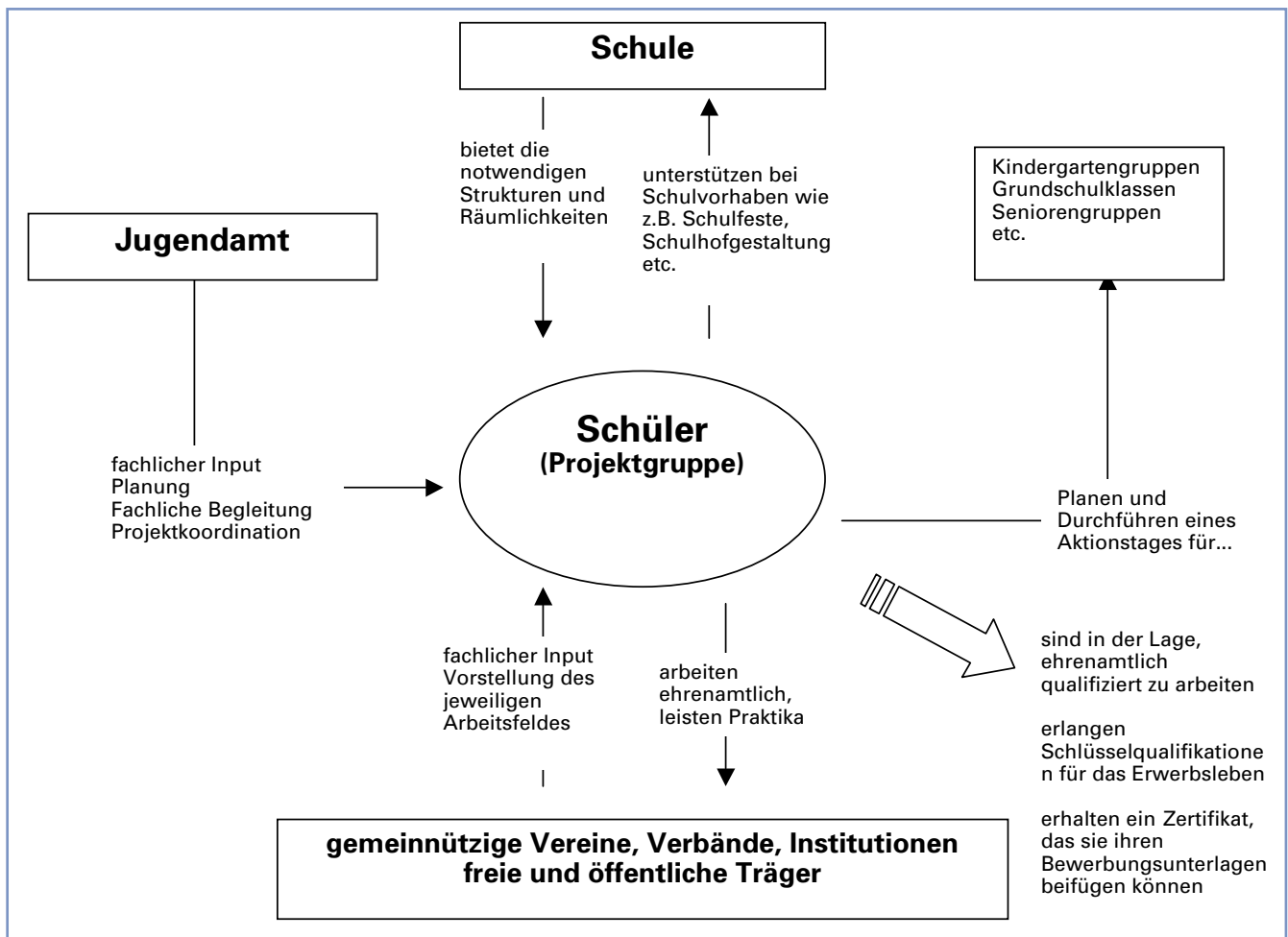
Im Schuljahr 2002/2003 wurde das Projekt in der Gesamtschule Obersberg in Bad Hersfeld mit insgesamt 20 Schülern/innen durchgeführt und lief in der Brüder-Grimm-Schule Bebra mit ebenfalls 20 Schülern/innen weiter. Im Schuljahr 2003/2004 startete das Projekt mit 23 Schülern/innen an der Blumenstein-Gesamtschule Wildeck. Gleichzeitig partizipierten insgesamt 34 Schüler/innen an den bisherigen Projektstandorten an dem Projekt.

Im laufenden Schuljahr wird das Projekt an der Gesamtschule Geistal in Bad Hersfeld für 20 Schüler/innen angeboten und läuft aktuell mit 60 Schüler/innen an den bisher involvierten Schulen weiter. Durch dieses „Schneeballsystem“ konnten bislang 203 Schüler/innen erreicht werden, die sich intensiv mit dem Thema „Ehrenamt“ auseinandersetzen.

Erklärtes Ziel ist es, an allen in Frage kommenden Schulen das Projekt zu implementieren. Davon ausgehend, dass dies gelingt und in jeder Schule ca. 20 Schüler/innen an dem Projekt teilnehmen, erscheint es realistisch, bis zum Jahr 2010 ca. 1100 Schüler/innen zu erreichen und für ehrenamtliche Tätigkeiten zu motivieren.

Zielgruppe

Um eine möglichst altershomogene, aber auch kontinuierlich arbeitende Gruppe junger Menschen anzusprechen, erscheint es sinnvoll, das Projekt an Schulen zu implementieren, da hier



diese Rahmenbedingung vorhanden ist. Im Rahmen der Wahlpflichtangebote der Schulen ist es möglich, Schüler/innen eines bestimmten Jahrgangs anzusprechen, die darüber hinaus durch die Teilnahme am Wahlpflichtkurs, der nach freier Einwahl auch eine gewisse Verbindlichkeit besitzt, das Projekt auf die Laufzeit von einem Jahr anzulegen. Dadurch ist die Kontinuität des Projektes gewährleistet, Fluktuation findet kaum statt.

Projektskizze

Neben der theoretischen Wissensvermittlung in den Bereichen

- Teamfähigkeit
- Projektmanagement
- Moderationstechniken
- Spielpädagogik
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Führungsstile & Rolle eines/r Gruppenleiters/in
- Kommunikationstechniken
- Rechtliche Grundlagen / Aufsichtspflicht
- Konflikttraining bilden praxisorientierte Inputs von Fachleuten aus den verschiedenen Praxisfeldern eine tragende Säule des Projektes.

Diese Fachleute stellen die jeweiligen Praxisfelder vor, informieren über die jeweiligen Adres-

saten/innen und bieten den Schülern/innen die Möglichkeit, in ihrem Bereich ein ehrenamtliches Praktikum zu absolvieren.

Neben den abzuleistenden Praktika können die Schüler/innen ihr theoretisch erworbenes Wissen bei der Planung, Durchführung und Nachbereitung eines Projekttag mit einer von Ihnen selbst gewählten Zielgruppe am Schuljahresende praktisch umsetzen. Weitere Projekteinheiten wie z.B. ein Erste-Hilfe-Kurs sind optional.

Den Abschluss des Projektes/Wahlpflichtkurses bildet ein Kolloquium, in dem die Inhalte des gesamten Projekts abgeprüft werden. Alle Projektteilnehmer/innen, die

1. am Unterricht aktiv teilgenommen haben
2. ein ehrenamtliches Praktikum von mindestens 30 Stunden absolviert haben
3. bei der Realisierung des Projekttag mitgewirkt haben
4. am Abschlusskolloquium mit Erfolg teilgenommen haben

erhalten ein Zertifikat über ihre geleistete Arbeit und die erlernten Inhalte des Projekts. Dieses Zertifikat kann z.B. dazu genutzt werden, Bewerbungsschreiben beigelegt zu werden. Die Teilnahme an den Kolloquien ist freiwillig. Nur die Schüler/innen, die an dem Zertifikat

interessiert sind, müssen daran teilnehmen. Durch die Freiwilligkeit der Abschlussprüfung wird verhindert, dass die Schwelle für eine Einwahl in den Kurs möglichst niedrig gehalten wird und niemand, der an ehrenamtlicher Tätigkeit interessiert ist, durch eventuelle Prüfungsleistungen davon abgehalten wird, sich zu engagieren.

Projektschritte:

1. Pädagogische Spielwiese als praktische Einführung

Als Projektauftritt erhalten die Teilnehmer/innen die Aufgabe, einen Projekt- bzw. Aktionstag für eine selbst festgelegte, imaginäre Zielgruppe zu organisieren, planen und durchzuführen. Die Rollen der Gruppenleitung sowie der Zielgruppe werden durch Gruppenmitglieder wahrgenommen. Hierdurch lernen die Teilnehmer/innen organisatorische, und gruppenbegleitende Prozesse kennen und können diese erproben, ohne mögliche negative Konsequenzen fürchten zu müssen. Dieser Projektabschnitt soll nach Möglichkeit ohne Steuerung seitens der Projektleitung von den Teilnehmern/innen selbstständig durchgeführt werden. Die Rolle der Projektleitung beschränkt sich hierbei auf das Beobachten und das Geben von Hilfestellungen auf Anfrage.

2. Auswertung des Projekttages

Am Ende der Durchführung wird der Projekttag von der Gesamtgruppe reflektiert und ausgewertet. Neben dem positiven Hervorheben der Leistungen wird auf „Pannen“ und planerische Fehler eingegangen. Den Teilnehmer/innen wird dadurch deutlich, dass es eines theoretischen Grundlagenwissens bedarf, um derartige Veranstaltungen (auch im kleinen Rahmen) annähernd professionell durchzuführen.

3. Theoretische Wissensvermittlung

Nachfolgende Themeninhalte werden im theoretischen Teilabschnitt des Projektes mit den Teilnehmern/innen erarbeitet. Hierzu werden unterschiedliche Methoden angewandt, die sich in einem Spektrum von Vortragstätigkeiten bis zu Rollenspiel und Gruppenarbeit bewegen.

Je nach Interessenlage der Gruppe ist die Liste erweiterbar.

Teamfähigkeit	<ul style="list-style-type: none"> ■ Definition und Merkmale eines Teams <ul style="list-style-type: none"> ■ Vorteile und Voraussetzungen ■ Teamentwicklung
Projektmanagement	<ul style="list-style-type: none"> ■ Was ist ein Projekt? ■ Zieldefinition <ul style="list-style-type: none"> ■ Projektorganisation ■ Projektdurchführung ■ Projektauswertung ■ Kostenkalkulation
Moderationstechniken:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorbereitung einer Moderation <ul style="list-style-type: none"> ■ Moderationsplan ■ Moderationszyklus ■ Verhaltensregeln ■ Techniken
Spielpädagogik	<ul style="list-style-type: none"> ■ Spieleketten <ul style="list-style-type: none"> ■ Spiele mit und ohne Gewinner ■ Umwelterlebnisspiele ■ Vorbereitung von Spielfesten
Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kommunikationsnetz <ul style="list-style-type: none"> ■ Formen der Pressearbeit ■ Textaufbau ■ Schreibstile
Führungsstile	<ul style="list-style-type: none"> ■ Rolle der Gruppenleitung <ul style="list-style-type: none"> ■ Funktion und Aufgaben von Gruppenleitung ■ autoritärer, demokratischer & laissez-faire Stil
Rechtliche Grundlagen:	<ul style="list-style-type: none"> ■ Aufsichtspflicht <ul style="list-style-type: none"> ■ Verantwortlichkeiten ■ wichtige Gesetzestexte aus KJHG, StGB, BGB etc.
Kommunikation	<ul style="list-style-type: none"> ■ verbale & nonverbale Kommunikation <ul style="list-style-type: none"> ■ Transaktionsanalyse ■ Umgang mit Killerphrasen ■ Ich-Botschaften ■ Vorbereitung auf Gespräche
Konflikttraining	<ul style="list-style-type: none"> ■ Streitschlichtung <ul style="list-style-type: none"> ■ Reagieren in Gewaltsituationen ■ konstruktives Austragen von Konflikten

4. Fachlicher Input von Vertreter/innen gemeinnütziger Institutionen, Vereine und Verbände

Um die Schüler/innen auf ihre bevorstehenden Praktika vorzubereiten, werden Fachleute aus verschiedenen Praxisfeldern ehrenamtlicher Arbeit in die Schule eingeladen, die ihren jeweiligen Bereich vorstellen. Exemplarisch sind hier folgende Organisationen/Institutionen zu nennen:

- Seniorenheim
- Tierschutzverein
- Begegnungsstätte für deutsche und Ausiedler
- Kindergarten
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Hervorzuheben ist, dass alle an die Schule kommenden Institutionen bereit sein müssen, Schüler/innen als Praktikanten aufzunehmen.

5. Ehrenamtliche Praktika

Eine tragende Säule des Projektes sind die ehrenamtlich abzuleistenden Praktika in gemeinnützigen Organisationen, zu denen die Schülerinnen und Schüler selbständig Kontakt aufnehmen und mit denen sie Absprachen treffen. Neben der Stärkung des Selbstbewusstseins ist dies auch eine gute Vorübung für später anstehende Ausbildungsplatzbewerbungen. Die Mindestdauer zur Erlangung des oben beschriebenen Zertifikats sind 30 Stunden, die bei freier Einteilung nach Absprache mit den Praxisstellen in der Freizeit abzuleisten sind. Hierdurch soll Interesse an einer kontinuierlichen ehrenamtlichen Arbeit geweckt und gefördert werden. Während der Praktika haben die Schüler/innen jede Woche in den Gruppenstunden die Möglichkeit, ihre Arbeit zu reflektieren.

6. Projekttag mit „Ernstcharakter“

Zum Schuljahresende wird ein zweiter Projekttag analog zum ersten Projekttag am Schuljahresbeginn durchgeführt, mit dem Unterschied, dass nun tatsächlich eine Teilnehmergruppe eingeladen wird. Die Teilnehmergruppe sowie die Inhalte des Projekttag legen die Schüler/innen selbst fest. Die Durchführung dient der Umsetzung, aber auch der Überprüfung der erlernten Inhalte.

7. Abschlusskolloquium

In einem Abschlusskolloquium werden die theoretischen Inhalte geprüft. Weiterhin haben die Teilnehmer/innen die Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit den abgeleisteten Praktika zu diskutieren. Das Abschlusskolloquium ist freiwillig und nur für die Schüler/innen relevant, die das Zertifikat erwerben möchten.

8. Zertifizierung

Innerhalb des Projektes werden von den Schüler/innen neben den oben beschriebenen fachlichen Kompetenzen auch Schlüsselqualifikationen vermittelt, die für das Bestehen auf dem Arbeitsmarkt von Bedeutung sind. Hier sind u.a. zu nennen:

- Fähigkeit zur Teamarbeit,
- Selbständiges Erkennen und Lösen von Problemen,
- Koordinations- und Planungsverständnis,
- Flexibilität,
- Empathie

Die Schüler/innen, die die unter „Projektskizze“ beschriebenen Leistungen erbracht haben, erhalten zum Abschluss des Projektes ein Zertifikat. Mit diesem Zertifikat wird den Teilnehmern/innen Kompetenz in den erlernten Wissensgebieten bescheinigt. Weiterhin weist das Zertifikat auch die ehrenamtliche Tätigkeit aus. Diese Bescheinigung kann u.a. durch die o.g. Schlüsselqualifikationen bei den anstehenden Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz hilfreich sein. Die Schwelle zur Erlangung des Zertifikats ist bewusst sehr hoch angelegt, um dem Papier auch für Arbeitgeber/innen einen gewissen Wert zu verleihen.

Auswertung

Als Grund für die Einwahl gaben 65% der befragten Schüler/innen das Interesse an ehrenamtlichen Tätigkeiten an.

70% gaben an, dass das Projekt sehr anspruchsvoll sei, würden es aber jederzeit wieder wählen. Als besonders positiv wurde mit 40% der Projekttag mit Ernstcharakter gefolgt vom Erste-Hilfe-Kurs (35%) und der Vorstellung der Praxisstellen (10%) bewertet, also die Projekteinheit, in der die Schüler/innen ihr erworbenes Wissen unter Beweis stellen konnten.

Als eher negativ wurde die Tatsache bewertet, dass im Bereich des theoretischen Inputs relativ viel Schreiarbeit zu leisten war. (40%)

Alle Schüler/innen hatten ein ehrenamtliches Praktikum absolviert. 50% alle Befragten gaben an, dies in einem Kindergarten getan zu haben, gefolgt vom Tierschutzverein (20%), Bahnhofsmission (20%) und Seniorenheimen (10%).

90% aller befragten Schüler/innen bewerteten das Projekt als sehr gut bis gut. 10% bewerteten es als zufriedenstellend. Im negativen Bereich gab es keine Nennung.

35% gaben an, auch weiterhin ehrenamtlich in den kennengelernten Bereichen tätig sein zu wollen. 55% konnten sich noch nicht festlegen. Lediglich 10% lehnten ein weiteres ehrenamtliches Engagement ab.

Problematisch für das Projekt ist die im Zusammenhang mit der Organisationsform „Wahlpflichtunterricht“ bedingte Notenge-

bung seitens der Schulen. Für die Zukunft ist daher angedacht, das Projekt im Bereich der Nachmittagsangebote der Schulen anzusiedeln, sobald hierfür geeignete Strukturen im Landkreis vorhanden sind.

Weiterhin sollen die Praxisstellen im Kindergarten deutlich zurückgefahren werden, da es hier aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist, dauerhaft ehrenamtlich tätig sein zu können. Überall dort, wo persönliche Kontakte entstehen, ist die Wahrscheinlichkeit eines weiteren ehrenamtlichen Engagements über die Dauer des Projektes hinaus als sehr hoch anzusehen.

Peer Leadership. Training für Demokratische Bildung und Interkulturelle Kompetenz

Das Projekt Peer Leadership Training für Demokratische Bildung und interkulturelle Kompetenz ist ein Baustein des Förderprogramms XENOS der Europäischen Union und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Abbau von Rassismus in der Arbeitswelt. Weiterhin beteiligen sich maßgeblich an der Förderung die Freudenbergstiftung und die von Stern und der Amadeu-Antonio-Stiftung getragene gemeinsame Aktion ‚Mut gegen rechte Gewalt‘. Die Teilnehmer/innen befinden sich im Übergang von der Schule zum Beruf. Sie werden zu Multiplikatoren für interkulturelle Kompetenz und demokratische Bildung ausgebildet und arbeiten präventiv gegen Rechtsextremismus, Ausgrenzungs- und Ungleichheitsideologien

Was ist ein Peer Leader?

Als Peer Leader werden in der Regel Jugendliche bezeichnet, die in ihren Gruppen Gleichaltriger etwa in Schulklassen oder Ausbildungs-Jahrgängen eine natürliche Autorität und Respekt genießen. Das kann aus ihrem natürlichen Auftreten, ihrem Selbstbewusstsein und/oder Charisma resultieren und muss nicht zwangsläufig auf ihrer überlegenen Intelligenz basieren.

Warum liegt das Augenmerk auf Peer Leaders?

Jugendliche lernen am besten von anderen Jugendlichen. Sie wirken oft authentischer auf ihre Altersgenossen. Sie sind im Besitz von Primärwissen über Themen, Fragen und Gedanken ihrer Altersklasse. Gleichzeitig erhöht ihre Vertrautheit mit dem sprachlichen Code ihrer Generation ihre Glaubwürdigkeit. Gelingt es also, Peer Leader von Inhalten und Prinzipien zu überzeugen, so dass diese verinnerlicht werden, so wirken Peer Leader als Multiplikatoren/innen mit dem Vorteil größerer Authentizität.

Das RAA Peer Leaders Projekt

Im Peer Leader Training lernen die Peer Leader Methoden und Übungen, um Diskussionen mit Gleichaltrigen zu führen und Kompetenzen in den spezifischen RAA-Themengebieten zu entwickeln:

- Interkulturelle Kompetenz und Gendermainstreaming
- Rechtsextremismus und (rechts)extremistische Ideologien
- Asyl und Migration

- Konflikt- und Gewaltlösungsstrategien
- Diskriminierung und Rassismus
- Demokratie und Zivilgesellschaft
- Globalisierung und Gerechtigkeit

Das Trainingsprogramm ist eine Ausbildung für Jugendliche. Über die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten der Jugendlichen sowie ihre praktische Anwendung während des Programms wird ein entsprechendes Zeugnis (Qualipass, Jugendleiterausweis) ausgestellt.

Ziel des Programmes ist es last but not least, das Demokratieverständnis in der Schule und im Schulumfeld zu fördern.

Die Struktur des RAA Peer Leaders Projekt

Das Trainingsprogramm zielt auf die Ausbildung und Unterstützung von Personen zur Demokratisierung von Schulen und Berufsschulen und zur Förderung der Integration der dort unterrichteten Migrant/innen und Minderheiten. Partner sind sechs Berliner Schulen, je eine Thüringer und Brandenburger Schule sowie das Projekt „Ausbildung von türkischen Azubis“ und das Roma-Projekt der RAA Berlin. Die RAA in Rostock, Hoyerswerda und Leipzig wenden das Konzept regional angepasst an und nehmen an den Bundesseminaren und am Erfahrungsaustausch im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der RAA teil. Weiterhin ist die RAA Hagen unser Kooperationspartner.

Peer Leaders Projekte in Schulen und Schulumfeld, regionale Treffen und Seminare mit Schwerpunktthemen auf Bundesebene bilden den Rahmen zum Austausch von Erfahrungen, zum Lernen und zur Herausbildung stabiler Peer Leader Teams in den einzelnen Regionen. Bei den regionalen Treffen werden gemeinsame Projekte entwickelt und durchgeführt, Erfahrungen werden ausgetauscht und diskutiert. Die Peer Leaders arbeiten damit immer im Team.

Ziel des Programms

Ziel der intensiven Förderung des Peer Leader Trainingsprogramms ist die Aktivierung einer großen Zahl von Jugendlichen. Diese sollen sich für Projekte gegen Rechtsextremismus und soziale Ausgrenzung, zur Respektierung und Integration von Minderheiten, zur Förderung von Eigeninitiative und demokratischem Handeln in ihren Schulen, Ausbildungs- und zukünftigen Berufsfeldern einsetzen.

Links:

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

www.raa-berlin.de/RAAseiten/projekte/peerleader.htm

Christof Palm, Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der Sportjugend Rheinland-Pfalz

Schulhof als gewaltfreie Zone: Schülerassistenten-Ausbildung der Sportjugend Rheinland-Pfalz

„Spielen und laufen statt schlagen und raufen“

Im Rahmen der landesweiten „Sportjugend-Initiative: Kids und Sport gemeinsam stark“ bildet die Sportjugend Rheinland-Pfalz seit 1997 mit Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend, des Ministeriums des Innern und für Sport sowie der AOK Rheinland-Pfalz Schülerassistenten und Schülerassistentinnen aus. Weitere Partner sind die Unfallkasse Rheinland-Pfalz, der Behindertensportverband Rheinland-Pfalz, die NFL Europe/Frankfurt Galaxy sowie das Programm „Integration durch Sport“ des DSB. Pro Jahr finden fünf Ausbildungen für rheinland-pfälzische Schulen statt. Eine EU-Schülerassistenten-Ausbildung wird einmal pro Jahr für Schulen aus Belgien, Frankreich, Luxemburg und Rheinland-Pfalz ausgerichtet. Mehr als 1600 Schülerassistenten und Schülerassistentinnen sind an über 300 rheinland-pfälzischen Schulen bereits im Einsatz.

Aufgaben der Schülerassistenten/innen

Die Schüler/innen sollen lernen, mit- und eigenverantwortlich Freizeitangebote für Mitschüler/innen zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Im Vordergrund stehen spielerisch-sportliche Aktivitäten, aber auch Angebote mit kreativ-gestalterischer Zielsetzung. So sollen die ausgebildeten Schüler/innen zunächst die Betreuung von Bewegungs- und Spielangeboten in der Pause übernehmen, aber auch Angebote in den Freistunden, im Rahmen der Ganztagschulbetreuung und nach der Schule durchführen. Sie sollen sich außerdem bei der Organisation von Wettkämpfen, Schulfesten, Discos, sozialen und Umweltaktionen sowie bei der Schul(hof)gestaltung einbringen. Die Vernetzung mit der Schülervertretung, der Lehrerschaft, anderen Schulen, Jugendzentren, Vereinen etc. wird empfohlen, um die Möglichkeiten zu erhöhen, die Leistungen zu verbessern und den Einzelnen zu entlasten.

An Grundschulen ohne Anbindung an weiterführende Schulen werden interessierte Eltern als sogenannte Elternassistenten gewonnen. Damit das Konzept an den Schulen auch ohne von der Sportjugend ausgebildete Schüler weiterläuft, nimmt pro Schule mind. ein/e Lehrer/in teil, der/die sich für die Interessen der Kinder und Jugendlichen einsetzt, Schüler/innen für die Idee gewinnt und einweist.

Schülerassistenten-Ausweis und Zeugnisdokumentation

Die Schülerassistenten-Ausbildung umfasst 30 praxisorientierte Unterrichtsstunden, die an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden (Freitagnachmittag/Samstagmorgen) angeboten werden. Versichert ist die Maßnahme als schulische Veranstaltung bei der Unfallkasse. Alle Teilnehmer/innen erhalten nach regelmäßiger und engagierter Teilnahme einen laminierten Schülerassistentenausweis mit Foto sowie eine Teilnahmebestätigung, die gerade bei Haupt- und Sonderschülern/innen ein besonderes Engagement dokumentiert und bei Bewerbungen soziale Qualitäten dokumentiert. Der/die Schüler/in kann sich auf Wunsch sein/ihr ehrenamtliches Engagement als Schülerassistent/in ins Zeugnis eintragen lassen.

Zielsetzungen

Zielsetzungen der Ausbildung, die wissenschaftlich diskutiert und statistisch belegt werden, sind:

- Gewaltprävention: Kanalisieren und Kompensieren von angestauten Aggressionen über das Medium Sport
- Förderung von Partizipation, Eigeninitiative, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein
- Gesundheitsförderung durch Bewegung
- Suchtprävention: stark machen gegen Drogen
- Persönlichkeitsbildung und Entwicklung von Vorbildverhalten
- Förderung von demokratischem Verhalten und Sozialverhalten
- Sensibilisierung für Toleranz und Integration von Benachteiligten
- Unfallprävention
- Förderung zielorientierter Arbeit

Evaluation bestätigt Gewaltrückgang an Schulen

In einer Evaluation bestätigen 56% der Schulen, die mit den Assistenten/innen arbeiten einen Rückgang von Gewalt. Die Schulen melden außerdem eine stärkere gegenseitige Rücksichtnahme, unproblematisches Schlichten von Streitereien, mehr Ausgeglichenheit im Unterricht, verbesserte Teambildung, eine Entlastung der Pausenaufsicht, harmonisches Spielverhalten, eine freundlichere Atmosphäre u.a.m.. Die Unfallkasse verzeichnet eine deutliche Verminderung der Pausenunfälle durch den Einsatz der Spielekisten.

Ausbildungsorte, Teilnehmer und ihre Auswahl

Schulen oder Schulzentren können sich bei der Sportjugend um die Ausrichtung bewerben.

Pro Ausbildung werden nach dem Schulverzeichnis für allgemein bildende Schulen alle Schulen eines Schulkreises eingeladen, sodass die Anreise nur kurz ist. Grundschulen werden nur eingeladen, wenn sie bei der Sportjugend Interesse bekundet haben. Nach Eingang der Meldungen nehmen die ersten sechs Schulen mit vier bis sechs Schülern/innen und einem/ einer Lehrer/in teil. Auf die Auswahl der teilnehmenden Schüler/innen nimmt die Sportjugend keinen Einfluss.

Ausbildungsinhalte

- Allgemeine Ziele und Aufgaben der Schüler-/Elternassistenten
- Fair-Play-Verhalten als Person und in der Gruppe mit Fair-Play-Spielen
- Fragen zu Rechten und Pflichten/Unfallverhütung/Verhalten bei Unfällen
- Spiele aus der Spielekiste, Organisation in der Pause, Behandlung, Pflege und Ergänzung von Materialien
- Integration durch Sport, Organisation von Spielfesten mit dem Sport- und Spielmobil der Sportjugend Rheinland-Pfalz
- Spiel- und Turnierorganisation am Beispiel einer ausgewählten Sportart- Ideen und Tipps zur Durchführung von Kinder- und Jugendveranstaltungen
- Potentielle Kooperationspartner der Schüler-/Elternassistenten und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit
- Richtig Sporttreiben: Vom Warm-up bis zum Cool-down
- Sport mit behinderten Kindern und Jugendlichen
- Kreative Bewegungsformen, Abenteuer- und Erlebnissport in der Pause und bei Schulveranstaltungen
- Einführung in das Inline Skaten, Sicherheit und Material mit Tipps zum Kauf, Fall-, Brems- und Fahrtechnik
- Jugendszenen: Sport und Musik – Hip Hopp, Street Dance und Video Clip Dance
- American Sports: American Football als Flagg Football – Technik, Taktik, Regeln
- Bau, Gestaltung und Beklettern einer horizontalen Kletterwand (Boulderwand)

Dass auch pädagogische Inhalte vermittelt werden, versteht sich von selbst, da die Schülerassistenten/innen ihren Alters- und Klassenkameraden/innen als Leitbilder dienen sollen. Grundlage hierfür ist der Gedanke der „Peer Education“ (das Lernen von Gleichaltrigen). Die Ausbildungsinhalte werden von haupt- und ehrenamtlichen Referenten/innen der Sportjugend und ihrer Partner situationsgerecht im Bezug auf die spätere Tätigkeit der Assistenten in praktischen Übungen vermittelt. Auf freiwilliger Basis besteht die Möglichkeit zu ei-

nem Praktikum als Trainerassistent/in in einem Sportverein zum Kennenlernen des Ablaufs einer Trainingsstunde. Schulen die bereits an einer Ausbildung teilgenommen haben, werden zu regionalen themenspezifischen Fortbildungsnachmittagen eingeladen.



Spielekiste für jede Schule

Zusätzliche Motivation für die Beteiligung am Konzept ist u.a. die Spielekiste der Sportjugend Rheinland-Pfalz im Wert von 1.000 €, die jede teilnehmende Schule erhält. Für die ausrichtende Schule gibt es zudem ein Griff-Set zur Installation einer Kletterwand im Wert von 500 €. Den Schülern/innen ist es wichtig, dass ihr ehrenamtliches Engagement von den an der Ausbildung beteiligten Partnern unterstützt und ihr Status mit Ausweis, Teilnahmebestätigung und im Schulzeugnis dokumentiert wird. Das Ausbildungskonzept ist in andere Strukturen übertragbar. Die Umsetzung kann von Schulen unterschiedlich organisiert werden, wie beispielsweise durch die Ausgabe von Pausensportausweisen.

**Weitere Informationen gibt es bei der Sportjugend Rheinland-Pfalz,
Dr. Ohle Wrogemann oder Christof Palm,
Rheinallee 1, 55116 Mainz
Tel. 06131/2814-358 od. -355
Fax 06131/23 67 46
E-Mail: infos@sportjugend.de
Internet: www.sportjugend.de**

Christof Palm, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Publizistik, Uni Mainz (Abschluss: Diplom-Kaufmann), Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Sportjugend Rheinland-Pfalz im Landessportbund RLP

**Roland Löbel, Quartiersmanagement
Neuschönefeld, Leipzig**

Quartiersmanagement in Leipzig Neuschönefeld: Aktivierung von Bewohnerin- nen und Bewohnern

Auftraggeber, Förderung und Sitz

Das Quartiersmanagement in Neuschönefeld wird durchgeführt im Auftrag der Stadt Leipzig (Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung) und co-finanziert mit Mitteln der EU – Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Sitz des Quartiersmanagements ist der „Treffpunkt Kohlgarten“, Kohlgartenstr. 47, Leipzig.

Zielgruppe des Quartiersmanagements

Angesprochen werden alle Personen und Einrichtungen, die ein Interesse an der Entwicklung des Stadtteils haben. Dies umfasst Privatpersonen, Vereine und Gewerbetreibende aus dem Quartier. Speziell werden dabei Aspekte der Frauen, Migranten/innen und Arbeitssuchenden beachtet.

Ziele

- Sensibilisierung für ein Engagement im Stadtteil
- Schaffen von Anlässen und Projekten für aktives Mitwirken unterschiedlicher Zielgruppen
- Unterstützung der Selbstorganisation, Interessenvertretung, Anleiten bei Projektentwicklung
- Verbesserung des „social capital“ in den Stadtteilen

Projektskizze

Im Rahmen des Quartiersmanagements legen wir großen Wert auf Aktivierung der Bewohner/innen. Dafür nutzen wir unterschiedliche Methoden, um das Engagement der Bewohner/innen zu wecken. Exemplarisch sollen drei genannt werden.

1. Bürgergutachten

Per Zufall ausgewählt, nahmen circa 15 Bewohner/innen an der Erstellung eines Bürgergutachtens zum Quartier teil. In den vier Sitzungen à zwei Stunden wurden zu thematischen Schwerpunkten der Stadtteilentwicklung (Soziales / Verkehr / städtebauliche Situation / Stadtteil-Kultur) Analysen und Verbesserungsvorschläge entwickelt.

Die Beteiligten waren vor der Teilnahme am

Bürgergutachten größtenteils nirgends engagiert, hatten zum Teil auch wenig Kontakte zu Nachbarn innerhalb des eigenen Viertels. Sie wurden mit dem Verfahren als „Stadtteilexperten“ anerkannt und entdeckten die eigenen Fähigkeiten zur Entwicklung von Projektideen.

Aus den Projektideen wurde eine Auswahl getroffen und im Handlungskonzept des Quartiersmanagements festgehalten.

Der Projektbeirat, der aus dem Bürgergutachten entstand, bleibt als offenes Stadtteilgremium nach dem Bürgergutachten bestehen. Unter anderem obliegt ihm die Entscheidung über die Mittelverteilung des Neuschönefelder Initiativfonds. Außerdem informiert er über die laufenden Aktivitäten im Stadtteil bzw. des Quartiersmanagements und hat eine beratende sowie unterstützende Funktion.

Zwei realisierte Ideen des Bürgergutachtens werden hier vorgestellt.

2. Stadtteilstadt „NeuschöneFest“ 2004

Die Realisierung eines Stadtteilstadtes war die am stärksten favorisierte Idee aus dem Bürgergutachten. Die Vorbereitungszeit für das Fest betrug ca. 4 Monate. Während der Vorbereitungsitzungen war ein durchgehend hohes ehrenamtliches Engagement sowie ein zunehmend wachsender Kreis von Akteuren involviert. Die kontinuierliche Beteiligung der Aktiven an Konzeption und Umsetzung des Festes schaffte eine hohe Bereitschaft bei der Mitwirkung, der gegebene Gestaltungsspielraum wurde durch die Beteiligten geschätzt und ausgenutzt.

Das NeuschöneFest selbst war für die Beteiligten ein Erfolg. Anknüpfend an das Erfolgserlebnis war die Motivation für weiteres ehrenamtliches Engagement für den Stadtteil hoch. Das Interesse an der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement blieb bestehen.

3. Nachbarschaftswerkstatt

Die Idee, eine Werkstatt für gegenseitige nachbarschaftliche Hilfe zu entwickeln, stammt ebenfalls aus dem Bürgergutachten. Neben dem technischen gibt es auch einen sozialen Anspruch: als Anlaufpunkt für den Stadtteil zu fungieren, als eine Art „Stadtteilzentrum“. Der Bürgerverein Leipziger Ostvorstadt e.V. wurde als Träger gewonnen sowie eine Anschubfinanzierung über LOS akquiriert. Eine offene Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig, um die aktuellen Entwicklungen zu beraten und Entscheidungen zu treffen. Beteiligte sind Privatpersonen, Mitglieder des Bürgervereins sowie Mitarbeiter des Quartiersmanagements.

Im August 2004 entschieden sich die Beteiligten für eine Räumlichkeit, der Mietvertrag wurde unterzeichnet.

Eine ehrenamtliche Kerngruppe übernahm die Vor- und Einrichtung der Werkstatt. Stadtweite Spendenaufrufe statteten die Werkstatt aus. Die Öffnungszeiten werden ebenso von Ehrenamtlichen realisiert.

Besonderheiten

Das Quartiersmanagement als Beteiligungsinstrument ist in den Stadtteilen weitgehend unbekannt. Es existieren oft wenig Strukturen zur Beteiligung.

Der Zugang zu Bewohner/innen erfolgt am besten über die direkte Ansprache oder individuelle Anschreiben.

Die im Ehrenamt gewonnenen Erkenntnisse dienen den Bewohner/innen als Gewinn an Selbstbewusstsein und Selbständigkeit. Die durch Ehrenamtliche realisierten Projekte dienen dem Stadtteil und sind in ihm verankert.

Das Ehrenamt benötigt dabei einen organisatorischen Rahmen. Dazu zählen:

- Eine koordinierende Stelle (Informations- und Veranstaltungskoordination)
- Die Organisation der Treffen
- Kontinuität der Arbeit in den Projekten (bei Ehrenamtlichen zum Teil nicht gegeben)
- Moderationstechniken
- Kontakte
- Die Übernahme von Teilaufgaben

Positive Erfahrungen

Die Bereitschaft und die grundlegende Kompetenz zur Realisierung angestrebter Projekte sind im Stadtteil bzw. bei den Bewohner/innen meist vorhanden, notwendige Erfahrungen zum Teil auch. Der Antrieb für die Beteiligung der Bewohner/innen liegt unter anderem in der Neugier und Offenheit, am Wunsch zur Zusammenarbeit im Stadtteil sowie an der Identifikation mit dem Stadtteil.

Ein wichtiger Faktor für kontinuierliche Beteiligung liegt im Erfolg des Projektes. Erfolge geben Anlass für weitere Aktivitäten in anderen bzw. ähnlichen Projekten.

Schwierigkeiten

Bei der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen erweist sich die oftmals lange Phase zwischen Idee und Umsetzung als Schwierigkeit. Eine durchaus verständliche Ungeduld und das Hinzukommen neuer Projektbeteiligter verändert die Arbeitsgruppen ständig.

Die im allgemeinen unbekanntem Beteiligungsmöglichkeiten lösen oftmals Skepsis aus. Das Spektrum der Mitwirkungsmöglichkeiten ist dabei breit gefächert und wird unterschiedlich angenommen. Während die Bereitschaft für Ideenfindungen gut ist, ist die konkrete Mitwirkung am ersonnenen Projekt wesentlich geringer.

Im allgemeinen ist für interessierte Bürger die Arbeit vorhandener Vereine zum Teil wenig professionell. Selten wird aktive, offene Nachfrage nach ehrenamtlicher Unterstützung propagiert. Auch gibt es zu wenige Einstiegshilfen in die Ehrenamtlichkeit.

Schlussfolgerungen

Handlungsansätze für die weitere Arbeit liegen bei der:

- Qualifizierung von Vereinen für den professionellen Umgang mit Ehrenamtlichen
- Qualifizierung im Fundraising
- Entwicklung besserer Einstiegshilfen für Engagement
- Entwicklung innovativer Formen der Anerkennungskultur.

Autoren

Angelika Kell, Dipl.-Politologin,
Agentur Doppelspitze
Roland Löbel, Dipl.-Ing.,
Stadtteilmoderator in Leipzig – Neuschönefeld, Mitarbeiter der Doppelspitze GbR

Träger:

Doppelspitze – Agentur für kooperative
Planung, Beratung und Moderation
Ralf Elsässer - Angelika Kell GbR
www.doppelspitze.de

Projektvorstellung „Quartiersmanagement-Hafen“ des Planerladen e.V. in der Dortmunder Nordstadt

1. Begrüßung und persönliche Vorstellung

Stefan P. Andres:

Wir möchten uns vorweg für die Einladung bedanken. Ich bin Stadtplaner und arbeite seit Juli 2003 im Quartier Hafen. Bevor ich in die Nordstadt kam, war ich beim Stadtentwicklungsamt der Stadt Weimar als Sachbearbeiter und zweiter Projektverantwortlicher für ein Gebiet im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ angestellt. Hier war ich insbesondere für die Betreuung des Prozesses zur Leitbildentwicklung für das Stadtgebiet zuständig.

Melek Dağ:

Ich bin Diplom-Pädagogin türkischer Herkunft und seit Juli 2002 im Projekt „Quartiersmanagement-Hafen“ beschäftigt. Ich bringe Erfahrungen mit Gemeinwesenarbeit und zielgruppenbezogener Sozialarbeit aus den Stadtteilen Duisburg-Marxloh und Essen-Katernberg mit. Beide Stadtteile sind – wie die Dortmunder Nordstadt – in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ eingebunden. Als Migrantin der zweiten Generation bin ich in einem Stadtteil in Duisburg aufgewachsen, der strukturelle Ähnlichkeiten zur Nordstadt aufweist, so dass mir der Lebensalltag, aber auch die konkreten Ansatzpunkte für Verbesserungsmaßnahmen persönlich sehr vertraut sind. Ich bringe zudem auch Erfahrungen im Bereich der Marketingarbeit mit.

Den Schwerpunkt unseres Vortrages bildet die Bürger/innenbeteiligung im Quartier Hafen im Rahmen der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II für die Dortmunder Nordstadt. Wir werden Ihnen drei konkrete Projekte vorstellen, bei denen insbesondere Kinder- und Jugendliche, sowie deren Eltern beteiligt waren. Bevor wir hierzu kommen, möchten wir vorweg einige grundlegende Informationen zu unserem sozialräumlichen Handlungsfeld, der Dortmunder Nordstadt, und hier insbesondere zum Quartier Hafen, geben sowie die Aufgaben benennen, mit denen wir betraut sind.

2. Projektansatz

Das Projekt Quartiersmanagement Hafen läuft im Planerladen e.V. seit Juli 2002. Es wird gefördert aus der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II und ist Teil des Gesamtprojektes Quartiersmanagement Nordstadt unter der Federführung des URBAN-II-Teams der Stadt Dortmund.

2.1. Quartiersmanagement in der Dortmunder Nordstadt

Die Stadt Dortmund hat die Trägerschaft für das Quartiersmanagement für alle drei Nordstadtquartiere (Hafen, Nordmarkt, Borsigplatz) im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens an ortsansässige Träger vergeben. Im Hafenquartier ist der Träger der Projektverbund Nordstadt, bestehend aus Planerladen e. V., dem Planungsbüro BASTA und der GrünBau gGmbH.

Die jeweiligen Quartiersgrenzen werden in enger gegenseitiger Abstimmung mit den anderen Trägern des Quartiersmanagement Nordstadt flexibel und problembezogen gehandhabt. Ausschlaggebender Orientierungsmaßstab soll die lebens- und alltagsweltliche Wahrnehmung der Bewohner/innen sein. Zahlreiche Aktivitäten werden zudem gebietsübergreifend und stadtteilweit in intensiver Abstimmung mit Politik und Verwaltung, insbesondere mit der Stadt Dortmund als Auftraggeber angegangen.

2.2. Was ist URBAN II?

URBAN II ist eine Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union. Es werden Maßnahmen und Projekte in Städten und Stadtvierteln finanziell gefördert, die zur dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Weiterentwicklung der Stadtteile beitragen. Europaweit werden 70 Städte gefördert. Dortmund wurde mit der Nordstadt als einzige Stadt in NRW ausgewählt.

Das Programm läuft bis 2006. Bis dahin müssen alle finanziellen Mittel durch politische Beschlüsse gebunden sein. Bis Ende 2008 müssen dann alle Projekte einschließlich Auswertung und Berichten abgeschlossen sein. Generell sollen alle Projekte möglichst so angelegt sein, dass sie danach aus eigener Kraft weiterleben können.

Die Ziele von URBAN II sollen auf den vorhandenen Stärken und Potenzialen der Nordstadt aufbauen und mit einer umfangreichen Zahl von modellhaften Projekten im Rahmen eines integrierten Handlungsansatzes erreicht werden. Folglich werden in dem Programm die Themen Wohnsituation, Arbeitsplätze, Bildung, Gewerbe und Kultur im Zusammenhang

betrachtet und aufeinander abgestimmte Lösungsansätze entwickelt. Quartiersmanagement ist eines von zahlreichen Einzelprojekten. Es ist Teil des Programmschwerpunktes 3 „Aufbau von bewohnergetragenen Einrichtungen und Strukturen“.

2.3. Die Dortmunder Nordstadt und das Quartier Hafen

Die Dortmunder Nordstadt ist Dortmunds jüngster und lebendigster Stadtteil. Hier leben 54.800 Menschen. Das Miteinander von unterschiedlichen Nationalitäten, die kulturelle und religiöse Vielfalt sowie die junge Altersstruktur verleihen dem Stadtbezirk ein besonderes Gesicht. Die Nordstadt zeichnet sich durch vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, kurze Wege, bunte Freizeitangebote und reichhaltige Grün- und Erholungsflächen (z. B. Fredenbaum- und Hoeschpark) aus.

Das Quartier Hafen stellt den westlichen Teil der Nordstadt dar. Ein zentraler Bereich im Quartier ist die Schützenstraße mit ihren Einkaufsmöglichkeiten, Kneipen und Restaurants. Der Hauptbahnhof und die angrenzende Dortmunder City sind leicht erreichbar.

Obwohl das Quartier dicht bebaut ist, hat es mit dem Fredenbaumpark und dem angrenzenden Dortmund-Ems-Kanal viele Grün- und Wasserflächen zu bieten. Mehrere Kleingartenanlagen liegen entlang des Quartiers. Der sich direkt an das Quartier anschließende Hafen, einer der größten Binnenhäfen Europas, stellt ein großes wirtschaftliches und auch städtebauliches Entwicklungspotenzial dar, das nicht zuletzt von der regionalen Initiative „Fluss Stadt Land“ gefördert wird.

Die Dortmunder Nordstadt wurde in das Programm URBAN II übernommen, da sie sich insbesondere durch folgende Aspekte charakterisiert:

- schwierige ökonomische und soziale Situation
- hoher Ausländeranteil (Nordstadt: 42,3 %, Hafen: 34,7 %, Dortmund gesamt: 14,3 %)
- hoher Anteil an Transferleistungsempfängern (Sozialhilfeempfänger: Nordstadt: 13,5 %, Hafen: 11,5 %, Dortmund 6,6 %
Arbeitslose: Nordstadt: 24,1 %, Hafen: 24,1 %, Dortmund gesamt: 13,6 %)
- niedriger Bildungsstand,
- unausgewogene Branchenverteilung,
- schlechtes Außen- und Innenimage

2.4. Aufgaben des Quartiersmanagement Hafen

Allgemein sollen durch das Quartiersmanagement Strategien und Akteure der Quartiersentwicklung integriert und vernetzt,

stadträumliche, ökonomische und soziale Entwicklungsmaßnahmen miteinander verknüpft sowie Handlungsmöglichkeiten und -kompetenzen der Bewohnerschaft gestärkt werden. Das Quartiersmanagement ist Vermittler zwischen Politik, Verwaltung, Verbänden, Eigentümern, Bevölkerung u.a.m.

Die Aufgaben sind im wesentlichen:

- Leitbildentwicklung
- Stärkung von Nachbarschaften
- Vernetzung
- Öffentlichkeitsarbeit und Imageverbesserung
- Unterstützung bürgerschaftlicher Projekte

3. Beteiligungsformen im Quartier

Das Quartiersmanagement Hafen bedient sich verschiedenster Beteiligungsformen. Je nach Thematik und Zielsetzung sind diese unterschiedlich. Grundsätzlich ist zu erwähnen, dass das Projekt zwei Quartiersbüros hat, – in der Schützenstraße im südlichen Hafenquartier und in der Rückertstraße im nördlichen Hafenquartier – die als bewohnernahe Stützpunkte und Anlaufstellen dienen.

Auch ist anzumerken, dass das Team Einladungen zu seinen Sitzungen zumeist in Deutsch und Türkisch verfasst. Türkischstämmige Migrantinnen/innen fühlen sich hierdurch besonders angesprochen – die Moderation solcher Sitzungen erfolgt je nach Bedarf in entsprechender bilingualer Form. Die Plakate für die Sperrmüllaktion im Quartier werden sogar in vier Sprachen übersetzt (deutsch, türkisch, polnisch und serbokroatisch), um hierdurch eine Vielzahl der Hafenbewohner/innen erreichen zu können und die Angebote unterschiedlichen Zielgruppen zugänglich zu machen.

3.1. Nachbarschaftsforen

Ein wichtiges Anliegen des Teams ist es, die Nachbarschaftsforen, die vor dem Start des im nördlichen Hafenquartier bereits im Rahmen anderer Projekte angestoßen worden waren weiterzuentwickeln, sowie solche kleinräumlichen Foren für das südliche Hafenquartier neu aufzubauen.

Die Foren treffen sich regelmäßig im Turnus von vier bis sechs Wochen in den beiden Quartiersbüros. Hier werden mit Bewohnern/innen und Akteuren aktuelle Themen des Quartiers aufgegriffen und Handlungsansätze entwickelt und erörtert, die auf eine positive Verbesserung des „Hafenviertels“ zielen. Je nach Thematik werden Informationsabende organisiert, zu denen Experten/innen (u.a. aus Verwaltung und Politik) eingeladen werden. Ferner werden gemeinsam Aktionen geplant und umgesetzt, aus denen sich Arbeitsgruppen und Projekte

gebildet haben. Beide Foren führen nach Bedarf gemeinsame Sitzungen durch (u.a. Planung der diesjährigen Sperrmüllaktionen im Quartier).

Die Aufgabe der Quartiersmanager/innen Hafens bei den Foren ist – neben der Gewinnung von Kooperationspartnern/innen und Sponsoren/innen für Aktionen und Anliegen der Bewohner/innen – die Moderation der Sitzungen, die Gewinnung zusätzlicher Bewohner/innen für die Foren, die Unterstützung bei der gemeinsamen Planung von Aktionen, das Verfassen von Presseankündigungen und -mitteilungen, sowie das Anbringen von Einladungen an zentralen Orten im Quartier u.v.m.

3.2. Aktionen

Die Nachbarschaftsforen haben gemeinsam mit den Quartiersmanagern/innen Hafens unterschiedliche Aktionen organisiert und Projekte gestartet, über die sie auf Themen ihres Quartiers aufmerksam machen und Veränderungen erwirken wollen: „Nicht nur diskutieren“ heißt hier das Motto. Im Folgenden sollen zwei Beispiele skizziert werden:

Aktion und Projekt „Tunnel“

Eine Arbeitsgruppe aus sieben Bewohnern/innen trifft sich regelmäßig gemeinsam mit den Quartiersmanager/innen zu dem Thema „Eingänge & Übergänge ins Quartier“. Die Arbeitsgruppe hat sich im letzten Jahr aus dem Nachbarschaftsforum Schützenstraße heraus gebildet. Ziel der Arbeitsgruppe ist eine „Neugestaltung der Bahnunterführung zur Schützenstraße/Brinkhoffstraße“ – in Kooperation mit zuständigen öffentlichen Dienststellen, den Fachrichtungen Architektur, Design, Stadt- und Raumplanung der Universität Dortmund, sowie anderer relevanter Akteure –, damit diese sehr oft benutzte Verbindung „Nordstadt – City“ endlich attraktiver und einladender wird.

Mit einer ersten Aktion hatte sie im November 2003 vor Ort auf die Problematik aufmerksam gemacht. Damit sollte weiteren interessierten Bewohnern/innen beispielhaft aufgezeigt werden, dass die zahlreichen „Tore bzw. Eingänge zum Hafen-Viertel“ mit wenigen Elementen und zugleich geringem Aufwand einladender und ansprechender umgestaltet werden können. Auch Vertreter/innen aus Verwaltung und Politik wurden zu diesem Termin eingeladen.

Aktion und Projekt „ Sperrmüll“

„Sperrmüll in jeder Ecke? Nein, danke! – Wir tun etwas dagegen und übernehmen Verantwortung!“. Unter diesem Motto führen Bewohner/innen des Hafenviertels zusammen mit den Quartiersmanagern/innen jedes Jahr Sperrmüllaktionen durch.

In diesem Jahr wurden an zwei Standorten im Quartier zwei 20 m_ große Container aufgestellt: Um Mülltourismus zu verhindern, wurden der Termin und die Orte erst kurz vor der Durchführung der Aktion durch Aushänge in Häusern bekannt gemacht. Die Bewohner/innen eines vorab abgegrenzten Karrees wurden aufgefordert, ihren Sperrmüll zu entsorgen. Durch die rege Beteiligung der Bürger/innen konnten die Kosten gedeckt und ein Selbsttragen des Projektes nachgewiesen werden.

Die Aktion fand auch dieses Jahr gemeinsam mit der EDG – Entsorgung Dortmund GmbH und dem Umweltamt statt. Mehrere Wohnungsgesellschaften und private Eigentümer aus dem Quartier konnten als Sponsoren/innen und Kooperationspartner/innen der diesjährigen Aktion gewonnen werden.

Illegal abgestellter Sperrmüll ist eines der zentralen Themen der beiden Nachbarschaftsforen des Quartiersmanagements Hafens. Ziel der Sperrmüllaktionen ist, für die Bewohner/innen ein Angebot direkt vor Ort ohne Organisationsaufwand anzubieten. Hierdurch soll ein Beitrag zu einer kontrollierten und umweltgerechten Entsorgung des in der Nordstadt reichlich anfallenden und dann häufig den öffentlichen Raum verschandelnden Sperrmülls geleistet werden. Neben der Sensibilisierungswirkung und der beispielgebenden Signalsetzung in bezug auf Bewohnerengagement wird durch die Aktion auch auf die regulären Entsorgungsmöglichkeiten hingewiesen. Hierzu sind Mitarbeiter/innen der EDG bei der Aktion mit dabei und stellen Informations-Blätter bereit, die – einer Anregung des Nachbarschaftsforums Rückertstraße des Planerladen e.V. folgend – inzwischen auch in verschiedenen Sprachen verfügbar sind.

3.3 Eigentümerforen: Aktivierung der institutionellen Wohnungswirtschaft und privater Eigentümer

Das Eigentümerforum wurde auf Wunsch vieler privater Eigentümer und Hausverwalter aus den Nachbarschaftsforen heraus Anfang 2004 – unter der Moderation der Quartiersmanager/innen – eingerichtet. Das Forum tagt regulär alle 3 Monate. Bereits im ersten Halbjahr 2004 konnten um die 50 Eigentümer und Wohnungsgesellschaften, die Bestand im Quartier haben, für das Forum aktiviert werden.

In diesem Jahr fanden bereits drei Sitzungen des Eigentümerforums statt, an denen private Hauseigentümer und Verwalter sowie Wohnungsgesellschaften, die Wohnungsbestände im Quartier Hafens haben, teilnehmen.

Im ersten Forum als Auftaktveranstaltung am 28. Januar 2004 wurden die Bedarfe und Wünsche der Teilnehmer/innen und die Abstim-

mung der Themen für das Forum ermittelt.

Thema der zweiten Sitzung am 25. Februar 2004 waren die verschiedenen Fördermöglichkeiten und Steuervergünstigungen im Rahmen von Urban II, der Städtebauförderung und die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimabündnisses (CO₂-Reduzierung) bundesseitig angebotenen Förderprogramme (KfW-Kredite). Zu diesem Informationsabend waren zusätzlich Experten/innen aus dem Wohnungsamt und dem Planungsamt der Stadt Dortmund eingeladen.

Beim dritten Treffen am 27. Mai 2004 stand das Thema „Migranten/innen als Kunden“ auf der Tagesordnung. Hierzu haben Vertreter/innen des Planerladen e.V., die seit 1997 ein vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Familie und Frauen (NRW) gefördertes Projekt zur Wohnraumversorgung von Migranten/innen durchführen, gemeinsam über dieses Thema und damit zusammenhängende Aspekte diskutiert.

3.4. Kooperationen

Anschließend möchten wir beispielhaft zwei Kooperationsprojekte benennen, in deren Zentrum die Bürger/innenbeteiligung stand bzw. steht.

Wettbewerb „Wasserwelten“

Mit Unterstützung des Quartiersmanagements Hafen hat die Arbeiterwohlfahrt mit und in Kooperation mit der Stadt Dortmund, der Deutschen See GmbH, der DEW – Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH und der evangelischen Paulusgemeinde den Bürgerwettbewerb WasserWelten ausgelobt. Die Schirmherrschaft zum Wettbewerb übernahm der OB Dr. Langemeyer.

Alle „Bewohner der Brandungszone“ (des Hafenviertels) und darüber hinaus waren aufgerufen, sich an einem Mal-, Gestaltungs- und Erlebniswettbewerb zu beteiligen. Es handelte sich hierbei um einen Wettbewerb für Menschen jeden Alters. Möglich waren sowohl Einzel- als auch Gruppenarbeiten, alle künstlerischen Techniken, Methoden und Kombinationsmöglichkeiten (Fotos, Collagen, Videoclips, Texte, Plastiken etc.).

236 Einsendungen gingen beim Quartiersmanagement Hafen und beim AWO-Unterbezirk ein. Eine Jury wählte die besten Beiträge aus. Es wurden Preise in sechs Kategorien und vier Sonderpreise vergeben. Überreicht wurden diese bei einer Dampferfahrt auf der „Santa Monika“ durch den Hafen. Anschließend wurden alle Beiträge für zwei Wochen in einer Kirche im Quartier ausgestellt.

Das Interesse der Presse am Wettbewerb war groß. Mit über 40 Artikeln und Pressemitlun-

gen wurde der Wettbewerb über die gesamte Dauer dokumentiert. Die breite Resonanz aus der Bürgerschaft belegt nicht zuletzt, welche Stärken und Kreativpotenziale im Stadtteil schlummern.

Imagekampagne „Mein Lieblingsort in der Nordstadt“

Vom Nachbarschaftsforum Rückertstraße und dem Quartiersmanagement Hafen wurde die Imagekampagne „Mein Lieblingsort in der Nordstadt!“ initiiert. In Zusammenarbeit mit der Westfälischen Rundschau und dem Quartiersmanagement Nordstadt konnten Bewohner/innen vom 10. Mai bis 30. Juli 2004 Fotos von ihren Lieblingsorten in der Nordstadt im Quartiersbüro Hafen abgeben. Eine Jury hat die besten Beiträge ausgewählt, die dann in der Westfälischen Rundschau (WR) im September 2004 veröffentlicht wurden. Derzeit wird eine Wanderausstellung aller Beiträge in unterschiedlichen Einrichtungen in und außerhalb der Nordstadt geplant, um die Attraktivität der Nordstadt einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen.

Dem Quartiersmanagement ist es gelungen, den bekannten Popstar Cosmo Klein, der auch in der Nordstadt wohnt, für die Jury zu gewinnen. Er hat gemeinsam mit den Quartiersmanagern/innen Nordstadt und dem Fotografen Thomas Philipp die besten eingereichten Beiträge zur Veröffentlichung in der WR ausgewählt.

Die Idee zur Kampagne war, dass Bewohner/innen ihre Lieblingsorte in der Nordstadt per Fotos festhalten und mit einem kurzen und/oder lyrischen Text beschreiben. Hiermit waren nicht nur die klassischen und bekannten Orte wie z.B. der Hafen oder Fredenbaumpark gemeint gewesen. Vielmehr sollten ganz persönliche Favoriten aufgezeigt werden. Bei Bedarf hat ein Fotograf die Bewohner/innen zu ihren Orten begleitet, um ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

3.5. Feste

Das Quartiersmanagement Hafen organisiert und unterstützt einige Veranstaltungen zur öffentlichen Präsentation. Diese dienen in erster Linie dazu, die Stärken des Hafen Quartiers bzw. der Nordstadt als ein „bunter Stadtteil“ mit zahlreichen engagierten Akteuren und einer ausgeprägten kulturellen Vielfalt präsentieren zu können und das Projekt, sowie die URBAN II Gemeinschaftsinitiative für die Nordstadt insgesamt der Öffentlichkeit näher zu bringen.

In diesem Sinne hat das Team u.a. das „Quartiersfest am Hafen“, das quartiersübergreifenden „Nordstadtfestival“ und einen SMS-Lyrik-Wettbewerb „Nordstadt auf 160“

des Planerladens e.V. organisiert und mit Unterstützung. Durch solche Veranstaltungen werden neben der Intensivierung bereits bestehender auch neue Kontakte angebahnt und neue Kooperationen ermöglicht.

Das „Quartiersfest am Hafen“ wird seit 2003 vom Quartiersmanagement Hafen gemeinsam mit zahlreichen Einrichtungen, Vereinen und Gruppen aus dem Quartier und der Nordstadt im Auftrag und mit der Stadt Dortmund am Stadthafen veranstaltet. Es findet im Rahmen der regionalen Initiative „Fluss Stadt Land“ statt. „Fluss Stadt Land“ ist eine regionale Initiative zur Attraktivierung von Häfen, Wasser- und Uferbereichen der Städte und Gemeinden im nördlichen und östlichen Ruhrgebiet (2003–2009). Seit 2003 werden jedes Jahr durch zahlreiche und unterschiedliche Veranstaltungen im Rahmen von „Fluss Stadt Land“ die Projekte entlang der Kanäle und Häfen den Bewohner/innen der Region näher gebracht.

3.6. Leitbildentwicklung für die Nordstadt – Quartiersforen

In mehreren Nachbarschafts- und Quartiersforen und einem nordstadtweiten Workshop zur Leitbildfindung in diesem Jahr wurde ein erster Entwurf zur Leitbildentwicklung für die Nordstadt erarbeitet und abgestimmt. Dies erfolgte gemeinsam mit den Quartiersmanagement-Projekten, der Stadt Dortmund, dem Büro urbano und dem Arbeits- und Wirtschaftsbüro (awb). Mit dem Leitbild für die Nordstadt sollen die Weichen für einen nachhaltigen Entwicklungsprozess über das Jahr 2006 hinaus gestellt werden.

Da das „Leitbild für die Nordstadt“ nur in Kooperation mit der Bewohnerschaft der Nordstadt und allen beteiligten Akteuren entwickelt werden kann, um dem bestehenden Engagement, den Aktivitäten und dem Entwicklungsprozess eine erfolgreiche Richtung für den Stadtbezirk insgesamt geben zu können, führte das Quartiersmanagement Nordstadt im April und Mai 2004 Quartiersforen zur Bewohnerbeteiligung durch.

Dazu verständigte man sich im Vorhinein darauf, in einem zweistufigen Verfahren den Bewohner/innen zunächst die Bestandsaufnahmen der jeweiligen Quartiere durch die Quartiersmanager/innen zu präsentieren. In der zweiten Stufe sollten dann die verschiedenen Themen des Leitbildentwurfes mit der Bewohnerschaft diskutiert und ergänzt werden.

Das Quartiersmanagement Hafen organisierte in diesem Zusammenhang zwei Quartiersforen.

Das erste fand im April 2004 im Dietrich-Keuning-Haus, das zweite Mai 2004 im BIG TIPI statt – beides Orte mit leitbildtragendem Cha-

rakter für das Quartier bzw. die Nordstadt. Zum ersten Forum erschienen über 70, zum zweiten über 40 Bewohner/innen.

Die Bürger/innen wurden hierzu über die Adressverteiler der Nachbarschafts- und Eigentümerforen und über Aushänge in Geschäften und in Hausfluren im gesamten Quartier eingeladen. Die Plakate wurden in deutscher und türkischer Sprache erstellt und entsprechend der Bewohnerstruktur der Häuser oder der Eigentümer- bzw. Pächterstruktur von Geschäften zweisprachig oder nur in einer Sprache ausgehängt. Hiermit konnten sehr viele Bewohner/innen und Gewerbetreibende im Quartier erreicht werden.

Beide Veranstaltungen zeigten, dass den Bewohnern/innen des Quartiers ihr Lebensumfeld nicht gleichgültig ist. Deutlich spürte man ein großes Interesse an der Zukunft des Quartiers/der Nordstadt. In beiden Veranstaltungen entwickelte sich eine sehr kreative Arbeitsatmosphäre. Dass es sich bei der Diskussion über Leitbildvorstellungen keineswegs, um eine rein akademische Übung handelte, wurde daran erkennbar, mit welchem Ernst die anwesenden Bewohner/innen an diese Aufgabe herangingen.

Durch die Quartiersforen konnte jeweils auch eine größere Zahl von Migrant/innen erreicht werden. Neben einzelnen Vertretern/innen unterschiedlicher ethnischer Herkunft (u.a. Griechen/innen, russische Spätaussiedler/innen) handelte es sich dabei vor allem um Migrant/innen türkischer Herkunft. Die Moderation reagierte darauf mit dem Angebot zwischenzeitlicher zusammenfassender türkischer Übersetzungen. Das Quartiersmanagement Hafen konnte auch für sich direkte Arbeitsaufträge mitnehmen.

Die Ergebnisse aus allen Quartiersforen aller Quartiersmanagements und dem darauffolgenden Multiplikatorenworkshop im Juni 2004 werden derzeit als Grundlage für weitere Diskussionen von der Verwaltung und dem Büro urbano in einem Leitbildentwurf für die Nordstadt zusammengeführt.

4. Beteiligungsformen mit Kindern und Jugendlichen und deren Eltern im Quartier Hafen anhand von drei Beispielen

Im Folgenden möchten wir konkret über drei Projekte mit Kindern, Jugendlichen und deren Eltern bzw. Erwachsenen im Quartier berichten, um somit die Vorgehensweise und Strategie unserer Arbeit hinsichtlich der Beteiligung dieser Zielgruppen veranschaulichen zu können.

4.1. Beispiel 1: Beteiligung Spielplatz – Blücherpark

An zwei Tagen – Freitag, den 09.07.2004 und Samstag, den 10.07.2004 – wurden Kinder, Jugendliche, Eltern und Nachbarn/innen eingeladen, sich an der Neugestaltung des städtischen Spielplatzes „Blücherstraße 44 - 46“ zu beteiligen. Kinder und Jugendliche konnten an beiden Tagen in einer Planungswerkstatt vor Ort Ideen und Wünsche entwickeln, zeichnen und den Platz im Modell nachbauen.

Zu der Beteiligung hatte der Bezirksvorsteher Innenstadt-Nord eingeladen. Das Jugendamt hatte hierbei die Federführung. Die Einladungen an die Bewohner/innen rund um den Blücherpark waren mind. eine Woche vorher durch das Quartiersmanagement Hafen an ca. 250 Hauseingänge angebracht. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen wurde Eltern und Nachbarn/innen im Rahmen einer Ideenwerkstatt die Möglichkeit gegeben, ihre Anregungen und Wünsche zu formulieren und einzubringen. Die Ergebnisse der Beteiligungsaktionen mit Kindern und Jugendlichen, sowie mit Eltern und Erwachsenen wurden anschließend von einer hierfür beauftragten Journalistin zusammengeführt und dokumentiert.

Ansprechpartner und Organisatoren der Veranstaltung waren an beiden Tagen neben dem Quartiersmanagement Hafen das Jugendamt, der Regiebetrieb Stadtgrün, KEZZ – Kinder- und Freizeiteinrichtung Martha-Gillesen-Straße des Planerladen e.V. und der städtische Kindergarten Blücherstraße 50.

1. Tag: Freitag 09.07.2004, von 15.30 – 18.00 Uhr

Das Quartiersmanagement Hafen war mit Informationsständen vor Ort und hat zusätzlich Eltern und Besucher/innen persönlich zu der Beteiligungsaktion für Erwachsene am darauffolgenden Tag eingeladen.

An diesem Tag kundschafteten Kinder und Jugendliche gemeinsam in mehreren Gruppen Spielplätze in der näheren Umgebung aus und hielten sowohl schriftlich als auch mit Fotos die vorhandenen Spielmöglichkeiten fest. Als zusätzlichen Anreiz zum aktiven Mitmachen gab es ein kreatives Angebot eines Aktionskünstlers für Kinder und Jugendliche: Hier wurden Holzfiguren ausgeschnitten, die dann nach Belieben ausgemalt wurden. Die Kunstwerke wurden später an dem Zaun des städtischen Kindergartens angebracht.

2. Tag: Samstag 10.07.2004, von 13.00 – 17.30 Uhr

An diesem Tag bauten Kinder und Jugendliche ihren Spielplatz im Modell nach und bereiteten eine Präsentation ihrer Arbeitsergebnisse aus

vorangegangenen Beteiligungsaktionen vor.

Nach einer Diashow zu Spielplätzen und Spielmöglichkeiten startete das Quartiersmanagement Hafen auf dem Spielplatz eine Bürgerbeteiligungsaktion mit Erwachsenen und Eltern. Insgesamt beteiligten sich ca. 25 Personen. Der Schwerpunkt hierbei lag nicht auf der Benennung von Spielgeräten und Einrichtungen (innere Ausstattung des Spielplatzes) – diese sollten in erster Linie durch Kinder und Jugendliche vorgeben werden.

Die Erwachsenen wurden zu folgenden Themen befragt:

- 1.) Sicherheit / Sauberkeit
- 2.) Lärm
- 3.) Sitzen / Ruhen
- 4.) Grün
- 5.) Spiel
- 6.) Sonstiges

Verlauf der Beteiligungsaktion für Erwachsene

Die Quartiersmanager/innen gaben mit Hilfe von vorbereiteten Moderationstafeln die o.g. Themenschwerpunkte vor. Auf Moderationskarten wurden zu allen Themenbereichen die Anmerkungen zum aktuellen Bestand (rote Karten) und die Wünsche und Forderungen für die zukünftige Umgestaltung (grüne Karten) der Erwachsenen festgehalten. Hinsichtlich der Veranschaulichung von Spielmöglichkeiten konnten sich die Erwachsenen sog. Images (Beispielbilder) bedienen, die das Quartiersmanagement zur Verfügung gestellt hatte.

Hiernach wurden jeweils fünf Klebepunkte an die anwesenden Bewohner/innen ausgegeben. Sie wurden dazu aufgefordert, die Punkte je nach eigenem Ermessen einem oder mehreren Wünschen bzw. Forderungen zuzuordnen, um so ihre eigenen Schwerpunktsetzungen zu verdeutlichen. Anschließend wurden die von den Beteiligten als sehr wichtig bewerteten und mehrheitlich genannten Aspekte auf einer Karte des Spielplatzes zur Veranschaulichung angebracht (Abstände, Lage, Orte u.v.m.).

Die Ergebnisse der Beteiligungsaktion mit Eltern und Erwachsenen, sowie der mit Kindern und Jugendlichen wurden gemeinsam um 16.00 Uhr bei einem Pressetermin präsentiert.

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass den Bewohnern/innen des Quartiers der Spielplatz nicht gleichgültig ist. Deutlich spürte man ein großes Interesse an der Neugestaltung des Spielplatzes. Bei der Veranstaltung konnte eine größere Beteiligung von Migrantinnen/innen – vor allem türkischer Herkunft – erreicht werden. Hierauf konnte mit zusammenfassender türkischer Übersetzungen durch die Quartiersmanagerin reagiert werden.

4.2. Beispiel 2: Verkehrssicherheitsaktion anderer Art

Am 29.03.2004 gab es im Quartier – in der Westerbleichstraße – für drei Stunden eine Verkehrssicherheitsaktion der anderen Art. Organisiert wurde dies vom Nachbarschaftsforum Schützenstraße und dem Quartiersmanagement Hafen. Mit zahlreichen Kooperationspartnern (der Polizei, dem Ordnungsamt der Stadt Dortmund, der Verkehrsbehörde, den SJD Falken und der Kinderspielstube „KEZZ“ in der Martha-Gillesen-Straße) wurde die Westerbleichstraße zu einer Verkehrsaktionsfläche, auf der die Geschwindigkeiten von Durchfahrenden gemessen wurden.

Wer zu schnell fuhr, wurde angehalten, jedoch nicht um abgestraft zu werden, sondern damit die anwesenden Kinder fragen konnten, warum zu schnell gefahren wurde und warum sie, die Kinder, in der unmittelbaren Nähe eines Kinderspielplatzes derart durch zu schnelles Fahren gefährdet werden.

Die Westerbleichstraße ist ein verkehrsberuhigter Bereich (im Volksmund: Spielstraße), in dem nur Schritttempo – nicht mehr als 7 km/h – gefahren werden darf. Hier herrscht ein klarer Vorrang der Fußgänger/innen und spielenden Kinder. Bei der Aktion stellte sich, wie erwartet – heraus, dass einem Großteil der angehaltenen Fahrer/innen dies nicht bewusst war.

Strafen in Form eines /innen mussten sich zur Strafe jedoch den unangenehmen Fragen der Kinder stellen und erhielten von ihnen selbstgemalte Knöllchen. Darüber hinaus wurde jeder Angehaltene mit einem Merktzettel ausgestattet, was wie wann in einem verkehrsberuhigten Bereich erlaubt ist und mit welchen Strafen bei Zuwiderhandlung zu rechnen ist.

Kulinarisch wurden die Beteiligten von einer Bäckerei aus dem Quartier versorgt, damit Kraft fürs lange Stehen, viele Zählen und die unzähligen Fragen geschöpft werden konnte.

Im Laufe der weiteren Arbeit zu dieser Thematik hat sich aus dem Nachbarschaftsforum eine Arbeitsgruppe zur Thematik gegründet – bestehend aus fünf Bewohnern/innen und den Quartiersmanager/innen Hafen. Die Aufgabe der Gruppe ist es, alle Ergebnisse der bisherigen Aktionen in der Westerbleichstraße und Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu bündeln und zu erweitern, sowie diese auf den Weg zu bringen.

4.3. Beispiel 3: Leseprojekt „Oku bakayım! – Lies mal“

Das Quartiersmanagement Hafen unterstützt und begleitet die Arbeit des Türkischen Elternverein in Dortmund und Umgebung e.V. (DO-TEV) seit Beginn des Projektes. Gemeinsam mit dem Verein hat das Quartiersmanage-

ment Hafen ein Leseprojekt mit dem Titel „Oku bakayım! – Lies mal“ gestartet.

In 2004 fanden im Rahmen dieses Projektes zwei Lesungen statt. Diese finden in Kooperation mit Einrichtungen aus der Nordstadt statt (u.a. Schulen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, kulturellen Einrichtungen). Die Bücher zu allen geplanten Lesungen werden durch einen Buchladen in der Nordstadt – LITFASS – Der Buchladen – gesponsert.

Zu der ersten Lesung am 21. Juni 2004 im Roto Theater Dortmund kamen rund 50 Zuhörer/innen, Kinder, Eltern, Lehrer/innen und Interessierte. Aufgrund der positiven Resonanz und der großen Nachfrage fand mit Beginn des neuen Schuljahres am 21. September 2004 in der Aula der Albrecht-Brinkmann-Grundschule die zweite Lesung statt. Über 100 Zuhörer/innen wurden hier gezählt.

In den beiden Lesungen lasen der türkischstämmige Kinderbuchautor Herr Ne_et Erol und der Planungsdezernent der Stadt Dortmund Herr Ullrich Sierau eine zweisprachige Geschichte des Autors mit dem Titel „Sollen wir Freunde werden?, Arkada_ olalım mı?“ in Deutsch und in Türkisch vor. Analog zu der Lesung wurden Bilder aus der Erzählung auf eine Leinwand projiziert. Anschließend unterhielten sich die Vorleser mit den kleinen Zuhörern/innen über die Geschichte.

Das Quartiersmanagement Hafen und der Türkische Elternverein sehen sich in ihrem Vorhaben bestärkt, im Rahmen ihres Projektes weitere Lesungen für Kinder zu organisieren.

Projektansatz

Ziel des gemeinsamen Projektes ist es, bei Kindern im Grundschul- und Kindergartenalter durch Freude an Märchen, Romanen und sonstigen Texten Genuss beim Lesen und Freude an Büchern und somit einen Beitrag zur Sprachförderung zu leisten. Nicht zuletzt durch die Pisa-Studie wird immer mehr deutlich, dass die Leseförderung von Kindern eine elementare Bedingung für den Erfolg in der Schule darstellt und somit wesentlich die Zukunftschancen von Kindern prägt. Die Ergebnisse der Studie verweisen auf die Notwendigkeit, auf vielen Ebenen Anreizprozesse in Gang zu setzen, welche die Erziehung der Kinder zum Lesen unterstützen sollen.

Mit dem Projekt „Oku bakayım! – Lies mal“ sind insbesondere Grundschulkindern aus bildungsfernen Familien aus der Nordstadt angesprochen, die aufgrund ihres sozialen Umfeldes und der Überflutung mit anderen Medien kaum Anreize erhalten, das Lesen als wertvolles Bildungsgut zu entdecken.

Vorlesende und Zuhörende sollen sich für Lesungen an einem ruhigen und gemütlichen Ort

zusammenfinden, wofür sich u.a. die wohnortnahen Institutionen und Einrichtungen anbieten. Durch wirksame Schritte sollen Prominente aus Sport, Film, Medien und der Politik als Vorleser/innen gewonnen werden, um Kinder für das Lesen effektiv zu begeistern.

Der Türkische Elternverein e.V. Dortmund (DOTEV) arbeitet seit mehr als etwa vier Jahren daran, die Probleme von türkischen Kindern und Jugendlichen im vorschulischen und im schulischen Bereich zu lindern. In der Förderung von Mehrsprachigkeit und der Pflege einer interkulturellen Erziehung sieht DOTEV wichtige Grundvoraussetzungen für die Entwicklung von gegenseitigem Respekt und Toleranz und der Gewährleistung eines friedlichen Zusammenlebens.

www.quartiersmanagement-nordstadt.de
www.planerladen.de

Das Quartiersmanagement in Chemnitz

1. Beschreibung des Auswahlgebietes/ Programmgebietes in Chemnitz

Lage im Stadtgebiet

Das Programmgebiet befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt und zum Zentrum von Chemnitz. Es erstreckt sich im westlichen Teil der Stadt und bildet räumlich gesehen ein Areal, das aus den Rändern der beiden Stadtteile Kaßberg und Schloßchemnitz besteht. Es handelt sich also nicht um einen abgrenzbaren Stadtteil. Östlich wird es durch den Schlossteich und dessen Grünanlagenzug, nördlich durch den Luisenplatz, südlich durch den Andreplatz begrenzt. Die Quartiersgrenzen verlaufen grob skizziert entlang der Bergstraße, der Paul-Jäkel-Straße, der Bodelschwingstraße, der Schiersandstraße, der Horst-Menzel-Straße, der Limbacher Straße, der Leonhardtstraße und Kaßbergstraße. Die Limbacher Straße verläuft als eine wichtige Verkehrsader des Gebietes in der Talau des Pleißbaches, beginnend am Verkehrsknotenpunkt Leipziger Straße/ Hartmannstraße/ Reichsstraße. Sie hat zentrale Erschließungsfunktion für die Chemnitzer Innenstadt, da sie zukünftig direkter Autobahnzubringer der Anschlussstelle Chemnitz West sein wird. Dem Karree Leipziger Straße/ Matthesstraße/ Bergstraße/ Hartmannstraße als Anschlusspunkt der Bundesstraße B95 bzw. des überregionalen Zubringers Leipziger Straße an den inneren Stadtring kommt in seiner stadtgeographischen Lage als wichtiger Orientierungs- und Fixpunkt eine besondere gesamtstädtische Bedeutung zu, da es gleichzeitig einen Stadteingang bildet.

Entstehungsgeschichtliches und Funktion des Gebietes innerhalb von Chemnitz

Die Limbacher Straße ist als ursprüngliche Geschäftslage entstanden, die für angrenzende Wohnbereiche als gewerbliche Arbeitsstätte und Dienstleistungsbereich entwickelt wurde. Die Siedlungs- und Bebauungsstrukturen der Gründerzeitgebiete, die sich an der Limbacher Straße befinden, stammen aus unterschiedlichen Epochen, bilden aber ein einheitliches abgerundetes Bild.

In den Randbereichen der Limbacher Straße besteht ein umfangreicher Neuordnungsbedarf, da erhebliche städtebauliche und soziale Missstände bestehen. Ein relativ hoher Anteil an Industrie- und Gewerbebrachen, der ein

Zeichen für den Verlust an wohnungsnahen Arbeitsplätzen bildet, prägt den Charakter des Gebietes. Im Bereich Leipziger Straße/ Matthesstraße/ Bergstraße/ Hartmannstraße finden sich ruinenhafte Reste einer ehemaligen Blockrandbebauung, Brachflächen und vereinzelt noch Gewerbebetriebe. Ein hoher Leerstand an Wohnungen ist deutlich im Quartierszentrum Leipziger Straße/ Matthesstraße/ Kanalstraße/ Beyerstraße und Limbacher Straße zu erkennen. Insgesamt spiegelt das Gebiet negative Begleiterscheinungen des gesamtgesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesses und damit verbundenen Schwierigkeiten wider.

Das Gebiet ist durch seine Nähe zur Innenstadt geprägt, grenzt an Naherholungsflächen (Schloßteichanlagen) an und zeichnet sich durch eine gute ÖPNV-Erschließung aus. Dem Karree Leipziger Straße/ Matthesstraße/ Bergstraße/ Hartmannstraße kommt als Anschlusspunkt an den inneren Stadtring eine besondere gesamtstädtische Bedeutung zu, da es sozusagen den Auftakt zur Innenstadt bildet. Die Limbacher Straße soll im ausgewählten Bereich, in Verbindung mit der Entwicklung des Verkehrsknotenpunktes Hartmannstraße/ Leipziger Straße/ Reichsstraße und dem bereits revitalisierten ERMAFA-Komplex (Einkaufszentrum) künftig eine stadtteilverbindende Funktion übernehmen.

2. Aufgaben und Ziele des Quartiersmanagements

Die Aufgaben und Ziele eines Quartiersmanagement sind sehr vielseitig und hängen stark von den Ausgangsbedingungen, Potenzialen und Problemen im Quartier ab. Neben den unterschiedlichen Betrachtungsweisen gibt es ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten, die individuell an die Rahmenbedingungen angepasst sein müssen. Vorrangig geht es in der Arbeit um die Betrachtung benachteiligter Stadtquartiere gehen. Die Arbeit eines Stadtteilmanagements soll dahingehend verstanden werden, diese Gebiete vor einem sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Abgleiten zu bewahren und die Lebensqualität der Bewohner/innen entscheidend zu verbessern.

Um diesem zentralen Anliegen gerecht zu werden, bedarf es einer Reihe wichtiger Aufgabenbereiche, die möglichst gut aufeinander abgestimmt sein sollen und die eine Teamarbeit erfordern, will man folgende Tätigkeiten ausführen. Ein Quartiersmanagement sollte den Stellenwert einer antreibenden Kraft vor Ort besitzen.

Koordination

Da alle Tätigkeiten, die von einem eingesetzten

Quartiersmanagement ausgehen, möglichst transparent sein sollen, d.h. für alle Bewohner/innen und Akteure vor Ort offen ersichtlich und nachvollziehbar, muss einer örtlichen Öffentlichkeitsarbeit eine besondere Stellung eingeräumt werden. Dazu gehört nicht nur, dass eine gute Zusammenarbeit mit den Medien (Presse, Hörfunk, Fernsehen) angestrebt werden sollte und öffentliche Bekanntmachungen im Stadtteil erfolgen. Genau so wichtig ist es, ein Medium zu schaffen, das alle wichtigen Begebenheiten, Veranstaltungen, Aktionen, Projekte und Probleme offen aufzeigt. Dies kann beispielsweise eine eigene Stadtteilzeitung sein, die gleichzeitig eine höhere Identifikation der Bewohner/innen mit ihrem Stadtteil schafft und Gesprächsthemen liefert, die wiederum die Kommunikation allgemein verbessern. Das Stadtteilmanagement ist zuständig für das Verbreiten von Information im Quartier. Vor allem müssen aktuelle Vorhaben veröffentlicht und Maßnahmen, die zukünftig geplant werden sollen, mit der Bevölkerung diskutiert werden. Dazu ist es notwendig alle relevanten Informationen, die vorher gesammelt und gebündelt wurden, rechtzeitig mitzuteilen. Vorher müssen natürlich alle wichtigen Informationen gesammelt und gebündelt werden.

Da möglichst alle Vorhaben und Projekte, die zur positiven Entwicklung des Quartiers beitragen, von einem Quartiersmanagement koordiniert werden sollen, ist es unerlässlich ein Kontaktnetz von Akteuren aufzubauen. Diese müssen miteinander vernetzt werden, um gemeinsam Projekte entwickeln und umsetzen zu können, die dem Gebiet zu gute kommen. „Das Vernetzen der lokalen Akteure untereinander und mit den verschiedenen Ebenen des öffentlichen Sektors gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Stadtteilmanagements.“ (Alisch, 1998, S. 13)

Um der Koordinationsaufgabe gerecht zu werden, muss eine zentrale Anlaufstelle im Quartier vorhanden sein, von der alle wichtigen Impulse ausgehen. Ein Ort, an dem alle quartierbezogenen Aspekte beleuchtet werden, alle Strukturen letztendlich an dieser Stelle wieder zusammenführen müssen und eine Kommunikationsstelle für alle Bewohner/innengruppen, Gewerbetreibenden, Eigentümer, Aktive und andere Akteure geschaffen ist. „Es müssen Anreize zur Bildung neuer und zur Weiterentwicklung bestehender lokaler Kooperationen geschaffen werden.“ (Alisch, 1998, S. 13) Das Quartiersmanagement muss für alle Interessierten räumlich und zeitlich gut erreichbar sein, deshalb sollte der Standort der Anlaufstelle möglichst im Quartierszentrum liegen und mehrere Tage in der Woche geöffnet sein. Dabei muss man beachten, dass die berufstä-

tige Bevölkerung in den späten Nachmittagsstunden und gegen Abend nicht vor verschlossenen Türen steht, die Öffnungszeiten für alle Bevölkerungsgruppen nutzbar sind.

Projektinitiierung

Um geeignete Projekte für die nachhaltige Entwicklung des Stadtteils anschieben und begleiten zu können, muss das Quartiersmanagement geäußerte Ideen, Wünsche und Bedürfnisse verschiedener Beteiligter berücksichtigen und bündeln. Die Unterstützung bei der Entwicklung von Projekten muss sicher gestellt sein und alle Aktivitäten, die das Quartier stärken, sollten von möglichst vielen Interessengruppen getragen werden. Als Ansprechpartner vor Ort sollte das Stadtteilmanagement über alle wichtigen Ereignisse, die das jeweilige Gebiet betreffen, informiert sein, um gezielt Projekte mit Kooperationspartnern initiieren und umsetzen zu können. Dabei muss stets darauf geachtet werden, dass eine stärkere Betonung auf nachfrageorientierter als auf angebotsorientierter Arbeit liegt. Das heißt, dass die Bedürfnisse vor Ort Berücksichtigung finden müssen und das man bereits vorhandene Strukturen nutzt und weiter stärkt, ehe man neue schafft und somit künstliche Konkurrenzsituationen erzeugt. Das Sammeln und Bereitstellen von Informationen für mögliche Projekte gehört ebenfalls zur Aufgabe eines Quartiersmanagements. Um Selbsthilfepotentiale der Bewohner/innen für den Stadtteil aktivieren zu können, werden Quartiermanager eingesetzt. Als Ansprechpersonen ermöglichen Sie den Informationsfluss zwischen allen Beteiligten.

Bei der Entwicklung und Planung verschiedenster Maßnahmen, Vorhaben und Projekte kommt es sehr häufig zu Konfliktsituationen zwischen den Beteiligten. Unterschiedliche Interessen müssen verhandelt werden. Dabei spielt das Quartiersmanagement eine wesentliche Rolle, da es als Vermittlungsinstanz Aushandlungsprozesse von Interessengegensätzen unterstützen und moderieren kann. „Das Quartiersmanagement als zentraler Akteur eines zu schaffenden Netzwerks wird mit vielen – meist gegensätzlichen – Interessen konfrontiert. Es unterliegt überdies einem enorm hohen Erwartungs- und Handlungsdruck.“ (Difu, 2000, S. 1)

Alle Vorschläge, die gemeinsam mit den Akteuren erarbeitet wurden, müssen an entsprechende Entscheidungsträger/innen vermittelt und in der Öffentlichkeit diskutiert werden, will man eine hohe Akzeptanz und Befürwortung für einzelne Projekte bei der Bevölkerung erreichen.

Die Weiterentwicklung des jeweiligen Quartiers soll zum einen durch meist städtebauliche

Vorhaben erzielt werden, zum anderen durch Projekte, die sich aus der Arbeit vor Ort heraus ergeben und als nichtinvestive Maßnahmen bezeichnet werden können. So erfolgt also die gesamte Projektentwicklung nicht allein vom eingesetzten Quartiersmanagement, sondern auch durch die Arbeit fachlich ausgebildeter Entscheidungsträger/innen aus dem Bereich der kommunalen Verwaltungsinstanzen. Investive Maßnahmen, von den einzelnen Fachämtern entwickelt, müssen vor ihrer Umsetzung im Quartier diskutiert werden. Die Bevölkerung ist immer dann einzubeziehen, wenn es um die Gestaltung ihres direkten Wohnumfeldes geht.

Der Stadtteil als Ebene für Projektumsetzungen ist für seine Bewohner/innen „Bezugspunkt und Identifikationsgröße“. (Schwarz-Österreicher, 1999, S. 2) Hier werden der Alltag gemeistert, Probleme sofort erkannt und Konflikte ausgetragen. Der soziale Austausch findet vor allem auf Stadtteilebene statt. Deshalb ist es unerlässlich, die Quartiersbevölkerung direkt in Projektentwicklungen mit einzubeziehen.

Mit vielfältigen Aktionen sollte ein Quartiersmanagement die Bevölkerung motivieren können, eigene Ideen zu entwickeln und in den Entwicklungsprozess einfließen zu lassen. Motivation kann nicht künstlich erzeugt werden, sie ist vorhanden, das zeigt sich aus der Erfahrung bei zahlreichen Projekten. Menschen organisieren und beteiligen sich am ehesten, wenn es um Themen geht, die „mit Betroffenheit oder Neugierde besetzt sind, naheliegend sind, anschaulich und greifbar sind, erfolgversprechend sind.“ (Hinte, 1998, S. 159) Dabei muss Eigenverantwortung übernommen werden, es ist also wichtig die Bürger über vertrauensbildende Maßnahmen einzubinden und zu stärken.

Organisation der Bürgerbeteiligung

Wie wir bereits gesehen haben, ist die kommunale Ebene besonders geeignet, um Bürgerbeteiligung realisieren zu können. Der Bürger identifiziert sich darüber hinaus vor allem mit seinem Stadtteil, in dem er lebt. Da das Quartiersmanagement genau hier ansetzt, hat es die Aufgabe geeignete Bürgerbeteiligungsverfahren und -formen zu finden, die zur Anwendung kommen müssen. Die direkte Teilhabe an der Konzeption und Umsetzung einzelner Maßnahmen im Quartier ist Grundvoraussetzung. Ein funktionierendes Stadtteilmanagement lebt von der Beteiligung der Quartiersbevölkerung. Alle Aktionen und Projekte, die zum Tragen kommen sollen, würden fehlschlagen, wenn sie nicht von den lokalen Akteuren akzeptiert und mitgestaltet werden können. Ein ganzheitlicher, gebietsbezogener Ansatz kann

nur geschaffen werden, wenn Betroffene in das Gesamtkonzept integriert sind.

Auf organisierten Bürgerforen und –versammlungen können wichtige Informationen zu themenspezifischen Bereichen vermittelt und Vorschläge und Bedenken zu einzelnen Vorhaben mit der Bevölkerung diskutiert werden. Interessierte müssen die Gelegenheit haben, z.B. in Arbeitsgruppen einzelne Themen zu vertiefen und Konzepte zu entwickeln, die in das Gesamtkonzept einfließen können (Beispiel: Entwurf eines Verkehrskonzeptes für das Quartier). Für die Organisation, Unterstützung, Moderation und Betreuung solcher Arbeitsgruppen ist das Quartiersmanagement zuständig. Es muss darauf geachtet werden, dass die Teilnehmer/innen verschiedene Interessengruppen vertreten und dass wichtige Entscheidungsträger/innen involviert sind.

Daneben müssen bekannte Verfahren der Bürgerbeteiligung wie „Stadtteilkonferenzen“, „Runde Tische“ u.ä. als geeignete Kommunikationsebenen vom Quartiersmanagement ins Leben gerufen werden. Dabei ist es wichtig, kontinuierlich Angebote zu schaffen. Die Vermittlung von Kontakten ist ein weiterer Punkt, der nicht zu unterschätzen ist. Das Gespräch zwischen Verwaltung, Politik, Bürgern/innen, Vereinen und anderen lokalen Akteuren kommt meist nicht ohne die nötige Vermittlung zu Stande, ist aber von großer Bedeutung für das Gelingen von Projekten und die Mitwirkungsbereitschaft bei der Quartiersentwicklung.

Durch Umfragen, Interviews und den Einsatz von sogenannten „Kummer- und Wunsch-Briefkästen“ kann man die Meinungen aus der Bevölkerung zu bestimmten Themenbereichen erfragen und erkunden. Meist ergeben sich hierbei erste Handlungsansätze, die für das Gebiet nützlich sind.

Formal definierte Formen und Verfahren (gesetzlich definiert, administrativ verankert) sollten vom Quartiersmanagement unterstützt werden, denn dies sichert letztendlich eine bessere Informationslage in der Bevölkerung (z.B. öffentliche Auslegungen vor Ort anbieten).

Die Unterstützung von Bürgerinitiativen sollte gewährleistet sein, da das Quartiersmanagement als neutrale Vermittlungsinstanz auftritt und verschiedene Interessen berücksichtigen muss. Die Aktiven einer Initiative lernen Verantwortung zu übernehmen, sich für Belange im Quartier einzusetzen und können andere Bewohner/innen aktivieren.

Die Bürger sollen bei Planungen, die von Fachämtern der Kommune aufgestellt werden, einbezogen werden und direktes Mitspracherecht erhalten. Eine geeignete Beteiligungsform ist vom Quartiersmanagement zu entwickeln.

Da es sich meist um Quartiere handelt, die verstärkt Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger/innen und andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen beheimatet, ist es erforderlich die Bewohner/innen erst einmal zu aktivieren, da sich aus den einzelnen Biografien schwierige Lebensumstände ergeben haben, die eine aktive Beteiligung vorerst behindern. Viele Personen resignieren, sind inaktiv und müssen mit ihren Problemen, die den Alltag bestimmen, fertig werden. Sich darüber hinaus für das eigene Quartier zu engagieren, fällt deshalb vielen Personen aus den genannten Bevölkerungsgruppen schwer. Sie brauchen besondere Unterstützung bei der Vertretung ihrer Interessen und Bedürfnisse. Zielgruppenspezifische Angebote lassen das „Eis tauen“. Hat man erst einmal Vertrauen geschöpft, öffnet man sich auch leichter und ist sensibilisierter für Ereignisse, die das direkte Umfeld betreffen.

Erfolgskontrolle

Ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer ist wichtig für den Erfolg der Arbeit vor Ort. Geeignete Gremien auf Stadtteil-, kommunaler und Länderebene müssen eine Rückkoppelung geben, ob der richtige Weg für die Weiterentwicklung des Quartiers beschritten ist. Der Austausch mit Gleichgesinnten und anderen Quartiermanagern/innen und Stadtteilkoordinatoren/innen bereichert die Arbeit im Quartier und kann gezielte Tipps für die Problembewältigungen im Alltag liefern.

Eine ständige Berichterstattung und Sachstandskontrolle soll die Quartiermanager/innen nicht zu „Schreibtischtättern/innen“ werden lassen, sondern muss der Anforderung einer Evaluation mindestens gerecht werden. Dabei wird gewährleistet, dass alle Entscheidungsträger/innen in Verwaltung und Politik über die Geschehnisse im Quartier informiert sind, eine Weiterfinanzierung des Gesamtprojektes sinnvoll erscheint oder gegebenenfalls eingestellt werden sollte. Eine Auswertung zentraler Veranstaltungen gehört genau so dazu, wie eine permanente Dokumentation aller Veranstaltungen, Aktionen und Projekte. Daneben sollten zu Beginn der Installierung eines Quartiersmanagements bestimmte Indikatoren aufgestellt werden, die in einem festgelegten Turnus überprüft werden. Statistisches Zahlenmaterial muss entsprechend ausgewertet werden und kann Veränderungen beispielsweise in der Bevölkerungsentwicklung oder Verschiebungen im Gewerbebestand rechtzeitig anzeigen. Entsprechend können nötige Gegenmaßnahmen bei einer weiteren Situationsverschlechterung eingeleitet oder erste Erfolge wiederum durch Zahlenmaterial belegt werden. Eine permanen-

te Selbstkontrolle der Arbeitsweise und –strukturen liegt beim Quartiersmanagement in Eigenverantwortung und muss den Umständen entsprechend angepasst werden.

3. Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Vereinen, Initiativen, Quartiersbevölkerung, Gewerbetreibenden und Quartiersmanagement

In Chemnitz soll das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ erfolgreich umgesetzt werden, indem verschiedene Akteure in Kooperation miteinander Projektideen entwickeln und umsetzen. Alle Beteiligten müssen das Gefühl haben gemeinschaftlich „in einem Boot zu sitzen“. Entscheidungsträger/innen aus Verwaltung und Politik in Chemnitz (vorrangig Stadtplanungsamt, Stadtentwicklungsamt, Baukoordinationsamt, Grünflächenamt, Tiefbauamt, Jugendamt, Sozialamt, Kulturamt u.a.) arbeiten mit den ansässigen Vereinen des Gebietes (Domizil e.V., Heilsarmee, Jugendberufshilfe Chemnitz e.V. – Projekt: Freiwilliges soziales Trainingsjahr¹, Frauenverein Fact e.V., Gewerkschaftlicher Verein – Projekt: Neue Arbeit Chemnitz, AG In- und Ausländer e.V. u.a.), dem Bürgerbüro, das am 17. November 2000 eröffnet wurde und gleichzeitig den Sitz des beauftragten Quartiersmanagements darstellt, mit kommunalen Trägern (Luisenschulen, Haus der Kinder- und Jugend – „spektrum“, Kindertagesstätten, Umweltzentrum, Allgemeiner Sozialdienst), mit privaten Eigentümern, mit ansässigen Gewerbetreibenden und Unternehmen (Anzahl laut Erhebung im März 2002 = 265) sowie engagierten und interessierten Bürgern, die im Quartier leben, zusammen. Das Quartiersmanagement stellt in Chemnitz ein wichtiges Element innerhalb des Projekts „Die soziale Stadt“ dar, da es zwischen allen Beteiligten Kontakte knüpft, den Informationsfluss gewährleistet, Projekte initiiert und betreut, Kooperationsbeziehungen knüpft, zwischen Konfliktparteien vermittelt und die Arbeit vor Ort insgesamt antreibt. In kleinen Schritten machte sich das Quartiersmanagement erst einmal mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut. Literatur zum Thema und das Programmanliegen wurden verinnerlicht und erste Strategien und Konzepte erarbeitet. Nachdem relativ schnell klar wurde, dass eine zentrale Anlaufstelle im Gebiet geschaffen werden musste, wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. In Gebietsrundgängen fanden erste Gespräche mit der Quartiersbevölkerung statt. In Gesprächen lernte man erste Schlüsselfiguren aus der Verwaltung in Chemnitz und den strukturellen Aufbau dieser

1) Das Freiwillige Soziale Trainingsjahr wird unter „Jump Plus S1 Artikel 5“ weitergeführt.

kennen. Zahlreiche Projektvorstellungen halfen nicht nur das Quartiersmanagement und das Anliegen des Programms „Soziale Stadt“ in seinem Bekanntheitsgrad zu erhöhen, sondern auch wichtige Akteure innerhalb des Quartiers ausfindig zu machen. In ersten Bürgerinformationsveranstaltungen konnten Bürger aktiviert werden, sich stärker als bisher für ihren Lebensraum zu engagieren. Schnell kristallisierten sich Themen heraus, die den Leuten „unter den Nägeln brannten“. Dementsprechend wurden Arbeitsgruppen mit Anwohnern/innen, Vertretern/innen aus der Verwaltung, lokalen Akteuren, die schon seit längerer Zeit stadtteilbezogen im Gebiet arbeiten, interessierten Gewerbetreibenden, privaten Eigentümern/innen und dem Quartiersmanagement zu den Bereichen Wohnen, Verkehr, Grün und Umfeld, Kultur und Soziales gegründet, die sich anfangs aller 14 Tage trafen, um themenspezifische Quartierskonzepte zu erarbeiten. Diese Überlegungen der einzelnen Arbeitsgruppen flossen in ein Integriertes Handlungskonzept, welches zum Projektstart von Juni bis September 2000 gemeinschaftlich erarbeitet wurde. Es gilt als Handlungsgrundlage für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im Auswahlgebiet. Auf zwei durchgeführten Workshops wurden weitere Ideen, Wünsche und Problemfelder erarbeitet, die Berücksichtigung fanden und ebenfalls mit Hilfe von Teilprojekten realisiert werden sollen oder bereits realisiert wurden. Grundlegend wurde festgelegt, dass erfolgreich bestehende Strukturen aufgegriffen, gefördert und weiterentwickelt werden. Neu zu entwickelnde Formen, müssen so angelegt werden, dass sie in keinem konkurrierendem Verhältnis zu bereits vorhandenen stehen. Fehlende Strukturen müssen erkannt und neu aufgebaut werden.

Gemeinsam Projekte und Ideen zu entwickeln schaffte ein gutes Klima zwischen den Beteiligten und man konnte schnell Vertrauen untereinander fassen. Allen war aber auch klar, dass die anfängliche Euphorie schnell umschlagen kann in Resignation, sollten den Worten keine Taten folgen. Dabei war es wichtig, in der Zusammenarbeit immer wieder auf die Dauer von Planungen und den Ablauf von Umsetzungsprozessen hinzuweisen. Es war dementsprechend notwendig, Maßnahmenkonzepte zu erarbeiten, die die Einzelmaßnahmen in kurz-, mittel- oder langfristige Kategorien untergliederten und genaue Zeitschienen beinhalteten. Um relativ schnell erste Projekte anschieben zu können, hatte die Verwaltung in Chemnitz erste Vorschlagsvarianten (zu den Themen Verkehr, Grün- und Umfeld, Wohnen, Kultur und Soziales) vorgestellt, die mit der Bevölkerung diskutiert und abgestimmt wurden. Diese wurden

durch die gegründeten Arbeitsgruppen präzisiert und überarbeitet.

Das Integrierte Handlungskonzept liegt für die Bevölkerung zur Einsichtnahme im Bürgerbüro aus und soll in einem offenen, flexibel gestalteten Prozess weiter fortgeschrieben werden. Vereine, ehrenamtliche Mitarbeiter/innen und kommunale Träger erklärten sich bereit in selbst organisierten Projekten das Stadtteilleben zu bereichern und zu stärken. Mit der koordinierenden Aufgabe des Quartiersmanagements entwickelte sich ein festes Kooperations- und Kommunikationsnetz, welches die Gründung von Initiativen förderte und einen festen Besucherstamm im Bürgerbüro entwickelte. Durch zahlreiche Angebote, die von der Bevölkerung genutzt werden, verstärkte sich das Gemeinschaftsgefühl und motivierte dazu neue Aufgaben anzugehen. Das gesamte Netzwerk an Akteuren bildet gleichzeitig einen Verstärker bezüglich der Öffentlichkeits- und Präsentationsarbeit im Quartier und darüber hinaus.

Der tägliche Kontakt im Bürgerbüro zwischen den Quartiermanagern/innen und der Quartiersbevölkerung schafft eine günstige Informationslage auf beiden Seiten. Die Bürger/innen sind rechtzeitig über alle aktuellen Planungen, Vorhaben, Projekte und Veranstaltungen informiert und die Quartiersmanager/innen erhalten auf kürzestem Weg alle Neuigkeiten im und rund um das Gebiet. Es wird auf Probleme aufmerksam gemacht und damit besteht die Möglichkeit schnell zu reagieren und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Quartiersmanager/innen sind in der Lage, die Bürger/innen zu befähigen und zu motivieren eventuell auch selbst erste Schritte zu gehen, um seine Interessen zu vertreten. Problemlagen, die nicht sofort gelöst werden können, werden an zuständige Fachämter oder kompetente Akteure weitergeleitet, die sich dann dem Sachverhalt annehmen können. Die Arbeit im Bürgerbüro besteht zu einem Großteil in der Koordination und Organisation von Veranstaltungen und Projekten, der Bearbeitung von Bürgerhinweisen, einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit und Aktivierung vor Ort, der Organisation von Bürgerbeteiligung u.a. Durch eine gezielte Ansiedlung einer kostenlosen Beratungsstelle für sozial Schwache und benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Bürgerbüro in Chemnitz (vertreten durch Mitarbeiter der Neuen Arbeit Chemnitz), erzielt man mehrere Effekte gleichzeitig. Eine Soforthilfe baut Unsicherheiten ab, kompetente Vermittlungen an andere Beratungs- und Kontaktstellen (z.B. Schuldnerberatung, Selbsthilfegruppen, direkte Ansprechpartner in den Fachämtern) bei Bedarf verringern Leiden und Probleme, Un-

terstützung, Ratschläge und ein „offenes Ohr“ stärken das Selbstbewusstsein, Tipps helfen oft unüberwindbaren Hindernisse doch bewältigen zu können und Hilfe zur Selbsthilfe bewirkt, dass sich die Menschen aus ihrer Resignation und Litanei befreien und Eigeninitiative entwickeln. Daneben schafft man gleichzeitig Anknüpfungspunkte, um sich auszutauschen und Möglichkeiten anzubieten, wie man sich engagieren und einsetzen kann, um etwas für sich und andere bewegen zu können.

So erreicht man eine Zielgruppe, die sonst schwer zu erreichen ist und hat die Möglichkeit, auch die Interessen Benachteiligter aufzugreifen.

4. Ausgewählte Projektbeispiele innerhalb des Fördergebietes in Chemnitz

Seit dem Programmstart in Chemnitz, vor allem mit der Beauftragung des Quartiersmanagements und der Eröffnung des Bürgerbüros am 17.11.2000, hat sich eine intensive Projektarbeit entwickelt, um dem Anliegen des Ansatzes „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ gerecht zu werden. Neben städtebaulichen Projekten, haben sich Initiativen und Arbeitsgruppen auf Stadtteilebene gebildet, die kleinere Projekte umsetzen konnten, daneben konnte ein stabiles Angebot des Bürgerbüros geschaffen werden. Die Strukturen sind so flexibel angelegt worden, dass je nach Bedarf auf die Wünsche der Quartiersbevölkerung eingegangen und monatlich neue Angebote unterbreitet werden können.

Da aufgrund der Fülle nicht alle bereits realisierten und zukünftig geplanten Projekte dargestellt werden können, werden im Folgenden nur einige Beispiele angeführt, welche die Projektarbeit in Chemnitz beschreiben, um das Programm „Die soziale Stadt“ zu realisieren.

Die eigene Gebietszeitung „KaSch – Bürgerreport zwischen Kaßberg und Schloßchemnitz“

Damit sich die Bürger der beiden Stadtteile Kaßberg und Schloßchemnitz noch stärker als bisher mit ihrem Lebensraum identifizieren können, unternahm das Quartiersmanagement „Soziale Stadt“ im Juni 2000 erste Schritte, um eine eigene Gebietszeitung herausgeben zu können. Dieses Projekt erfordert nicht nur fachlich kompetente Unterstützung im Bereich Redaktion, Akquise, Layout, Druck u.ä., sondern braucht die breite Unterstützung der Quartiersbevölkerung. Den Anspruch zu erheben, eine eigene Zeitung von Bürgern/innen für Bürger/innen gestalten zu können, ist das Grundanliegen des Projekts. Nachdem die An-

schubfinanzierung über das Programm „Soziale Stadt“ als eine nicht- investive Maßnahme zugesichert war, fand sich eine freiberuflich arbeitende Redakteurin, die das Projekt Gebietszeitung betreut.

Über starke Öffentlichkeitsarbeit wurden interessierte Bürger/innen und lokale Akteure gefunden, die einen Redaktionskreis bildeten, der über Inhalt und Gestaltung der Zeitung entscheidet. In der ersten Redaktionssitzung wurde über den zukünftigen Namen der Gebietszeitung diskutiert, bis man sich auf „KaSch“ („Ka“ steht für Kaßberg und „Sch“ steht für Schloßchemnitz) mit dem Zusatztitel „Bürgerreport zwischen Kaßberg und Schloßchemnitz“ einigte. Die Zeitung besteht aus acht Seiten (A4 Format), die sich bestimmten Grobthemen zuwendet, z.B. Titelthema, Wirtschaft, Geschichte, Veranstaltungen, Aktuelles im Gebiet. Da sich durch das Programm „Soziale Stadt“ sehr viel Neues im Quartier bewegt, lassen sich leicht Themen finden, die zu den einzelnen Seiten passen und die „KaSch“ füllen. Sie erscheint alle zwei Monate neu (Auflage 2000 Stk.) und wird über einen Verteilerschlüssel (Gewerbe, Vereine, Kommunale Träger, Bürgerbüro etc.) kostenlos für die Bevölkerung als wichtiger Informationsträger bereitgestellt.

Sie stellt nicht nur das „Sprachrohr“ für alle Belange und Neuigkeiten, die im Quartier geschehen, dar, sondern setzt sich auch kritisch mit Problemen auseinander. Sie ist auch ein wichtiges Medium, um Gewerbetreibenden die Möglichkeit einzuräumen, ihr Unternehmen, ihre Wünsche und Nöte darstellen zu können. Informationen der Anwohner/innen des Fördergebietes bilden eine wichtige Grundlage für die Auswahl an Themen. Bisher konnten acht Ausgaben der „KaSch“ von der Gebietsbevölkerung gelesen werden. Es zeigte sich schnell, dass die Zeitung sehr gut angenommen wird und ein Projekt innerhalb des Programms „Soziale Stadt“ darstellt, über das man sich ständig im Gebiet austauscht.

Die Zeitung lebt von dem, was im Programmgebiet passiert, greift Themen auf, die vor Ort interessieren, steigert die eigene Identität des Gebietes und ist wichtiger Informationsträger zugleich. Im Anhang findet man die Titelseiten aller bisherigen Ausgaben und kann schnell erkennen, mit welchen Themen sich die „KaSch“ auseinandersetzt.

Aktivierung über Angebote des Bürgerbüros

Ein Grundanliegen des Programmansatzes stellt die Aktivierung der Bevölkerung in den Auswahlgebieten dar, die lernen sollen sich für ihr Gebiet zu engagieren, ihre Interessen zu artikulieren, Projekte gemeinsam mitzugestalten und selbst zu aktiven Akteuren im Gebiet

zu werden. Dies kann nur gelingen, wenn man Begegnungsmöglichkeiten schafft, Diskussionsplattformen bereitstellt und das Wir-Gefühl stärkt. Das Bürgerbüro muss eine Anlaufstelle für viele Interessen darstellen. Diese müssen erkundet und Meinungen eingeholt werden. Seit November 2000 hat sich eine breite Angebotspalette des Bürgerbüros in Zusammenarbeit mit der Neuen Arbeit Chemnitz, der Bevölkerung und ansässiger Vereine und lokalen Akteuren herausbilden können. Über ein monatlich erscheinendes Programm und eine ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit werden Veranstaltungen, Aktionen, Lesungen, Vorträge, Workshops, Kurse, Schulungen u.ä. bekannt gegeben. Es bildeten sich Personengruppen, die sich wöchentlich treffen, um gemeinsam ihren Interessen nachgehen zu können. So entstanden beispielsweise ein Nachbarschaftshilfe-Nähkurs, eine Gymnastikgruppe, eine Kreativgruppe, hewiles ein Englisch- und Französischkurs, AG Geschichte, AG Fotografie, Englisch für Kids ab 3 Jahren, Integrationsprojekt für Aussiedler/innen und Migranten/innen, eine Skat-Runde, eine Holzbearbeitungswerkstatt, eine Kegelgruppe, eine Straßentheatergruppe u.v.m.. Alle Angebote sind so angelegt, dass sie möglichst von vielen Altersgruppen genutzt werden können. Generationsübergreifende Projekte bauen Vorurteile und Intoleranz ab, schaffen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten für alt und jung. Daneben finden in regelmäßigen Abständen Wanderungen, Radtouren, Verkehrsteilnehmer- und DRK-Schulungen statt. Alle Angebote werden größtenteils von ehrenamtlich arbeitenden Bürgern/innen selbst organisiert und betreut. Dabei wird stets darauf geachtet, dass auch sozial benachteiligte Menschen diese Angebote nutzen können.

Der Kontakt und die Kommunikation untereinander schafft ein neues Verständnis der Menschen, macht sie sensibler für aktuelle Geschehnisse im Gebiet und sorgt für einen regen Besucherbetrieb im Bürgerbüro. Dies unterstützt wiederum die Arbeit des Quartiersmanagements vor Ort.

Autorin

Annett Illert, Dipl. Soziologin,
Quartiermanagerin (Soziale Stadt) in
Chemnitz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
an der TU Chemnitz

Literatur

Alisch, Monika (1998): Stadtteilmanagement - Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt; Leske + Budrich Verlag; Opladen 1998

Difu (Deutsches Institut für Urbanistik), Soziale Stadt info, info 2, Berlin 2000

Hinte, Wolfgang (1998): Bewohner/innen ermutigen, aktivieren, organisieren, In: Alisch, Monika, Stadtteilmanagement, Leske + Budrich Verlag, Opladen 1998

Schwarz-Österreicher, U. (1999): Der Stadtteil als Bezugsgröße für einen neuen Umgang mit der Stadt – Stadtteilforen in Tübingen, In: Rundbrief Bürgerbeteiligung der Stiftung Mitarbeit II; 1999

Das Chemnitzer Projekt „Zwergenclub“

Der „Zwergenclub“ wurde von einer Elterninitiative im Gebiet „Soziale Stadt“ Leipziger Strasse / Limbacher Strasse gegründet. Damit der „Zwergenclub“ auch weiterhin bestehen kann, hat der Frauenverein FACT e. V. die Trägerschaft übernommen. Das Projekt wird noch bis zum 30.06.2005 gefördert durch LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke.

1. Zielgruppen

Der „Zwergenclub“ richtet sich an allein erziehende Mütter und Väter, junge Familien mit ihren Kindern von 0-6 Jahren, sowie auch an Arbeitslose, sozial schwache Familien und ehrenamtlich Tätige mit ihren Kindern.

2. Zielstellung:

Durch die regelmäßigen Treffen und Aktivitäten im „Zwergenclub“ soll den betroffenen Personen „der Rücken gestärkt“ werden, damit sie sich wieder selbstbewusst und engagiert am Alltag mit all seinen Herausforderungen beteiligen können. Dazu ist es wichtig, soziale Kontakte zu knüpfen. Man kann entspannt mit Gleichgesinnten reden, lernt aber auch andere Menschen mit anderen Ansichten und Meinungen zu verschiedenen Themen kennen und auch akzeptieren. Man merkt, wie furchtbar ein Erfahrungsaustausch sein kann und stellt fest, dass man mit seinen Problemen, die manchmal unüberwindbar scheinen, nicht allein dasteht.

Sind die sozialen Kompetenzen der Eltern gestärkt, profitieren natürlich auch die Kinder davon. Eltern, die ihre Probleme effizient lösen können und sich angstfrei im Alltag bewegen, vermitteln diese Erfahrungen weiter und sind ihren Kindern auf dem Weg zum Erwachsenwerden die besten Ratgeber und Bezugspersonen.

3. Projektbeschreibung

Das Projekt richtet sich wie schon eingangs erwähnt an Alleinerziehende, junge Familien, Arbeitslose und sozial schwache Familien im Gebiet „Die soziale Stadt“ – Leipziger Straße/ Limbacher Straße. Die Zielgruppe erfährt auf Grund ihrer Familiensituation eine verstärkte Ausgrenzung und findet nur erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Ziele des 1. Förderjahres waren: Schaffung einer Anlaufstelle, Hilfestellungen bei der Bewältigung von Alltagsproble-

men geben und soziale Kompetenzen fördern.

Die Arbeit baut auf Formen von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung in Verbindung mit ehrenamtlichem Engagement auf. Dabei stand das Engagement der Eltern, für sich und ihre Kinder einen aktiven Beitrag zu einer verbesserten Lebensumwelt zu schaffen, mit im Vordergrund. Diese Ziele konnten erfolgreich umgesetzt werden. Durch den Aufbau von Nachbarschaftshilfe konnte ein Netzwerk der betroffenen Klienten geschaffen werden. Durch die Stärkung sozialer Kompetenzen und die Herstellung von Sozialkontakten sollen wieder Grundlagen der Berufsfähigkeit entwickelt werden.

Um die oben genannten Ziele zu erreichen, wurden im 2. Förderjahr neue Projektschwerpunkte gelegt. Ein Projektschwerpunkt ist die Familienbildung. Die Familienbildung bezieht sich auf drei Schwerpunkte: Arbeitswelt / Beruf, Nachbarschaft / Stadtteil und Familie. Die Elternbildung findet in Form von offenen Eltern-Kind-Gruppen, Gesprächsreihen für Eltern und Workshops zu verschiedenen Themen statt. Die Angebote sind auf die Elternbedürfnisse und deren Interessen abgestimmt. Damit sollen Kenntnisse vermittelt werden, die zur Verbesserung des Einstiegs auf den ersten Arbeitsmarkt dienen. Das Engagement der Initiative soll eine Brücke zwischen den bisher getrennten Bereichen der Privatheit / Familie und Öffentlichkeit / Beruf werden. Die Übergänge werden dabei fließender: Kompetenzen, die in der Initiative erworben werden, können für die komplexer werdenden Anforderungen der Arbeitswelt genutzt werden. Zeiten der Erwerbstätigkeit können durch das Engagement in der Initiative als sinnstiftende Tätigkeit die Biographie bereichern. Im Projekt sollen auch die Väter mit einbezogen werden. Dadurch wird auch bei ihnen der Kompetenzgewinn in Bezug auf die Kindererziehung und Berufstätigkeit erhöht. Familienbildung wird für beide Geschlechter angeboten.

4. Netzwerk des „Zwergenclubs“

Um besser im Gebiet „Soziale Stadt“ handeln zu können, wurde ein Netzwerk mit anderen Einrichtungen und Vereinen geschaffen. So ist der „Zwergenclub“ mit verschiedenen Kooperationspartnern vernetzt. Dies variiert jedoch je nach Veranstaltung. Dies kann zum Beispiel das Haus der Familie, die Ernährungsberatung, die Frühförder- und Beratungsstelle und die Heilsarmee sein. Die Initiative „Zwergenclub“ ist in vielen Projekten des Stadtteils verankert und bringt ihre Ideen und Kompetenzen mit ein, z.B. bei der Organisation von Stadtteilfesten, Kinderfesten und Flohmärkten. Stark

unterstützt wird der „Zwergenclub“ vom Bürgerbüro / Quartiermanagement zum Beispiel in der Beratung bei der Fördermittel-Akquise. Das Bürgerbüro fungiert auch als Kontaktvermittler zwischen den verschiedenen Einrichtungen. Des Weiteren bestehen regelmäßige Kontakte zu anderen LOS-Projekten, im besonderen mit dem Integrationsprojekt, dem Sozialinfopunkt und der Holzwerkstatt. Die Einbindung findet auch vor allem in Klientenfragen durch das Jugendamt und Sozialamt statt.

wurde von Beginn an bis heute sehr gut angenommen. Auch engagieren sich zunehmend Väter bei der Organisation. Auch die Ehrenamtstruktur konnte weitergehend erhalten werden und Ehrenamtliche engagieren sich über einen langen Zeitraum.

5. Umsetzung des Projekts

Der „Zwergenclub“ wurde als eine Betreuungs-, Kontakt- und Informationsstelle für die schon erwähnte Zielgruppe geschaffen. Um Sympathien zu wecken, den Bekanntheitsgrad zu erhöhen und einen Anlaufpunkt zu schaffen, zu dem jeder gern kommt, sich also damit identifizieren kann, wurde sich für den Namen „Zwergenclub“ entschieden. Hier werden nicht nur Erfahrungen ausgetauscht und sich gegenseitig Tipps und Informationen für alle Lebenslagen gegeben, sondern auch verschiedene Aktivitäten verfolgt, die den Zusammenhalt und die soziale Kompetenz der Mitglieder stärkt. Hier wird zum Beispiel gemeinsam gefrühstückt, gespielt, gebastelt, genäht und Ausflüge in den Stadtteil organisiert. Ein weiterer Schwerpunkt des „Zwergenclubs“ ist die Familienbildung. Hier werden etwa 1 bis 2 mal im Monat Vorträge zu verschiedenen Themen angeboten, die teilweise auch vorher mit den Klienten ausgewählt wurden. Dies können zum Beispiel Vorträge zu aktuellen politischen Entscheidungen oder auch Gesundheits- und Erziehungsfragen sein. Themen wie „Hartz IV“, Frühförderung und Beratung zur gesunden Ernährung wurden unter anderem bereits diskutiert. Der „Zwergenclub“ hat Montag bis Mittwoch von 09.00 – 12.00 Uhr geöffnet und jeweils am 1. Dienstag im Monat von 15.00 – 17.00 Uhr.

6. Schlussfolgerungen

Die Initiatorinnen des Projektes „Zwergenclub“ wissen aus eigener Erfahrung, dass man mit der Kindererziehung schnell überfordert sein kann, wenn andere, nicht zu bewältigende persönliche Probleme, z. B. finanzielle Krisen, im Weg stehen und die Nerven strapazieren. Es bedarf also Impulse von außen, damit die betroffenen Personen wieder Eigeninitiative und Verantwortungsgefühl entwickeln. Manchmal reichte schon ein Erfahrungsaustausch, um sich wieder „zurechtfinden“ und manchmal war auch ein beratendes Gespräch mit einer kompetenten Person notwendig. Das Projekt

Managementstrategien

Ich halte den Aufbau von Strukturen Freiwilligen Engagements in benachteiligten Gebieten für einen schwierigen Prozess und werde mich dem Thema sehr praxisnah aus meiner Erfahrung in der Arbeit mit Freiwilligen in der Stadtteilarbeit nähern.

Ich habe selbst 5 Jahre in einer Freiwilligenagentur in Berlin-Kreuzberg gearbeitet, möchte jedoch eher aus meiner Arbeit im Nachbarschaftshaus und konkret der Stadtteilarbeit berichten. Aus meiner Sicht sind verschiedene Mittlerorganisationen notwendig, um Freiwilliges Engagement in benachteiligten Gebieten zu fördern. Und ich möchte im folgenden deutlich machen, dass unterschiedliche Mittlerorganisationen auch unterschiedliches leisten können.

Was Freiwilligenagenturen aus meiner Sicht eher weniger leisten können, ist die konkrete Aktivierung von Menschen in benachteiligten Gebieten. Dazu sind meiner Meinung nach Freiwilligenagenturen nicht nah genug an den Menschen eines sozialen Brennpunktes dran.

Ich möchte Sie nun nach Berlin-Kreuzberg einladen, schauen wir uns kurz an, wer die Menschen sind, die in der Düttmann-Siedlung in Kreuzberg leben.

Von den 2800 Menschen sind ca. 90 % Migranten/innen und Flüchtlinge aus verschiedenen Herkunftsländern (Türkei, arabische Länder, Albanien, Serbien, Bosnien, Palästina, Kurdistan etc.) mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus:

- teilweise mit deutscher Staatsbürgerschaft,
- viele mit Aufenthaltsbefugnis (meistens 2 Jahre),
- unbefristetem Aufenthalt, und anerkannten Flüchtlinge,
- jedoch auch viele Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus (Duldung),
- und vielleicht noch 10 % Bürger/innen deutscher Herkunft.

Schätzungsweise können nur noch 10 % der Bewohner/innen einer stabilen Mittelschicht zugeordnet werden. Ca. 80 % erhalten Sozialhilfe. Es wohnen dort viele Großfamilien, einige Kleinfamilien, wenig Alleinstehende. 36% der Bewohner/innen sind Jugendliche und Kinder.

Aufgrund dieser unterschiedlichsten Biografien, Sprachen, Privilegien im Aufnahmeland, kulturellen Hintergründe, Religionszugehörigkeiten, der verschiedenen Schichten und der vielfach unsicheren und unklaren Perspektiven konnten wir ein klassisches Konzept von Gemeinwesenarbeit nicht anwenden. Dies beruht

meines Erachtens auf der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und geht prinzipiell von integrierten, sich mit ihrer Nachbarschaft und ihrem Wohnumfeld identifizierenden Bewohner/innen aus. – Jedoch wie können sich Menschen mit ihrem Wohnumfeld identifizieren, wenn Sie rechtlich nicht Teil dieser Gesellschaft sind? Wie können sich Menschen mit ihrem Wohnumfeld identifizieren, wenn für sie unklar ist, wie lange sie noch in Deutschland geduldet sind? Die Hierarchie und Ausgrenzung läuft entlang von Integrationsmaßstäben, Schichtzugehörigkeit und patriarchalen Strukturen (Ausgrenzung von Frauen) sowie nationalen und religiösen Identitäten. Unterschiedliche Sprachen sind eine Kommunikationsbarriere.

Solche Beschreibungen sind für soziale Brennpunkte keine Seltenheit.

Günther Rausch spricht von „Sonderwelten, die nicht mehr ohne weiteres mit den Lebenswelten außerhalb des Viertels kompatibel sind. Auch der gewöhnliche Alltag unterliegt in sozial benachteiligten Wohngebieten einer eigenen Dynamik und Gestalt. „Drinne“ und „draußen“ leben nebeneinander und aneinander vorbei, und sie bemühen sich gegenseitig, möglichst wenig Berührungen und Kontakte miteinander zu haben.“ (Rausch 2004, S. 94)

„Menschen, die aufgrund ihrer Lebensbedingungen nur ungenügende Ressourcen zur Verfügung und mithin keine Chancengleichheit im gesellschaftlichen Ringen um die Gestaltung der öffentlichen Belange haben, können nicht einfach über ihren Schatten springen.“ (Ebenda, S. 97)

„Vor diesem Hintergrund versteht es sich nun gewissermaßen von selbst, dass ausgegrenzte Menschen, die in sozial benachteiligten und benachteiligenden Quartieren wohnen, bei den gewöhnlichen hoheitlichen Beteiligungsverfahren nicht an den allgemeinen demokratischen Meinungs- und Entscheidungsprozessen partizipieren können.“ (Ebenda, S. 98)

Ich selbst habe eingangs den Begriff der Aktivierung benutzt. Aktivierung ist aus meiner Sicht ein unglücklicher Begriff. Er unterstellt pauschal ein Nicht-Aktiv-Sein, was so oft gar nicht stimmt. In der Düttmann-Siedlung gibt es viele Kontakte und nachbarschaftliche Hilfe gerade unter den Menschen einer Kultur oder Sprache. Menschen sind oft aktiv, nur nicht unbedingt in den Bereichen, wo wir meinen, dass sie sich engagieren müssten.

Dennoch ist es ja gerade auch das Ziel von E&C, Beteiligung und Mitbestimmung zu fördern. Daher müssen wir uns fragen, wie es gelingen kann, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsformen in benachteiligten und benachteiligenden Gebieten aufzubauen.

In der Düttmann-Siedlung begannen wir ausgehend von der Stadtteilarbeit des Nachbarschaftshauses ein Netzwerk aus Trägern aufzubauen. Träger, die alle den Bezug zum Stadtteil haben, und damit Kenntnis über Ausschnitte der Lebenswelt der Bewohner/innen. Das sich ergebende Bild der spezifischen Lebenssituation in der Siedlung verlangte hier zunächst einmal nach Unterstützungsangeboten für die Bewohner/innen. Natürlich verfolgten wir damit zugleich das Ziel, Zugänge zu den Bewohner/innen zu bekommen. Nachfragen bei den Bewohnern/innen führten bald zu einem ersten Sprachkurs für Frauen mit Kinderbetreuung in einem von uns gemeinsam mit Bewohnern/innen eingerichteten Mietertreff inmitten der Siedlung. Es folgten Hausaufgabenhilfe und Sozialberatung. Die hohe Verunsicherung von Migrantinnen in der Siedlung über das neue Zuwanderungsgesetz veranlasste uns, eine Informationsveranstaltung über die geplanten Veränderungen und neuen Aufenthaltstitel zu organisieren. Gerade begonnen haben wir mit Schuldner- und Rechtsberatung.

Aus dem ersten Deutschkurs entstand eine Frauengruppe – fast ausschließlich der Muttersprache nach arabischsprachende Frauen – die sich nach vier Vormittagen Deutschkurs pro Woche auch noch am fünften Tag treffen wollten, um miteinander Fragen der Erziehung, der Emanzipation, des Lebens in einem fremden Land, etc. diskutieren wollten. Wir unterstützten sie mit zwei Honorarkräften – eine zur Anleitung der Gruppe, die andere zur Kinderbetreuung. Diese Gruppe war am Anfang zu vergleichen mit einer Selbsthilfegruppe, mittlerweile hat sie ihren Blickwinkel geweitet und trägt erste Früchte für den Stadtteil, initiierte z.B. Flohmärkte.

Ein erster Beitrag zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten:

Aufbau von Vertrauen durch Organisation von Hilfe und Unterstützung bezogen auf ihre persönliche Lebenssituation.

Wenn wir diese Menschen tatsächlich partizipieren lassen wollen, bedarf es der besonderen professionellen Unterstützung und Begleitung. „Die detaillierte Kenntnis der Lebensverhältnisse, der Lebensweisen und der Lebenswelten sowie den Menschen bekannt und vertrauenswürdig zu sein, sind notwendige Voraussetzungen, um entsprechende Lern- und Veränderungsprozesse initiieren zu können.“ (Ebenda, S. 100). Das ist ein mühsames Geschäft, hier gilt es sozusagen in Vorleistung zu gehen, den Menschen zunächst einmal eine Perspektive zu geben, Fuß zu fassen in ihrer familiären oder rechtlichen Situation, sie zu unterstützen in der

Lösung akuter Probleme, die sie befangen machen, die ihnen nur den Blick auf ihre eigene Situation ermöglichen und einen Blick hinaus auf den Stadtteil oder die Nachbarschaft oft verwehren. Rausch spricht von einem „professionellen Unterstützungsmanagement“ mit dem Ressourcen und Strukturen zur Verfügung gestellt werden, „die die Grundlagen für Lernprozesse und politische Auseinandersetzungen bilden, die stufenweise Mitwirkungs- und Mitbestimmungsformen ermöglichen“ und langfristig in Selbstorganisation münden könnten. (Ebenda, S. 103) Dieser Beitrag kann aus meiner Sicht nur durch im Gebiet ansässige bzw. vor Ort arbeitende soziale Einrichtungen geleistet werden, wie z.B. Stadtteilarbeitsprojekte, Migrationsprojekte, Familienberatungsstellen, Jugendeinrichtungen, etc. Genau diese Mittlerorganisationen sind es, denen ich im folgenden weitere Felder der Förderung FE in benachteiligten Gebieten zuordnen möchte.

Ein Psychotherapeut trat mit uns in Kontakt, weil ihn die Arbeit des Nachbarschaftshauses beeindruckte und bot sich an, freiwillig in Zusammenhängen des Hauses mitzuarbeiten. Seine hohe Beratungskompetenz nutzten wir im Aufbau einer Sozialberatung in der Düttmann-Siedlung.

Mit einem irakischen Künstler kamen wir durch die Sozialberatung in Kontakt und als er sich anbot, freiwillig in der Siedlung mitzuarbeiten, entwickelten wir gemeinsam eine regelmäßige Kreativwerkstatt für Kinder. Der Künstler hatte zugleich eine vielfältige Sprachkompetenz – Kurdisch, Arabisch, Persisch, Türkisch und in den 2 Jahrzehnten seines Aufenthaltes in Deutschland viel Erfahrung in der Asyl- und Flüchtlingsberatung erworben, so unterstützte er uns in der Sozialberatung und bei Übersetzungs- und Dolmetscherdiensten.

Ein zweiter Beitrag zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten:

Ansetzen bei den Ressourcen der Bewohner/innen – Sprache, Kultur, berufliche Fähigkeiten. Das ist ja nichts Neues, werden Sie mir sagen. Und doch ist es etwas Neues. Dieser zeitintensive Prozess fordert von uns, wegzugehen von unseren Vorstellungen, was der Stadtteil braucht und hinzuschauen, was sind Menschen bereit und in der Lage, einzubringen und wie lässt sich das umsetzen. Mit dem Psychotherapeuten haben wir mehrfach sehr intensiv zusammengesessen, bis sich sein Wunsch nach Engagement im Bereich Beratung herauskristallisierte. Die zahlreichen Kontakte zu Bewohnern/innen bspw. durch die Sozialberatung und den Deutschkurs galt es bald anders zu pflegen – wir wollten weg von der einseitigen Hilfe-

schiene hin zu einem eher gleichberechtigten Engagement für die Siedlung. So begannen wir parallel zur Beratung regelmäßiger einfach nur auf dem Platz inmitten der Siedlung präsent zu sein, luden bei Tee zum Gespräch ein, informierten über die Entwicklungen bezogen auf die Siedlung.

Ein dritter Beitrag zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten:

Herstellen einer großen Nähe zu den Menschen. Es geht darum, in hohem Maße im sozialen Brennpunkt präsent zu sein und zu kommunizieren, um Mitbestimmung anzuregen. Es braucht Räume und Gelegenheiten der Begegnung und der Einübung gemeinsamen Tuns.

Über eingeworbene Stiftungsmittel konnten wir einzelnen Personen bald zumindest zeitlich begrenzt, kleinere Aufwandsentschädigungen oder Honorare zahlen. Das scheint auf den ersten Blick der Förderung FE zu widersprechen. Jedoch trug diese monetäre Anerkennung ihrer Arbeit sehr deutlich zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Freiwilligen und bei den Frauen auch zur Stärkung ihrer Position in der Familie bei. Die Bereitschaft, sich zu engagieren, blieb bestehen, auch in Zeiten wo uns das Geld ausging bzw. manche Tätigkeiten einfach nicht finanzierbar waren. Eine Frau aus Aserbaidschan z.B. bot auf Honorarbasis einen Tanzkurs an, inzwischen trifft sie sich auch unregelmäßig mit den Frauen zum Tanz. Für den irakischen Künstler konnten wir sogar für ein Jahr eine Beschäftigungsmaßnahme nach §19 BSHG in der Düttmann-Siedlung organisieren.

Ein vierter Beitrag zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten:

Anerkennung ihres freiwilligen Engagements durch gesellschaftliche Teilhabe auch in Form bezahlter Arbeit oder wenigstens Aufwandsentschädigungen. Wir geben diesen Menschen in ihrer oft aussichtslosen finanziellen Abhängigkeit von Transferleistungen damit vor allem Selbstvertrauen zurück. Noch wünschenswerter wäre der Aufbau lokaler Ökonomien in benachteiligten Stadtteilen, die Zugänge ermöglichen zu dauerhafter Erwerbsarbeit und Einkommen bei gleichzeitiger Mitgestaltung lokaler Lebenszusammenhänge. Bei den Freiwilligen wie auch bei den Honorarkräften wurde in der Arbeit auch der Bedarf nach Qualifizierung deutlich. Einer Frau konnten wir eine Ausbildung zur Gemeindedolmetscherin vermitteln, zwei Frauen nehmen derzeit an einem mit ESF-Geldern finanzierten Projekt zur Berufswegplanung und -qualifizierung teil, zwei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen der

Hausaufgabenhilfe qualifizierten sich in einer Fortbildung zu pädagogischen Ansätzen in der Arbeit mit Kindern nicht deutscher Muttersprache, im Moment schulen wir Bewohner/innen in Dolmetschertätigkeiten.

Ein fünfter Beitrag zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten:

Qualifizierung der Freiwilligen. Dies ist zum einen ein Bestandteil der Anerkennung freiwilligen Engagements zum anderen dient es der Motivation der freiwilligen Mitarbeiter/innen, ihnen ein Handwerkszeug an die Hand zu geben, mit dem sie ihr Engagement besser umsetzen können. Zugleich steigert es auch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt, wenn sie neben freiwilligen Tätigkeiten auch Weiterbildungen nachweisen können. Im Bereich der Bildung liegt für mich das größte Potenzial in der Förderung FE in benachteiligten Stadtteilen.

Im Ausschreibungstext für diese Konferenz heißt es: „Zwar existieren viele Engagementformen wie Nachbarschaftshilfe sowie familiäre und freundschaftliche Unterstützung von Menschen in benachteiligten Stadtteilen, diese Formen sind in der Öffentlichkeit aber nahezu unsichtbar.“ Ich kann diese Aussage z.B. bezogen auf die Düttmann-Siedlung in Berlin Kreuzberg durchaus bestätigen. Beziehe ich sie auf die unterschiedlichen Formen des social capital nach Putnam und Woolcock können wir hier vom bonding social capital sprechen – Bindungskapital – eher zu finden in homogenen Gruppen, z.B. innerhalb einer Kultur- und Sprachgruppe. Die Unterstützung z.B. innerhalb arabischer Großfamilien ist immens hoch und stellt einen hohen Wert für die Menschen dieser Gruppe dar. Diese Nachbarschaftshilfe sowie familiäre und freundschaftliche Unterstützung sind mir im Ausschreibungstext etwas schlecht weggekommen. Auch wenn sie nahezu unsichtbar bleiben: Ich halte sie für die Grundstufe, mit der freiwilliges Engagement beginnt und erlernt werden kann. Und ich schätze sie für die Lebensqualität in benachteiligten Gebieten als extrem wichtig ein. (Braun 2001, Kessl, Otto, Ziegler 2002)

Jedoch besteht die Gefahr, dass dieses bonding social capital auch behindernd wirkt. Was den Menschen in benachteiligten Gebieten häufig fehlt, beschreibt Woolcock mit den Begriffen bridging und linking social capital – Brückenskapital und Verbindungskapital. Hier genau kann wieder ein Beitrag der Mittlerorganisationen liegen – den Menschen Zugänge zu ermöglichen zu anderen Gruppen, als der jeweils eigenen, und zu Institutionen im Stadtteil. Das heißt, diese Mittlerorganisationen müssen vor allem kommunizieren. Bezogen auf unter-

schiedliche Gruppen im Stadtteil heißt das, Anlässe und Gelegenheiten zu schaffen, in denen Begegnung stattfinden kann. Bezogen auf die Verlinkung von Gruppen und Institutionen im Stadtteil heißt das vor allem, die Angebote zu kommunizieren, die die einzelnen Institutionen bieten. In meiner Wahrnehmung wissen Menschen eines Stadtteils oft einfach zu wenig über die Institutionen in ihrer Nachbarschaft, sie wissen eben nur unzureichend, welche Unterstützung sie sich in den Organisationen holen können. Genau da sind wir Mitarbeiter/innen von Mittlerorganisationen gefragt, unsere Angebote transparenter zu machen.

Ein sechster Beitrag zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten:

Zugänge ermöglichen zwischen verschiedenen Gruppen und zu Institutionen im Stadtteil, z.B. organisieren wir Flohmärkte, in denen tatsächlich Menschen unterschiedlichster Schichten, Kulturen und Sprachen miteinander in Kontakt kommen.

Ein Jugendzentrum in der Düttmann-Siedlung hat in Zusammenarbeit mit einem St. Petersburger Zirkus für Straßenkinder und Jugendliche aus den so genannten sozialen Risikogruppen ein Zirkusprojekt aufgebaut. „Die Kriterien für die Teilnahme an diesem besonderen Projekt wurden für die Jugendlichen klar definiert. Regelmäßige Teilnahme an den Akrobatiktrainingstunden ..., die Teilnahme an theaterpädagogischen Übungsstunden, und selbstverständlich den Willen und die Freude daran, ...“ Menschen aus einem ihnen völlig fremden Land und ein anderes soziales Projekt kennen zu lernen (Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. 2004, S. 42). „Die Jugendlichen zum Training zu motivieren war eine Herausforderung, da ihnen diese Form der Verbindlichkeit in einer Jugendfreizeiteinrichtung nicht bekannt war“ (Ebenda, S. 42). Heute treten die Jugendlichen an vielen Wochenenden zu den unterschiedlichsten Anlässen auf und zeigen dabei ein ganz intensives Engagement. Sie haben Spaß, Selbstvertrauen und bekommen viele positive Rückmeldungen.

Mit Kindern haben wir eine Ausstellung organisiert – „Lachende Farben auf der Suche“. Ein Teil der Mütter der Kinder engagierte sich aus Stolz und Freude über ihre Kinder in der Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung.

Ein siebter Beitrag zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten:

Initiieren von Projekten FE in Form von Angeboten, die den Teilnehmenden Anerkennung verschaffen – darüber entsteht zugleich Identifikation – mit dem Engagement und mit dem Stadtteil.

Soziale Benachteiligung fordert nicht nur den tagtäglichen Kampf ums Existenzsicherung. „Sie fordert gleichzeitig eine ständige Anstrengung, trotz reduzierter Ressourcen das eigene Leben selber zu bestimmen. Und sie bedeutet schließlich das ständige Bemühen um Anerkennung und Normalität ...“ (Munsch 2003, S. 10)

Zum Schluss ein kurzes Fazit meiner bisherigen Ausführungen:

1. Ich halte einen Mix verschiedener Mittlerorganisationen zur Förderung FE in benachteiligten Gebieten für unbedingt erforderlich. Dabei müssen die verschiedenen Mittlerorganisationen eng miteinander vernetzt arbeiten sozusagen ineinanderwirken.

2. Aufgrund meiner Erfahrungen aus der Stadtteilarbeit scheint es erforderlich, in der Arbeit mit den Menschen in benachteiligten Gebieten eine hohe Kontinuität der Mitarbeiter/innen gerade in den Mittlerorganisationen wie Nachbarschaftszentren, Mieterzentren, Interkulturelle Treffpunkten, Jugendeinrichtungen und Kindereinrichtungen zu garantieren, da wir es mit sehr zeitintensiven Prozessen der Vertrauensbildung zu tun haben. Gelingen können solche partizipativen Prozesse nur, wenn die Professionellen den Bewohner/innen ausreichend Zeit lassen, ihre Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen. „Gegebenenfalls muss die Geduld aufgebracht werden, zu warten, bis auch diese Bürger sich einbringen wollen und können.“ (Rausch 2004, S. 101) Lothar Stock betont den Faktor Zeit, der benötigt wird, damit sich das Engagement in benachteiligten Bevölkerungsgruppen überhaupt entwickeln kann. Entwickeln „... von der individuellen zur kollektiven Ebene, von der geschützten Geborgenheit eines klar umrissenen (Sozial-)Raumes, in dem die Betroffenen sich heimisch fühlen, hin zu der ihnen erst einmal fremden und zuweilen auch feindlich gesinnten Außenwelt.“ Dieser Entwicklungsprozess muss behutsam begleitet werden, „... anstatt vorschnell zu hohe Erwartungen an öffentliche Beteiligungsformen benachteiligter Bürgerinnen und Bürger zu richten.“ (Stock 2004, S. 235)

Literatur

Braun, S.(2001): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. In: Leviathan Heft 3/2001, S. 337-354

Kessl, F., Otto, H., Ziegler, H. (2002): Einschließen oder aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer. In: Riege, R. Schubert, H. (Hg.): Sozialraumanalyse, S. 177-190

Nachbarschaftshaus Urbanstraße e. V. (Hg.)
(2004): Jahresbericht 2003

Munsch, Ch. (Hg.) (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Weinheim, München

Rausch, G. (2004): Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit. In: K. Maier, M. Meßmer, Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere, S. 93-104

Stock, L. (2003): Milieuspezifische Ressourcen und Formen von Engagement von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. In: Munsch, Ch.: Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Weinheim, München S. 229 – 238

Autor

Diplomsozialarbeiter/-pädagogin (FH),
Student des europäischen Masterstudiengangs „Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement und Lokale Ökonomie“ an der Fachhochschule München (seit April 2004),

Arbeitsfelder: Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit im Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.,

Freiwilligenagentur Kreuzberg-Friedrichshain,

Lehrbeauftragter für Gemeinwesenarbeit an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit/-pädagogik Berlin

Die Freiwilligenagentur Wedding

Die Freiwilligenagentur Wedding ist eine ganz „junge“ Freiwilligenagentur: Sie wurde im April dieses Jahres offiziell eingeweiht und befindet sich im Berliner Kiez Soldiner Straße.

Der Kiez Soldiner Straße ist ein Quartiersmanagementgebiet von drei QM-Gebieten im Wedding. Die Bevölkerung ist durch einen hohen Anteil an Menschen nicht-deutscher Herkunft gekennzeichnet. Während im QM Pankstraße, ebenfalls im Wedding, vor allem Türken/innen leben, ist das Spektrum der Herkunftsländer im Soldiner Kiez breiter gefächert: arabische Länder, Türkei, Ex-Jugoslawien, Ex-Sowjet Union. Diese Multikulturalität und Vielsprachigkeit stellt eine besondere Herausforderung dar, Zugangswege zu diesem Teil der Bevölkerung zu entwickeln. Neben Kreuzberg ist die Arbeitslosigkeit im Wedding die höchste in Berlin (annähernd 30 %). Der Anteil der Schüler/innen nichtdeutscher Herkunftssprache beträgt mehr als 40 %.

1. Entstehung der Freiwilligenagentur

Die Idee, im Wedding eine Freiwilligenagentur zu betreiben, entstand in den beiden Nachbarschaftseinrichtungen des Soldiner Kiezes, im Nachbarschaftshaus Prinzenallee und in der NachbarschaftsEtage Fabrik Osloer Straße. Auf einer Kiezkonferenz, veranstaltet vom Quartiersmanagement Soldiner Straße, wurde das Projekt von den Anwohnern/innen befürwortet. Daraufhin wurden weitere Träger gesucht, um das Projekt mit einer langfristigen Perspektive aufzubauen.

2. Trägerschaft

- Bezirksamt Mitte von Berlin
- AWO Kreisverband Mitte e. V.
- Nachbarschaftshaus Prinzenallee
- NachbarschaftsEtage der Fabrik Osloer Straße

Das Nachbarschaftshaus Prinzenallee ist seit 1984 interkulturelle Begegnungsstätte für behinderte und nichtbehinderte Menschen. Es ist ein sehr niedrigschwelliges Haus mit einem breiten Angebot an Kursen und Beratungen für die Nachbarschaft. Zusätzlicher Anziehungspunkt ist das Café Escapade, im weitläufigen Hinterhof schön gelegen, mit Terrasse im Sommer. Über diesen Umweg hat die Freiwilligenagentur Wedding auch schon „Laufkundschaft“ bekommen.

3. Aufgaben

3.1 Beratung von Freiwilligen

Eine Freiwilligenagentur berät Menschen, die sich ehrenamtlich und freiwillig engagieren wollen. Die Motive, sich engagieren zu wollen, sind vielfältig: Ein großer Anteil derer, die sich im Wedding beraten lassen, sind im Rentenalter oder in Frührente und haben Zeit und das Bedürfnis, sich einzubringen, ein anderer großer Teil ist arbeitssuchend, sie haben Zeit und unter Umständen auch die Hoffnung, durch eine ehrenamtliche Tätigkeit wieder eine feste Arbeitsstelle zu bekommen.

Ein Beispiel bietet Irene¹: Sie kam als Freiwillige in die Freiwilligenagentur und half beim Aufbau der Datenbank. Sie war intensiv auf Arbeitssuche; als alleinerziehende Mutter von zwei fast erwachsenen Söhnen hatte sie noch nie einen festen Job gehabt. Ihr wurde eine Bestätigung über ihr freiwilliges Engagement in der Freiwilligenagentur ausgestellt und ein paar Wochen später erhielt sie eine einjährige ABM-Stelle in einer Nachbarschaftseinrichtung, wo sie Menschen am Computer schult und Websites erstellt. Sie ist sicher, daß sie diese Chance der Bestätigung der Freiwilligenagentur, also ihrem Engagement zu verdanken hat. Ehrenamtliches Engagement trägt somit auch zur Qualifizierung bei.

Manche Freiwillige suchen gezielt Projekte, die Fort- und Weiterbildung bieten. Oder sie suchen ein Feld, auf dem sie theoretisches Wissen haben, sich praktisch aber noch nicht ausprobieren konnten.

Andere Freiwillige sind gerade erst nach Berlin gezogen, und versuchen auf diese Art, Kontakte zu knüpfen und die Stadt besser kennenzulernen. Manche wollen sich nur ganz unverbindlich informieren, andere sind zielorientiert und haben klare Vorstellungen davon, was sie können und wo sie ihre Fähigkeiten einsetzen wollen.

Die Freiwilligenagentur arbeitet mit Fragebögen, um ein Profil von den „Freiwilligen“ zu erstellen und um gegebenenfalls erst herauszufinden, in welchen Bereich sie hineinpassen.

Beliebte Projekte sind die der Lesepatzen (Lesewelt oder Paulo Freire Institut z. B.): Freiwillige gehen in eine Schule oder eine Bibliothek und setzen sich mit 2 – 3 Kindern zusammen und nehmen sich ein Buch vor. Wer vorliest, ist letztlich egal, der/die Freiwillige oder die Kinder. Manchmal wird dann auch nur erzählt. Auf diese Weise findet Sprachförderung statt. Eine Grundschule ganz in der Nähe der Freiwilligenagentur arbeitet schon lange mit einer Freiwilligen zusammen, die eigens für das Lesepatzenprojekt aus Zehlendorf anreist. (Für Nicht-Berliner/innen: mit öffentlichen Verkehrs-

1) Name geändert

mitteln ist man ca. 1 h pro Strecke unterwegs!) Sie macht das mit so großer Freude an der Tätigkeit, daß ihr der Weg nicht zu weit ist.

Freiwilligenagenturen ermöglichen es also, daß Freiwillige von außerhalb in ein Gebiet wie den Soldiner Kiez kommen, um die Lebensumstände dort zu verbessern.

3.2 Beratung von Organisationen

Die Mitarbeiter/innen der Freiwilligenagentur besuchen Organisationen, die mit ehrenamtlich engagierten Menschen zusammenarbeiten wollen. Dabei wird ein Profil von der Organisation erstellt, das in eine Datenbank eingegeben wird. Es wird genau abgefragt, welchen Tätigkeitsbereich ein/e Freiwillige/r haben kann und welche Voraussetzungen er/sie dafür mitbringen muß. Außerdem wird erfaßt, ob ein/e Freiwillige/r versichert ist, ob er/sie an Mitarbeiterbesprechungen teilnehmen kann, ob er/sie eigene Ideen verwirklichen kann und welche Anerkennungsformen es in der Organisation gibt.

Das Managen von Freiwilligen ist sehr zeitintensiv. Bei Projektbesuchen wird immer versucht herauszufinden, wie Freiwillige aufgenommen werden und ob es eine feste Ansprechperson für sie gibt. Ziel des Gesprächs ist auch, möglichst differenziert einschätzen zu können, wer an welche Stelle paßt, um der Vermittlungsfunktion gerecht zu werden.

3.3 Veranstaltungen

Projektetreffen

Die FreiwilligenAgentur Wedding hat die Erfahrung gemacht, daß viele Organisationen gern mehr Anerkennungskultur bieten würden, aber aufgrund leerer Kassen damit überfordert sind.² Um über dieses Thema mehr zu erfahren, wurden die Organisationen, die in der Datenbank der Freiwilligenagentur Wedding geführt werden, zu einem Projektetreffen eingeladen. Eine Referentin hält ein Inputreferat, anschließend folgt die Möglichkeit zur Diskussion. Angedacht sind weitere Themen, wie Versicherung, Konflikte zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und Qualitätssicherung.

Mit diesen Treffen werden mehrere Ziele verfolgt:

- Die Organisationen erhalten inhaltlichen Input, werden somit qualifiziert.
- Die Organisationen haben die Möglichkeit, der Freiwilligenagentur ein Feedback zu geben, z. B. ob jemand, der sich in der Freiwilligenagentur hat beraten lassen, den Weg in diese Organisation gefunden hat, oder ob sich das Tätigkeitsprofil in der Organisation in der Zwischenzeit verändert hat etc.
- Die Organisationen kommen zusammen

und können sich austauschen, was einen Beitrag zur Vernetzung leistet.

Runde Tische

Um diese Vernetzung noch weiter zu fördern, veranstaltet die Freiwilligenagentur regelmäßig thematisch orientierte Runde Tische. Am 20. Oktober 2004 gab es einen Runden Tisch zum Thema Freiwilliges Engagement und Migranten/innen. Zwölf verschiedene Organisationen (u. a. Interkultureller Pflegedienst, Deutsch-Russischer Austausch, Arabische Elternunion, Bund gegen ethnische Diskriminierung) kamen zusammen und diskutierten über Zugangswege zu Migranten/innen. Fazit für die Arbeit der FreiwilligenAgentur war, die Zielgruppe dort abzuholen, wo sie steht. Sinnvoll ist hierbei die Zusammenarbeit z.B. mit Moscheen, Beratungsstellen, Seniorentagesstätten und Selbsthilfegruppen für Migranten/innen, DGB-Haus (Internetkurs für Migranten/innen), Organisationen für Integrationsarbeit; Informationsveranstaltungen mehrsprachig anzubieten; Multiplikatoren/innen ausbilden.

3.4 Initiierung von Projekten

Die Initiierung von Projekten wird in Zukunft ein noch wichtigeres Feld für Freiwilligenagenturen sein. (Vor allem dann, wenn sich Angebote von konkreten Tätigkeiten im Internet finden lassen und dadurch die Aufgabe der Freiwilligenagenturen der Beratung und Vermittlung einen geringeren Teil der Arbeit ausmachen wird.) Die Kontakte, über die eine Freiwilligenagentur verfügt, und ihr Know-How prädestinieren sie dafür, Organisationen oder Initiativen zu beraten, die neue Projekte durchführen möchten.

Ein Beispiel aus Bremen: Eltern stellten fest, daß im Krankenhaus auf der Kinderstation an den Wochenenden keine Betreuung stattfand, daß aber viele Kinder erst am Nachmittag Besuch von ihren Eltern bekamen. Daraufhin wurde unter Mitwirkung der Freiwilligenagentur das Projekt eines Elterndienstes ins Leben gerufen, der genau die Betreuungszeiten am Wochenende abdeckte, die vorher noch nicht geleistet wurden.

3.5 Spezielle Ziele in der FreiwilligenAgentur Wedding

Neben den gängigen Aufgaben einer Freiwilligenagentur gibt es in der FreiwilligenAgentur Wedding einige Ziele, auf die in besonderem Maße hingearbeitet werden soll.

Erfahrungsaustausch organisieren

Feedback ist natürlich immer willkommen: Zu einem Austauschtreffen, das anlässlich des Berliner Freiwilligentages am 17. September 2004

2) Anerkennungskultur hat nicht zwangsläufig etwas mit Geld zu tun, sondern mit bestimmten Umständen in der Kultur einer Einrichtung.

organisiert wurde, kam auch ein Freiwilliger, der schon kurz nach der Eröffnung im April als Buchhalter in einen Kinderzirkus vermittelt wurde. Er ist noch immer dort und begleitet die Truppe auch zu Auftritten oder auf Ausflügen und ist sehr glücklich mit seiner Tätigkeit.

Solche Erfahrungen wirken ansteckend. Bei den Austauschtreffen, die immer gut besucht waren, haben sich schon manche Freiwillige mit anderen verabredet, sie mit in ihr Projekt zu nehmen. So erreicht die Freiwilligenagentur eine Vernetzung der Menschen mit dem Ziel, der sozialen Vereinzelung entgegenzuwirken.

Darüber hinaus sollen die Erfahrungen der Freiwilligen den Mitarbeitern/innen der Freiwilligenagentur einen Aufschluß darüber geben, worauf bei der Beratung von Organisationen besonders zu achten ist.

Anerkennung fördern

Am 18. September 2004 war der Berliner Ehrenamtstag, zu dem ein Ehrenamtspreis ausgelobt wurde. Auch die Freiwilligenagentur Wedding sollte Menschen vorschlagen, die sich verdient gemacht haben, und tatsächlich – ein Freiwilliger, den die Freiwilligenagentur Wedding vorgeschlagen hatte, wurde mit einem Preis bedacht.

Kurz danach kam eine Anfrage vom ZDF, ob es nicht im Soldiner Kiez ein „leuchtendes Beispiel“ geben würde, über das berichtet werden könne, im Zusammenhang mit dem Wedding und freiwilligem sozialen Engagement aus einem klassischen Bereich, in dem mit Menschen gearbeitet wird. – Die Freiwilligenagentur schlug „ihren“ gerade ausgezeichneten Freiwilligen vor, der anfangs aber nicht portraitiert werden wollte. Wenig später rief er noch einmal an, da er mit seinem Projekt – einem Jugendprojekt mit Sportangebot und Hausaufgabenhilfe – gesprochen hatte und die Jugendlichen Feuer und Flamme für einen Fernsehauftritt waren.

Auch hier wird über Öffentlichkeitsarbeit freiwilliges Engagement und Anerkennung dafür in den Fokus gerückt, was auch seine Wirkung bei den Jugendlichen hat, die in diesem Projekt betreut werden.

Bürger aktivieren

Denkbar ist eine Idee, die in Halle schon praktiziert wird: Die Freiwilligensurveys von 1999 und 2004 sprechen von einer großen Anzahl Menschen, die sich engagieren würde, wenn man sie nur fragen würde. Die Freiwilligenagentur Halle geht mit dem Infopoint Aktiv auf die Straße und spricht Passanten/innen an, ob sie sich für freiwilliges Engagement interessieren. Komplette Beratungsgesprächen werden dann unmittelbar eingeleitet – und das häufig

mit Erfolg.

Auch hier ergeben sich mehrere Effekte: Eindrücke bei den Menschen, die beraten wurden, und Eindrücke bei denen, die nur im Vorbeigehen bemerkt haben, daß es da um ehrenamtliches Engagement geht.

4. Fachspezifische Vernetzung: LAGFA

Die Freiwilligenagentur Wedding tauscht sich mit anderen Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen aus: in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Berlin. Diese trifft sich viermal im Jahr und darüber hinaus zweimal jährlich mit den Freiwilligenagenturen in Brandenburg. Diese Treffen sind immer sehr informativ und fruchtbar. Beim letzten Regionaltreffen wurde z. B. der Verein KulturTafel aus Beelitz vorgestellt, der einzig und allein die Aufgabe hat „anzuerkennen“. Mittels Fragebogen erfährt der Verein, was sich Freiwillige wünschen würden, und zu gegebener Zeit werden diese Wünsche „organisiert“, also erfüllt, ohne dass Geld fließt. Bisher gingen alle Gewerbetreibenden auf Anfragen ein, ob sie etwas zur Verfügung stellen würden; und die Mitarbeiterin, die diesen Verein organisiert, ist oft beschämt darüber, wie bescheiden die Wünsche sind und wie groß dann aber auch die Freude darüber ist!

5. Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement

Gerade am Anfang war es wichtig, eng mit dem Quartiersmanagement zusammenzuarbeiten, da es über Kontakte, Kontakte und noch mal Kontakte und Equipment verfügt. Räume konnten genutzt werden, die ohne das QM nicht zur Verfügung gestanden hätten, wenn technische Ausstattung benötigt wird, die im Nachbarschaftshaus nicht vorhanden ist, kann sie beim QM ausgeliehen werden; als jetzt der Runde Tisch organisiert wurde, wurden wieder wichtige Kontakte hergestellt. Außerdem gibt es große Unterstützung mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit.

6. Finanzierung

Die Finanzierung läuft bisher noch ausschließlich über Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ über das Quartiersmanagement Soldiner Straße.

Mit dem Nachbarschaftshaus Prinzenallee ist die Freiwilligenagentur Wedding jetzt auch in einem Projekt, das Unternehmenskooperationen heißt (und das auch vom Quartiersmanagement gefördert wird). Dabei werden

Unternehmen aus der Wirtschaft gesucht, die mit gemeinnützigen Organisationen langfristige Partnerschaften eingehen, bei denen es um Win-Win-Strategien geht. In Moabit – einem anderen Stadtteil vom Bezirk Mitte in Berlin – sind schon sechs solcher Kooperationen hergestellt worden. Eine Schule kooperiert z. B. mit einem Softwarehaus. Die Räume der Schule können durch den Wirtschaftspartner genutzt werden, das Softwarehaus stellt Hard- und Software sehr kostengünstig zur Verfügung.

Allein mit solchen Projekten wird die Freiwilligenagentur es sicherlich nicht schaffen, sich unabhängig von der Förderung von Quartiersmanagement zu machen, aber es ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Autorin

Waltraud Seifert
Studentin der Sozialarbeit/Sozialpädagogik
(FH),
Freie Mitarbeiterin in der FreiwilligenAgentur
Wedding, im Nachbarschaftshaus
Prinzenallee, Prinzenallee 58
D – 13359 Berlin

Bürgerengagement, kommunale Strategien und die Bundesmodellprogramme

1. Unter dem Titel **Chancengerechtigkeit** lassen sich neue Modellprogramme seit der „Sozialen Stadt“, „Entwicklung und Chancen in sozialen Brennpunkten (E&C)“, Projekte lokaler Ökonomie (LOS) und der Schulverknüpfung (IZBB-Zukunft, Bildung, Beschäftigung) subsumieren. Gleichzeitig sind sie der **Verteilungsgerechtigkeit** des Sozialstaates bisheriger Prägung verpflichtet, stellen also eine Art Scharnier **neuer und alter Sozialstaatlichkeit** dar, die in Deutschland spätestens seit den Hartz-Reformen verspätet diskutiert werden. Vereinfacht dargestellt folgen die Modelle im einen Fall der moralisch-politischen Verpflichtung durch Sondermittel und gesondert begründete Fachkräfte (z.B. „Quartiermanagement“) Benachteiligten auf lokaler Ebene **mehr Ressourcen** zukommen zu lassen. Im anderen Falle folgen die Modelle pädagogisch-gesellschaftspolitischen Idealen der Aktivierung zugunsten von Selbsthilfe, „Empowerment“ und – ganz aktuell formuliert – einem „Diversity Management“, also auch der **Förderung** von Unterschieden und unterschiedlichen Zielgruppen.

Unterschiedliche Bezugssysteme von Modellprogrammen sind für die gemeinten Bürger/innen (Kunde/innen oder Klienten/innen) sowie Fachkräfte schwierig, für die Tatorte des Geschehens, Kommunen ebenfalls.

Wie schwer kompatibel **Bundes- und Kommunalprojekte** sind, zeigen die derzeitigen Hartz-Projekte, konkret: das Zusammenführen von Bundesbehörde und Kommunalverwaltung, von Arbeitsmarktpolitik und lokaler Steuerung. Schließlich wird dies noch unterlegt von unterschiedlichen Bedeutungen des Bürgerengagements.

Bürgerbeteiligung und Ehrenamt können sich im konkreten örtlichen Falle sogar kontrovers gegenüberstehen und müssen sich wiederum beide bewegen, wenn mit Bürgerengagement auch der grundlegende Diskurs um Rechte und Pflichten, Eigenverantwortung und Solidarität gemeint ist.

Letztendlich geht es also nicht um **eine** Methode, nur „best practise“-Beispiele, sondern gesellschaftspolitische Handlungskompetenz – sich geschickt zwischen den Konzepten bewegen!

2. Kommunen definieren ihr Verhältnis zum Bürgerengagement, z. T. ihre Politik auf 3 Ebenen:

- a) **konstitutiv**: die Selbstverwaltung der Kommunen benötigt das Ehrenamt, von Parteien über Stadträten bis zu Vereinen und Verbänden, die Dienstleistungen für Kommunen erbringen z.B. im Sport- und Kulturbereich;
- b) **formalisiert-fördernd**: in Senioren-, Ausländer- oder Jugendbeiräten, in Bezirksausschüssen und Elternbeiräten gibt es formalisierte Mitwirkung. Sportübungsleiter/innen etc. erhalten Förderungen und einige Berichte im Grauzonenbereich (Museumswärter/innen, Mensen etc.);
- c) **systematisch-entwickelnd**: einige Kommunen loben aktive Bürger/innen aus, finanzieren Freiwilligenagenturen oder Projekte. In den Kommunen ist die Nähe von Engagement zur „Macht“ oft sehr konkret, weil die Entscheidungsträger im gesellschaftlichen Sektor, bei der Vereinen und Parteien, verankert sind (und sein müssen). Andererseits sind benachteiligte Gruppen, z.B. in Brennpunkten, besonders randständig im gesellschaftlichen Sektor. Sie sind im Wechselspiel von Ortsverein, Beirat, lokaler Presse, Vereinsfest eher Objekt (manchmal sogar die Störer-Schlagzeile) statt Subjekt des Bürgerengagements.

Die Öffnung der Kommunen für „marginalisiertes Engagement“ beginnt bei der Konfliktbereitschaft zwischen neuem und altem Bürgerengagement, etablierten und multikulturellem Engagement.

Bei der Heranführung von Bürgern an das Engagement in Brennpunkten wird dies deutlich. Es wird an formalisierte Beiräte herangeführt, für Mitgliedschaft in Vereinen geworben oder zur Selbstorganisation und Neugründung aufgerufen.

Aus der zwanzigjährigen Diskussion von Subkulturen, Brennpunkte, Minderheitenarbeit wissen wir, dass damit auch das Dilemma von Integration und Autonomie angesprochen ist: Randständige in Vereine oder Beiräte zu integrieren, kann sie auch aus ihrem Herkunftsmilieu isolieren, ihre Spontaneität schwächen. Autonome Gegengruppen wiederum können ins Leere laufen oder die Mitglieder in Nebenschauplätzen zum Erfolg bringen. Kommunale Spitzen, steuernde Kommunalpolitik muss ihr Verständnis von Bürgergesellschaft erweitern, von einem Bild, in dem die Summe von Ehrenamt und Vereinen das Bürgerengagement ausmacht und Bürgerbeteiligung Sache von professionalisierter Moderation ist, lösen.

Die Organisationsfrage – auch von Randgruppen – darf den Kommunen nicht gleichgültig sein. Sie muss ihre Ressourcen öffnen für Teilhabe, wobei der entscheidende Punkt

ist, dass Ressourcen einer Bürgerkommune primär nicht Geld, sondern Kompetenz, Wissen und Dienste sind.

3. Bürgerkommunen müssen das, was sie gerade mühsam gelernt haben, wieder hinterfragen: Sie haben aus hoheitlichen Aufgaben überprüfbare, qualitätsmessbare Dienstleistungen gemacht, die einer prinzipiell anderen Logik folgen als Bürgerschaftsprojekte. Ökonomisch gelten für gemischt erbrachte, demokratisch verankerte Projekte andere Regeln und Rechnungen, als wenn es Verwaltungen allein und kosteneffizient machen. Auch Verwaltungs-, Effizienz- und Gerechtigkeitsvorstellungen werden anders gewichtet, wenn es nicht die Stadt ist, die Produkte verkauft, sondern ein Gemeinschaftswerk, zu dem Bürgerengagement selbstbestimmt beiträgt neben der Kommune.

Der Herausforderung einer solchen Kooperation stellen sich wenige Kommunen. Lieber kauft sich eine Kommune durch Pauschalzuschuss ein Freiwilligenzentrum „ein“, als dass sie ihre Ämter auf allen Ebenen Kooperationsprojekte machen lässt oder sie lässt einzelne Ämter (z.B. Sportamt) Pauschalleistungen (z.B. an Sportvereine oder z.B. Übungsleiterzuschuss) auszahlen statt eine Vision von Bürgerengagement über alle Ressorts hinweg entstehen zu lassen.

Wer sich für marginalisierte Gruppen der Stadt engagiert, muss die vorhandenen Akteure im bürgerschaftlichen Sektor öffnen für andere, neue, vor allem gemischte Projekt- und Organisationsformen – eine öffentliche Plattform für das gleichwertige, verschiedenste Engagement herstellen, wie es Augsburg mit dem Bündnis für Augsburg getan hat.

4. Bürgerengagement ist zuerst lebensweltorientiert und ein Teil der Demokratie. Die Bewohner/innen (Bürger/innen, Kunden/innen, Klienten/innen) eines Brennpunktstadtteils erfahren ihre bürgerschaftliche Rolle und ihren Eintritt in die öffentliche Sphäre. Eigene Anliegen mit anderen gemeinsam anzugehen und dies so zu tun, dass viele etwas davon haben, ist sehr viel eher Befähigung zu Bürgerengagement statt der Erwerb instrumenteller Fähigkeiten, (nur) um Interessen durchzusetzen.

Es gilt marginalisierte Gruppen an ihren eigenen Anliegen in ihren öffentlichen Sphären, Räumen, Anlässen zu ermuntern, Rollen, Verantwortung und Mitgestaltung zu übernehmen.

Es benötigt sehr verschiedenartige Aktivitätsfelder („Ermöglichungskultur“, Erprobungsräume), die spielerisch genug sind um Fehler und Erfolge zu erfahren, aber soviel Ernstcha-

rakter als möglich zu befreien.

Beispielweise sollten alle Instandhaltungs-, Reparatur-, Ganztags-, Betreuungs- und andere Maßnahmen im Brennpunktumfeld zu Projekten mit den Betroffenen werden mit dem Ziel, dass die Betroffenen ihre Teilhabe-Rollen ausfüllen können. Hierzu gehört auch die Beantragung und Durchführung von Förder- und Zuschussanträge, die letztlich Verbände auch in die Hände der Betroffenen überführen müssen.

Bürgerengagement ist der Prozess bei anspruchsvollen innovativen Prozessen, der seinerseits durch „richtige“ Praxis gespeist wird und den Prozess wiederum weitertreibt, also eine Art Quelle, die, in dem sie weiter sprudelt, angezapft wird.

Deshalb sind auf

- a) gesamtstädtischer Ebene (Öffnung von Ehrenamt etc.),
 - b) fachlicher Ebene (Kooperationen) und
 - c) persönlicher Ebene (Rollenübernahme)
- gleichzeitig Prozesse zu steuern, die letztlich einer neuen chancenorientierten Politik zum Durchbruch verhelfen.

Bürgerengagement ist in Bundesmodellen nicht das, was zur professionellen sozialen Arbeit hinzugefügt wird.

Das Engagement der Bürger/innen ist aufzuspüren, zu gestalten, zu stärken, an vorhandene Strukturen von Ehrenamt und Selbsthilfe „anzudocken“, Dienstleistungen gemischter zu erbringen und aus der Eigeninteressenvertretung stärker in Richtung des Gemeinwohls hinaus zu führen.

Zielgruppenkonferenz der aus dem KJP geförderten bundeszentralen freien Träger sowie für Mitarbeiter/innen der Kinder- und Jugendarbeit, aus Kindertageseinrichtungen, Schulen, der Erwachsenenbildung und dem Quartiersmanagement

Zivilgesellschaft stärken – Bürgerschaftliches Engagement in E&C-Gebieten fördern

Konferenz

3. und 4. November 2004 in Berlin

Partizipation, bürgerschaftliches Engagement im kommunalen Raum und ehrenamtliches Engagement als Bildungsprozess sind nur einige Begriffe, die den Diskurs um Zivilgesellschaft und Ehrenamt flankieren. Hier wird die Bildung des Sozialkapitals verortet und die Bedeutung von sozialen Netzwerken hervorgehoben. Einigkeit besteht über die positiven Effekte, die nicht nur individuell, sondern auch im Sozialraum wirken.

Erfahrungen aus benachteiligten Quartieren zeigen, dass es oft mühsam ist, die Kinder, Jugendlichen sowie ihre Familien für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen und nachhaltig in diese Prozesse einzubinden. Eine heterogene Mitwirkung im Stadtteil scheint sich nur schwer nachhaltig etablieren zu lassen. Zwar existieren viele Engagementformen wie Nachbarschaftshilfe sowie familiäre und freundschaftliche Unterstützung von Menschen in sozial benachteiligenden Stadtteilen, diese Formen sind in der Öffentlichkeit aber nahezu unsichtbar.

Auf dieser Zielgruppenkonferenz werden verschiedene Aspekte zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements hinsichtlich der speziellen Bedingungen in benachteiligenden Gebieten diskutiert. Es werden non-formale und formale Bildungsangebote und -konzepte betrachtet, geschlechtsspezifische und kulturelle Unterschiede in den Blick genommen sowie konkrete Projekte vorgestellt. Da bürgerschaftliches Engagement auf koproductive Prozesse angewiesen ist, werden die differenten Perspektiven und notwendigen Kompetenzen der verschiedenen Akteure in den Diskussionen aufgegriffen.

So soll diese Zielgruppenkonferenz ermöglichen, bereits bewährte Konzepte und Strategien aus unterschiedlichen pädagogischen Arbeitsfeldern diskursiv mit den Erfahrungen in den E&C-Gebieten zu verknüpfen.

Termin:

3. und 4. November 2004

Veranstaltungsort:

Umweltforum Berlin | Auferstehungskirche
Pufendorfstraße 11 | 10249 Berlin

Verkehrsanbindung:

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

U 5, Strausberger Platz

Tram 5, 6, 7, 8 Platz der Vereinten Nationen

Bus 340, Koppenstraße

Parkmöglichkeiten in der Friedenstraße und

Pufendorfstraße sowie im Parkhaus des nh Hotels Alexanderplatz, Landsberger Allee 26-32



Organisatorische Rückfragen:

MNS – PR und Events

Frau Astrid Nelke-Mayenknecht

Tel: 030. 53 65 58 60

Fax: 030. 703 26 68

Email: mail@mns-events.de

Mittwoch 3. November 2004

- 12.30** Öffnung des Tagungsbüros
Begrüßungskaffee
- 13.30 Begrüßung**
Peter Kupferschmid, BMFSFJ
Hartmut Brocke, Stiftung SPI
- 14.00 Engagement in der Zivilgesellschaft**
Prof. Dr. Thomas Olk,
Universität Halle-Wittenberg
- 14.45 Podiumsdiskussion**
Moderation: Rainer Schwarz, Regiestelle E&C
- 15.30** Kaffeepause
- 16.00 Konzepte zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements**
Beginn der Arbeitsgruppen

AG 1 | Peer Education

Herbert Backes,
Landesamt für Gesundheit und Soziales, Berlin

AG 2 | Service Learning

Joachim Syska,
Riesengebirgs-Oberschule, Berlin

AG 3 | Anerkennungskultur – Qualifikationen – Zertifizierung

Thomas Kegel,
Akademie für Ehrenamtlichkeit, Berlin

AG 4 | Freiwilligendienste

Dr. Christian Glaß, Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, Oldenburg

- 18.00 mitWirkung! – Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen**
Sigrid Meinhold-Henschel,
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

- 18.30** Abendessen

Donnerstag 4. November 2004

- 8.30** Tagungsbüro geöffnet
- 9.30 Wird wirklich jede/r gebraucht?**
Dr. Chantal Munsch,
Technische Universität Dresden
- 10.15 Engagement in E&C-Gebieten**
Beginn der Arbeitsgruppen

AG 5 | Migration & Engagement

Bernhard Schulz,
Stiftung Bürger für Bürger, Berlin
Hülya Feise,
Modellprojekt gEMiDE, BTEU, Hannover
Christa Brämsmann,
Mütterzentrum Tenever, Bremen

AG 6 | Schule & Kooperation

Thorsten Zeige, „Fit for Quality“,
Jugendamt, Landkreis Hersfeld-Rotenburg
Sabine Lehmann, Ceno, Centrum zur nachberuflichen Orientierung, Köln
Žaklina Mamutovič,
Peer Leadership Training, RAA Berlin

AG 7 | Quartiersmanagement

Roland Löbel,
Quartiersmanagement Neuschönefeld, Leipzig
Melek Dağ, Stefan Andres,
Quartiersmanagement Nordstadt-Hafen,
Planerladen e.V., Dortmund
Annett Illert, Bärbel Böhm,
Quartiersmanagement Chemnitz

AG 8 | Managementstrategien

Markus Runge,
Nachbarschaftshaus Urbanstrasse e.V., Berlin
Waltraud Seifert,
Freiwilligenagentur Wedding, Berlin

- 13.00 Bürgerschaftliches Engagement – Kommunale Strategien**
Dr. Konrad Hummel, Bündnis für Augsburg
- 14.00** Mittagessen
- 15.00** Ende der Veranstaltung

Liste der Referenten/innen

3. und 4. November 04 Zielgruppenkonferenz „Zivilgesellschaft stärken - Bürgerschaftliches Engagement in E&C-Gebieten fördern“ in Berlin

Name, Vorname	Institution	Adresse	Telefon	Fax	E-Mail
Andres, Stefan	Quartiersmanagement Nordstadt-Hafen Planerladen e. V.	Schützenstr. 42 44147 Dortmund	02318820700	02318820701	qm-hafen@quartiersmanagement-nordstadt.de
Backes, Herbert	Landesamt für Gesundheit und Soziales	Oranienstr. 106 10969 Berlin	03090281317		herbert.backes@sengsv.verwalt-berlin.de
Böhm, Bärbel	Bürgerbüro Chemnitz	Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	03713350520	03714009140	buelei3@web.de
Brämsmann, Christa	Mütterzentrum Tenever	Neuwieder Str. 17 28325 Bremen	04214098894		muetterzentrum-tenever@gmx.de
Dağ, Melek	Quartiersmanagement Nordstadt-Hafen Planerladen e. V.	Schützenstr. 42 44147 Dortmund	02318820700	02318820701	qm-hafen@quartiersmanagement-nordstadt.de
Feise, Hülya	gEMiDe, Bund türkisch-europäischer Unternehmer	Wilhelm-Bluhm-Str. 20 30451 Hannover	05112135363	05112133529	huelyafeise@hotmail.com
	Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)	Klaus-Groth-Weg 9 27753 Delmenhorst	04419738837	04419738839	christian.glass@ewetel.net
Hummel, Dr., Konrad	Sozialreferat der Stadt Augsburg	Maximilianstr. 4 86150 Augsburg	08213242148	08213243044	sozialreferat@augzburg.de
Illert, Annett	Bürgerbüro Chemnitz	Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	03713350520	03714009140	buelei3@web.de
Kegel, Thomas	Akademie für Ehrenamtlichkeit in Deutschland, fjs e. V.	Comeniushof Gubener Str. 47 10243 Berlin	0302754938	0302790126	kegel@ehrenamt.de
Löbel, Roland	Quartiersmanagement Neuschönefeld Treffpunkt Kohlgarten	Kohlgartenstr. 47 04315 Leipzig	03416992424	03416992397	post@neuschoenefeld.de

Name, Vorname	Institution	Adresse	Telefon	Fax	E-Mail
Mamutovič, Žaklina		Bernhard-Lichtenbergstr. 19 10407 Berlin	03046793034		Zaklina.mamutovic@gmx.de
Meinhold-Henschel, Sigrid	Bertelsmann-Stiftung	Carl-Bertelsmann-Str. 256 33311 Gütersloh	052418181252		s.meinhold-henschel@bertelsmann.de
Munsch, Dr., Chantal	TU Dresden Institut für Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Wohlfahrtswissenschaften	Mommsenstr. 13 01062 Dresden	035146336332	035146337174	chantal.munsch@mailbox.tu-dresden.de
Olk, Prof. Dr., Thomas	Martin-Luther-Universität FB Erziehungswissenschaften Institut für Pädagogik	Franckeplatz 1, Haus 6 06099 Halle	03455523800	03455527062	olk@paedagogik.uni-halle.de
Palm, Christof	Sportjugend Rheinland-Pfalz	Rheinallee 1 55116 Mainz	061312814355	06131236746	palm@sportjugend.de
Runge, Markus	Nachbarschaftshaus Urbanstraße e. V.	Urbanstr. 21 10961 Berlin	03069049721	03069042421	gekko@nachbarschaftshaus.de
Schramm, Torsten	Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e. V.	Glogauer Straße 21 10999 Berlin	0306111091	0306111094	torsten.schramm@ijgd.de
Schulz, Bernhard	Stiftung Bürger für Bürger	Singerstr. 109 10179 Berlin	0302431490	03024314949	info@buerger-fuer-buerger.de
Seifert, Waltraud	Freiwilligenagentur Nachbarschaftshaus Prinzenallee	Prinzenallee 58 13359 Berlin	03049902334		info@freiwilligenagentur-wedding.de
Syska, Joachim	Riesengebirgs-Oberschule	Belziger Str. 43 - 51 10823 Berlin	03075607165	03075604340	joachimsyska@hotmail.com
Zeige, Thorsten	Landkreis Hersfeld-Rotenburg Jugendamt Kinder-, Familien- und Jugendförderung	Friedloserstr. 12 36251 Bad Hersfeld	06621640149	066218757143	kijufoe@hef-rof.de

Teilnehmerliste

3. und 4. November 04 Zielgruppenkonferenz „Zivilgesellschaft stärken - Bürgerschaftliches Engagement in E&C-Gebieten fördern“ in Berlin

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Albers-Richter, Irene	Falkensteinstr. 13 34132 Kassel	0561/770946	0561/710035	zeitraum-architekten@web.de
Bartels, Christine	City VHS Mitte Linienstr. 162 10115 Berlin	030/200927411	030/200927488	christine.bartels@ba-mitte.verwalt-berlin.de
Basaran, Emine	Quartiersmanagement Wrangel Schlesische Str. 12 10997 Berlin	030/69515724	030/69515726	qm.wrangelkiez@berlin.de
Becker, Heike	IB_Jugendhilfeverbund Markt 8 06886 Wittenberg	03491/443361	03491/8771277	keine vorhanden
Bernard, Dieter	Schule Hinscheufelde Walddorferstr. 243 22047 Hamburg	040/42886390	040/428863922	keine vorhanden
Blank, Beate	empowerment consulting Fraubronnstr. 9/1 70599 Stuttgart	0711/4597062	0711/4597063	blank@empowerment-consulting.de
Blex, Matthias	QM Neuschönefeld-Doppelspitze Kohlgartenstr. 47 04315 Leipzig	0341/6992424	0341/6992424	blex@neuschoenefeld.de
Boeck, Grit	Projektbüro „Soziale Stadt“ Sachsenstr. 36 02730 Ebersbach	03586/369743	03586/369744	soziale-stadt@web.de
Bölter, Nicola	Quartiersmanagement Soldiner Straße Koloniestr. 129 13359 Berlin	030/49912541	030/49912540	nboelter@list-gmbh.de
Brandwein, Claudia	Nds.Landestreuhandstelle Schiffgraben 30 30175 Hannover	0511/3615547	0511/3619286	claudia.brandwein@lts-nds.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Braß, Gabriele	Stadt Dortmund Kindertageseinrichtung Lünenerstr. 25 44149 Dortmund	0231/834688		gbrass@stadtdo.de
Brombach, Hartmut	Internationaler Bund Burgstr. 106 60389 Frankfurt a.M.	069/94545220	069/94545373	hartmut.brombach@internationaler-bund.de
Brune, Ute	DRK-Kindergarten „Zwergenbund“ Kirchderner Str. 54-56 44145 Dortmund	0231/8630208	0231/8630208	
Bülter, Heike	Stadtteilbüro Caritas Pregelstr. 1A 65795 Hattersheim	06190/935818	06190/935820	stadtteilbuero-hattersheim@web.de
Burchardt, Susann	Deutsches Jugendinstitut e.V. Franckeplatz 1 06110 Halle	0345/6817837	0345/6817847	tillmann@dji.de
Clausen, Jürgen	Bezirksamt Charl/Wilm Abt. Jugend, Familie, Schule Fehrbelliner Platz 4 10707 Berlin	030/9029-15239	030/9029-15005	jbclausen@t-online.de
Clement, Christopher	Quartiersmanagement Soldiner Straße Koloniestr. 129 13359 Berlin	030/49912541	030/49912540	nboelter@list-gmbh.de
Dietrich, Manfred	Volksschule Nürnberg Karl-Bröger-Str. 291 90459 Nürnberg	0911/6604388		manfred.dietrich@nefkom.net
Dubsky, Anett	Quartiersmanagement Marzahn Nord-West Wörlitzer Str. 3A 12689 Berlin	030/93492218	030/93492224	quartiersagentur@urbanplan.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Eichhorn, Jaana	DSJ-Deutsche Sportjugend Otto-Fleck-Schneise 12 60528 Frankfurt a.M.	069/6700373	069/67001373	eichhorn@dsj.de
Eickmann, Margot	Kindertagesstätte Sponholzer Str. 8 17034 Neubrandenburg	0395/4225484	0395/4225484	keine vorhanden
Eisindigil, Funda	VHS-Integration u. Ausländerbeirat Martin-Luther-Platz 20 97421 Schweinfurt	09721/51464	09721/26894	funda.eisindigil@vhs-schweinfurt.de
Eisner, Heidi	INA Kindergarten Bülower Str. 35a 10783 Berlin	030/23630630	030/23630655	hei52@gmx.de
Ewers-Kreuter, Meike	Landeshauptstadt Saarbrücken Saarbrücker Str. 64 66130 Saarbrücken	0681/8763890	0681/8763889	stadtteilbuero_brebach@web.de
Fialka, Peter	Der Paritätische Wohlfahrtsverband Oranienburger Str. 13/14 10178 Berlin	030/2463632		freiwilligendienste@paritaet.org
Fieger, Hartmut	Transmission II/Breidscheid-Oberschule 10559 Berlin	030/39834031		cjd_transmission@hotmail.com
Flemm, Wolfgang	Kita- Stadt Solingen Bergfeld 8 42657 Solingen	0212/819464	0212/2473636	kita-fuhr@solingen.de
Franz, Elke	ITE Konradstr. 21 04315 Leipzig	0341/6881672	0341/6881672	noch keine e-mail
Fritz, Michael	Koordinierungsstelle Stadtsanierung Zähringer Str. 72 76133 Karlsruhe	0721/133-1840	0721/133-1839	michael.fritz@kos.karlsruhe.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Gisbier, Ulrike	Jugendmedienvorband mv e.V. Scheuerstr. 1a 23966 Wismar	03841/252497		ulrike.gisbier@jmmv.de
Goebel, Ulrike	GWA Friedrichsthal Krämerbergstr. 7 66578 Schiffweiler	06897/680660		cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Görlach, Claudia	Quartiersmanagement Stadtteilbüro Berzdorfer Str. 16 01239 Dresden	0351/2727216	0351/2727218	stadtteilbuero@ddkom-online.de
Grosser, Gabriele	RAZ/Regionale Arbeitsstelle zur Förderung v. Kin IburgerStr. 18 49082 Osnabrück	0541/8007833	0541/8007838	Grosser@osnabrueck.de
Grünke, Ramona	Stadtteilbüro "Am Waldrand" F-Engels-Str. 18-20 16303 Schwedt	03332/839570		stadtteilbuero.stadt@schwedt.de
Hansmeier, Wolfgang	Arbeit und Leben e.V. Keithstr. 1-3 10787 Berlin	030/2100066	030/21000661	hansmeier@snaflu.de
Heger, Rolf	Stiftung SPI Berlin			
Holtmeyer, Monika	VPAK/ Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kind IburgerStr. 18 49082 Osnabrück	0541/8009994		vpak@osnanet.de
Hubertus, Werner	Caritas GWA Friedrichsthal Am Kolonieschacht 3 66299 Friedrichsthal	06897/88044	06897/840565	cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Iblher, Hans	Vicelingrundschole Vicinstr. 51 24534 Neumünster	04321/9422284	04321/952235	ina.boje@neumuenster.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Isözen, Ilhan	IKB-Haus der Kulturen Parade 12 23552 Lübeck	0451/75532	0451/73345	ikbhl@foni.net
Jastrzemski, Manfred	Im Rebgarten 5 53127 Bonn	0228/253447		manfred.jastrzemski@t-online.de
Jentschke, Franz	Gesamtschule Bremen Ost Walliser Str. 125 28325 Bremen			franz.jentschke@schulverwaltung.bremen.de
Kaufmann, Andreas	Stadtteilmanagement Leipziger Osten Spinnereistr. 7 04179 Leipzig	0341/4772105	0341/4772106	info@buero-kaufmann.de
Kempis, Waltraud	Kindertagesstätte St. Martin Ispelsstr. 69 47805 Krefeld	02151/398901	02151/317024	kempis@st-martin-krefeld.de
Kernich, Christine	Stibb e.V. Zehlendorfer Damm 43 14532 Kleinmachnow	033203/22674	033203/80077	info.stibb@t-online.de
Kerscher, Peter	Sozialzentrum Burglesum Am Sedanplatz 7 28757 Bremen	0421/3617231	0421/36179464	peter.kerscher@afsd.bremen.de
Klein, Tobias	Kindertreff am Stern Johannes-Kepler Platz 3 14480 Potsdam	0331/6007852		kindertreff@web.de
Kolossa, Helena	Holstentor-Realschule Wendische Str. 55 23558 Lübeck	0451/1228420	0451//1228467	keine vorhanden
Kraft, Gerda	Kindertageseinrichtung Bornstraße 52 44145 Dortmund	0231/811821		gkraft@stadtdo.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Krolik, Maria	Hildesheimer VHS e.V. Pfaffenstieg 4-5 31134 Hildesheim	05121/936128	05121/936166	krolik@vhs-hildesheim.de
Krug, Irene	Zentralstelle für freiwillige soziale Dienste Prenzlauer Allee 36 10405 Berlin	030/44301830	030/44301833	i.krug@zfsd.de
Libor, Claudia	Stadt Dortmund Kindertageseinrichtung Dürener Str. 60 44145 Dortmund	0231/816689	0231/5315330	clibor@stadtdo.de
Lüke, Marianne	Johannes Falk Heim Bahnhangstr. 6 44289 Dortmund	0231/94001023		marianne.lueke@dokom.net
Marquardt, Christian	Nachbarschaftsbüro St. Lorenz Dornestr. 62a 23558 Lübeck	0451/4793836	0451/4793836	keine vorhanden
Meinken, Günther	Projektgruppe Tenever Neuwieder str. 44a 23325 Bremen	0421/425769	0421/428136	projektgruppe@bremen-tenever.de
Mittmann, Melanie	Kinder- u. Jugendtreff Dornestr. 62 23558 Lübeck	0451/8131290	0451/4003067	melmit@gmx.de
Motakef, Arman	Conoree e.V. ? Ispalsstr. 67a 47805 Krefeld	02151/314048		amotakef@gmx.de
Müller, Matthias	Quartiersmanagement Stadtteilbüro Berzdorfer Str. 16 01239 Dresden	0351/2727216	0351/2727218	stadtteilbuero@ddkom-online.de
N.N.	LOS Oranienburger Str. 65 10117 Berlin	030/28409-502	030/28409-310	

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Nellen, Jörg	Frieden-Volksschule Ludwigstr. 5 97421 Schweinfurt	09721/51833	09721/51830	konrektor2@friedenschule.de
Pick, Brigitte	Rütli-Oberschule Neukölln Rütlistr. 41-45 12045 Berlin	030/68092425	030/6134001	ruetli-oh@t-online.de
Piott, Silvia	Treffpunkt Soziale Stadt FFB Heimstättenstr. 24 82256 Fürstenfeldbruck	08141/224775	08141/224881	soziale-stadt-ffb@t-online.de und silvia. piott@gmx.de
Proske, Andrea	GWA Friedrichsthal Heuweilerstr. 12 66287 Quierschied	06897/680660		cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Quast, Isabel	PPL-Planungsgruppe Prof. Laage Ernst-Mey-Str. 1a 04229 Leipzig	0341/4113494	0341/4808081	quartiersladenwk7@gmx.de
Rau, Rita	Ev. Kindertagesstätte Dr. Prior Str. 35 66763 Dillingen	06831/7688123	06831/7688113	
Renziehausen, Gerhard	Sportjugend Niedersachsen Wiershäuser Str. 12 37589 Wiershausen	05553/2530		gerhard.renziehausen@web.de
Roß, Petra	Kindertagesstätte Sponholzer Str. 8 17034 Neubrandenburg	0395/4225484	0395/4225484	
Roth, Eberhard	Stadtteilbüro Hattersheim Pregelstr. 1A 65795 Hattersheim	06190/935818	06190/935820	stadtteilbuero-hattersheim@web.de
Röttgers, Eberhard	Katlenturmer Stadtteilprojekt Agnes-Heinekon-Str. 74a 28277 Bremen	0421/825179	0421/827941	katlenturmerstadtteilprojekt@web.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Rottmair, Anton	Hauptschule Maximilianstr. 25 85051 Ingolstadt	0841/9732242	0841/9732201	rektor@hs-maximilian.ingolstadt.de
Rudnik, Martina	Städt. Tageseinrichtung für Kinder Eberstr. 39 44145 Dortmund	0231/810165		mrudnik@stadtdo.de
Ruhkieck, Björn	GEWOS-Institut f. Stadt-, Regional-u. Wohnforschung Maurienstr. 5 22305 Hamburg	040/69712-255		stadtteilbuero.grosslohe@gewos.de
Sauereisen, Jürgen	Stadt Leipzig/Amt f. Stadterneuerung Prager Str. 26 04103 Leipzig	0341/1235404	0341/1235424	sauereisen@leipzig.de
Scheuermann, Anette	Quartiersmanagement Itzehoe-Edendorf Emil-von-Behring-Str. 13 25524 Itzehoe	04821/9574690		quartiersmanagement.edendorf@itzehoe.de
Schmidt, Verena	Quartiersmanagement Grünhufe Wiesenstr. 9 18437 Stralsund	03831/443593	03831/443594	qmgruenhufe@gmx.de
Schmitz, Ludger	STEG Hamburg mbH Elbgaustraße 118 22547 Hamburg	040/84050247	040/84050249	ludger.schmitz@steg-hh.de
Schmitz-Stadtfeld	Wohnungs-u. Entwicklungsgesellschaft mbH Untermainkai 12/13 60311 Frankfurt a.M.	069/60691438	069/606951438	ilona.huber@naheimst.de
Schmoll, Dagmar	Sekundarschule Robert Koch Zeitzer Str. 9 06132 Halle	0345/7704715	0345/77577347	

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Schönecker, Anja	GWA Friedrichsthal Poststr. 3 66583 Spiesen-Elversberg			cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Schröder, Sylvia	IHR Sanierungsträger Stadtteilmanagem- net Am Pferdewasser 14 24931 Flensburg	0461/5054007	0461/5054044	schroeder.sylvia@stadt.flensburg.de
Schropp, Raphael	GVV Singen Julius Bühler Str. 4 78224 Singen	07731/794802	07731/794802	ebel.schropp@t-online.de
Schüler, Wilhelm G.	Borsig-Oberschule-Kreuzberg Lausitzer Platz 9 10997 Berlin	030/22502911	030/22502915	keine vorhanden
Schwabe, Elke	SKV Kita gGmbH Jupiter Str. 17 06118 Halle	0345/5303815	0345/5303820	info@skv-kita.de
Siekmann, Melanie	Projektgruppe Tenever Neuwieder str. 44a 23325 Bremen	0421/425769	0421/428136	projektgruppe@bremen-tenever.de
Sistemich, Norbert	Stadt Fulda Bonifatiusplatz 1-3 36037 Fulda	0661/9015643		norbert.sistemich@fulda.de
Sparrer, Friedrich	Pauline-Thoma-Schule Kolbermoor Dr.-Max-Hofmann-Str. 7 83059 Kolbermoor	08031/80697600	08031/80697700	hauptschule-kolbermoor@t-online.de
Stähle, Margit	Kreisjugendwerk der AWO Nürnberg Leipziger Str. 55 90491 Nürnberg	0911/8919453	0911/8919454	sonntaler-nordost@kju-nuernberg.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon	Fax	Email
Steffen, Norbert	Ganstags-Gesamtschule Mümmelmannsberg Mümmelmannsberg 75 22115 Hamburg	040/428979234	040/428979208	steffen.gsm@hamburg.de
Strack, Angela	Kettelerschule Siemensstr. 248 53121 Bonn	0228/772213	0228/768864	angela.strack@gmx.de
Stratmann, Robert	Hauptschule im Schulzentrum Kortenkamp 19/21 45968 Goldbeck	02043/96210	02043/962120	hpsbrauck@gelsennet.de
Süßbecker, Katrin	Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schreberweg 5 24119 Kronshagen	0431/5403156		jutta.bohnenberger@iqsh.de
Tempel, Barbara	DRK KV Bautzen e.V. Otto-Nagel-Str. 21 02625 Bautzen	03591/23176	03591/208063	
Tillmann, Frank	Deutsches Jugendinstitut e.V. Franckeplatz 1 06110 Halle	0345/6817837	0345/6817847	tillmann@dji.de
Warncke-Seithe, Eberhard	Stadtteilbüro-Winzerla Anna-Siemens-Str. 25 03745 Jena	03641/354570	03641/354571	warncke-seithe@stadtteilbuero-winzerla.jetz.web.de
Wegner, Katrin	Jugendzentrum "224" Gerüstbauerring 27a 18109 Rostock	0381/1201136	0381/1201141	club226@t-online.de
Wunderlich, Annette	SKV Kita gGmbH Jupiter Str. 17 06118 Halle	0345/5303815	0345/5303820	info@skv-kita.de